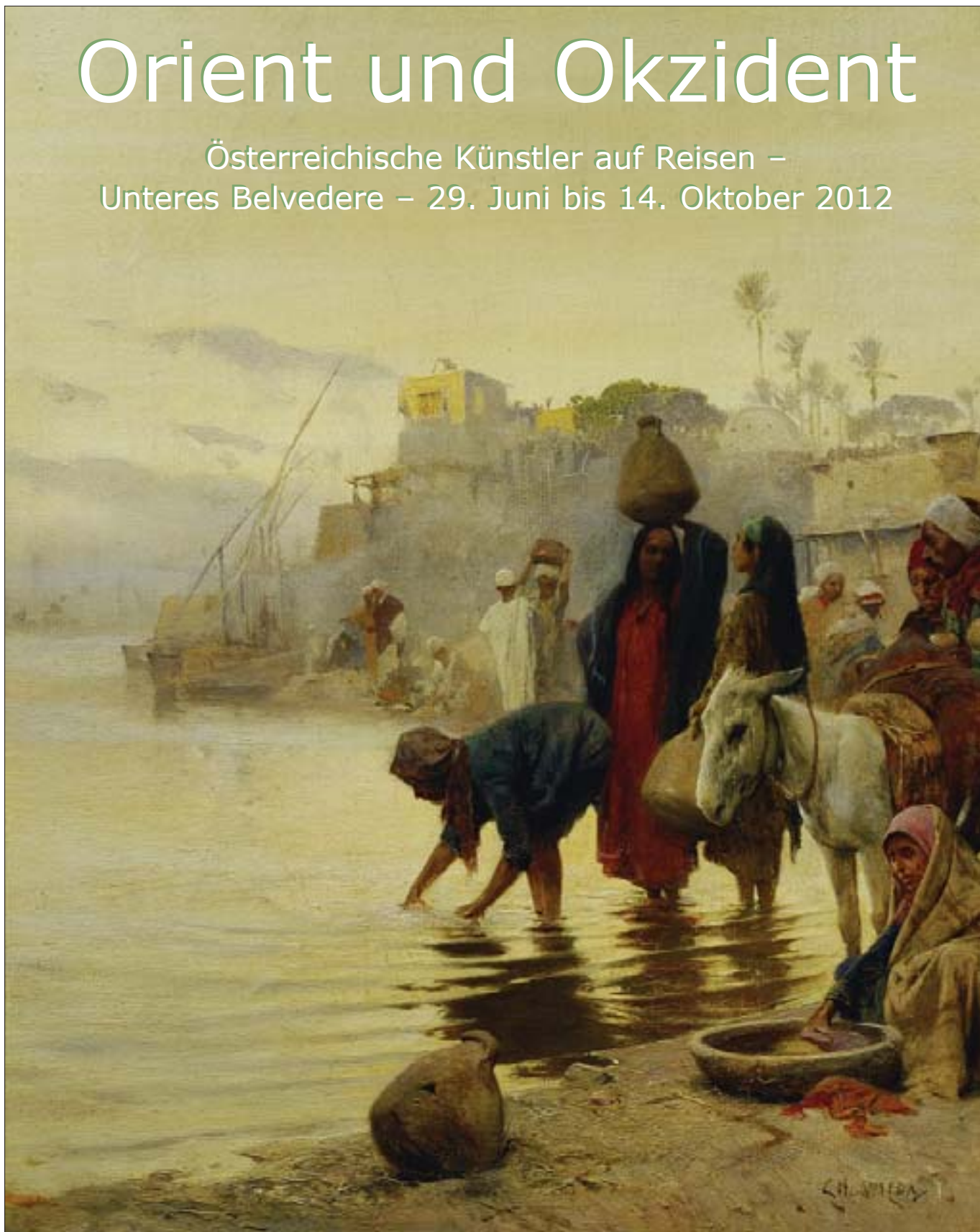


Orient und Okzident

Österreichische Künstler auf Reisen –
Unteres Belvedere – 29. Juni bis 14. Oktober 2012

Foto: Belvedere



Charles Wilda, *Wäscherinnen am Nil*, Öl auf Leinwand, 48 x 32 cm

Lesen Sie weiter auf der Seite 102 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

»Österreich, Europa und die Welt« nennen wir eine Rubrik auf den tagesaktuellen Seiten und auch in unseren Magazinen, in der wir in dieser Ausgabe 30 (!) Seiten mit Berichtenswertem aus vielen Bereichen des Lebens zusammengestellt haben. Und des hätten wohl doppelt so viele sein können – so vielfältig sind die Meldungen, die uns täglich erreichen. Weshalb die Auswahl immer schwer fällt und vieles unberücksichtigt läßt. Es ist sehr schade, daß sich die meisten Medien unseres Landes so überhaupt nicht dafür interessieren, was unser Land im Ausland zu leisten imstande ist, wie auch die großen Medien sonst Positivem kaum Raum geben. Wir schon.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 109

Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus	3	Bartgeier im Fleißtal	77
»Gläserne Parteikassen«	6	Ahnen- und Familienforschung	
Gemeinsam und offen in die Zukunft	8	Teil 5: Die Kirchenmatriken – wie forscht man in ihnen?	
Asyl- und Fremdenrecht	11	Von Günter Ofner.	80
ÖVP beschließt Demokratiepaket	13	Tafeln im Weinviertel	82
Neues Öffi-Ticket in der Ostregion	14	Die schönsten Schanigärten	83
OÖ: Sucht- und Gewaltprävention	15	Ehrung für Christoph Waltz	85
Südtirol: 20 Jahre Streitbeilegung	17	Parkinson-Impfstoff – Weltweit erste klinische Studie in Wien	86
Österreich und Armenien	22	Der Männerkrankheit Nummer 1 auf der Spur	88
17. Europa-Forum Wachau	23	Mikroreaktor aus OÖ erleichtert gezielte Behandlung	89
Spindelegger: Weltweit für Sie da	26	Wien Energie baut 1. Hochdruck-Wärmespeicher weltweit	90
Oö. Landtag reiste in die Schweiz	27	OMV wandelt Hackschnitzel direkt in Dieselkraftstoff um.	92
Tirol übernahm Arge Alp Vorsitz	29	Schwungradspeicher für Serien-E-Fahrzeuge	94
Neu: Europaregion Donau-Moldau	30	Der bedeutende österreichische Erfinder Friedrich Schächter	
Kaiser-Maximilian-Preis 2012	32	Von Gerhard Gutruf.	95
175-Jahr-Feier der Auswanderung der Protestanten aus dem Zillertal	34	Künstler zwischen Jugendstil und Expressionismus	97
»Hallstatt 2« im Reich der Mitte		Orient und Okzident – Österreichische Künstler auf Reisen	102
Von Bgm. Alexander Scheut	41	Zeit Kunst Niederösterreich Landesgalerie für zeitgenössische Kunst in Krems eröffnet	104
Kurzberichte	44	Porsche – Design, Mythos, Innovation – Eine Ausstellung des Landes Oberösterreich	106
-----		OÖ Musiksommer 2012	108
»Burgenland Journal«		»Gustav Klimt – das Musical«	111
Positive Bilanz über Phasing Out	49	Das neue Musiktheater Linz Ein Zwischenbericht.	112
Budgetrede von LR Helmut Bieler	50	Wolf Suschitzky	
Die Amerikawanderung der Burgenländer	51	100jähriger Fotograf in Graz	116
Niessl mit 98,47 % bestätigt	53	Österreichischer Film findet international Anerkennung	118
Schulschluß in Mattersburg	54	Bewegtes Leben – Tiroler und Südtiroler Zeitgeschichte	119
Rad-Entdeckertour	55	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: der Autor George Froeschel	120
Vom Wein	56	Erlebnis-Urlaub am Fluß	123
Burgenländische Kulturzentren	57	Hinein ins Land! Wandern in NÖ	125

Donaustrategie / Schiffbarkeit	58		
Österreichs Wirtschaft 2012/2013	59		
Bundesländer mit viel Schwung durch stürmische Zeiten	61		
Österreichische Unternehmen mit enormem Cash-Bestand	63		
Trends im Agrarland OÖ	65		
Exportpreis 2012	67		
Skylink erfolgreich in Betrieb	69		
ÖBB: Verdrängte Jahre	73		
Gestorben: 3. 7. 1940, Strasshof	75		
E-Mobil durchs Mühlviertel	76		



Südtirol: 20 Jahre Streitbeilegung S 17



»Hallstatt 2« im Reich der Mitte S 41



Skylink erfolgreich in Betrieb S 69



»Fantastisch! Rudolf Kalvach.« S 97



Musiktheater Linz – Zwischenbericht S 112

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: Belvedere. S. 2: Dragan Tatic/HBF; Bürgermeister Alexander Scheut, Hallstatt; Flughafen Wien / Roman Boensch; Leopold Museum / Privatbesitz; Terry Pawson Architects.

Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus

Der ESM fand nach teils sehr emotionalen Auseinandersetzungen die notwendige Verfassungsmehrheit im Nationalrat.

Am 4. Juli wurde im Nationalrat viele Stunden über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) diskutiert und abgestimmt (dessen Definition finden Sie am Ende dieses Beitrags). Erwartungsgemäß erreichte die Zustimmung zum ESM mit den Stimmen der Grünen die erforderliche Verfassungsmehrheit. Das war nicht immer so, denn bis zuletzt hatten die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP bei den Oppositionsparteien FPÖ, BZÖ und Grünen um Zustimmung gerungen. Während erstere bis zuletzt – und schließlich auch bei der Abstimmung im Parlament – strikt dagegen waren, haben die Grünen doch zugestimmt: „Ich freue mich, daß das Ergebnis unserer intensiven Verhandlungen mit SPÖ und ÖVP von den Grünen Abgeordneten honoriert wurde. Das Grüne Europa-Paket leistet einen wichtigen Beitrag dazu, daß künftig der Finanzsektor mittels Finanztransaktionssteuer einen Beitrag zur Krise leistet, die demokratische Mitbestimmung des österreichischen Parlaments gestärkt wird und es zu einer privaten Gläubigerbeteiligung im ESM kommt“, sagte die Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawitschnig, nach der parteiinternen Zustimmung zur Vereinbarung mit SPÖ und ÖVP zwei Tage vor der Nationalratssitzung.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ)

„Der Europäische Rat hat im richtigen Moment wesentliche Beschlüsse gefaßt, um der Entwicklung auf den Finanzmärkten künftig einen Schritt voraus zu sein. An diesen Entscheidungen hat Österreich aktiv mitgewirkt. Denn nur wenn wir Europa gemeinsam vor Spekulationen schützen, schützen wir damit auch Österreich am besten“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann in seiner Erklärung zur Zukunft Europas in der Plenarsitzung des Nationalrats. „Wir hätten in Österreich kein so geringes Zinsniveau für Staatsanleihen, wir hätten keine so gute Beschäftigungslage, wenn wir uns nicht gemeinsam um eine gute soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union kümmern würden“, so Faymann.

„Unser Ziel ist es, daß nicht die Spekulan- ten einzelne EU-Länder vor sich hertrei-

ben, sondern daß es die Politik ist, die Rahmenbedingungen setzt. Wir dürfen nicht darauf verzichten, Europa zu gestalten, und müssen daher all jenen Hetzern eine Absage erteilen, die nur Negativprognosen stellen und keine Lösungen anbieten. Für mich ist ganz klar: Wir stehen zu Europa“, sagte der Bundeskanzler.

Auf dem EU-Gipfel sei beschlossen worden, künftig eine Bankenunion auf den Weg zu bringen. Die EZB werde Vorschläge für eine gemeinsame Bankenaufsicht vorbereiten. „Diese Aufsicht muß in Zukunft die Möglichkeit haben, dann einzugreifen, wenn sich Risiken im europäischen Bankensektor entwickeln. Es ist wichtig, solche schlagkräftigen Instrumente zu schaffen, um rasch und auch präventiv handeln zu können“, so Faymann. Nächste Schritte aus Sicht des Kanzlers seien daher, den Euro-Schutzschirm mit einer Bankenkonzession auszustatten sowie einen Tilgungsfonds und klare Fiskalregeln für die gemeinsame Schuldenbewältigung einzurichten. „Bis zur Umsetzung präventiver Instrumente ist es allerdings noch ein weiter Weg.“

Bis Oktober werde es bereits Vorschläge geben, was innerhalb der bestehenden Verträge möglich sei, um eine verstärkte Zusammenarbeit einzuleiten. Für weitergehende Maßnahmen sei die Einsetzung eines Konvents erforderlich. „Österreich ist dafür, daß dieser Konvent seine Arbeit so früh wie möglich aufnimmt, denn wir brauchen dafür eine umfassende Zustimmung und intensive Informationsarbeit“, sagte der Kanzler. „Unsere Aufgabe ist es jetzt, kurzfristig einzugreifen, mittelfristig die erforderlichen Instrumente weiter zu entwickeln sowie langfristig die Akzeptanz für eine engere Zusammenarbeit in Europa zu schaffen.“

„Gemeinsam haben wir es im Rat letzte Woche auch zustande gebracht, 120 Milliarden Euro für Beschäftigung und Wachstum aufzubringen. Das ist eine richtige Investition für ein faires Europa“, sagte Faymann. Österreich sei auf dem EU-Gipfel außerdem mit der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer erfolgreich gewesen. Bis Dezember 2012 soll der Antrag mehrerer

Mitgliedsstaaten auf verstärkte Zusammenarbeit bei der Besteuerung der Finanzmärkte konkretisiert und vom Rat angenommen werden.

„Ich bin überzeugt davon, daß wir nun gemeinsam die Verantwortung über Parteigrenzen hinweg wahrnehmen müssen. Denn die künftige Ausgestaltung der EU wird darüber entscheiden, ob unsere Kinder und Enkelkinder in einem fairen, sozialen und friedlichen Europa aufwachsen können. In diesem Sinne ersuche ich um eine Zustimmung zu einem solidarischen Handeln“, so der Bundeskanzler abschließend.

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP)

„Wir brauchen ein wirksames Instrument, um Währungsturbulenzen abzufangen und die Sicherheit für Österreichs Sparer, daß ihre Spareinlagen auch in Zukunft gesichert sind“, hob Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger anläßlich der Debatte die Vorteile des Europäischen Stabilitätsmechanismus hervor. „ESM heißt auch, daß wir eigenständig unsere Währung ordentlich im Griff halten“, fuhr der Außenminister fort.

Spindelegger ging in seinem Statement unter anderem auf die Forderung der FPÖ ein, zum Schilling zurückzukehren: Ein Argument, das viele mit Angst erfülle, sei, daß die gemeinsame Währung in Gefahr wäre. „Aber waren wir vor dem Euro eigenständig? Die Antwort ist nein. Wir haben uns immer klar an die D-Mark angelehnt und über viele Jahre eine Hartwährungspolitik verfolgt. Unsere wichtigsten Exportmärkte, allen voran Deutschland, haben heute den Euro. Daher bleiben wir beim Euro. Gehen wir doch nicht das Risiko ein, eine neue Währung für uns zu schaffen“, so der Außenminister zur FPÖ.

Auch Währungsturbulenzen habe es immer wieder gegeben. Spindelegger verwies auf den Besuch des deutschen CSU-Politikers Theodor Waigel, der im Gespräch gemeint hatte, daß es auch Anfang der 90er Jahre, als er deutscher Finanzminister war, heftige Währungsturbulenzen gegeben habe. „Wir sollten uns nicht fürchten, wir brau-

Innenpolitik

chen wirksame Instrumente, damit wir gegen Währungsturbulenzen ankommen.“

„Wenn die FPÖ ‚Stoppt Europa‘ plakatiert, dann heißt das auch ‚Stoppt den Wohlstand, die Arbeitsplätze und das Wachstum‘ - das sind nämlich die Folgen davon“, wies der Vizekanzler auf eine Untersuchung des deutschen Finanzministeriums über die Folgen eines Austritts Deutschlands aus der Währungsunion hin: Die Berechnungen sprechen von einer um zehn Prozent geringeren Wirtschaftsleistung und neun Prozent mehr Arbeitslosigkeit. „Diese Richtung einzuschlagen, wäre daher ein entsetzliches Signal. Stoppt ESM heißt, daß jeder zehnte Österreicher seinen Arbeitsplatz verliert und Betriebe in Konkurs gehen müßten. Wir brauchen daher ein Instrument, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und Wachstum zu initiieren in Österreich – das ist unser Programm“, so Spindelegger weiter.

„Kehren wir zurück zu einer nüchternen Betrachtung der Fakten. Tun wir das, was notwendig ist für Europa“, appellierte Spindelegger abschließend an FPÖ und BZÖ.

Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache (FPÖ)

Wenn der Verzicht auf Österreich, unsere Republik, unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit die Bedingung für das Überleben des Euro sei, sei es nicht weiter verwunderlich, wenn immer mehr Österreicher diesen Euro nicht mehr wollten, erklärte FPÖ-Bundesparteiohmann HC Strache im Nationalrat. „Dann ist der Euro gescheitert.“ In den Medien vom Rang einer „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, „Spiegel“, „Die Welt“, etc. könne man Überschriften lesen wie „Fehl-schlag Rettungsschirm“, „Faß ohne Boden“, „Verbrannte Milliarden“, „Der Euro kollabiert“, „Der Euro kann nicht überleben“, „Chaos droht“, „Der Weg ins Verderben“, „Weg zur Hölle“, „Blick in den Abgrund“, „Euroshima“, „Der Markt braucht keinen Euro“, „Europa greift nach unserem Geld“, „ESM, der Selbstbedienungsladen für Banken“, zitierte Strache.

„Auch wir haben vom Euro nicht profitiert“, so Strache. Der Euro brachte, da seien sich die Ökonomen von Rang, wie etwa Hans-Werner Sinn vom Deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut, heute weitgehend einig: stagnierendes Wachstum, erhöhte Arbeitslosigkeit, Ungleichgewichte, Strukturschwächen, Blasenbildungen, übermäßige Staatsverschuldung, Sparzwang, nicht funktionierende „Stabilitätsmechanismen“, löchrige Rettungsschirme, Staatsschuldenfinanzierung

durch die EZB, unverhältnismäßige Kreditausweitung, Inflationsgefahren, Bankenpleiten durch uneinbringlich gewordene Kredite. Der Nobelpreisträger Paul Krugman spreche im Zusammenhang mit dem Euro von einem „kollektiven Selbstmord“, der britische Außenminister William Hague von „kollektivem Wahnsinn“.

„Sie setzen mit Ihrer heutigen Zustimmung zum Fiskalpakt, zum ESM und zur Änderung des Lissabonvertrags unser ganzes demokratisches System aufs Spiel“, warf Strache SPÖ, ÖVP und den Grünen vor. „Denn für die, die hier zustimmen, ist genauso wie für die ganze EU und Währungsunion ‚Demokratie nur noch Ramsch‘, wie das der Chefredakteur der ‚FAZ‘, Frank Schirrmacher, angesichts der EU- und Euro-Diktatur geschrieben hat“, erklärte Strache. In Deutschland klagt jetzt sogar die frühere Justizministerin Herta und Paul Amirian wegen Verletzung der Verfassung. Ihr Hauptkritikpunkt, und der gelte auch für Österreich, laute, daß im ESM die Frage der Haftungshöhe Deutschlands letztlich unklar bleibe und mit dem Euro-Rettungsschirm und dem Fiskalpakt das Haushalts- und Kontrollrecht des deutschen Parlaments in unzumutbarer Weise beschnitten werde.

Das Königsrecht des Parlaments, über das Budget zu beschließen, werde heute aufgehoben. „Sie vernichten also nicht nur unseren Staat, sondern zugleich auch unsere Demokratie und Verfassung“, warnte Strache, der auch an eine Aussage von Jean-Claude Juncker, dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe, erinnerte, der schon 1999 in einem Spiegel-Interview gesagt habe: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Offenbar agiere die Bundesregierung mit ihren grünen Komplizen nach diesem Motto. „Aber ich garantiere Ihnen eines: Die Menschen sind klüger, als Sie glauben. Die durchschauen Ihr Spiel. Und für Sie alle wird es noch ein bitteres Erwachen geben“, so Strache, der den britischen Premier David Cameron zitierte, der erst vor wenigen Tagen im „Sunday Telegraph“ geschrieben habe: Es gebe nicht „zu wenig Europa, sondern zu viel davon. Zu hohe Kosten, zu viel Bürokratie, zu viel Einmischung in Angelegenheiten, die den Nationalstaaten oder der Zivilgesellschaft oder dem Einzelnen überlas-

sen werden müssen.“ Die FPÖ wolle nicht, daß Österreich „entsorgt“ werde, daß es im Moloch der „Vereinigten Staaten von Europa“ untergehe, wie dies Spindelegger wünsche. „Nein, wir wollen unsere Freiheit und Unabhängigkeit bewahren“, so Strache. „Wir wollen nicht für den Schlendrian anderer Staaten aufkommen, zahlen und haften müssen. Wir wollen nicht auf ewig uns und alle künftigen Generationen in einen Schuldturm sperren lassen. Deshalb werden wir gegen den ESM-Wahnsinn und den heutigen Verfassungsbruch stimmen.“

BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher

„Es ist erschreckend, wie gewissenlos SPÖ-Bundeskanzler Faymann und die restliche Bundesregierung das Geld der Österreicherinnen und Österreicher veruntreut. Dieser rot-schwarz-grüne Irrweg führt Österreich und Europa in den Abgrund. Anstatt das Volk über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – der für Österreich Zahlungsverpflichtungen von 40 Milliarden Euro bedeutet – zu befragen, beschließen SPÖ, ÖVP und Grüne, was die Bankenvertreter wollen. Der ESM schützt nicht die Bürger, sondern die Banken. Faymann ist damit der Schutzpatron der Banken, daher werden wir ihm heute das Mißtrauen aussprechen“, sagte Josef Bucher zur Erklärung des Bundeskanzlers im Parlament.

Bucher betonte, daß der Wohlstand, den laut SPÖ und ÖVP angeblich der Euro gebracht habe, nicht erwirtschaftet wurde, sondern auf Sand gebaut sei. „Nicht der Euro schafft Wohlstand, sondern die Leistungsbereitschaft der Menschen, die untergraben wird. Die Schulden steigen, das Wirtschaftswachstum sinkt. Die Arbeitslosigkeit ist in der gesamten EU niedriger als in der Eurozone. Dies zeigt, daß die Eurozone nicht funktionsfähig ist“, so der BZÖ-Chef.

Bucher kritisierte weiters, daß die Österreicher schon jetzt für die Belastungspakete von VP-Pröll und VP-Fekter zahlen müßten. „Jetzt wird noch ein ‚Europäischer Schuldenmechanismus ESM‘ beschlossen, der die nächsten Generationen massiv belastet.“

Der BZÖ-Chef forderte als Lösung die Einführung einer Parallelwährung mit vergleichbaren Volkswirtschaften wie etwa Österreich, Deutschland, Finnland oder Luxemburg. „Der rot-schwarz-grüne Irrweg, der zur Vernichtung Europas führt, muß gestoppt werden. Denn wir wollen hierzulande keine Zustände wie in Griechenland oder Spanien“, so Bucher, der an FPÖ und Grüne appellierte, gemeinsam mit dem BZÖ eine

Innenpolitik

Volksabstimmung über den ESM zu erzwingen.

Bundessprecherin der Grünen Eva Glawischnig

Eva Glawischnig vermißt in den Ausführungen von FPÖ-Obmann Strache konkrete Vorschläge zur Krisenbewältigung und Gedanken über die Zukunft Europas. Wolle man zahlungsunfähige Staaten nicht weiterhin „Wucherzinsen“ auf den Finanzmärkten zahlen lassen, gebe es keine Alternative zum ESM, so Glawischnig. Den Finanzpakt lehne sie allerdings ab, da es mit dem bestehenden Stabilitätspakt bereits ausreichend Vorkehrungen zur Ausschüttung von Hilfgeldern gebe. Ihre Fraktion habe im Gegensatz zur FPÖ ein klares politisches Ziel, nämlich die Finanzspekulation in Europa zurückzudrängen, betonte sie. Als Maßnahme zur Spekulationsbekämpfung nannte sie die Finanztransaktionssteuer, die dank des Einsatzes der Grünen Europas und der Organisation ATTAC nun bereits im europäischen Rat debattiert werde. Die Wurzel des Finanzproblems stelle nämlich die radikale Liberalisierung der Finanzmärkte dar, hielt Glawischnig fest. Es gelte daher, eine europäische Einigung über eine Finanztransaktionssteuer und eine stärkere Bankenregulierung zu erzielen, um der neoliberalen Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken, unterstrich sie.

Der Finanzsprecher der Grünen, Werner Kogler, hielt es für absolut legitim, sich Sorgen zu machen, und zwar um den europäischen Zusammenhalt, um ein ungeordnetes Auseinanderdriften der Euro-Zone oder um die daraus folgenden politischen Auswirkungen auf den europäischen Kontinent. Es sei natürlich auch zulässig, sich gegen den heutigen ESM-Beschluß auszusprechen, räumte Kogler ein, allerdings müßten dann auch Alternativen aufgezeigt werden. Denn eine bloße Ablehnung des Stabilitätsmechanismus würde zu einem handlungsunfähigen Europa führen, warnte Kogler. Man werde natürlich genau aufpassen müssen, wie es mit dem ESM weitergehe, aber es sei jedenfalls gesichert, daß alle großen und wesentlichen Beschlüsse im Nationalrat behandelt werden müssen. Schließlich protestierte Kogler noch gegen die Ausdrucksweise von FPÖ-Obmann Strache, der von einem Verfassungsputsch gesprochen hatte; eine solche Sprache sollte man hier im Hohen Haus nicht durchgehen lassen!

Abstimmung ohne Überraschungen

Die Regierungsvorlage zur Änderung des Art. 136 AEUV hinsichtlich eines Stabili-

tätsmechanismus für die Euro-Staaten wurde in namentlicher Abstimmung mit 125 Ja gegen 53 Neinstimmen angenommen. Die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde erreicht.

Ebenso mit namentlicher Abstimmung erreichte der Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit: 126 Jastimmen zu 53 Neinstimmen.

Die ESM-Begleitnovelle wurde von 124 Abgeordneten befürwortet, von 51 abgelehnt. Damit ist auch in diesem Punkt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit erfüllt. Der von der FPÖ eingebrachte Abänderungsantrag zu einer Volksabstimmung erzielte nur 54 Jastimmen und blieb damit in der Minderheit.

Quellen: SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, Grüne, Parlamentskorrespondenz

Der Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM

Der ESM ist ein dauerhafter Mechanismus, den die 17 Euro-Länder eingerichtet haben, um die Schuldenkrise in der Eurozone zu bekämpfen und die Eurozone zu stabilisieren. Er löst den provisorischen Euro-Rettungsschirm ESFS ab, der 2013 ausläuft. Am 2. Juli 2012 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Euroländer den ESM-Vertrag, der derzeit in den Euro-Ländern ratifiziert wird.

Der ESM ist eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. Das Mandat des ESM sieht mehrere Möglichkeiten vor, Länder mit Finanz- und Schuldenproblemen zu unterstützen. Erstens kann er direkte Kredite an Länder vergeben. Zweitens kann der ESM Banken in betroffenen Ländern Kredite gewähren. Die Banken bekommen aber keine Direkthilfe des ESM, sondern das betroffene Land bekommt ein Darlehen, das es dann für die Bankenstabilisierung einsetzen muß. Diese Maßnahme steht in engem Zusammenhang, das Eigenkapital europäischer Banken zu erhöhen. Damit sollen Spekulationsblasen vermieden werden. Drittens ist es dem ESM möglich, Staatsanleihen von klammen Staaten zu kaufen, um deren Zinsen am Anleihenmarkt zu senken. Der ESM-Vertrag sieht vor, daß Hilfsmaßnahmen geändert, neu eingerichtet oder aufgelöst werden können.

Grundsätzlich können nur ESM-Mitglieder, also Länder der Eurozone, Unterstützung beantragen. Dies allerdings nur, wenn die Finanzstabilität des Landes und damit auch der Eurozone als Ganzes gefährdet ist. Zunächst prüft die Europäische Zentralbank den Antrag eines Landes. Auf dieser Basis entscheidet der zukünftige ESM-Gouverneursrat über den Antrag. Dabei gilt eine Stimmengewichtung nach bereitgestelltem Kapital, wobei die wich-

tigsten Entscheidungen Einstimmigkeit erfordern. Der Gouverneursrat besteht aus Vertretern aller Euro-Länder. Er entscheidet, ob ein Staat tatsächlich finanzielle Unterstützung benötigt und wie hoch diese ausfällt.

Wie im EFSF muß ein Land, das Finanzhilfen beantragt, Auflagen zur Konsolidierung seiner Finanzen sowie zur Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit erfüllen. Auflagen können zum Beispiel Reformen im Arbeitsmarkt oder Einschränkungen bei Staatsausgaben sein. Konkrete Maßnahmen werden zwischen dem ESM-Gouverneursrat und der Regierung des Landes durch ein sogenanntes „Memorandum of Understanding“ festgelegt.

Insgesamt soll der ESM ein Stammkapital von 700 Mrd. Euro haben, wobei 80 Mrd. Euro durch die Länder eingezahltes Kapital ist. Die restlichen 620 Mio. Euro gelten als abrufbares Kapital, was im Bedarfsfall und auf Beschluß des ESM-Gouverneursrates – auch in unterschiedlichen Tranchen – abgerufen werden kann. Das Stammkapital kann auf Beschluß des ESM-Gouverneursrates erhöht oder angepaßt werden. Österreich wird in den ESM-Fonds insgesamt 2,23 Mrd. Euro überweisen. Weitere 17,26 Mrd. Euro gelten als abrufbares Kapital, das nur im Bedarfsfall eingeholt werden kann.

Die EU-Kommission überprüft zusätzlich jedes Jahr Reformanstrengungen aller 27 EU-Mitgliedsstaaten, um nachhaltiges Wachstum und Stabilität in Europa zu forcieren. Europäische Programme – nicht zuletzt die Wachstumsagenda Europa 2020 – setzen mittel- und langfristige Ziele und stellen Mittel für Investitionen zur Verfügung, damit Europa im weltweiten Wettbewerb weiter in der ersten Liga spielt.

Quelle: Europäische Union, 1995-2012

»Gläserne Parteikassen«

Am Nachmittag des 27. Juni wurde im Nationalrat ein Gesetzespaket für mehr Transparenz bei der Finanzierung- und Förderung von Parteien beschlossen.

Seit vielen Monaten beherrschen Korruptionsvorwürfe gegen heimische Politiker und Wirtschaft die Medien und gaben Anlaß für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der am 20. Oktober 2011 vom Nationalrat eingesetzt wurde. Grundlage dafür war ein gemeinsamer Antrag von BZÖ, ÖVP, SPÖ und FPÖ.

Ein Untersuchungsausschuß ist ein spezieller Ausschuß des Nationalrates zur Kontrolle der Regierung. Er kann nur mit mehrheitlicher Zustimmung im Plenum des Nationalrates eingesetzt werden. Für die Beratungen im Untersuchungsausschuß gilt eine spezielle Verfahrensordnung – darin sind unter anderem das Procedere bei der Befragung von Auskunftspersonen, die Bestellung eines Verfahrensanwalts, die Erhebung von Beweismitteln und Fragen der Vertraulichkeit geregelt.

Vor den Ausschuß geladene Personen unterliegen grundsätzlich der Aussage- und Wahrheitspflicht, gegebenenfalls ist auch eine Zwangsvorführung möglich. Ebenso sind alle öffentlichen Ämter zur Aktenvorlage verpflichtet. Anders als etwa Gerichte können Untersuchungsausschüsse aber keine Hausdurchsuchungen durchführen lassen oder Gegenstände beschlagnahmen. Um ein faires Verfahren zu gewährleisten und den Schutz der Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftspersonen sicherzustellen, wird der/dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses eine Verfahrensanwältin bzw. ein Verfahrensanwalt beiseite gestellt.

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses enden mit einem Bericht des Ausschusses an den Nationalrat. Der Bericht hat neben dem Verlauf des Verfahrens eine Darstellung der festgestellten Tatsachen sowie das Ergebnis der Untersuchung zu enthalten. Es können auch Empfehlungen abgegeben werden.

Doch so weit ist der aktuelle Ausschuß zur „Klärung von Korruptionsvorwürfen“ noch nicht. Die öffentliche Debatte führte allerdings dazu, daß die Politik unter dem Motto „die sind doch sowieso alle korrupt“ sozusagen unter Generalverdacht fiel. Um dem entgegenzuwirken und wieder Vertrauen herzustellen, einigte man sich darauf, möglichst rasch ein „Transparenzgesetz“ auf

den Weg zu bringen. Und eben dieses wurde am 27. Juni in einer Sondersitzung des Nationalrats beschlossen.

Faymann: Damit schaffen wir es nun an die Spitze Europas

„Österreich hatte im internationalen Vergleich Nachholbedarf bei der Offenlegung von Parteienfinanzierung und in der Korruptionsbekämpfung. Mit dem Transparenzpaket schaffen wir es nun an die Spitze Europas, das bestätigen uns nun auch die Fachleute“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) am 27. Juni in der Sondersitzung des Nationalrates zum Transparenzpaket. Dieses umfaßt Änderungen beim Parteiengesetz, beim Parteienförderungsgesetz, dem Gesetz zur Bezügebegrenzung sowie beim Unvereinbarkeitsgesetz. Wichtige Teile sind auch die Verschärfungen im Korruptionsstrafrecht sowie das Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz.

„Gesetze allein sind noch keine Garantie für Unfehlbarkeit, aber die Tatsache, daß es nun gläserne Parteikassen geben wird und damit die Klarheit, wer welche Partei unterstützt, ermöglicht der Öffentlichkeit mehr direkten Einblick und direkte Einsicht. Das schafft wiederum mehr Vertrauen in die Politik“, sagt der Kanzler und bedankte sich bei allen, die sich ernsthaft am Zustandekommen des Paketes beteiligt haben. „Nach harten Verhandlungen haben wir nun eine ausreichende Mehrheit für das Transparenzpaket erzielt. Ich bedanke mich bei Staatssekretär Josef Ostermayer, bei den Klubobleuten und Verhandlungspartnern von SPÖ, ÖVP und den Grünen für die konstruktiven Gespräche und Verhandlungen. Dadurch wurde es möglich, daß die Gesetze nun wie geplant beschlossen werden können.“

„Mit diesem Paket haben wir eine solide und gute Basis für mehr Transparenz, für strenge Kontrolle und klare Sanktionen geschaffen“, schloß der Bundeskanzler.

Spindelegger: Ziehen die richtigen Konsequenzen aus der Vergangenheit

„Mit klaren Regeln sorgen wir für eine neue Kultur der Offenheit und Sauberkeit in der Art und Weise, wie sich Österreichs Parteien finanzieren“, so Vizekanzler Michael

Spindelegger (ÖVP) nach einer erfolgreichen Verhandlungsrunde zwischen ÖVP, SPÖ und den Grünen zum Transparenzpaket eine Woche vor der Sondersitzung des Nationalrats, an der er wegen eines EU-Außenministertreffens in Brüssel nicht teilnehmen konnte. „Dieser Verhandlungserfolg macht deutlich: Wir ziehen gemeinsam die richtigen Konsequenzen aus der Vergangenheit und auch aus den Erkenntnissen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses“, so Spindelegger, der in der Einigung auch ein klares Bekenntnis zur dualen Finanzierung von Parteien sieht: „Ob öffentliche oder private Unterstützung – wesentlich ist, daß all das völlig transparent vonstattengeht und lückenlos für jedermann nachvollziehbar ist. Denn Offenheit und Transparenz sind Grundpfeiler der Demokratie, die wir heute erfolgreich abgesichert haben.“

„Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind untrennbar miteinander verbunden und sind die Grundlage dafür, daß es in einem Land Frieden und Wohlstand geben kann. Daher müssen wir alles tun, um diese wichtigen Errungenschaften hochzuhalten, zu schützen und weiterzuentwickeln“, erklärte ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf im Rahmen der Sondersitzung. „Es muß auch weiterhin möglich sein“, so Kopf, „daß Private Parteien Geld spenden. Aber es braucht größtmögliche Transparenz. Das Gesetz sorgt dafür, daß Spenden transparent und offen gewährt werden.“

Strache forderte ein generelles Spendenverbot

FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache konnte in dem Paket zwar einige positive Ansätze erkennen, zeigte sich jedoch empört über die nunmehr verankerte Möglichkeit der Verdoppelung der Parteienförderung. Dies sei in einer Zeit, in der viele Menschen mit Sozialkürzungen konfrontiert werden, eine Unverschämtheit, sagte er und versicherte zudem, die FPÖ werde das aus diesem Titel an sie fließende Geld jedenfalls zweckgebunden für direkte Demokratie verwenden. Den Grünen warf Strache vor, die „Räuberleiter“ für die Regierungsparteien zu bilden, was er überdies auch in Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beschluß des permanen-

Innenpolitik

ten Euro-Schutzschirms (ESM) brachte. Mit scharfen Worten kritisierte er dabei die Weigerung von SPÖ und ÖVP, über den Stabilitätsmechanismus eine Volksabstimmung zuzulassen.

Was die Parteienfinanzierung betrifft, forderte Strache ein generelles Spendenverbot und bemängelte, daß die 3.500-Euro-Grenze wieder eine Möglichkeit des Mißbrauchs biete. Letztlich gelinge es den Regierungsparteien damit, sich Kanäle offenzuhalten, faßte er zusammen.

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sagte, das Parteiengesetz sei, was immer auch Gegenteiliges dazu behauptet werde, nichts als eine Mogelpackung und Bluff. Es sei „ein schamloser Griff in die Taschen der SteuerzahlerInnen“. Kickl kritisierte weiters mit heftigen Worten die Zustimmung der Grünen zum Transparenzgesetz. Die Bestimmungen dieses Gesetzes seien alles andere als transparent und nachvollziehbar.

Bucher: Erhöhung der Parteienförderung als Rettungsschirm für SPÖ und ÖVP

„Während ÖVP-Finanzministerin Fekter uns ständig vorlegt, wie es um das Budget Österreichs bestellt ist und kein Geld für Bildung, Forschung, Familien, Gesundheit usw. vorhanden ist, verdoppeln Rot, Schwarz und Grüne die Parteienförderung von 15,2 auf 29,1 Millionen Euro. Immer wenn die Grünen dabei sind und etwas mit SPÖ und ÖVP ausverhandeln, wird es für die Steuerzahler teuer. In Wahrheit wird mit der Erhöhung der Parteienförderung ein Rettungsschirm für SPÖ und ÖVP aufgespannt, weil sie pleite sind. Es ist jedenfalls ein unfabbares rot-schwarz-grünes Desaster, immer in den Geldtaschen der Steuerzahler herumzuwühlen“, kritisierte BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher.

Bucher wies darauf hin, daß Österreich nach Japan weltweit die höchste Parteienförderung zu verzeichnen habe. „Insgesamt werden für Bund, Länder und Gemeinden 200 Millionen Euro ausgegeben. Die Bundesländer bekommen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten viermal so viel Geld wie die Bundesparteien. Und das, obwohl die Bundesländer immer weniger Gesetzgebungskompetenz haben. Die Regelung bei der Parteienförderung ist ein Kniefall vor Häupl und Pröll. Die beiden können jetzt in eine ‚pröllgefüllte‘ Wahlkampfschatulle greifen“, so der BZÖ-Chef.

Bucher kritisierte weiters das Lobbyinggesetz. „Während die gewerblichen Lobbyisten alles zu melden haben, sind Interes-

sensvertretungen wie etwa die Kammern nicht von der Meldepflicht betroffen. Das BZÖ wird daher nur dem Anti-Korruptionsgesetz zustimmen.“

Glawischnig: Neue Ära der österreichischen Politik

Die Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig, beurteilte 90 Prozent des Transparenzpakets als absolut positiv, führte das Ergebnis auf zähes Verhandeln der Grünen zurück und sprach von einer nunmehr neuen Ära der österreichischen Politik. Sie legte ein ausdrückliches Bekenntnis zur öffentlichen Parteienförderung ab, meinte aber, die derzeitige Dotierung sei ausreichend, für eine Erhöhung bestehe kein Grund.

Mit Nachdruck begrüßte Glawischnig das neue Korruptionsstrafrecht. Sie unterstrich, daß die Politik damit aus den auch im Untersuchungsausschuß zutage getretenen Mißständen die richtigen Konsequenzen ziehe. Scharf ging sie mit der FPÖ ins Gericht, der

sie vorwarf, sich den Verhandlungen verweigert und nur bei jenen Punkten zugestimmt zu haben, die auch nach den Worten des ehemaligen Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler das Papier nicht wert seien, auf dem sie geschrieben sind.

Werner Kogler, Finanzsprecher der Grünen, stellte fest, es sei ein großer Wurf gelungen, indem endlich die Transparenz der Parteienförderung hergestellt werde. Es blieben sicherlich noch offene Fragen, so etwa, wie man langfristig zu einer Harmonisierung der Bundes- und Länderebene gelangen könne. Die derzeitige Regelung sei hier nicht zufriedenstellend. Die Spendenannahme aus dem Ausland müsse klar verboten werden, betonte Kogler. Es sei gelungen, bestimmte Formen von Spenden zu verbieten und die erlaubten Spenden offen legen zu müssen. Diese Offenlegungspflicht sei essentiell für die weitere Entwicklung der parlamentarischen Parteiendemokratie. ■

Quellen: SPÖ, ÖVP, BZÖ, Parlamentskorrespondenz

Parteiengesetz 2012 – PartG

Allgemeiner Inhalt

- Einheitliche Rechenschaftspflicht für politische Parteien – erstreckt sich auf alle Ebenen und Gliederungen der Partei (Bund, Land, Bezirke, Gemeinden).
- Absicherung gegen Umgehung: Einbezogen sind auch „nahestehende Organisationen“, wahlwerbende Gruppen und Abgebundene.
- Klare Regelungen zur Offenlegung von Spenden sowie zu Spendenverboten.
- Erfasst sind Geld-, Sach- und Personalspenden.
- Spenden ab einer Jahressumme von 3.500 Euro sind in einer Anlage zum Rechenschaftsbericht (Liste) samt Identität der Spender auszuweisen, Spenden ab 50.000 Euro sind unverzüglich zu veröffentlichen.
- Erfasst sind Sponsoring ab einer Jahreshöhe von 12.000 Euro sowie Inserate ab einer Einzelhöhe von 3.500 Euro; diese sind in einer Anlage zum Rechenschaftsbericht jährlich auszuweisen (Liste).
- Spenden und Sponsoring an Bundes-, Landes- und Bezirksorganisationen sind zusammenzurechnen.

Spenden sind nicht zulässig von

- Parlamentsklubs und politischen Bildungseinrichtungen,
- öffentlich-rechtlichen Körperschaften,
- Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit mindestens einem Viertel beteiligt ist,
- spendenbegünstigten Einrichtungen,
- Spenden, die in Erwartung einer Gegen-

leistung gegeben werden,

- Auslandsspenden über 2.500 Euro,
- Barspenden über 2.500 Euro,
- anonyme Spenden über 1.000 Euro und
- weitergeleitete Spenden über 1.000 Euro.

Kontrolle und Sanktionen

- Einheitliche Rechenschaftspflicht für politische Parteien – erstreckt sich auf alle Ebenen und Gliederungen der Partei (Bund, Land, Bezirke, Gemeinden).
- Rechenschaftsbericht und Spendenregelungen unterliegen der Kontrolle durch Wirtschaftsprüfer sowie durch den Rechnungshof (RH).
- Rechenschaftsbericht ist von zwei Wirtschaftsprüfern zu prüfen und dem RH zu übermitteln; dieser prüft den Bericht. Bei Verstößen gegen das Parteiengesetz wird ein weiterer Prüfer vom Rechnungshof gelost, der die Partei prüft.
- Festgestellte Verstöße meldet der Rechnungshof an den neu geschaffenen unabhängigen „Parteien-Transparenz-Senat“, der Sanktionen verhängen kann.
- Höhe der Sanktionen: Das Ein- bis Dreifache der verbotenerweise angenommenen Spenden, bei sonstigen Verstößen gegen die Rechenschaftspflicht bis zu 100.000 Euro.
- Gegen Funktionäre, die vorsätzlich gegen das Parteiengesetz verstoßen, ist eine Verwaltungsstrafe bis zu 20.000 Euro zu verhängen.
- Zusätzlich vorgesehen: Begrenzung der Wahlwerbungskosten mit 7 Millionen Euro.

Quelle: Bundespressedienst

Gemeinsam und offen in die Zukunft

Feierstunde im Parlament anlässlich 50 Jahre Gemeindeverfassung



Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Festveranstaltung »Gemeinsam und offen in die Zukunft« - Städte und Gemeinden feiern 50 Jahre Gemeindeverfassung – Blick in Richtung VeranstaltungsteilnehmerInnen mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied am Rednerpult

Am 12. Juli 1962 verankerte der Bundesgesetzgeber die kommunale Selbstverwaltung in der Bundesverfassung. Eine Festveranstaltung unter dem Motto „Gemeinsam und offen in die Zukunft“, zu der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund ins Parlament eingeladen hatten, bot am 26. Juni Gelegenheit, den Stellenwert der Gemeindeautonomie besonders hervorzuheben und das demokratische Selbstverständnis der Kommunen zu ehren, aber auch die künftigen Herausforderungen der Städte und Gemeinden aufzuzeigen.

Prammer: Gemeinden bieten Bürgernähe und Service vor Ort

Die Nationalratspräsidentin würdigte in ihren Begrüßungsworten die Gemeinden als Ausdruck von Bürgernähe und Service vor Ort und meinte, die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen mögen sich in den letzten 50 Jahren verän-

dert haben, was bleibe, sei der Umstand, daß die Menschen in ihrer Gemeinde ihr Zuhause haben. Sie erinnerte an ihre eigene Tätigkeit als junge Gemeindebedienstete in ihrem Heimatort und stellte fest, in den Gemeinden erlebe man die Probleme hautnah, man werde doppelt herausgefordert.

Prammer nahm auch zur aktuellen Diskussion über die Bundesstaatsreform Stellung und rief dazu auf, die Gemeinden als dritte Ebene dabei nicht auszuklammern. Wichtig war es für die Nationalratspräsidentin insbesondere, den Gemeinden mehr unmittelbare Kompetenzen an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zu fördern.

Besonders willkommen hieß Prammer SchülerInnen der Hauptschule Moosburg und des BG/BRG Klosterneuburg, die im Rahmen der Veranstaltung als Ergebnis eines Ideenwettbewerbs Projekte über die räumliche Gestaltung des Bildungscampus Moosburg bzw. die Homepage der Gemeinde Klosterneuburg präsentierten.

Mödlhammer: Mehr Partnerschaft zwischen Gemeinden, Ländern und Bund

Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, eröffnete sein Statement mit einem Rückblick: Am 12. Juli 1962, als die Rolling Stones erstmals öffentlich auftraten, sei in Österreich nicht Musikgeschichte, sondern Verfassungsgeschichte geschrieben worden, die Beschlußfassung der Gemeindeverfassung sei kein rollender Stein, sondern ein Meilenstein gewesen, legte sie doch die Prinzipien der Selbstverwaltung erstmals positiv fest. Damit sei die Gemeinde als Keimzelle des Staates mit einer erhöhten Bestandsgarantie verankert und mit einem eigenen Wirkungsbereich ausgestattet worden, betonte Mödlhammer. Der Nationalrat habe den Gemeinden damals die Zukunft des noch jungen Österreich anvertraut. Heute seien die Gemeinden bereit, sich den großen aktuellen Aufgaben zu stellen, versicherte der Präsident des Gemeindebundes und fügte hinzu, die Kommunen bräuchten dazu Verständnis,

Innenpolitik

Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur-Zolles KG/Mike Ranz



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am Rednerpult

ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Bundesländern und dem Bund, eine stabile und nicht bloß stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Haushaltspolitik und ein klares Bekenntnis zu den verfassungsrechtlichen Grundwerten, die 1962 verankert wurden.

Mödlhammer rief dazu auf, alles zu tun, damit sich Österreichs Gemeinden auch in Zukunft so beispielhaft und positiv entwickeln können wie in den letzten 50 Jahren. Er wünschte in diesem Sinn die Verankerung des partnerschaftlichen Bundesstaats als modernes, föderales Bauprinzip in der Verfassung sowie auch die Einräumung der Möglichkeit für die Gemeinden, Verträge mit Bund und Ländern zu schließen.

Häupl: Kommunale Stimme in Europa unüberhörbar machen

Michael Häupl, Präsident des Österreichischen Städtebundes, unterstrich, mit der Verankerung der Selbstverwaltung der Gemeinden habe der Nationalrat vor 50 Jahren etwas besiegelt, worum jahrzehntelang gerungen worden war. Seit 1962 stehen damit Städte und Gemeinden in den Verhandlungen dem Bund und den Ländern als gleichberechtigter Partner gegenüber. Auch Häupl bezeichnete die Gemeinden als jene Ebene, auf der Serviceleistungen für die BürgerInnen erbracht werden, und würdigte die kommunale Infrastruktur in Österreichs Städten und Gemeinden als auch im internationalen Vergleich unübertroffen. Wenn Umfragen immer wieder die Zufriedenheit der Menschen mit den Leistungen der Daseinsvorsorge belegen, dann sei dies auch als Wunsch zu verstehen, diese Einrichtungen in der öffentlichen Hand zu belassen. Er be-

klagte, in der realen Verfassung seien Städte und Gemeinden in letzter Zeit verstärkt in die Abhängigkeit der Länder geraten und könnten auf Grund ihrer finanziellen Probleme ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen. Er leitete daraus strukturellen Handlungsbedarf ab und forderte eine Neudefinition der Aufgaben der Gemeinden und ihrer Finanzierung.

Häupl sprach auch die europäische Ebene an und betonte, es gehe vor allem darum, die kommunale Stimme der Städte und Gemeinden in Brüssel unüberhörbar zu machen. Mit Nachdruck bekannte sich der Wiener Bürgermeister in diesem Zusammenhang zur Europäischen Union, zu einem „bürger-nahen Volkseuropa“ und meinte, die Lösung liege nicht in einem Weniger, sondern in einem Mehr an Europa. Den Städten komme

dabei die Rolle der Laboratorien des Kontinents zu. Auch in der Verwaltungsreform haben, so Häupl, die Städte und Gemeinden ihre Vorreiterrolle unter Beweis gestellt. Heute gehe es darum, die Rahmenbedingungen ständig an die Lebensrealität anzupassen, die Gemeinden seien bereit dazu, versicherte Häupl.

Pichler fordert mehr direkte Demokratie und Bürgernähe

O.Univ.-Prof. Johannes Pichler vom Institut für Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung an der Karl-Franzens-Universität Graz stellte einen flammenden Appell für mehr direkte Demokratie an den Beginn seiner Festrede und gab dabei zu bedenken, wer mit der direkten Demokratie Probleme habe, der habe ein Problem mit der Demokratie an sich. Er spannte sodann einen historischen Bogen, der von den bauerlichen Freiheiten und den Stadtrechten des Mittelalters über den Zentralismus der frühen Neuzeit bis hin zur erstmaligen Verankerung des kommunalen Prinzips im Jahr 1849 reichte, und zog den Schluß, an dem Grundsatz der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung komme auch heute weder der Staat noch die Union vorbei. Pichler bekannte sich mit Nachdruck zur Europäischen Union und lenkte dabei seinen Blick in die Zukunft: Am Ende dieses Jahrhunderts werde es ein Europa als „draußen“ und die Gemeinden als „drinnen“ geben, in einer echt europäischen Gesellschaft werden dann die Bürgerinnen und Bürger Europas die wahren Souveräne des Kontinents sein, die Nationalstaaten werden zwar Kontrollkompetenzen bewahren, die essentiellen Entscheidungen hingegen wer-



Die Bürgermeister Helmut Mödlhammer (l.) und Michael Häupl

den nicht mehr in den nationalen Parlamenten fallen, sagte er.

Die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung sieht Pichler in einem deutlichen Ausbau der Bürgerbeteiligung. Er rief in diesem Sinn die BürgermeisterInnen auf, direkte Demokratie zu üben und ihre Gemeindestuben für „open government“ zu öffnen. Es gelte, meinte er, am Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft zu arbeiten und das Subsidiaritätsprinzip nach unten weiter zu entwickeln. Eine besondere Rolle der Gemeinden ortete Pichler auch bei der Unterstützung europäischer Bürgerinitiativen.

Insgesamt wandte sich Pichler gegen Demokratieverdrossenheit und richtete an Städte und Gemeinden einen eindringlichen Appell, die Kluft zwischen BürgerInnen und Politik, die Kluft zwischen BürgerInnen und Europa zu überbrücken.

Schmied: Bildung ist Standortfaktor für Gemeinden

Claudia Schmied, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, sieht die Bildung als wichtigen Standortfaktor für die Kommunen und gab zu bedenken, alle jungen Menschen, die heute in eine Schule gehen, würden in 10 und 20 Jahren das Schicksal unseres Landes bestimmen. Es gehe daher darum, mehr in Schule, in Bildung und Ausbildung zu investieren, politische Schwerpunkte im Bildungsbereich zu setzen und die Maßnahmen dann auch zu implementieren. Bei diesen großen Themen seien Bündnispartner über die Parteigrenzen hinweg unverzichtbar, meinte Schmied und sprach dabei vor allem auch die Rolle der Städte und Gemeinden an. Sie bekannte sich zum Ausbau der Ganztagschulen und betonte, Österreich brauche Schulen, in denen Talente gefördert werden. Jeder von uns könne irgendetwas besonders gut, sei in einem Bereich Elite und könne dadurch zum Wohlstand des Landes beitragen, sagte sie. Wichtig sei es daher, niemanden zurück zu lassen, sondern vielmehr die Begabungen eines jeden einzelnen zu entdecken und im Sinne einer neuen Lehr- und Lernkultur zu fördern.

Zu den Zielen der Bildungspolitik hielt Schmied fest, über die Parteigrenzen hinweg gebe es Konsens, jetzt gehe es darum, Schritt für Schritt unverdrossen weiter zu arbeiten. Vieles habe man schon erreicht, vieles habe man aber auch noch vor sich. ■

<http://www.parlament.gv.at>

<http://www.staedtebund.at>

<http://www.gemeindebund.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



O.Univ.-Prof. Johannes Pichler von der Karl-Franzens-Universität Graz



Unterrichtsministerin Claudia Schmied



Moderatorin Andrea Radakovits mit SchülerInnen des BG/BRG Klosterneuburg

Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Asyl- und Fremdenrecht

Am 19. Oktober 2010 faßte der Ministerrat den Beschluß, ein neues »Bundesamt für Asyl und Migration« (BAM) zu schaffen, das die Kompetenzen von insgesamt 113 Behörden in den angesprochenen Bereichen bis 2013 zusammenlegen soll.

Der damalige Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) betonte nach dem Ministerratsbeschluß, daß es wichtig sei, den praktischen Vollzug zu vereinheitlichen und klare Leitlinien zu definieren. Es bestehe aber kein Grund, das Fremden- oder das Asylgesetz zu ändern. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sagte, „wenn zu viele Stellen unkoordiniert an der Bearbeitung der anstehenden Asylfälle beteiligt sind, kann es zu Fehlern kommen. Es geht um Schicksale von Menschen, deshalb müssen wir diese Unerträglichkeit beenden.“

Am 28. Juni 2012 tagte der parlamentarische Innenausschuß, bei dem im Rahmen eines Expertenhearings die Regierungsvorlage zur Einrichtung eines „Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl“ (BFA) diskutiert wurde.

Mikl-Leitner: Kürzere Verfahren bringen schnellere Gewißheit für Asylsuchende

„In Zeiten von starken Migrationsströmen und knappen Ressourcen brauchen wir ein System, das effizienter mit den personellen und finanziellen Ressourcen umgeht. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl ist die strukturelle Antwort darauf. Mit der Bündelung von asyl- und fremdenrechtlichen Agenden erster Instanz in einem Amt werden -zig Schnittstellen und Parallelstrukturen abgeschafft, Steuergelder eingespart und die Verfahren werden kürzer und effizienter“, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). „Die kürzeren Verfahren bringen schnellere Gewißheit für Asylsuchende und alle Fremde, die in den Zuständigkeitsbereich des BFA fallen, und deren Vertreter sowie NGOs haben künftig auch einen einzigen und kompetenten Ansprechpartner“, sagte die Ministerin. „Zusätzlich kann durch eine einheitliche österreichweite Steuerung auf Änderungen und aktuelle Ereignisse rascher und flexibler reagiert werden.“

Das BFA wird als eine dem Bundesministerium für Inneres unmittelbar nachgeordnete Behörde mit einer Zentrale in Wien und einer Regionaldirektion in jedem Bundesland eingerichtet. Die wesentlichen Aufgaben des neuen Bundesamtes werden die Durch-

führung der erstinstanzlichen Verfahren aus dem Asyl- und Fremdenwesen – mit Ausnahme der Strafverfahren und Visa-Angelegenheiten – sein, sowie der Vollzug des Aufenthaltswesens aus berücksichtigungswürdigen Gründen.



Innenministerin
Johanna Mikl-Leitner

Pendl: Wesentlicher Schritt in Richtung Verwaltungsreform

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl begrüßt die diskutierte Regierungsvorlage zur Errichtung des BFA. „Damit schaffen wir einen wesentlichen Schritt in Richtung Verwaltungsreform“, betont Pendl. „Durch diese Bündelung der asyl- und fremdenrechtlichen Agenden erster Instanz können Verfahren schneller und effizienter abgehandelt werden.“

Pendl würdigt, daß zahlreiche Anregungen aus der öffentlichen Begutachtung nun in die Regierungsvorlage eingearbeitet worden sind. „Das ist gerade bei sensiblen Rechtsbereichen wie Asyl und Fremdenwesen besonders wichtig.“ Hauptziel des BFA ist es, eine höhere Qualität in diesen sensiblen Rechtsbereichen zu erzielen. Der SPÖ-Sicherheitssprecher hebt in diesem Zusammenhang besonders die hohe fachliche Qualität der Spezialistinnen und Spezialisten

in Sachen Grundrechten hervor. „Die Beamtinnen und Beamten des Amtes für Fremdenwesen und Asyl haben eine besondere Ausbildung im Bereich der Grundrechte. Dadurch werden sie künftig Verfahren sensibler und kompetenter beurteilen können“, so Pendl. Insgesamt beurteilt er das Expertenhearing als sehr positiv und konstruktiv.

Vilimsky: Steigende Asylzahlen

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ) verwies darauf, daß die Zahl der AsylwerberInnen ständig steige und zudem innerhalb der EU auch ungleich verteilt sei. Es stelle sich die Frage, wie sich die für die Bevölkerung beträchtlichen Kosten im Lichte der Neuregelung entwickeln werden.

Abgeordneter Werner Herbert, ebenfalls FPÖ, regte schließlich noch an, Ausnahmeregelungen in das Gesetzeswerk aufzunehmen, mit denen sichergestellt werde, daß die Sonderregelungen für Minderjährige nicht mißbraucht würden.

Westenthaler: Gesetzesmonster wurde geschaffen

Abgeordneter Peter Westenthaler (BZÖ) kritisierte, im vorliegenden Entwurf sei von der an sich richtigen Idee der Schaffung des BFA als einzige zuständige Behörde nichts mehr übrig geblieben. Man habe die große Chance verpaßt, im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform ein Amt einzurichten, in dem alle fremdenrechtlichen Kompetenzen zusammengeführt werden. Anstatt den Dschungel an Gesetzen zu roden, habe man ein weiteres „Gesetzesmonster“ geschaffen, das bloß weitere Vollzugsdefizite und eine Überforderung der MitarbeiterInnen bringen werde, kritisierte Westenthaler, der sich zudem skeptisch in bezug auf die angestrebte Verfahrensverkürzung zeigte.

Korun: Halbe Behördenreform ist keine Lösung

„Im heute auf Druck der Grünen eingesetzten ExpertInnenhearing zur Schaffung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl haben viele ExpertInnen bestätigt, daß die Ausländergesetze mit dieser neuen Regelung nicht einfacher, sondern komplizierter

Innenpolitik

und noch unleserlicher werden. Eine große Behördenreform wäre zu begrüßen, hier allerdings die gesamte legale Migration außen vor zu lassen und ausgerechnet Asyl und illegale Migration zusammenzufassen, ist keine Lösung“, betont Alev Korun, Menschenrechtssprecherin der Grünen. „Mehrere ExpertInnen kritisierten, daß die ausländerrechtlichen Verfahren inzwischen in fünf unterschiedlichen Gesetzen mit fünf unterschiedlichen Verfahren durchgeführt werden und selbst SpezialistInnen sich schwer tun, die Gesetze noch zu verstehen. Es gab auch den Appell, endlich ein einheitliches Verfahren zu schaffen und die Gesetze zu entrümpeln. Obwohl die Schaffung des neuen Bundesamts von Regierungsparteien in die Auslage gestellt wird, werden gleichzeitig zahlreiche inhaltliche Verschärfungen beschlossen, die mit der neuen Behörde nichts zu tun haben. Wenn die Regierung wirklich schnellere und bessere Asyl- und sonstige Verfahren will, dann muß sie ein einheitliches, überschaubares Verfahren ohne hundert Ausnahmen schaffen“, stellt Korun klar.

Die Experten am Wort

Bei den Beratungen des Innenausschusses über die Frage der Neuregelung der Kompetenzen im Asyl- und Fremdenrecht und der Konzentration des Verfahrens waren am 28. Juni ExpertInnen am Wort:

*Gernot Bürstmayr, Rechtsanwalt und
Fremdenrechtsexperte, Wien*

Bürstmayr gab zu bedenken, die Schaffung des BFA laufe darauf hinaus, daß Asyl- und Fremdenpolizei wieder unter ein Dach zusammengeführt werden. Damit mache man eine Entwicklung der letzten Jahre rückgängig, die, wie er sagte, diese beiden so unterschiedlichen Bereiche aus gutem Grund bewußt getrennt hatte. So gehe es im Asylverfahren ausschließlich um die Schutzbedürftigkeit der Betroffenen, während hingegen Fragen der Integration und der Zukunftsprognose im Mittelpunkt von fremdenrechtlichen Verfahren stehen. Bürstmayr bezeichnete es als problematisch, wenn nun ein und dieselbe Person zwei völlig verschiedene Aufgaben erfüllt, und plädierte dafür, die beiden Bereiche auch weiterhin getrennt zu belassen. Weiters wies er darauf hin, daß bis zum Inkrafttreten der im Entwurf enthaltenen materiellen Änderungen des Fremdenrechts im Jahr 2014 noch mindestens zwei Novellen des Fremdenrechts zu erfolgen haben, um allein die europarechtlichen Normen in diesem Bereich nachvoll-

ziehen zu können. Dies stelle die Legisten vor eine schwierige Situation, meinte der Experte, der zudem ein gesetzliches Chaos befürchtete und für eine Herausnahme dieses Teils aus dem Entwurf eintrat.

*Beatrix Hornschall,
Senatsrätin, MA 35, Wien*

Beatrix Hornschall begrüßte grundsätzlich die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen und unterstützte darüber hinaus insbesondere auch jene Bestimmung, wonach Fremde nach fünf Jahren Aufenthalt in Österreich, wenn die Hälfte dieser Zeit legal gewesen ist, Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Ihrer Meinung nach sollte dieser Passus des Gesetzes nicht erst 2014, sondern so schnell wie möglich in Kraft gesetzt werden. Hornschall kritisierte in ihren weiteren Ausführungen allerdings die zunehmende Kompliziertheit der Materie und bedauerte, man habe die Gelegenheit versäumt, ein generelles Zuwanderungsmodell umzusetzen. Sie machte auch auf Probleme bei bereits anhängigen Verfahren aufmerksam und drängte auf eine Stichtagsregelung für humanitäre Fälle, die garantiert, daß alle Verfahren ab 2014 vom BFA erledigt werden.

*Dietmar Hudsky, Leiter der Abteilung
Aufenthalt und Staatsbürgerschafts-
wesen, Wien*

Dietmar Hudsky hob die Überleitung der humanitären Fälle an das neue Bundesamt für Asyl als positiv hervor und bemerkte im übrigen, materiell-rechtlich habe sich durch den vorliegenden Entwurf nur wenig verändert. Als richtig erachtet er es, daß nun das BFA die Aufenthaltsberechtigung für besonders berücksichtigungswürdige Fälle erteilt. Er erwartet sich insgesamt keine Nachteile für die Betroffenen und stellte überdies klar, daß die durch das BFA erteilten Aufenthaltsberechtigungen zum Erwerb des Daueraufenthalts angerechnet werden. Die Abgrenzung des humanitären Aufenthalts vom Aufenthalt nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz sei richtig und erlaube durch die Nutzung von Schnittstellen einen effizienten und schlanken Vollzug, ohne daß dadurch das BFA überfordert werde, meinte Hudsky.

*Alexander Latzenhofer,
Rechtsanwalt, Wien*

Alexander Latzenhofer bezeichnete die Schaffung der neuen Behörde als gute Idee, kritisierte die Ausführung allerdings als mangelhaft. Man hätte viel mehr machen können

als bloß das alte Asylamt herzunehmen und ihm ein neues Türschild zu verpassen, sagte er. So wäre es besser gewesen, sämtliche Angelegenheiten der Migration dieser neuen Behörde anzuvertrauen, zumal die Lebenssachverhalte oft in einem engen Zusammenhang stehen. Die Schaffung eines einheitlichen Verfahrensrechtes wiederum stellte nach Meinung Latzenhofers einen Systembruch dar und führe, wie er sagte, nun dazu, daß man in Hinkunft anstatt mit zwei Gesetzestexten nun mit drei Regelwerken hantieren müsse. Überhaupt hätte man nach Einschätzung Latzenhofers die Schaffung des einheitlichen Verfahrens für die neuen Verwaltungsgerichte abwarten und erst dann die Verfahrensregeln für das BFA treffen sollen.

*Harald Perl, Präsident des
Asylgerichtshofes, Wien*

Harald Perl erinnerte an die wachsende Verzahnung zwischen asyl- und fremdenpolizeilichem Bereich und die damit einhergehende große organisatorische Nähe der Zuständigkeit für Asyl- und Fremdenrecht und erwartete sich nun durch die Zusammenführung der Verfahren vor allem mehr Effizienz und eine Vermeidung von Doppelgleisigkeiten. Perl verwies zudem auf die Notwendigkeit, Verfahrenskonzentration und die daraus resultierenden inhaltlichen strukturellen Effekte nun auch im Bereich des Rechtsschutzes zu schaffen.

*Gernot Steiner, Landesflüchtlings- und
Integrationsbeauftragter, Kärnten*

Gernot Steiner befürwortete grundsätzlich die Idee der Zusammenführung der asyl- und fremdenrechtlichen Materien, vermißte aber Maßnahmen, um Asylmißbrauch oder bewußte Verzögerung hintanzuhalten. Die Überführung des humanitären Aufenthaltstitels betrachtete er als konsequent, kritisierte jedoch, daß das Niederlassungswesen nach wie vor im Kompetenzbereich der Länder verbleibt, was, wie er zu bedenken gab, dazu führe, daß nun über die Verlängerung des Aufenthaltstitels wieder die Länder entscheiden werden. Seiner Meinung nach wäre es besser gewesen, den gesamten Migrationsbereich an das BFA zu übertragen.

*Joachim Stern, Verwaltungs-
rechtsexperte, Wien*

Joachim Stern sah durch den vorliegenden Entwurf zahlreiche grundrechtliche und europarechtliche Probleme aufgeworfen und beklagte überdies die Komplexität und

Innenpolitik

schwierige Lesbarkeit des Gesetzes. Er bemängelte vor allem, daß die Umsetzung der europäischen Verfahrensgarantien, wie etwa die Verpflichtung zur Übersetzung der ganzen Entscheidung oder die Verpflichtung zur Rechtsberatung, im Entwurf ignoriert oder gar konterkariert werden. Im einzelnen kritisierte Stern eine Aufweichung der Aufenthaltsverfestigung, eine Beseitigung der Asylmöglichkeit für EU-BürgerInnen, eine Erweiterung der Möglichkeit der Anhaltung bis zu 120 Stunden und eine Verletzung der Unschuldsvermutung durch den Entzug des Aufenthaltsrechts bei Vorliegen von bloßem Verdacht. Als problematisch sah er auch die zahlreichen Verweise des Textes auf nicht

näher genannte Paragraphen und trat insgesamt dafür ein, den Entwurf aus rechtsstaatlicher und europarechtlicher Sicht noch einmal zu überarbeiten.

Wolfgang Taucher, Direktor des Bundesasylamtes, Wien

Wolfgang Taucher leitete die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Asylverfahrens aus der Zunahme an Dynamik im Migrationsbereich ab und meinte, das BFA könne flexibel auf diese Herausforderungen reagieren. Taucher war sich der Komplexität der fremdenrechtlichen Angelegenheiten an sich durchaus bewußt, erachtete aber gerade aus diesem Grund den Ruf nach einer Ver-

einfachung der Regeln für komplexe Fälle als äußerst problematisch. Die Bündelung der Kompetenzen werde letztlich zu Synergien und zu einer Reduktion der Schnittstellen führen, zeigte er sich zuversichtlich.

Das Plenum des Nationalrats gab schließlich nach einer kontroversen Debatte in seiner Sitzung vom 5. Juli mit den Stimmen der Koalitionsparteien mehrheitlich grünes Licht für die Einrichtung des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA), es wird mit Umsetzung der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit 1. Jänner 2014 seine operative Arbeit aufnehmen. ■

Quellen: ÖVP, SPÖ, Grüne, Parlamentskorrespondenz und Bundesministerium für Inneres

ÖVP beschließt Demokratiepaket

Basierend auf der Grundlage des Konzepts der JVP von Staatssekretär Sebastian Kurz werden nun acht Punkte nun in einer Arbeitsgruppe verhandelt.

Acht konkrete Punkte, mit denen die ÖVP mehr direkte Demokratie in Österreich fest verankern will, haben wir heute einstimmig beschlossen“, hielt ÖVP-Bundesparteiobmann Vizekanzler Michael Spindelegger nach dem Bundesparteivorstand vom 22. Juni fest, und weiter: „Erreicht ein Volksbegehren 100.000 Stimmen, soll es zukünftig nicht nur im Plenum behandelt werden, sondern zu einer Sondersitzung des Nationalrats führen.“

Daneben sollen die Bürger die Möglichkeit erhalten, durch „Bürgeranfragen“ selbst Fragen an einen Abgeordneten oder Minister zu stellen. „In einem dritten Punkt wollen wir eine Gesetzesinitiative des Bundesvolkes schaffen“, fährt der Vizekanzler fort: „Wenn es zehn Prozent der Wahlberechtigten wünschen, soll die Möglichkeit gegeben sein, daß es eine Volksabstimmung zu einem Thema gibt.“

Im Hinblick auf das Wahlrecht soll die persönliche Stimme zukünftig durch die Aufwertung der Vorzugsstimme und des Direktmandats in den Wahlkreisen mehr Gewicht bekommen. Ein weiterer Punkt des Demokratiepakets ist die Steuerwidmung. „Wer Steuern zahlt, soll auch mitbestimmen können, wofür sein Geld verwendet wird“, so der ÖVP-Bundesparteiobmann. Darüber hinaus soll Politische Bildung und Staatskunde als verpflichtendes Unterrichtsfach in der Mittelstufe eingeführt werden, die Konzentration von Wahlen auf sogenannte „Bürger-sonntage“ erfolgen und Onlinewahlsysteme verbessert werden. „Diese acht Punkte wol-

len wir nun mit dem Koalitionspartner verhandeln. Wir werden daher mit der SPÖ eine Arbeitsgruppe einrichten, um noch vor der nächsten Nationalratswahl Ergebnisse präsentieren zu können“, betont Spindelegger.

Darüber hinaus wurde im Bundesparteivorstand auf Basis des ÖVP-Verhaltenskodex der Ethikrat, der die ÖVP bei der Beantwortung schwieriger Fragen begleiten soll, beschlossen. Als Mitglieder dieses Ethikrates wurden die ehemalige steirische Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, der Präsident der Politischen Akademie Werner Fasslabend, der ehemalige Klubdirektor Werner Zögernitz, der ehemalige Präsident der Nationalbank Klaus Liebscher und Universitätsprofessor Klaus Poier ernannt. „Diese fünf Personen werden diejenigen sein, die uns in Zukunft im Ethikrat mit wichtigen Vorentscheidungen, Ratschlägen und Beurteilungen unterstützen werden“, erklärte Spindelegger.

Staatssekretär Sebastian Kurz sieht in dem Paket auch Einschränkungen vor: „Wir schlagen als Ausnahmen Grund- und Menschenrechte, EU-Primärrechte und völkerrechtliche Verträge vor.“ Er ist überzeugt, daß Demokratie nur über Bürgerbeteiligung funktionieren kann: „Je stärker wir Bürgerbeteiligung zulassen und je mehr Gewicht wir den Bürgern geben, desto mündiger werden sie.“

Die Punkte in der Zusammenfassung:

○ Aufwertung von Volksbegehren

Bei Volksbegehren mit 100.000 Stimmen soll dieses in einer eigenen Sondersitzung des Nationalrates behandelt werden.

○ Bürgeranfrage

Ähnlich wie Nationalratsabgeordnete, sollen auch Bürger Anfragen an einen Minister stellen können.

○ Gesetzesinitiative des Bundesvolkes

Bei Volksbegehren mit einer Stimmenanzahl von 10 Prozent der Wahlberechtigten, soll dieses als Bürgerinitiative in das Parlament eingebracht werden.

○ Bürgersonntage

Volksabstimmungen sollen künftig an bestimmten Sonntagen im Jahr stattfinden.

○ Steuerwidmung

Wer Steuern zahlt, soll auch mitentscheiden können, worin diese investiert werden. Gemeinsam mit einer Steuertransparenz soll der Bürger ein besseres Verständnis für das eigene Steuersystem bekommen.

○ Modernes Wahlrecht

Das Wahlrecht soll durch eine Aufwertung der Vorzugsstimmen und durch mehr Direktmandate im Wahlkreis stärker personalisiert werden.

○ Politische Bildung und Staatskunde

Um bei Jugendlichen das Wissen um die Grundlagen des Staates zu entwickeln, soll ein Pflichtfach in der Mittelstufe eingeführt werden.

○ Online-Sammelsysteme

Bei Volksbegehren sollen, wie bei der Europäischen Bürgerinitiative, Online-Sammelsysteme Verwendung finden können (nicht bei Wahlen oder Volksabstimmungen). ■

<http://www.oevp.at>

Öffi-Ticket für alle Kinder und Jugendlichen in der Ostregion

Schüler- und Lehrlingsfreifahrt an 365 Tagen pro Jahr auf allen Strecken für nur 60 Euro – Enorme finanzielle Entlastung für Familien und Verwaltung

SchülerInnen und Lehrlinge aus Niederösterreich, Wien und dem Burgenland können ab September mit einer neuen Jahresnetzkarte alle Strecken des Verkehrsverbundes Ostregion zu jeder Zeit benützen. „Die neue Regelung bringt für 40 Prozent aller SchülerInnen und Lehrlinge in Österreich deutliche Verbesserungen und bedeutet sowohl für die Familien als auch für die Verwaltung eine enorme finanzielle Entlastung“, sagte Familien- und Jugendminister Reinhold Mitterlehner am 4. Juni bei einer Pressekonferenz mit den drei Landeshauptleuten Erwin Pröll (Niederösterreich), Michael Häupl (Wien) und Hans Niessl (Burgenland). „Wir reagieren damit auch auf die geänderten Lebensrealitäten mit immer mehr Patchwork-Familien. Kinder und Jugendliche haben oft nicht mehr nur einen Schulweg, sondern pendeln zwischen Vater, Mutter und Großeltern“, erläuterte Mitterlehner.

Das neue Top-Jugend-Ticket berechtigt die 500.000 Schüler und Lehrlinge der Ostregion – und somit 40 Prozent aller österreichischen SchülerInnen und Lehrlinge – ab September für nur 60 Euro pro Jahr alle öffentlichen Verkehrsmittel ohne Aufzahlung für einzelne Strecken zu benützen. Auch an den Wochenenden und in den Ferien und unabhängig von der Länge des Weges zwischen Wohn- und Ausbildungsort sowie Häufigkeit der Fahrten. Das bisherige Jugend-Ticket mit dem Selbstbehalt von 19,60 Euro für ein Schuljahr, das aber nur für die Fahrt zwischen Wohnung und Schule oder Ausbildungsstelle verwendet werden kann, bleibt bestehen.

Das Modell soll möglichst bald auf alle Bundesländer ausgeweitet werden. „Wir beginnen noch im Juni die Gespräche mit den Vertretern der anderen Bundesländer und ich bin optimistisch, daß wir eine ähnliche Lösung flächendeckend erreichen“, so Mitterlehner. Die Kosten für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt trägt weiterhin der im Familienministerium angesiedelte Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der dafür jährlich 130 Millionen Euro aufwendet. Da im neuen System die Anspruchsberechtigung nicht mehr geprüft werden muß, z.B. ob der



Foto: NÖ Landespressdienst/Pfeiffer

Stellten Neuregelung der Jahresnetzkarte für Schüler und Lehrlinge in der Ostregion vor (v.l.): LH Hans Niessl, BM Reinhold Mitterlehner, LH Erwin Pröll und Bgm. Michael Häupl

Schulweg länger als zwei Kilometer ist, bedeutet das für den Bund eine deutliche Vereinfachung. Die Regelung ist zudem so konzipiert, daß für den FLAF keine zusätzlichen Kosten entstehen.

„Prognosen sagten für die Ostregion einen Bevölkerungszuwachs von rund 400.000 Einwohnern bis zum Jahr 2030 voraus“, erläuterte zunächst Landeshauptmann Pröll. Das bringe auch entsprechende Herausforderungen etwa im Bereich der Mobilität, so Pröll: „Rund 126.000 Pendlerinnen und Pendler fahren täglich aus dem Wiener Umland nach Wien, rund 50.000 sind von Wien heraus in das Wiener Umland unterwegs.“ Die zwei neuen Modelle seien „eine komplette Neuregelung“, betonte Pröll: „Wir sehen darin ein wichtiges Signal für den öffentlichen Verkehr, und wir bieten damit eine Lösung an, die eine uneingeschränkte Mobilität für Jugendliche zu erschwinglichen Preisen ermöglicht.“ Die Neuregelung erweitere auch den Bezieherkreis und trage wesentlich zur Verkehrssicherheit bei, so Pröll, der darüber hinaus auch „ein politisches Signal“ sieht, denn „die gemeinsame Lösung über Länder- und Parteigrenzen hinweg ist auch ein wesentliches Signal für den föderalen Gedanken“.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl sprach von einer „sehr guten und richtigen Maßnahme“ und einer „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten. „Es geht uns auch darum, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, daß es sinnvoll ist, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Und wir tragen damit zu mehr Sicherheit, mehr Gerechtigkeit und administrativer Vereinfachung bei“, so Häupl, der sich auch für die „kontinuierliche Zusammenarbeit“ der drei Bundesländer bedankte.

„Dieses Treffen der drei Landeshauptleute der Ostregion hat bereits seit 1995 gute Tradition und steht im Zeichen des konstruktiven und freundschaftlichen Miteinanders, über Länder- und Parteigrenzen hinweg für die gemeinsamen Interessen der Ostregion, die es in vielen Bereichen gibt“, so Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl. „Unser Ziel ist es, Verbesserungen für die Menschen dieser Region zu erreichen. 30.000 BurgenländerInnen – inklusive SchülerInnen und Lehrlinge – pendeln täglich in den Großraum Wien. Mit dieser Initiative setzen wir ein massives Signal in Richtung Verwaltungsvereinfachung, Öffentlicher Verkehr und Klimaschutz, vor allem aber in Richtung Entlastung der Familien.“ ■

Sucht- und Gewaltprävention in der Schule

Bilanz über ein außergewöhnliches Unterrichtsprogramm, von dem bereits über 6300 oberösterreichische SchülerInnen profitieren konnten.

Clever & cool“ ist ein Projekt zur Sucht- und Gewaltprävention für die 8. Schulstufe (13- bis 14jährige) und wird seit dem Jahr 2002 als Kooperationsprojekt von der Polizei OÖ und dem vom Land Oberösterreich beauftragten „Institut Suchtprävention“ umgesetzt. Das Projekt besteht aus 11 Modulen mit insgesamt 33 Unterrichtseinheiten und wird über ein ganzes Schuljahr durchgeführt.

Gestärkt durch die Erfahrung aus einem 1999 in Enns durchgeführten Schulprojekt werden die Schulklassen seit mittlerweile zehn Jahren jeweils ein ganzes Schuljahr lang von Präventionsbeamten der Polizei begleitet. Das Kooperationsprojekt hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt, es entstanden Strukturen und einheitliche Standards. Ziel aller „clever & cool“ Projekte ist es, die Lebenskompetenzen der Jugendlichen zu fördern, Alternativen zu suchtriskanten Verhalten aufzuzeigen und eigenes Konsumverhalten kritisch zu hinterfragen. Dabei spielt auch die seriöse Information über Sucht, Suchtentstehung, Gewalt und gesetzliche Bestimmungen eine wichtige Rolle.

Ein Projekt für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern

Eine zentrale Rolle spielen die PräventionsbeamtenInnen der Polizei OÖ, die in den Klassenzimmern stehen. Sie erhalten im Vorfeld am „Institut Suchtprävention“ eine Ausbildung zum Thema Sucht- und Gewaltprävention und vermitteln mit Unterstützung und Begleitung der LehrerInnen und Partnerinstitutionen (Jugend Service des Landes OÖ, BILY- Jugend-, Familien- und Sexualberatung) die Projektinhalte in den Schulen. Um eine qualitätsgesicherte Durchführung zu gewährleisten, wird nach einem standardisierten Projekthandbuch vorgegangen. Die interaktive Unterrichtsgestaltung und methodische Vielfalt machen die Inhalte für die teilnehmenden SchülerInnen verstehbar, insgesamt interessant und laden zur aktiven Mitarbeit ein. In Ergänzung zu den Unterrichtseinheiten wird an den teilnehmenden Schulen von MitarbeiterInnen des Instituts eine



Foto: Land OÖ/Stinglmayr

Nach der Pressekonferenz zu »clever & cool« (v.l.): Christoph Lagemann, Leitung »Institut Suchtprävention«, Landeshauptmann Josef Pühringer und Generalmajor Andreas Pils

schulinterne Fortbildung (8 UE) für Lehrkräfte durchgeführt. Auf diese Weise werden aktuelle Erkenntnisse der schulischen Suchtprävention sowie damit verknüpfte Methoden weitergegeben. Zudem wird im Laufe des Schuljahres der Elternvortrag „Kinder in ein suchtfreies Leben begleiten“ durchgeführt. Die anwesenden Eltern erhalten zur Vertiefung das Handbuch „Wie schütze ich mein Kind vor Sucht“. Optional und nach Bedarf bieten die PräventionsbeamtenInnen der Polizei OÖ im Anschluß zwei Eltern-Workshops an.

»clever & cool« richtet sich an SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern

„clever & cool“ orientiert sich an den aktuellen Erkenntnissen der Sucht- und Gewaltprävention. Das Programm behandelt die Themen Sucht, Gewalt, Prävention, Gesetz und Sexualität. Mit Hilfe einer interaktiven Unterrichtsgestaltung und methodischer Vielfalt werden die Inhalte interessant und verstehbar vermittelt. Dadurch sollen die SchülerInnen im Rahmen dieses Präventionsprojektes erleben, daß sie als Menschen wertvoll sind und ernst genommen werden.

Zudem sollen Fähigkeiten gefördert werden, die nach den Erkenntnissen der Präventionsforschung zentral sind:

- Probleme und Konflikte lösen,
- Umgang mit Streß und Aggression lernen,
- miteinander reden können,
- Gefühle ernst nehmen und
- sich selbst behaupten können, ohne andere zu verletzen.

Auf diese Weise konnten in den vergangenen zehn Jahren 6360 SchülerInnen sowie 1860 LehrerInnen in 123 Schulen bzw. 270 Klassen erreicht werden.

Evaluation bestätigt positive Wirkung

„clever & cool“ ist aus der heimischen Präventionslandschaft nicht mehr wegzudenken. Es ist ein Paradebeispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit in der Sucht- und Gewaltprävention, das weit über Oberösterreichs Grenzen hinaus Vorbildcharakter besitzt. Das beweist nicht zuletzt die Aufnahme in das Verzeichnis der EDDRA Datenbank der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle in Lissabon als ‚best practice Model‘. Die Er-

Innenpolitik

gebnisse der Evaluation bestätigen den eingeschlagenen Weg eindrucksvoll“, so Christoph Lagemann vom „Institut Suchtprävention“. Im Schuljahr 2009/10 wurde eine umfassende (gesamter Jahrgang), unabhängige Evaluierung dieses Projekts durchgeführt, die von Prof. Johann Engleitner vom Zentrum für Forschung und Entwicklung der Pädagogischen Hochschule OÖ. geleitet wurde. Insgesamt liegen der Auswertung Datensätze von 766 SchülerInnen aus 33 Schulklassen sowie 72 TrainernInnen und 36 Lehrkräften zu Grunde. Zudem gab es eine Befragung der Eltern, die auf diese Weise ebenfalls ihre Rückmeldungen zum Projekt einfließen lassen konnten. Nachfolgend sind einige der wichtigsten Evaluationsergebnisse aufgelistet:

- Knapp zwei Drittel (62,5 %) der SchülerInnen fühlen sich nach dem Projekt „clever & cool“ besser vor Sucht geschützt als zuvor.
- Zwischen 82 % und 96 % der SchülerInnen konnten sich aktiv beteiligen und haben gerne an „clever & cool“ mitgearbeitet.
- 9 von 10 Lehrkräften (92,6 %) haben den Eindruck, daß das Projekt für das Klassenklima förderlich ist und 96,2 % von ihnen würden „clever & cool“ gerne weiterempfehlen.
- Gewalt und Mobbing ist ein soziales Problem, das auch für österreichische Schulen eine Herausforderung darstellt. Auf das Statement „Andere Schüler aus meiner Klasse gehen auf mich los“ antworten über 9 %, daß sie dies zumindest häufig erdulden müssen. Alleine diese Zahl belegt, daß Maßnahmen zur Gewaltprävention angebracht sind.
- Durch ihre erfolgreiche Tätigkeit als TrainerInnen nützten die PolizeibeamtInnen die Chance, von mehr als 700 Jugendlichen in einer Rolle wahrgenommen zu werden, die ausschließlich positiv besetzt ist.
- An den im Projekt integrierten Elternvorträgen nahmen insgesamt 405 Personen teil. 96,4 % der teilnehmenden Eltern fanden den Vortrag interessant, 82,7 % fanden die Inhalte hilfreich für ihre eigene Erziehungsarbeit.
- Die SchülerInnen sprachen zu einem überwiegenden Teil mit ihren Eltern zuhause über das Projekt. Lediglich 9 % der Eltern gaben an, daß ihr Kind nie etwas über das Projekt erzählt hat. Die Erzählungen waren dabei größtenteils durch positive Eindrücke geprägt.



Foto: HS Helfenberg

Eine der »clever & cool«-Klassen der Hauptschule Helfenberg in Oberösterreich

- Die SchülerInnen konnten sehr stark zur Mitarbeit animiert werden, was zu einer sehr positiven Gesamteinschätzung führte. 78,5 % der SchülerInnen finden das Projekt wichtig für Gleichaltrige.
- Wenn SchülerInnen angeleitet werden, sich mit ihren Ressourcen auseinander zu setzen, erfährt eine überraschend große Zahl von ihnen noch etwas Neues über ihre eigenen Talente (57,2 %). Für Schulen läßt sich daraus ableiten, daß hier

noch ein großes Feld brach liegt.

- Die LehrerInnen, die sich aktiv in das Projekt eingebracht haben, bekamen einen differenzierteren Blick auf die einzelnen SchülerInnen und auf die Klassengemeinschaft.
- 81 % der Eltern sind aufgrund des Projektverlaufes froh, daß das eigene Kind am Projekt teilnehmen durfte.
- 81% der Eltern empfehlen das Projekt weiter. ■

Institut Suchtprävention

Das Institut in Linz ist das vom Land Oberösterreich beauftragte Kompetenzzentrum für die Vorbeugung von Sucht und problematischem Konsumverhalten. Dazu zählen unter anderem Alkohol, Nikotin, illegale Drogen sowie Glücksspiel, Medienkonsum oder Eßstörungen. Die Angebote richten sich in erster Linie an Eltern, Kindergärten, Schulen, an die Jugendarbeit, Gemeinden und Betriebe. Mit den Projekten, den Bildungsmaßnahmen und der Forschung leistet das Institut auch einen wesentlichen Beitrag zur psychischen und sozialen Gesundheit in Oberösterreich.

Vorrangiges Ziel des Instituts Suchtprävention ist es, die Probleme und Schäden, die im Zusammenhang mit psychoaktiven Substanzen und mit dem Phänomen Sucht auftreten, im Vorfeld durch präventive Aktivitäten zu minimieren. Ein sich daraus ergebendes Subziel ist die allgemeine Steigerung des gesundheitsförderlichen Verhaltens.

Das Institut will die Bevölkerung für das Thema Sucht sensibilisieren und über

die Entstehungsbedingungen von Sucht und die Möglichkeiten der Vorbeugung informieren.

Im Rahmen personensorientierter Maßnahmen soll die Handlungs- und Kommunikationsfähigkeit einzelner Menschen, aber auch jene von Gruppen gestärkt werden. Konkret geht es dabei etwa um die Erhöhung der Kompetenz im Umgang mit Krisen und Konflikten, um die Förderung von Genuß- und Erlebniszufriedenheit oder um die Erhöhung des Selbstwertes. Um den gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema Sucht zu optimieren, muß das Wissen über legale und illegale Substanzen, aber auch über bestimmte Verhaltensweisen verbessert werden.

Ein weiteres Hauptziel besteht darin, Präventionsaktivitäten auch auf der sogenannten „strukturellen Ebene“ zu etablieren.

Um diese Ziele zu erreichen, muß Suchtprävention auch auf politischer Ebene ernsthaft als Handlungsprinzip definiert sein.

<http://www.praevention.at>

20 Jahre Streitbeilegung

LH Luis Durnwalder zu Gast bei Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann – Südtirol-Festakt im Parlament mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger u.a.



Foto: Dragan Tatic/HBF

Landeshauptmann Luis Durnwalder und die Führungsspitze der Südtiroler Volkspartei stellen dem österreichischen Bundespräsidenten einen Besuch ab (v.l.): SVP-Parteisekretär Philipp Achammer, SVP-Vizeobmann Daniel Alfreider, LH Luis Durnwalder, Bundespräsident Heinz Fischer, LR Sabina Kossler, LR Richard Theiner und LR Thomas Widmann

Südtirol ist in seinem ethnischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bestand gesichert“, hat der Österreichische Nationalrat am 5. Juni 1992 aufgrund eines Berichts des damaligen Außenministers Alois Mock festgestellt und die Bundesregierung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky ersucht, den seit 1960 bei den Vereinten Nationen anhängigen Streit mit Italien über die Auslegung des Pariser Abkommens betreffend Südtirol beizulegen. Daraufhin erklärte Österreich auf den Tag genau vor 20 Jahren, am 19. Juni 1992, den Streit in einer offiziellen Note an die italienische Seite für beigelegt und überreichte diese Erklärung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Lesen Sie dazu die Zusammenfassung eines Vortrags von LH Luis Durnwalder in Wien über die Geschichte Südtirols in der „Österreich Journal“-Ausgabe 105, Seiten 44–51.
http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_105.htm

20 Jahre Streitbeilegung, 20 Jahre Autonomie und 20 Jahre friedliche Entwicklung der Volksgruppen in Südtirol waren für Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Vizekanzler Michael Spindelegger heute Anlaß genug, zu einem Festakt in das Parlament einzuladen.

Doch der Reihe nach.

Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer in der Hofburg

Landeshauptmann Durnwalder, die Landesräte Hans Berger, Thomas Widmann und Richard Theiner sowie weitere hochrangige Exponenten der SVP stellten zum Auftakt des Wien-Aufenthalts der Südtiroler Landesregierung am 19. Juni Bundespräsident Heinz Fischer in dessen Amtsräumen in der Hofburg einen Besuch ab. Das rund einstündige Gespräch stand im Zeichen der aktuellen Entwicklungen und damit bildeten

natürlich die Finanzkrise und die Auswirkungen auf die Autonomie bzw. die Südtiroler Landespolitik den Themenschwerpunkt. „Ich habe dem Bundespräsident erklärt, daß Südtirol durchaus bereit ist, seinen Teil zur Bewältigung der Krise in Italien beizusteuern. Aber wir können nicht auf Milliarden verzichten. Das muß Rom verstehen. Es kann Meinungsverschiedenheiten geben, das ist ganz normal und kommt auch zwischen dem Bund und den Bundesländern vor. Was wir aber fordern ist ein ernsthafter Dialog, weil wir uns sicher nicht unsere vertraglich festgelegten Rechte beschneiden lassen“, so der Landeshauptmann. Fischer berichtete von einem langen Telefongespräch, das er wenige Tage zuvor mit dem italienischen Staatsoberhaupt Giorgio Napolitano geführt hatte: „In diesem Gespräch habe ich die intensive Hoffnung gewonnen, daß Italien die derzeitigen Probleme bewältigen kann.“

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



v.l.: ein Veranstaltungsteilnehmer, Bundesratspräsident i.R. Helmut Kritzinger, Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder, Südtirol-Unterausschuß-Vorsitzender Hermann Gahr, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Lorenzo Dellai, Präsident der Region Trentino im Sitzungssaal des Nationalrats

Die Südtiroler Delegation hat Fischer auch das Konzept der Vollaautonomie erklärt und ihm dazu auch eine entsprechende Dokumentation überreicht. Für den Bundespräsidenten herrscht zwischen Schutzfunktion Österreich und die Südtiroler Autonomie-Entwicklung großer Einklang: „Wir sind auf der einen Seite pakt- und vertragstreu, auf der anderen Seite muß sich eine Gesellschaft aber auf sich ändernde Bedingungen anpassen können. Das gilt natürlich auch für die Südtirol-Autonomie.“

Obwohl beim Gespräch mit Bundespräsident Fischer auch die Themen Doppelpaß und die Begnadigungen der ehemaligen Südtirol-Aktivistinnen thematisiert worden sind, steht für Durnwalder die Reise nach Wien in erster Linie im Zeichen des Dankes an Österreich: „Ohne Hilfe Österreichs wären wir heute nicht ein befriedetes und wohlhabendes Land. Vor 50 Jahren war Südtirol arm, heute haben wir dank der Autonomie Vollbeschäftigung und Wohlstand.“ Den Dank Durnwalders erwiderte der Bundespräsident mit der Ankündigung seines nächsten Südtirol-Besuchs: Fischer wird am 5. September, am Jahrestag des Pariser Vertrages, anreisen, um – ebenso wie Italiens Staatsoberhaupt Napolitano – den Verdienstorden des Landes Südtirol entgegenzunehmen.

Festakt im Parlament

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßte zahlreiche prominente Gäste, unter ihnen als Festredner den Präsidenten der autonomen Provinz Trient und der autonomen Region Trentino-Südtirol, Lorenzo Dellai, den Landeshauptmann von Südtirol, Luis Durnwalder und den Tiroler Landeshauptmann Günther Platter als Festredner.

Barbara Prammer: Südtirol-Autonomie ist ein Vorbild für Minderheiten

Prammer rief in Erinnerung, daß sich das Parlament mit Südtirol stets intensiv befaßt und damit den Stellenwert unterstrichen habe, den Österreich Südtirol aus gutem Grund immer beigemessen hat. „Es ist weiterhin wichtig, daß sich das Parlament im Südtirol-Unterausschuß mit den Anliegen Südtirols beschäftigt, sagte Prammer und unterstrich die Schutzfunktion Österreichs für Südtirol, die auf dem Pariser Abkommens und einem parteiübergreifenden Konsens beruht.“

Südtirol hat die Autonomie in einem langen und zähen Prozeß erlangt, führte Prammer aus und schilderte die Spannungen, die auch nach dem Faschismus und bis in die 1960er-Jahre das Klima in Südtirol prägten und in friedlichem Widerstand, aber auch in Gewaltakten Ausdruck fanden. Vor diesem

Hintergrund müsse gewürdigt werden, daß schließlich im Verhandlungsweg eine Basis für das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen gefunden werden konnte. Die Südtirol-Autonomie ist heute europaweit und international modellhaft für die Lösung von Minderheitenkonflikten, strich Barbara Prammer hervor.

Die Autonomie und deren dynamische Entwicklung hat den Grundstock für Wohlstand und sozialen Frieden in Südtirol gelegt, sie schützt die deutschsprachige und ladinischsprachige Bevölkerung sowie ihre ethnischen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen und ermöglicht ein friedliches Zusammenleben im Konsens aller drei Bevölkerungsgruppen. Daher sei die von Südtirol erkämpfte Autonomie, die dem Prinzip der Selbstbestimmung verpflichtet ist, zu erhalten und auszubauen, hielt Prammer fest.

Österreich habe sich in den letzten Jahren in Ausübung seiner Schutzfunktion mehrfach eingebracht, um drohende Gefahren für die Südtirolautonomie abzuwehren, sagte Prammer und maß dem geschlossenen Agieren der politischen Vertreter der Südtiroler Volksgruppe große Bedeutung zu. Abschließend wiederholte die Nationalratspräsidentin ihr Bekenntnis zur Schutzfunktion Österreichs, wie sie aus dem Pariser Abkommen

Österreich, Europa und die Welt

Foto: HOPL-MEDIA / Bernhard J. Holzner



Schon am Vortag des Festakts im Parlament waren Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger und Landeshauptmann Luis Durnwalder im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien zu einem Gespräch zusammengetroffen.

erwächst. „Bleiben wir unseren gemeinsamen Werten treu, damit Südtirol als Vorbild nicht nur in die Geschichtsbücher des 20., sondern auch des 21. Jahrhunderts eingehen kann.“

Spindelegger: Südtirol-Autonomie als Aushängeschild der Diplomatie

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger schilderte die Streitbeilegung mit Italien vor 20 Jahren als ein besonderes Ereignis in der Geschichte Österreichs und als ein Aushängeschild der österreichischen Diplomatie. Es sei gelungen, sowohl die Vereinten Nationen als auch das Nachbarland Italien zu überzeugen und in zähen Verhandlungen die 137 Punkte des Autonomiepakets umzusetzen, die Voraussetzung für die Streitbeilegung. Dabei versäumte es Spindelegger nicht, die Hartnäckigkeit und Zähigkeit der Südtiroler als Schlüssel zu dieser Erfolgsgeschichte darzustellen. Die Bevölkerung habe in ihren Bemühungen um die Autonomie nie nachgelassen, erinnerte der Außenminister. Österreich wiederum sei in seiner Schutzfunktion immer zu Südtirol gestanden, egal welche Bundesregierung, welcher Bundesminister Verantwortung trug.

Seit 1992 sei die Südtirol-Autonomie kontinuierlich und positiv weiterentwickelt worden und werde auch künftig weiterentwickelt werden, sagte Spindelegger und fügte hinzu: „Wir dürfen bei dem, was wir erreicht haben, nicht stehen bleiben.“ Andererseits habe Österreich trotz seiner Schutz-

funktion für Südtirol seine guten Beziehungen zu Italien nie aufs Spiel gesetzt, sondern ein Beispiel dafür gegeben, wie man bilateral gut arbeiten und freundlich darauf hinweisen könne, was notwendig sei.

Die gemeinsame Mitgliedschaft Österreichs und Italiens in der Europäischen Union habe Veränderungen mit sich gebracht. Die gemeinsame Grenze sei – insbesondere seit Schengen – kaum mehr zu spüren. Das gemeinsame Bewußtsein der 700.000 Menschen diesseits und jenseits der Grenze habe sich weiterentwickelt, was seinen Ausdruck in der erfolgreichen Zusammenarbeit in der „Europaregion Tirol“ finde.

Die Schutzfunktion Österreichs bleibe weiterhin aufrecht, sagte der Außenminister und berichtete, er habe in seiner Amtszeit manches Problem in fruchtbaren Gesprächen mit italienischen Amtskollegen lösen können. Südtirol bleibe ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik. „Die gute Nachbarschaft mit Italien soll aufrechterhalten werden, ohne die Interessen Südtirols zu vernachlässigen“, schloß Spindelegger.

Durnwalder: Das Buch der Autonomie wird weitergeschrieben

Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder leitete seine Ausführungen mit dem Dank an die Nationalratspräsidentin und an den Vizekanzler für die Festveranstaltung im Nationalratssitzungssaal ein. Er bezeichnete die Autonomie als „ein Meisterwerk der ös-

terreichischen Diplomatie, ein Friedenswerk“ und zeigte in seinen Ausführungen die Vorteile auf, die Südtirol durch die Autonomie erlangt hat: „Die Autonomie hat uns Entwicklungen ermöglicht, von denen wir vor 50 Jahren nur träumen hätten können. Wir leben heute in einem Land, in dem alle drei Sprachgruppen vom Wohlstand profitieren und in dem uns die Autonomie den Handlungsspielraum gibt, damit wir unsere Gesellschaft weiterentwickeln können“, so der Landeshauptmann.

Auch Durnwalder sagte, daß mit der Streitbeilegung die Geschichte der Autonomie nicht zu Ende sei: „Das Buch der Autonomie wird weitergeschrieben und muß weitergeschrieben werden. Das Statut muß in der jeweiligen Zeit gesehen und den Erfordernissen entsprechend angepaßt werden. Wer hätte in den 1960er-Jahren an Breitbandanschlüsse gedacht? Heute können wir – dank unserer Zuständigkeiten – die immer wieder neu auftauchenden Herausforderungen entsprechend unserer Vorstellungen meistern.“

Die Autonomie habe den Südtirolern auch Selbstbewußtsein gegeben, so Durnwalder weiter: „Die Südtiroler Gesellschaft ist durch die Autonomie selbstsicherer geworden und konnte sich dank der Autonomie ihre Identität bewahren. Die Angst, wegen der sich die Südtiroler in der Vergangenheit eingeklinkt haben, ist einer Öffnung gewichen: Heute schauen wir über die Grenzen und suchen die Zusammenarbeit – beispielsweise mit dem Trentino im Rahmen der Europaregion.“

Durnwalder bezeichnete Bundeskanzler Bruno Kreisky, Außenminister Alois Mock, Landeshauptmann Silvius Magnago und dessen Stellvertreter Alfons Benedikter sowie Roland Riz (*er war Mitglied aller mit der Reform des Autonomiestatuts befaßten Kommissionen, Anm.*), als die entscheidenden Persönlichkeiten auf dem Weg zur Autonomie, hob aber auch hervor, daß die Autonomie nur deshalb so erfolgreich sei, weil die Bevölkerung sie lebe: „Es hängt deshalb nun von uns ab, was wir aus der Autonomie machen“, so Durnwalder abschließend.

Platter: Grenzen nicht verschieben, sondern aufheben

Günther Platter, Landeshauptmann von Tirol, sah in der Streitbeilegung ebenfalls ein wichtiges Ereignis in der Geschichte Österreichs und erinnerte seinerseits an das historische Unrecht und das große Leiden zu dem die Trennung Südtirols von Nordtirol nach dem Ersten Weltkrieg geführt hat. Platter erinnerte auch an den Widerstand gegen die-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles



Landeshauptmann Günther Platter

ses Unrecht und an die „Feuernacht“ vor 51 Jahren, die insofern einen Wendepunkt in der Entwicklung darstelle, als es danach gelang, eine UN-Resolution für Südtirol zu erreichen. Es sei richtig gewesen, auf Verhandlungen, Vertrauen und konstruktive Kräfte zu setzen, sagte Platter und sah in der Entwicklung der Autonomie auch eine große Chance für Europa. Südtirol wird ein zentrales Anliegen der Tiroler Landespolitik bleiben, versprach Platter, für den das Thema Südtirol nicht nur eine politische, sondern eine emotionale Frage ist.

Wichtig ist für Platter, beim Thema Südtirol die Geschichte zwar im Auge zu haben, die Entwicklung aber nicht rückwärtsgerichtet zu betrachten. Die Geschichte zurückdrehen zu wollen, sei hinderlich, wenn man Zukunftsprobleme lösen wolle, sagte Platter und gab seiner Freude über das vernünftige und entspannte Verhältnis der jungen Menschen zur Geschichte Ausdruck.

Tirol bilde heute einen verbindenden Raum zwischen dem Norden und dem Süden Europas. Darin sah Platter die Bedeutung der Europaregion Tirol und plädierte dafür, die Kooperation innerhalb der Europaregion als Zusammenarbeit gleichwertiger Partner mit einer Mindestausstattung gemeinsamer Einrichtungen sowie auf der Grundlage gemeinsamen Willens zu gestalten. Als zentrales Projekt bezeichnete der Tiroler Landeshauptmann den Brenner Basistunnel und unterstrich dessen umwelt- und verkehrspolitische Bedeutung als eine zentrale Verkehrsverbindung zwischen Berlin und Palermo.

Es gelte die Berggebiete wirtschaftlich weiterzuentwickeln, sagte Platter und rief dazu auf, im Rahmen der ARGE Alpen gemeinsame Themen für Wachstum, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung des Alpenraums zu definieren. Die Südtirolfrage könne niemals als endgültig gelöst betrachtet werden, daher sei die Schutzfunktion Österreichs weiterhin wichtig. „Es geht aber nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern sie aufzuheben“, schloß Platter.

Lorenzo Dellai über Autonomie und die Suche nach der Seele Europas

Der Präsident der Region Trentino, Lorenzo Dellai, beschrieb wichtige historische Etappen in der Erfolgsgeschichte der Südtiroler Autonomie aus der Sicht der Region Trient und bezeichnete es als eine Ehre, an dieser Feierstunde im Österreichischen Parlament teilzunehmen. „Wir Trientiner sind ein fester Bestandteil dieser Geschichte“, sagte Dellai und wies auf die vielfachen Verbindungen und Beziehungen zwischen Innsbruck, Bozen und Trient hin. Lange Zeit haben die Trientiner das Leid der Südtiroler nicht verstanden, das Leid von Menschen, die den Bestand ihrer Sprache und ihrer Kultur gefährdet sahen, räumte Lorenzo Dellai in einem selbstkritischen Rückblick auf die Geschichte ein. Dennoch hätten wir uns darauf besinnen sollen, wie, umgekehrt, auch wir darunter zu leiden hatten, um unsere Sprache und Kultur zu bewahren. Es sei gut gewesen, daß es nach der Losung „Los von Trient“ gelungen sei, an den Dialog wieder anzuknüpfen. Dellai bekannte sich zur Autonomie und zu dem Projekt Europaregion, das den jungen Menschen die Mög-



Abg.z.NR Hermann Gahr

lichkeit gebe, BürgerInnen einer globalen Welt zu sein, ohne die Werte ihrer alpinen Heimat zu verlieren. Dellai warnte davor, die Autonomie auf ihren praktischen Nutzen zu reduzieren und bekannte sich dazu, die Autonomie gegen alle Gefahren des Zentralismus und lokaler Mikronationalismen zu verteidigen. Die gemeinsamen Werte der Menschen in den Alpen, ihr Arbeitsfleiß, ihr Gemeinschaftssinn, ihre Freude an einem einfachen Leben in Selbstverantwortung seien wichtig für Europa, hielt Dellai fest und rief dazu auf, gemeinsam die Seele Europas zu suchen und zu finden.

Die vielen Wünsche Hermann Gahrs für die Zukunft Südtirols

Der Vorsitzende des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrats, Abgeordneter Hermann Gahr, berichtete von der Arbeit des Südtirol-Unterausschusses, der im Jahr 1991 auf Initiative von Andreas Kohl geschaffen wurde und sich seither mit dem Autonomiebericht sowie mit aktuellen Anliegen Südtirols befaßt und darüber hinaus persönliche Kontakte mit Südtirol pflegt. Gahr ging abschließend auf persönliche Anliegen ein und nannte dabei die Begnadigung ehemaliger Südtiroler Freiheitskämpfer, die Umwandlung faschistischer Relikte und Denkmäler in Mahnmäler sowie Fortschritte beim Thema Ortsnamen und die dynamische Weiterentwicklung der Autonomie. Als einen speziellen Wunsch äußerte Hermann Gahr, dafür zu sorgen, daß die spannende Geschichte Südtirols den Kindern und kommenden Genera-

Foto: Terrasque aka Filippo Caranti / GNU Free Documentation License



Präsident Lorenzo Dellai

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Regina Aigner / BKA/HBF



Bundeskanzler Werner Faymann (r.) begrüßt den Landeshauptmann von Südtirol, Luis Durnwalder, in seinen Amtsräumen im Bundeskanzleramt.

tionen erzählt werde. Auch die sensible Frage der Doppelstaatsbürgerschaft müsse geprüft werden, sagte er. Eine Lanze brach Gahr schließlich für den Bau des Brenner Basistunnels, wobei er dessen wirtschaftliche, umweltpolitische und verkehrspolitische Bedeutung unterstrich. Wünschenswert ist es für Gahr auch, die lokalen Partnerschaften und die Kontakte auf der Ebene des Sports, der Vereine und der Schützen zu pflegen. Das klare Ziel laute, Südtirol, Tirol und Österreich in einem gemeinsamen Europa zu verbinden.

Für den musikalischen Rahmen der Veranstaltung im Parlament sorgte das Ensemble „Klangvereinigung“.

Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann im Bundeskanzleramt

Gleich anschließend ging es zurück zum Ballhausplatz, diesmal aber in die Amtsräume von Bundeskanzler Faymann. Gemeinsam mit Landesrat Richard Theiner informierte Landeshauptmann Luis Durnwalder den österreichischen Regierungschef über die Bemühungen zum Ausbau der Autonomie und überreichte ihm die Resolution zur Vollautonomie. „Wir haben heute dem Bundespräsidenten und dem Kanzler das Dokument überreicht, aber natürlich noch keine Antworten erhalten. Wir sind davon überzeugt, daß Österreich uns weiterhin

unterstützend zur Seite stehen wird, denn der Ausbau der Autonomie ist eine Weiterentwicklung von Pariser Vertrag und Statut. Der 1946 unterzeichnete Gruber-Degasperi-Vertrag bildet die Grundlage unserer autonomen Verwaltung und Politik, muß jedoch der Zeit angepaßt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch der Ausbau der Autonomie zu sehen, der uns nach der Streitbeilegung gelungen ist. Diesen Weg wollen wir weitergehen“, so Durnwalder. Faymann unterstrich, daß sich Österreich seiner Verantwortung gegenüber Südtirol bewußt sei und der österreichischen Minderheit in Italien auch weiterhin beistehen werde. Der Bundeskanzler kündigte an, daß die er Resolution zur Vollautonomie eingehend prüfen werde.

Zweites bestimmendes Gesprächsthema der rund 45minütigen Aussprache im Bundeskanzleramt war die Wirtschaftskrise und

damit verbunden die Finanzverhandlungen Südtirols mit Rom. „Ich schätze die Situation in Italien als stabil ein und arbeite mit Ministerpräsident Monti sehr gut zusammen. Eine Krise muß man nicht herbeizureden versuchen“, so der Bundeskanzler zur derzeitigen Lage in Italien. Durnwalder berichtete dann von der Lage zwischen Südtirol und Rom, ebenfalls mit dem Schwerpunkt Finanzen: „Immer wenn es ums Geld geht, ist es schwierig. Wir sind mit der derzeitigen Sanierungspolitik von Monti nicht einverstanden, weil es nicht angeht, daß uns immer nur Geld abgezwickelt wird und keine Reformen stattfinden. Aber ich betone, daß wir Österreich über den Stand der Dinge informiert, aber keinesfalls aufgefordert haben, zu intervenieren. Wir müssen uns selbst zu wehren wissen und werden halt wieder vor das Verfassungsgericht ziehen.“

Der Bundeskanzler sagte nach dem Gespräch, „Österreich und Südtirol verbindet ein sehr enges und gutes Verhältnis, nicht nur auf politischer Ebene, sondern die Beziehung ist auch tief in der Bevölkerung verwurzelt.“ „Ich bin sehr froh über den heutigen Gedankenaustausch unter Freunden. Österreich ist sich seiner Rolle gegenüber Südtirol bewußt und ist auch stolz darauf, seine Anliegen unterstützen zu können.“

„Wir haben uns heute aber auch über die aktuelle wirtschaftliche Situation in Europa unterhalten. Für uns beide ist klar, daß letztlich die Politik wieder stärker und unabhängiger von den Finanzmärkten sein muß“, sagte der Bundeskanzler. „Ich bin überzeugt, daß wir im Geiste der Zusammenarbeit die anstehenden Aufgaben bewältigen können.“

Nachdem Bundespräsident Fischer am Vormittag seinen nächsten Südtirol-Besuch für Anfang September angekündigt hatte, sagte auch Bundeskanzler Faymann nach dem Treffen mit Durnwalder und Theiner, daß er Südtirol noch in diesem Jahr einen Besuch abstatten werde. ■

Quellen: Landespresseamt Bozen, Parlamentskorrespondenz, Bundespressedienst

72

 :

92

 :

12

Südtirol

Alto Adige

Autonomie/a

Umfassende Informationen zur Autonomie: <http://www.provinz.bz.it/729212/>

Österreich und Armenien

Offizieller Besuch von Bundespräsident Heinz Fischer in der Republik Armenien. Die Themen waren der Konflikt um die Region Berg-Karabach und das Bekenntnis zu einer friedlichen Lösung sowie die Möglichkeiten einer verstärkten wirtschaftlich-kulturellen Zusammenarbeit der beiden Länder.

Bundespräsident Heinz Fischer hat bei seinem Besuch in Armenien von 25. bis 27. Juni auf eine friedliche Lösung des Konflikts um die Region Berg-Karabach gedrungen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Armeniens Präsident Serzh Sargsyan in Eriwan betonten beide Staatsoberhäupter das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit und zu einem gemeinsamen Wertesystem.

Fischer, der als erster österreichischer Bundespräsident Armenien besuchte, sprach mit Sargsyan außerdem über eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Annäherung Armeniens an die EU und kulturelle Beziehungen. Im Rahmen des Besuchs wurden vier Abkommen unterzeichnet, darunter eines über Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem lud der Bundespräsident seinen Amtskollegen nach Österreich ein.

Zum Thema der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen, von Armeniern bewohnten Region Berg-Karabach sagte Präsident Sargsyan, Grundlagen für eine Lösung müssten die Prinzipien der friedlichen Konfliktbeilegung, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der territorialen Integrität sein. Aserbaidschan betone jedoch nur Letzteres und anerkenne das Selbstbestimmungsrecht nicht. Zudem beschuldigte er Baku, durch „Provokationen“ Spannungen in der Region aufrechtzuerhalten.

Österreich bezeichnete Sargsyan als „zuverlässigen Partner“, zu dem historische Beziehungen bestünden. Er bedankte sich zugleich für die Hilfe, die Österreich nach dem schweren Erdbeben 1988 geleistet habe. Mit Heinz Fischer habe er auch über die demokratischen Reformen in seinem Land sowie über Energieprojekte gesprochen. Zudem beklagte er die Grenzblockaden seitens der Türkei und Aserbaidschans.

Die österreichische Haltung zum Konflikt um Berg-Karabach bezeichnete der armenische Präsident als „ausgewogen“. Fischer meinte dazu, er kenne nun die Standpunkte der aserbaidschanischen, der türkischen und der armenischen Seite zu dem Problem. Man müsse das Thema von allen Seiten betrachten. Eine Lösung gebe es aber nur mit friedlichen Mitteln und durch Verhandlungen.



Bundespräsident Heinz Fischer (l.) und sein Amtskollege, Armeniens Präsident Serzh Sargsyan, bei der Begrüßung mit militärischen Ehren in Eriwan



Kranzniederlegung im Gedenken an die Opfer des Völkermords an ArmenierInnen

Im Anschluß traf der Bundespräsident mit Premierminister Tigran Sargsyan zusammen. An den Gesprächen der Delegationen der beiden Länder nahmen auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) und WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz teil. Bei den Wirtschaftsthemen ging es unter anderem um Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Tourismus. Es wurden auch drei Abkommen im Wirtschaftsbereich unterzeichnet.

Auch legten der Bundespräsident und seine Frau Margit beim Denkmal der Opfer des Völkermords an den Armeniern einen Kranz nieder. Anschließend stand ein Besuch im Matenadaran-Institut auf dem Programm, wo sich eine alte armenische Handschriften-Sammlung befindet.

Am Abend nahmen Fischer und seine Delegation am österreichisch-armenischen Wirtschaftsforum im Hotel Marriott Armenia teil.

Quellen: APA/PrK

Fotos: HBF / Dragan Tatic

17. Europa-Forum Wachau

»Europas Identität – was bleibt von Europa?« lautete das Thema des Europa-Forums Wachau, das am 16. und 17. Juni im Stift Göttweig abgehalten wurde.



Foto: Gerhard Schnabl

v.l.: Elmar Brok (Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments), Paul Lendvai (Moderation und Leiter des ORF Europastudios), Hugo Portisch (Journalist und Autor), Michael Spindelegger (Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten), Erwin Pröll (Landeshauptmann von Niederösterreich), Keith Whitmore (Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas), Landesrätin Barbara Schwarz, Johannes Hahn (EU-Kommissar für Regionalpolitik) und Columban Luser OSB (Abt des Stiftes Göttweig)

Das Europa-Forum Wachau findet heuer zum 17. Mal statt, sodaß man bereits von einer kleinen Tradition sprechen kann. Es geht hier heute nicht um die Festlegung konkreter Schritte, sondern um das Nachdenken über bisherige Entwicklungen und um die Frage, was am Weg nach vorne zu bewältigen ist“, sagte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll. Fest stehe, daß Europa kein Ende haben und nie aufhören dürfe. Jede und jeder einzelne sei gefordert, Europa in optimaler Form nach vorne zu bringen und einen Beitrag zur Identität Europas zu leisten. Wichtig sei in diesem Zusammenhang zunächst, daß Europa sich selbst wieder Zeit und damit Geduld gebe. In einem zweiten Schritt gehe es darum, daß Europa den Blick verstärkt nach vorne und nach außen richte und im Hinblick auf seine Grundwerte und Fähigkeiten sowie auf sein Selbstbewußtsein offensiver werde. Man müsse

aufzeigen, daß es Sinn macht, in Europa zu leben, den Frieden zu sichern und sich auch zu behaupten. Zum dritten müsse mit den Menschen klarer geredet und ihnen erklärt werden, warum gewisse Schritte gesetzt werden. Und zum vierten brauche Europa einen Handlungsplan. „Es dürfen dies keine Fortsprünge, aber es müssen Fortschritte sein – Schritt für Schritt ist zu setzen im Hinblick auf ein klares Ziel“, so der Landeshauptmann, der zur Stellung der Regionen meinte, daß diese im größeren Europa eine Schlüsselrolle einnehmen. Niederösterreich sei dabei gewiß nicht die am wenigsten bedeutsame Region; man habe etwa die Wirtschaft internationalisiert oder auch grenzüberschreitende Arbeitsprogramme umgesetzt, es habe seit 1995 große Steigerungen im Wirtschaftsbe- reich und bei den Betriebsansiedelungen gegeben. Die Regionen seien auch wichtig, damit jede und jeder einzelne sich auch in

Europa wieder finde und sich in selbigem wohl fühle. „Dieses Wohlfühlen des einzelnen in Europa darf nicht verloren gehen“, so Pröll abschließend.

Barbara Schwarz, niederösterreichische Landesrätin für Arbeit, Familie, Soziales und EU-Fragen, hielt in ihrer Begrüßung fest, daß Europa im Rückblick nie ein einfacher Weg gewesen sei, daß man sich aber gemeinsam aufgemacht habe, diesen Weg zu bewältigen. Der gemeinsame Verhandlungstisch dürfe nicht verlassen werden und Angst sei am Weg nach vorne niemals der richtige Begleiter.

Hugo Portisch, einer der wohl bedeutendsten Journalisten des Landes, sagte, daß Europa vor der Gründung der EU keine Identität, sondern nur eine gemeinsame Geschichte gehabt habe, die aus vielen einzelnen Geschichten bestanden habe, und skizzierte die Entwicklung der EU bzw. den Weg, der zur Finanzkrise geführt habe.

Österreich, Europa und die Welt

Elmar Brock, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, sagte u. a., daß der Unterschied der europäischen Kultur als gemeinsamer Reichtum zu sehen sei und stimmte Landeshauptmann Pröll im Hinblick auf die Rolle der Regionen zu. Die aktuelle Krise bezeichnete er als entscheidenden Punkt – wenn man jetzt den Mut und die Kraft habe, weiterzukommen, werde Europa sehr stark werden. Man dürfe die Stunde der Krise nicht benützen, die EU zurück zu fahren und es dürfe keine neue Spaltung geben.

Keith Whitmore, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, betonte vor allem die Vielfalt des Kontinents Europa, diese Vielfalt sei eine Quelle der Stärke. Es gelte, die starken regionalen Identitäten zu unterstreichen, die man in Europa finde, eine Erweiterung der Autonomien der Regionen sei zu befürworten. Ziel sei ein integratives und interkulturelles Gemeinwesen, Integration und interkultureller Dialog seien zu fördern. Diese Aufgaben könnten, so Whitmore, von den Regionen und Provinzen am besten gelöst werden.

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, bezeichnete Stift Göttweig als die „gefühlte Mitte Europas“ und sagte, daß die EU als Institution nicht zur Disposition stünde. Er unterstrich die Bedeutung der Subsidiarität und meinte, daß Europa nicht schlecht dastehe; es habe etwa den höchsten Anteil am Welthandel, 403 aller 802 Nobelpreisträger seien in Europa geboren. Man brauche jedoch ein Klima des Aufbruchs und eine Kultur der Bereitschaft, zu riskieren und zu investieren.

Michael Spindelegger, Vizekanzler und Außenminister, sagte, „gemeinsame Bemühungen um die Bewältigung der Schulden- und Wirtschaftskrise werden noch in den kommenden Jahren die EU-Agenda dominieren“. Dabei müsse uns jedoch eines klar sein: „Schuldenpolitik ist keine Zukunftspolitik. Im Gegenteil! Sie schränkt den Spielraum aktueller Politik wie auch künftiger Generationen sogar drastisch ein und ist damit keine dauerhafte Basis erfolgreicher Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.“

Der Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den EU-Mitgliedsstaaten müsse daher mehr Raum eingeräumt werden, ergänzte Spindelegger. „Europa braucht ein Maßnahmenpaket mit einer klaren Wachstumsagenda. Neue und innovative Ideen für Wachstumsinitiativen sind gefordert. In den letzten Wochen haben wir erste Vorschläge diskutiert, wie etwa eine Neuausrichtung der



Foto: Gerhard Schnabl

v.l.: Othmar Karas (Vizepräsident des Europäischen Parlaments), Barbara Schwarz (niederösterreichische Landesrätin für Arbeit, Familie, Soziales und EU-Fragen), Emilia Müller (Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten), Miroslav Lajčák (stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Slowakischen Republik) und Erwin Pröll (Landeshauptmann von Niederösterreich)

Strukturfondsmittel, die Schaffung von Projektanleihen bis hin zu einer Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank. Auch erste Überlegungen in Richtung einer Bankenunion bzw. Fiskalunion werden zu Recht angestellt.“

Als essentiell bezeichnete es der Vizekanzler, die Koordination der europäischen Institutionen zu verbessern und die Handlungsfähigkeit der Union zu erhöhen. „Die bestehenden Konstruktionsmängel in der EU müssen behoben werden. Gemeinsam mit einer Gruppe von Außenministern arbeite ich an neuen Ideen und konkreten Vorschlägen. Dabei gehen wir ohne Scheuklappen vor und ziehen auch Ideen ein, die weiter in die Zukunft reichen und einer Vertragsänderung bedürften. Ich bin davon überzeugt, daß wir vor notwendigen Vertragsänderungen nicht zurückschrecken dürfen.“

Spindelegger unterstrich zudem, daß es auch darum gehe die Stimme der Bürger Europas wieder zu stärken: „Eine stärkere Stimme in Europa haben, mitreden und mitbestimmen, setzt Partizipationswillen und ein gewisses Maß an Grundwissen voraus. Die Politik ist hier gefordert, mehr denn je.“ Der Außenminister hat daher kurz darauf eine Serie von „EU-Townhall Meetings“ zum Thema Europa gestartet, die ihn und sein Team durch alle Bundesländer führte. Dabei wurde der Diskussionsfluß umgedreht, die Impulse gingen von den Bürgern aus. Und die Politik stand Rede und Antwort.

Die Erwartungen der BürgerInnen an

Europa waren ein zentrales Thema beim 17. Europa-Forum Wachau. Einem bemerkbaren Vertrauensverlust der BürgerInnen müsse entschieden begegnet werden. Spindelegger betonte die Notwendigkeit, Europa auf die Pfeiler von vier Sicherheiten zu stellen, die den BürgerInnen signalisieren, daß ihren Interessen nachgegangen wird. „Die vier Sicherheiten, Stabilität, Wachstum, Nachhaltigkeit und Frieden werden das Bewußtsein wieder fördern ein Unionsbürger zu sein. Das ist ein bedeutungsvolles Merkmal einer europäischen Identität. Die Akzeptanz der EU wird erst dann wieder zunehmen, wenn es uns gelingt, aktuelle Herausforderungen gemeinsam zu meistern und dadurch den konkreten Mehrwert der EU sichtbar zu machen“, bekräftigte Spindelegger

Am zweiten Tag forderte **Landeshauptmann Erwin Pröll** – für einen zuversichtlichen Blick nach vorne – drei zentrale Punkte von Europa ein: „Zum einen ist die heutige Generation, Gott sei dank, überwiegend kriegsentsöhnt. Der Grundgedanke des friedlichen Zusammenseins ist für die Europäische Union aber mittlerweile zu wenig und es bedarf neuer Leitideen. Zum anderen werde kein Weg daran vorbei führen, daß Nationalstaaten für das gemeinsame Ganze gewisse Staatskompetenzen an Brüssel abgeben, wobei es gleichzeitig zu einer Aufwertung der Regionen kommen muß. Diese werden in Europa immer wichtiger und haben sich auch in turbulenten Zeiten als krisenfester und stabiler bewiesen“, so Pröll.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Gerhard Schnabl



Ein Blick auf die Vortragenden und interessierten Zuhörer des »Europaforums Wachau« in den Räumen des Stiftes Göttweig

Als dritten Punkt brauche es, laut Pröll, einen Demokratieschub für Europa, wo der Bevölkerung die Chance gegeben werde, mehr mitbestimmen zu können und im politischen Gefüge miteingebunden zu werden, um wieder die Nähe zu Europa zu verspüren. „Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß Europa wieder von denjenigen getragen wird, für die es da ist – nämlich für die Menschen“, betont der Landeshauptmann.

Habe am ersten Tag des „Europa-Forum Wachau“ – überschattet von der Krise in Griechenland – anfangs noch „Zweifel und Pessimismus“ für den europäischen Gedanken geherrscht, so würden sich die Fragezeichen im Laufe der Diskussionen immer mehr auflösen und in „Zuversicht und Optimismus“ umwandeln. „Europa wurde immer wieder von Krisen heimgesucht und hat sie in den letzten Sekunden überwunden“, so Pröll der darauf verwies, daß ein Crash von Europa wesentlich teurer kommen würde, als an dem gemeinsamen Europa weiterzuarbeiten. Europa habe ein geistiges und wirtschaftliches Potential und das müsse es im Konkurrenzdenken unter Beweis stellen.

Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, bezog sich auf den 17. Juni 1953 in der DDR. Dieser Volksaufstand sei ebenso, wie die späteren Ereignisse in Ungarn, der damaligen Tschechoslowakei und Polen, ein Teil der grossen europäischen Freiheitsbestrebung gewesen. „Gerade in Krisenzeiten der Überscheidung mehrerer Eurostaaten ist es wichtig,



Foto: Gerhard Schnabl

Miroslav Lajcak (Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Slowakischen Regierung, l.) und Landeshauptmann Erwin Pröll. Rechts im Bild: Barbara Schwarz (niederösterreichische Landesrätin für Arbeit, Familie, Soziales und EU-Fragen)

daran zu erinnern, daß die EU eine einzigartige historische Leistung ohne Alternative ist.“

Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, meinte: „Die EU entsteht durch eine Solidarität der Tat, die europäische Identität ist daher ein permanenter Prozeß.“ Die politische Einigung des Kontinents müsse verstärkt vorangetrieben werden, damit Europa nicht der Verlierer der Globalisierung werde.

Miroslav Lajcak, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige

Angelegenheiten der Slowakischen Republik, führte aus, daß die EU derzeit die größte Feuerprobe ihrer Geschichte zu bestehen habe, Europas wirtschaftliche Kennzahlen seien aber viel besser als jene der USA oder Japans: „Die EU ist viel mehr als politische Realität, von den Vorzügen profitieren alle Bürger in der EU.“

Auf den Seiten des „Europa Forums Wachau“ können Sie alle Reden im Wortlaut nachlesen:

<http://www.europaforum.at>

Weltweit für Sie da

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger
präsentierte Außen- und Europapolitischen Bericht 2011

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten war auch 2011 wieder weltweit für Sie da“, unterstrich Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Präsentation des Außen- und Europapolitischen Berichts 2011. „Die Umwälzungen in der arabischen Welt und die Erdbeben-, Tsunami- und Nuklearkatastrophe in Japan waren eine große Herausforderung für das Krisenmanagement des BMeiA. Nur durch rasche, effiziente Hilfe war es möglich tausenden Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und größeren Schaden von den betroffenen Österreicherinnen und Österreichern abzuwenden“, fuhr Spindelegger fort. „Die Effizienz und Professionalität bei der Krisenbewältigung sind ein Beweis für die Kompetenz und das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist das Ergebnis konsequenter Bemühungen des BMeiA den bestmöglichen konsularischen Schutz zu gewährleisten. Die neue Auslandsservice-App bietet seit 2011 zusätzlich hilfreiche Informationen vor und während des Auslandsaufenthalts und ist dadurch ein sicherer Reisebegleiter“, so Spindelegger.

„Die Bewältigung der europaweiten Wirtschafts- und Finanzkrise war eine weitere Herausforderung, die im Jahr 2011 im Vordergrund stand. Es ist uns gelungen, sowohl rasch notwendige Kriseninstrumente zu schaffen als auch Initiativen voranzutreiben, die ein nachhaltiges Wachstum ermöglichen und Beschäftigung fördern“, betonte Spindelegger.

„Ich bin überzeugt davon, daß Europa auf Dauer nur dann erfolgreich sein kann, wenn es von allen mitgetragen wird. Aus diesem Grund freut es mich ganz besonders, daß die von mir initiierte EU-Gemeinderäteinitiative großen Erfolg hat und daß es bereits mehr als 450 EU-Gemeinderätinnen und EU-Gemeinderäte aus allen Bundesländern und politischen Parteien gibt, die für die Bürgerinnen und Bürger als erste Ansprechpartner in ihrer eigenen Gemeinde zu EU-Fragen fungieren“, erklärte Spindelegger.

„Die bevorstehende Erweiterung der EU um Kroatien und die Verleihung des Kandidatenstatus an Serbien haben gezeigt, daß Österreich stärker denn je als treibende Kraft

der EU-Erweiterung am Westbalkan wahrgenommen wird“, fuhr der Außenminister fort. „Der Donauraum und die daran angrenzende Schwarzmeerregion sind nicht nur Schwerpunkte der österreichischen Außen- und Nachbarschaftspolitik, sondern Österreichs Rolle in der Donauraumstrategie hat auch innerhalb der EU weiter an Bedeutung gewonnen.“



Foto: BMeiA / HOPI-Media / Bernhard W. Holzner

Vizekanzler und Außenminister
Michael Spindelegger

„Im Jahr 2011 wurde Österreich sowohl in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen als auch in den Exekutivrat der UNESCO gewählt. Beides sind Zeichen für die hohe Wertschätzung und Anerkennung der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Österreichs Engagement in internationalen Organisationen“, betonte der Außenminister. „In den UN-Menschenrechtsrat bringt Österreich durch aktives Engagement gewonnene jahrelange Erfahrungen im Schutz der Menschenrechte ein und setzt sich gerade deshalb schwerpunktmäßig für den Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit sowie religiöser Minderheiten, die Förderung von Medienfreiheit und den Schutz von Journalisten und Kinderrechte und den Schutz von Kindern vor Gewalt und Ausbeutung ein“, erklärte Spindelegger.

„Der Amtssitz Wien als Drehscheibe für Frieden und Dialog konnte auch im Jahr 2011 gestärkt werden. Die Ansiedlung des Wiener Zentrums für Abrüstung und Non-Proliferation, einer Wiener Zweigstelle des

UN-Büros für Abrüstungsfragen (UNODA) und des Internationalen König Abdullah Bin Abdulaziz Zentrums für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog unterstreicht Österreichs Wertschätzung durch die internationalen Staatengemeinschaft“, betonte der Außenminister. „Die Förderung des Dialog zwischen den Kulturen ist auch maßgeblicher Teil der österreichischen Außenpolitik“, setzte Spindelegger fort.

„Die Entwicklungszusammenarbeit und damit die Bekämpfung der Armut erfordert ganzheitliche politische Ansätze. Es war uns auch 2011 ein Anliegen, besonders nachhaltige Entwicklung zu fördern. Im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz kann Österreich auf gutes, nachgefragtes Know-How zurückgreifen und nicht zuletzt dadurch ist unser Engagement in diesen Bereichen noch gewachsen“, betonte Spindelegger. „Auf die Hungerskatastrophe in Ostafrika hat Österreich rasch reagiert und insgesamt 8,5 Millionen Euro Soforthilfe zur Verfügung gestellt.“

„Ich danke Staatssekretär Wolfgang Waldner, der das ‚Team Außenministerium‘ seit April 2011 verstärkt und neben einem dichten Programm bilateraler und internationaler Termine auch die Agenden der Entwicklungszusammenarbeit wahrnimmt. Ebenso möchte ich Generalsekretär Johannes Kyrle und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Außenministeriums für ihren unermüdlichen Einsatz für unser Land und die österreichischen Bürgerinnen und Bürger meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen“, so Spindelegger abschließend.

Der Außen- und Europapolitische Bericht 2011 ist in elektronischer Form auf der Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten abrufbar und kann unentgeltlich in Buchform – ebenfalls beim Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten – bestellt werden. ■

BMeiA

Abteilung VI.8

Minoritenplatz 8

A-1014 Wien

Tel.: +43 (0) 50 11 50-3321).

E-Mail [abtv8\(at\)bmeia.gv.at](mailto:abtv8(at)bmeia.gv.at)

<http://www.bmeia.gv.at>

Oö. Landtag reiste in die Schweiz

Die Reise einer Delegation des Oö. Landtags (Präsidium und Klubspitzen) stand ganz im Zeichen der Information über die Vorteile und Herausforderungen eines föderalistischen Verfassungskonzepts und dessen praktische Auswirkungen.



Die oö. Delegation unter der Leitung des Ersten Landtagspräsidenten Friedrich Bernhofer (Mitte) vor dem Institut für Föderalismus an der Universität Freiburg, links neben ihm die beiden Institutsvertreter Prof. Waldmann und Prof. Hänni

Der Beginn der mehrtägigen Reise in die Schweiz führte die oberösterreichischen PolitikerInnen zum Institut für Föderalismus der Universität Freiburg, einer Universität, deren Träger der Kanton ist. Zunächst wurde das Schweizer Modell theoretisch dargestellt, dann diskutiert und in seinen praktischen Auswirkungen hinterfragt. Die Wissenschaftler hoben dabei folgende Erfolgsfaktoren hervor:

- Das System von zwei gleichberechtigten Kammern des Bundesparlaments, deren Mitglieder unmittelbar gewählt werden und die gegenseitig ein absolutes Veto haben;
- starke Kantonsparlamente, die auch ein direktes Initiativrecht an das Bundesparlament haben;
- die konsequente Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, wonach grundsätzlich die Länder für alle Angelegenheiten zuständig sind, soweit nicht durch die Bundes-

verfassung der Bund für zuständig erklärt wird;

- die Konzentration von Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung bei Bund oder den Kantonen, die – innerhalb eines vorgegebenen Harmonisierungsrahmens – über eine eigene Steuerhoheit verfügen;
- die befristete verfassungsrechtliche Verankerung der Finanzierung von großen Infrastrukturvorhaben und eines kooperativen Finanzausgleichs;
- die Abstimmung zwischen den Kantonen durch Staatsverträge, mit denen auch gemeinsame Einrichtungen geschaffen werden können;
- das System der unmittelbaren Mitwirkung, in dem – je nach Frage – 50.000 oder 100.000 Stimmberechtigte in kurzen Fristen (100 Tagen) Initiativen starten oder Abstimmungen verlangen können.

In der Diskussion wurde auch betont, daß zwar eine kritische Mindestgröße für regio-

nale Einheiten wie Kantone oder Bundesländer gäbe, diese jedoch unter einer Million EinwohnerInnen anzusetzen ist.

Es ist kein Fall bekannt, in dem eine zentrale Aufgabenlösung und -wahrnehmung kostengünstiger wäre, als eine dezentrale. Der sprichwörtliche „Kantönligeist“ wird zwar mitunter auch in der Schweiz kritisiert, aber auch als Wettbewerb zwischen den Kantonen um politische Ideen und deren konkrete Ausgestaltung sowie um steuerkräftige Personen und Unternehmen gesehen.

Generell gilt: „Je näher die Gesetzgebung bei den Bürgerinnen und Bürgern angesiedelt ist und je unmittelbarer daher die Verantwortung der Politik und konkreten Institutionen vor Ort zuordenbar ist, desto effizienter und effektiver ist ihre Um- und Durchsetzung.“

Bei Arbeitsgesprächen im Kantonsrat von Bern (dem „Landtag“ des Kantons, der bei

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Land OÖ

Die oö. Delegation im Kantonsrat des Kantons Bern: v.l. hinten: Dritter Präsident Adalbert Cramer (FPÖ), Erster Präsident Friedrich Bernhofer, Zweite Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer (SPÖ); vorne KO Günther Steinkellner (FPÖ), KO Thomas Stelzer (ÖVP), KO-Stv. Hans Affenzeller (ÖVP), KO-Stv. Ulrike Schwarz und KO Gottfried Hirz (beide Grüne)

einer Größe von 1 Million EinwohnerInnen nach einer Verkleinerung 160 Mitglieder hat) und dem Nationalrat (200 Mitglieder) konnten die ersten Eindrücke vertieft und bestätigt werden, wonach das Schweizer Modell viele historisch begründete Besonderheiten aufweist und gleichzeitig eine Reihe von modernen Ansätzen verbindet.

Die Informationsreise hat die Landtagsdelegation auch noch in den sehr kleinen Kanton Appenzell-Außerrhoden mit rund 50.000 EinwohnerInnen und in den großen Kanton Zürich mit rund 1,35 Millionen EinwohnerInnen (der insgesamt 26 Kantone) geführt, wo die Gespräche auch unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung für einen modernen Föderalismus fortgeführt und abgeschlossen wurden.

Am 27. Juni beendete die oö. Delegation ihre Informationsfahrt in die Schweiz. Es fanden in zahlreichen Runden intensive fachliche und politische Gespräche mit dem Bundesparlament in Bern, Mitgliedern der Delegation des Nationalrats für die Beziehungen zum Österreichischen Parlament, des Schweizer Gemeindeverbands statt.

Das Parlament des mit Oberösterreich vergleichbaren Kantons Zürich mit 1,4 Millionen EinwohnerInnen setzt sich aus 180 Abgeordneten zusammen. Die VertreterInnen der neun im Kantonsrat vertretenen Parteien zeigten sich erstaunt darüber, daß der Oö. Landtag bei gleicher Einwohnerzahl „nur“ über 56 Mitglieder verfügt.

Auch in der Schweiz werden derzeit Kooperationen unter den Gemeinden und den

Kantonen stark ausgebaut. Eine Auflösung von Kantonen bzw. eine Verkleinerung der Zahl der Kantonsräte kommt für die Schweizer keinesfalls in Frage. Die Kantone verfügen über eine eigene Steuerhoheit und über alle Kompetenzen, die nicht ausdrücklich an den Bund abgetreten wurden. Frauen sind in den Gemeinderäten und Parlamenten erheblich schwächer vertreten als in Oberösterreich, dem Bundesland mit dem höchsten Frauenanteil im Landtag von allen österreichischen Bundesländern.

Die Schweizer Gesprächspartner vertraten übereinstimmend die Ansichten:

- es ist kein Fall bekannt, in dem eine zentrale Aufgabenlösung kostengünstiger wäre als eine dezentrale;
- der Wettbewerb zwischen den Kantonen wird als einer um die besten politischen Ideen und Lösungen gesehen;
- je näher die Gesetzgebung und Verwaltung bei den BürgerInnen angesiedelt ist und je unmittelbarer daher die Verantwortung der Politik und ihrer Institutionen vor Ort zugeordnet werden kann, desto effizienter ist ihre Um- und Durchsetzung;
- Die geschichtlich über Jahrhunderte gewachsene direkte Demokratie auf allen politischen Ebenen hat bei genauer Betrachtung Vor- und Nachteile. Sie erfordert große Konsens- und Toleranzbereitschaft der PolitikerInnen, führt zu bürger-nahen Entscheidungen mit hoher Akzeptanz, verzögert aber andererseits Veränderungen und führt zu einem langen Pro-

zeß bei der Gesetzwerdung. Dieser kann in Kantonen durchschnittlich rund zwei und im Bund rund sechs Jahre dauern.

Im Mittelpunkt der Gespräche zw. den oberösterreichischen und Schweizer Abgeordneten standen die Themen Föderalismus, direkte Demokratie und Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Darüber hinaus wurden auch Fragen aus den Bereichen Bildung, Soziales, Frauen und öffentl. Verkehr (z.B.: Bahnen) erörtert.

Wiederholt betonten die Schweizer PolitikerInnen im Rahmen der Gespräche, daß Föderalismus weit mehr als eine ökonomische Frage sei. Vielmehr könne man dieses dezentrale System als Politik der BürgerInnen, mit den BürgerInnen und für die BürgerInnen bezeichnen.

Mit Interesse nahmen die oberösterreichischen PolitikerInnen zur Kenntnis, daß auf Bundesebene in der Schweiz die beiden Kammern Nationalrat und Ständerat, der mit dem österreichischen Bundesrat gleichgesetzt werden kann, absolut gleiche Rechte besitzen. Rund die Hälfte der Gesetze werden in der Schweiz über die zweite Kammer, den Ständerat, initiiert.

Landtagspräsident Bernhofer fühlt sich daher in der Auffassung bestätigt, daß endlich auch in Österreich der Bundesrat wie in der Schweiz und in Deutschland, zum Beispiel durch ein Vetorecht, aufgewertet werden sollte. Die Ergebnisse der Informationsfahrt werden in den laufende Arbeit des Oö. Landtags, insbesondere des Unterausschusses des Verfassungsausschusses, einfließen. ■

Tirol übernimmt Arge Alp Vorsitz

Bekenntnis, den Alpenraum als qualitätvollen Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu erhalten und unter dem Oberziel der Nachhaltigkeit zu entwickeln.



Foto: Kanton St. Gallen

v.l.: Heinrich Marckhgott (Salzburg), Marco Borradori (Tessin), Luis Durnwalder (Südtirol), Gabriele Stauner (Bayern), Lorenzo Dellai (Trentino), Günther Platter (Tirol, den neue Vorsitzende für die nächsten zwölf Monate), Roberto Formigoni (Lombardia), Willi Haag (St.Gallen), Markus Wallner (Vorarlberg) und Barbara Janom Steiner (Graubünden)

Am 29. Juni übernahm Tirol den Vorsitz der Arge Alp-Länder für ein Jahr. „Während dieser Zeit wollen wir die Zusammenarbeit zwischen allen Alpenregionen stärken und eine kraftvolle Stimme in Europa werden“, erklärte Tirols Landeshauptmann Günther Platter anlässlich der Konferenz der Alpenregionen in Bad Ragaz im Schweizer Kanton St.Gallen. „Es ist uns ein Kernanliegen, eine zukunftsfähige überregionale Alpenstrategie zu entwickeln und umzusetzen.“ Immerhin sei der Alpenraum insgesamt in der EU ein äußerst wichtiger Wirtschaftsraum mit über 50 Millionen EinwohnerInnen.

Platter hat daher für den 12. Oktober zu einer politischen Konferenz der Alpenstaaten und -regionen in Innsbruck eingeladen, an der auch EU-Regionalkommissar Johannes Hahn teilnehmen wird, um das Projekt „Makroregion Alpen“ auf staatliche und europäische Ebene zu heben.

Dabei stehen vier Schwerpunkte im Vordergrund: Ein zentrales Ziel ist die Förderung und der Ausbau von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Weiters sollen bei den

Themen Wasser, Energie, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Klima neue Maßstäbe gesetzt werden. Als dritten Punkt wollen die Länder ökologisch vertretbare Lösungen bezüglich des alpenquerenden Verkehrs und der Anbindung schwer zugänglicher Bergregionen entwickeln. Schließlich soll die Zusammenarbeit aller wesentlichen Ebenen der Regierungen und Verwaltungen der beteiligten Länder forciert werden.

Über die Arge Alp

Die Arge Alp wurde 1972, also vor nunmehr bereits 40 Jahren, in Mösern in Tirol unter der Federführung des damaligen Tiroler Landeshauptmanns Eduard Wallnöfer gegründet. Das Ziel: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der alpinen Regionen aus Deutschland, Italien, Österreich und der Schweiz. Damals wurde diese Initiative von den Außenministerien noch sehr argwöhnisch verfolgt und beinahe als „Revolution“ der „Provinz“ beurteilt.

Zwischenzeitlich ist die Arge Alp zu einem anerkannten Akteur der nationalen und europäischen Regionalpolitik geworden

und aktiv in die europäische Politikformulierung einbezogen. Auf politischer, administrativer, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene befassen sich zahlreiche Initiativen mit den drängenden Anliegen des Alpenraumes, werden Netzwerke aufgebaut und gemeinsame Lösungswege gefunden.

Heute gehören die Regionen Bayern, Graubünden, Lombardei, Salzburg, St. Gallen, Südtirol, Tirol, Tessin, Trentino und Vorarlberg der Arge Alp an, deren oberstes Organ die Konferenz der Regierungschefs ist. Der Vorsitz wechselt jährlich.

Die Aufgaben und Zielsetzungen der Arge Alp haben sich laufend den aktuellen politischen Notwendigkeiten und Herausforderungen angepasst. Seit dem EU-Beitritt Österreichs werden insbesondere Positionen zwischen den Alpenländern abgestimmt und auf EU-Ebene gemeinsam vertreten. Kernanliegen bleibt aber, das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für den alpinen Lebensraum zu stärken und die Verbindungen zwischen den Ländern und Bewohnern des Alpenraums zu vertiefen. ■

<http://www.argealp.org>

Europaregion Donau-Moldau gegründet

Trilaterale Zusammenarbeit bei Wirtschaft, Forschung, Bildung und Tourismus als Mehrwert für die Menschen – Oö. LH Josef Pühringer & Europa-Landesrat Viktor Sigl: »Oberösterreich steht inhaltlich und geografisch im Zentrum!«



Foto: Amt der Oö. Landesregierung

Nach der Unterzeichnung der Gründungsurkunde (v.l.): Kreishauptmann Jiří Zimola, Landeshauptmann Josef Pühringer, Bayerns Staatsministerin Emilia Müller, die NÖ Landesrätin Barbara Schwarz und OÖ Landesrat Viktor Sigl

Die Vertreter aller sieben Partnerregionen der Europaregion Donau-Moldau (EDM) haben am 30. Juni die Statuten der Europaregion unterzeichnet und damit deren Gründung vollzogen. An der Europaregion Donau-Moldau sind folgende Regionen beteiligt: Das Land Oberösterreich, das niederösterreichische Most- und Waldviertel, die tschechischen Kreise Südböhmen, Pilsen und Vysočina, die Oberpfalz und Niederbayern mit Altötting. Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer und Europa-Landesrat Viktor Sigl sehen große Chancen in der nun beschlossenen engeren Zusammenarbeit mit den Partnerregionen in Deutschland und Tschechien: „Durch die trilaterale Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Innovation, Infrastruktur, Bildung und Tourismus können wir uns den Herausforderungen der Zukunft wie dem demografischen Wandel, der Veränderung des Arbeitsmarktes und dem wachsenden Energiehunger gut vorbereitet stellen. Mit der Europaregion kann

sich Oberösterreich außerdem als starker Partner der europäischen Politik positionieren und noch stärker von der EU profitieren.“

Die politischen Vertreter der Partnerregionen freuen sich ebenfalls über die jetzt besiegelte Zusammenarbeit in der EDM. Ludwig Lankl, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau: „Der Austausch zwischen den Regionen eröffnet uns Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die wir als einzelne Regionen nicht hätten.“ Die niederösterreichische Landesrätin Barbara Schwarz betont: „Die trilaterale Zusammenarbeit macht in verschiedensten Bereichen Sinn für alle Beteiligten. Etwa wenn es um grenzüberschreitende Infrastrukturmaßnahmen oder Ausbildungswege für die Jugend geht.“

„Für die Bevölkerung soll die Europaregion einen spürbaren Nutzen bringen, etwa durch intensivere Zusammenarbeit im Bereich des Arbeitsmarktes“, so Franz Löffler,

der Bezirkstagspräsident der Oberpfalz. Der Hauptmann des Kreises Südböhmen, Jiří Zimola, erwartet sich von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Europaregion ebenfalls eine positive Wirkung auf die Bevölkerung: „Die teilweise immer noch vorhandenen Hemmungen, wenn es um die Zusammenarbeit mit Menschen aus Nachbarländern geht, sollen durch unsere Zusammenarbeit endgültig abgebaut werden. Komende Generationen sollen von den Entwicklungen durch die Europaregion profitieren.“

Als „neue Epoche der trilateralen Zusammenarbeit“ begrüßt Ivo Grüner, Vize-Hauptmann der Region Pilsen, die neue Europaregion. „Wir werden mit der Europaregion dafür sorgen, daß unsere Unternehmen, die Bevölkerung und unsere Wirtschaft von den Entwicklungen in anderen Regionen lernen und profitieren können und werden unser Know-How beisteuern.“ Der Kreis Vysočina ist die dritte tschechische Partnerregion in

Österreich, Europa und die Welt

der Europaregion. Der Hauptmann des Kreises, Jiří Běhounek, freut sich über die erfolgreiche Gründung: „Jede einzelne Region hat ihre eigenen Stärken und Potentiale. In der Europaregion können wir von den Erfahrungen der anderen Regionen profitieren und gemeinsam Zukunftsstrategien entwickeln.“

Die Partnerregionen werden in acht bestimmten Zukunftsfeldern eng zusammenarbeiten. Ziel ist die positive Entwicklung der Region zu einem attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum in Europa. Jede Partnerregion übernimmt die Federführung in einem Themenbereich. Die acht Zukunftsfelder, die in der Vorbereitungsphase der EDM gemeinsam erarbeitet wurden, sind:

○ **Die EDM als Forschungs- und Innovationsraum**

In diesem Bereich geht es unter anderem um die Zusammenarbeit von Innovations- und Technologiezentren in der Europaregion und den Aufbau von Netzwerken im Bereich Forschung und Entwicklung

○ **Hochschulraum EDM**

Die EDM will trilaterale Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen fördern, um hochqualifizierte Arbeitskräfte für die Unternehmen in der Europaregion auszubilden.

○ **Unternehmenskooperation und Clusterbildung**

Grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen sollen die Wertschöpfung erhöhen und sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken.

○ **Qualifizierte Arbeitskräfte & flexibler Arbeitsmarkt**

Um qualifizierte Arbeitskräfte in der Region zu halten, wird ein offener grenzüberschreitender Arbeitsmarkt angestrebt.

○ **Natur- und Gesundheits-, Städte- und Kulturtourismus**

Eine gute Entwicklung des Tourismus wirkt sich positiv auf die Transportbranche, auf Dienstleister und Infrastrukturen aus. Grenzüberschreitende Tourismusprojekte stärken die Region als attraktiven Urlaubs- und Lebensraum

○ **Erneuerbare Energien & Energieeffizienz**

Dieser Wirtschaftszweig hat großes Zukunftspotential und in der Europaregion sind die Voraussetzungen für die Nutzung nachhaltiger Energiequellen optimal. Die Europaregion unterstützt den Aufbau grenzüberschreitender Netzwerke zur Weiterentwicklung dieses Bereiches.

○ **Mobilität, Erreichbarkeit und Verkehr**

Eine zeitgemäße grenzüberschreitende

Infrastruktur ist eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll grenzüberschreitend abgestimmt werden.

○ **Diversity, Sprache und Kultur**

Um noch bestehende Barrieren, vor allem die Sprachbarriere, abzubauen, unterstützt die EDM Sprachinitiativen und Projekte zum Abbau von Vorurteilen.

Oberösterreich übernimmt die Federführung im Zukunftsfeld „Unternehmenskooperation und Clusterbildung“. „Mit der Clusterbildung verschiedener Unternehmensgruppen haben wir in Oberösterreich bereits viele positive Erfahrungen gemacht. Im Rahmen der Europaregion soll die Idee der Cluster grenzüberschreitend ausgeweitet werden, um höhere Wertschöpfungen zu erreichen und somit wiederum die heimische Wirtschaft zu stärken“, sagt Landesrat Sigl.

Der Europaregion Donau-Moldau steht ein politisch besetztes Präsidium vor, in dem

jede Region vertreten ist. Die fachliche Steuerung übernimmt das trilaterale Koordinierungsgremium, es bereitet die Beschlüsse des Präsidiums auf der Verwaltungsebene vor. Für jedes Zukunftsfeld wird eine sogenannte „Wissensplattform“ eingerichtet. Die Wissensplattform ist ein Arbeitsforum, in dem regionale Experten zu einem Thema zusammenarbeiten. Jede Region betreut eine oder mehrere Wissensplattformen.

Die Europaregion will ihren Mitgliedern als Informationsdrehscheibe bei der Ausweitung und Vertiefung bestehender sowie bei der Vorbereitung neuer Kooperationen zur Verfügung stehen. Sie will die Partnerregionen bestmöglich untereinander vernetzen und Kontakte zu den richtigen Ansprechpartnern in den trilateralen Arbeitsbereichen vermitteln. Der Ausbau und die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Partnerregionen und eine starke Position der Europaregion innerhalb Europas ist das erklärte Ziel der trilateralen Zusammenarbeit. ■

<http://www.europaregion-donau-moldau.at>

Briten den Sommer schmackhaft machen

Großbritannien ist mit 62,5 Millionen Einwohnern nicht nur das drittgrößte Land Europas, sondern mit einem Volumen von 55,5 Mio. Auslandsreisen sogar der zweitgrößte Outgoing-Markt in Europa. Österreich liegt dabei an 13. Stelle der beliebtesten Destinationen. Mit rund 3 Mio. Nächtigungen und 700.000 Ankünften zählen die Briten seit Jahren zu den Top 5 der ausländischen Gäste in Österreich. „Großbritannien ist ein wichtiger Markt für den heimischen Tourismus, der aber trotzdem noch einiges an Potential bereithält. Insbesondere den Sommerurlaub in Österreich wollen wir den britischen Gästen schmackhaft machen“, erklärt Petra Stolba, Geschäftsführerin der Österreich Werbung (ÖW).

Rund 6 Mio. Briten können sich einen Sommer-/Bergurlaub vorstellen. Im Winter gibt es 2 Mio. aktive Skifahrer, davon macht 1 Mio. jährlich einen Skiurlaub im Ausland. Und einer neuen Studie zufolge gibt es ein Potential von 7,5 Mio. neuer Winterurlauber, die sich für Urlaub im Schnee begeistern könnten. Die potentiellen Österreich-Gäste sind nicht nur zahlenmäßig, sondern auch qualitativ eine äußerst interessante Zielgruppe für Österreich.

Seit nunmehr drei Jahren liegt bei der Marktbearbeitung ein Schwerpunkt auf der Belebung des Sommertourismus. Ziel ist dabei, die Bekanntheit von und Aufmerk-

samkeit für Urlaub in Österreich zu erhöhen. „Österreich hat beim britischen Gast ein sehr einseitiges, traditionelles und aufgrund der starken Winterpositionierung ein winterlastiges Image. Wir wollen eine Imageerweiterung durch neue Facetten und Kombinationen aus den Themen aktiver Naturgenuss, Kultur und Kulinarik erreichen“, so Herwig Kolzer, ÖW-Region Manager für Großbritannien, Dänemark und Schweden. So werden im Rahmen der Sommerkampagne 2012 „Austria's Hidden Treasures“ von der ÖW – gemeinsam mit neun Partnerregionen in Vorarlberg, Tirol und Salzburg und den Städten Salzburg, Innsbruck und Graz – Urlaubsgeschichten und Geheimtipps präsentiert. Mit spannenden Themenkombinationen sollen die Briten überrascht und soll Österreich in den Köpfen verankert werden.

Parallel dazu will Österreich seine Position als Wintersport-Destination Nummer 2 halten. „Darum setzen wir auf eine Erweiterung der Wintersportkompetenz um die Aspekte Wintererlebnisse und Naturgenuss im Schnee, sowie durch Kommunikation von attraktiven Produkten für Wintersport(wieder-)einsteiger: Wintersporturlaub in authentischer und gemüthlicher Atmosphäre mit perfekter Infrastruktur und hoher Betreuungskompetenz“, so Kolzer. Zusätzlich bietet der Winterurlaub in Österreich den begehrten „value for money“. ■

Kaiser-Maximilian-Preis 2012 geht an Keith Whitmore

Mit der Verleihung werden außerordentliche Leistungen von Persönlichkeiten und Institutionen aus der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet.



Foto: RMS / Mergl

v.l.: Tirols Landeshauptmann Günther Platter, Keith Whitmore, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Innsbrucks Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider und Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa

Heuer ging diese Auszeichnung an Keith Whitmore, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE). Im Beisein von Tirols Landeshauptmann Günther Platter, Landtagspräsident und Präsident der Regionen des Europarates sowie Vizepräsident des Ausschusses der Regionen der EU, Herwig van Staa, und Innsbrucks Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider nahm Keith Whitmore am 2. Juni den Preis im Rahmen eines Festaktes im Riesensaal der kaiserlichen Hofburg zu Innsbruck entgegen.

Der Verleihung ging der landesübliche Empfang voraus, zu dem die Ehrenkompanie Amras aufmarschiert war. Unter den zahlreichen Ehrengästen befanden sich neben Mitgliedern der Tiroler Landesregierung Stadtrat Gerhard Fritz, StR Ernst Pechlaner und VertreterInnen des Gemeinderates auch Re-

präsentantInnen des diplomatischen Korps, zahlreiche Delegierte des Europarates, VertreterInnen des Europäischen Parlamentes, der Behörden und der Universität sowie EhrenzeichenträgerInnen.

Leidenschaftlicher Einsatz für die Gemeinden und Regionen

„Bestrebungen zu einer verstärkten Zentralisierung in Europa halte ich für den falschen Weg“, betonte Landeshauptmann Günther Platter in seiner Festrede über starke lokale und regionale Achsen im gemeinsamen Europa. „Von größter Wichtigkeit in der europäischen Politik ist heute mehr denn je die Regionalisierung, denn nur so können wir in der Bevölkerung wieder die Begeisterung für das große Friedensprojekt Europa wecken. Verlässlichkeit, Heimat und Sicherheit sind wesentliche Werte für die Menschen

und durch eine enge, vielschichtige Zusammenarbeit starker Regionen können wir diese Begehren erfüllen.“ Gerade die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino sei der beste Beweis für eine erfolgreiche, grenzüberschreitende Kooperation.

„Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates erfreut sich heute größter Wertschätzung“, so Landtagspräsident Herwig van Staa in seiner Laudatio, „und zu diesem Erfolg hat der diesjährige Preisträger Keith Whitmore entscheidend beigetragen. Er hat stets für die Interessen der Gemeinden, der Regionen und des Kongresses selbst leidenschaftlich gekämpft. Die Reformen, die gerade unter seinem Vorsitz verwirklicht wurden, haben die Position dieser Institution in Europa deutlich verbessert und dafür bedanke ich mich ganz besonders.“

Österreich, Europa und die Welt

„Im Europäischen Reformvertrag wurde die Bedeutung der Regionen und Gemeinden klar erkannt, aber es muß noch viel getan werden“, bekräftigte Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider. „Dazu brauchen wir engagierte, glaubwürdige und charismatische Regional- und KommunalpolitikerInnen. Wir brauchen PolitikerInnen, die den Menschen nahe sind. Es freut mich daher besonders, daß Keith Whitmore unser diesjähriger Preisträger ist, denn wer seine Arbeit kennt, weiß, daß er die europäische Vision lebt.“ Die Qualität des demokratischen Lebens auf lokaler und regionaler Ebene stehe immer im Vordergrund, so die Vizebürgermeisterin.

„Diese Preisverleihung erfüllt mich mit großem Stolz und Ehre und dafür bedanke ich mich ganz besonders“, bekräftigte Kaiser-Maximilian-Preisträger Keith Whitmore. „Ich sehe diesen Preis aber nicht nur als große Auszeichnung für mich selbst, sondern für die hervorragende Arbeit des gesamten Kongresses der Gemeinden und Regionen. Es ist außerdem eine besondere Anerkennung für den fundamentalen Wert der regionalen Demokratie.“ Es erfülle ihn mit Stolz, seit fast 30 Jahren Teil dieses europäischen Prozesses zu sein und aktiv die Zukunft der Regionalpolitik mitgestalten zu können, so Whitmore. Die zunehmende Dezentralisierung sei ein wichtiger Bestandteil der europäischen Integration und Identifikation. Im Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates erkennt er vor allem „die beste Möglichkeit für eine aktive Bürgerbeteiligung, die von größter Bedeutung für die Zukunft Europas ist.“

Der Preisträger 2012

Der am 15. Juni 1955 in Manchester (GB) geborene Keith Whitmore ist seit 2010 Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE), dem er seit 1996 angehört. In diesem Gremium hatte er zuvor unter anderem die Positionen des Vize-Präsidenten des Kongresses, des Vorsitzenden des Ausschusses für nachhaltige Entwicklung sowie des Leiters der britischen Delegation beim Kongreß inne. In seiner Heimatstadt Manchester ist er zudem seit 1979 als Stadtrat aktiv.

Darüber hinaus ist er Mitglied des Politischen Ausschusses des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und ist stellvertretender Vorsitzender des RGRE Governance Committee, sowie ehemaliges Mitglied des EU-Ausschusses der Regionen (AdR). Für den Europarat war er auch als politischer Koordinator der „Europäischen

Woche der lokalen Demokratie“ (ELDW) tätig und Mitglied der Venedig-Kommission.

Inhaltlich engagiert sich Keith Whitmore im Kongreß der Gemeinden und Regionen vor allem in den Bereichen lokale und regionale Demokratie, Umwelt und Wasser. Er gab wesentliche Impulse für einen verstärkten Erfahrungsaustausch zwischen Gemeinden und Regionen. Auch die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene sowie die Schaffung von Brücken zwischen den Regionen in EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten sind ihm stets ein großes Anliegen.

Unter seiner Präsidentschaft wurde eine umfassende Reform des Kongresses durchgeführt, die das Ziel verfolgt, die Rolle des Kongresses im reformierten Europarat neu zu definieren. Auch die Arbeit des Kongresses soll noch ergebnisorientierter und politischer gestaltet und die Zusammenarbeit mit dem Ministerkomitee qualitativ auf eine neue Stufe gehoben werden.

Unter dem britischen Vorsitz des Europarats ab Herbst 2010 bedrohte eine Reform die administrative, budgetäre und politische Autonomie des Kongresses und seine Position im Europarat. Präsident Keith Whitmore gelang es, mit großem Verhandlungsgeschick eine Schwächung der Stellung der Gemeinden und Regionen im Europarat zu verhindern.

Die international besetzte Preis-Jury hat deshalb in ihrer Sitzung vom 27. Februar 2012 beschlossen, dieses engagierte Eintreten von Keith Whitmore mit der Verleihung des Kaiser-Maximilian Preises 2012 zu würdigen.

Der Kaiser-Maximilian-Preis

Das Land Tirol und die Stadt Innsbruck haben im Jahr 1997 aus Anlaß der Vollendung des 85. Lebensjahres des langjährigen Bürgermeisters der Stadt Innsbruck und Präsidenten des Tiroler Landtages, Alois Lugger, den Kaiser-Maximilian-Preis (Europapreis für Regional- und Kommunalpolitik des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck) gestiftet – in Anerkennung seiner Verdienste um Europa. Erster Kaiser-Maximilian-Preisträger im Jahr 1998 war der Präsident von Katalonien, Jordi Pujol.

Die Auswahl des/der PreisträgerIn erfolgt alljährlich durch eine internationale Jury. Die Jury besteht aus VertreterInnen des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, des Ausschusses der Regionen Europas, des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und der Versammlung der Gemeinden und Regionen Europas. In dieser Jury sind

auch das Land Tirol, die Stadt Innsbruck und die Leopold-Franzens-Universität Innsbruck vertreten.

Der Preis selbst besteht aus einer Urkunde und einer Medaille (Schautaler von 1509 Kaiser Maximilian I.) sowie einem Geldpreis in der Höhe von 10.000 Euro.

Auswahl der PreisträgerInnen

Mit der Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises werden jährlich außerordentliche Leistungen von Persönlichkeiten und Institutionen aus dem Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet. Besondere Berücksichtigung finden Bemühungen um die Verwirklichung des Grundsatzes der Subsidiarität, der Inhalte der Charta der Lokalen Selbstverwaltung und der Charta der Regionalen Selbstverwaltung des Europarates.

Bisherige PreisträgerInnen

- 1998 Jordi Pujol, Präsident von Katalonien
- 1999 Josef Hofmann, Ehrenpräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
- 2000 Luc van den Brande, Präsident der Versammlung der Regionen Europas
- 2001 Baroness Farrington of Ribbleson, Großbritannien
- 2002 Erwin Teufel, Ministerpräsidenten des Landes Baden Württemberg und Heinrich Hoffschulte, 1. Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
- 2003 Alain Chénard, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas a. D.
- 2004 Elisabeth Gateau, Generalsekretärin der Weltunion der Kommunen
- 2005 Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlaments
- 2007 Michael Häupl, Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und Graham Meadows, Generaldirektor a.D. der Europäischen Kommission
- 2008 Dora Bakoyannis, griechische Außenministerin
- 2009 Giovanni Di Stasi, ehem. Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas
- 2010 Halvdan Skard, ehemaliger Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas
- 2011 Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlamentes und Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Entwicklung (REGI) ■

175-Jahr-Feier der Auswanderung der Protestanten aus dem Zillertal

vom 25. bis 28. Mai 2012 im hinteren Zillertal in Tirol.



Foto: Franz Geisler

Der Genkstein mit dem aufgeschlagenen Buch an der Burgschrofenkapelle wurde von der evangelischen Kirche gestiftet.

Heuer jährt sich zum 175. Mal die Auswanderung der Protestanten aus dem Zillertal. Zu diesem Anlaß fand im hinteren Zillertal in den Orten Mayrhofen, Ramsau, Brandberg, Finkenberg, Schwendau und Hippach die 175-Jahr-Feier statt. Aus ganz Deutschland, aus Chile, Australien, USA, der Schweiz, Polen, Tschechien und Österreich kamen die Nachfahren und Gäste im Mai ins Zillertal.

Die Feierlichkeiten begannen am Freitagmittag, dem 25. Mai, mit der Eröffnung der Ausstellung „175 Jahre Zillertaler Auswanderung“ im Europahaus zu Mayrhofen. Die Ausstellung wurde vom Ehepaar Helga und Horst Bast, Nachfahren der Zillertaler Auswanderer von 1837 aus dem saarländischen Merchweiler, initiiert, finanziert und gestaltet.

Musikalisch wurde die Eröffnung der Ausstellung von den Brandberger Bläsern um-

rahmt. Der Bürgermeister der Marktgemeinde, Günter Fankhauser, begrüßte Gäste und Nachfahren der Zillertaler Auswanderer von 1837 ganz herzlich in Mayrhofen.

Horst Bast dankte in seiner Ansprache, im Namen der Nachfahren, Bürgermeister Fankhauser und dem Gemeinderat für das Engagement der Gemeinde bei der Vorbereitung und Ausrichtung der 175-Jahr-Feier. Er begrüßte ganz herzlich den Pfarrer der Kirche Wang in Polen, Edwin Pech, und seine Frau Boguslaw. Dem Vizebürgermeister der Gemeinde Ramsau, Georg Huber, und dem Amtsleiter der Gemeinde Mayrhofen, Wolfgang Stöckl, dankte Bast ebenfalls für die geleistete Vorarbeit und ihr Engagement zur Durchführung der 175-Jahr-Feier der Auswanderung der Protestanten aus dem Zillertal.

Die anwesende Zillertaler Bevölkerung wurde als Verwandte, Freunde und Bekannte

von Horst Bast, auch im Namen seiner Frau Helga, herzlich begrüßt. Besonders begrüßt wurde die große Schar der Nachfahren der Zillertaler Auswanderer, die aus der ganzen Welt hier ins Zillertal angereist waren. Nach der offiziellen Eröffnung wurden die Schautafeln und Exponate in Augenschein genommen und Erinnerungen ausgetauscht.

Helga und Horst Bast hatten die Idee zu dieser Ausstellung, setzten sie um und gestalteten mit eigenen Mitteln die 30 Schautafeln. Aus ihrem umfangreichen Archiv hatten sie alte Fotografien von Häusern, Personen und Familien aus dem Hirschberger Tal und aus dem Zillertal mit Informationen zur Geschichte der Auswanderung der Zillertaler Protestanten anschaulich zusammengefügt. Die Ausstellungsexponate wurden von Georg Huber aus Ramsau und Rosi Kraft vom Museum „Strasser Häusl“ in Laimach zur Verfügung gestellt.

Österreich, Europa und die Welt

Der ORF drehte in der Ausstellung Szenen und Interviews für seine Sendung „Tirol heute“. Die Besucher der Ausstellung konnten viele neue Eindrücke und Erkenntnisse zur Auswanderung der Zillertaler Protestanten von 1837 in der Ausstellung gewinnen.

Danach trafen Gäste und Nachfahren einander im Hotel „Kramerwirt“ in Mayrhofen zum Kennenlernen.

Der zweite Tag

Zum Festakt am Samstagmorgen, dem 26. Mai, fanden sich Gäste und Zillertaler Nachfahren am Gemeindeamt in Ramsau ein. Schützenkompanie und Bundesmusikkapelle Ramsau begrüßten die Gäste nach Landesart. Bezirkshauptmann Karl Mark, Nationalrat Hermann Gahr, Bürgermeister Fritz Steiner, seine Kollegen aus den Auswanderergemeinden und die Vertreter der Kirchen begrüßten Gäste und Nachfahren der Zillertaler Auswanderer.

Nachfahren aus Chile und Deutschland, Bezirkshauptmann Karl Mark, die Sponsoren des Gedenksteines Altbürgermeister Franz Rauch und Vizebürgermeister Georg Huber, enthüllten gemeinsam die Tafel am Gedenkstein.

In seiner Rede betonte Horst Bast, als Sprecher der Nachfahren der Zillertaler Auswanderer, daß mit der Enthüllung des Gedenksteines ein besonderes Ereignis stattfindet. Dieser Gedenkstein in Ramsau ist das erste Denkmal für die protestantischen Zillertaler Auswanderer von 1837 hier im Zillertal. Horst Bast wies besonders auf das ideelle und finanzielle Engagement von Georg Huber hin. Er hat über mehrere Jahre dieses Ziel verfolgt und jetzt zur 175-Jahr-Feier mit dem Altbürgermeister Franz Rauch in die Tat umgesetzt.

Der Standort des Denkmals am Fuße des Ramsberges, gegenüber dem Gemeindeamt von Ramsau, ist genau der richtige, da vom Ramsberg eine große Zahl der Auswanderer das Zillertal verließ, so die Ausführungen von Horst Bast, der weiter ausführte: „Ich bin der festen Meinung, daß dieses Denkmal hier im Zillertal, genau wie das Fleidl-Denkmal im Park des Schlosses von Erdmannsdorf in Polen, ein fester Fix- und Besuchspunkt für Besucher und Nachfahren der Zillertaler Auswanderer werden wird.“ Der Gemeinde Ramsau mit ihrem Bürgermeister Friedrich Steiner dankte Horst Bast für die Realisierung dieses Projektes.

Mit Kleinbussen, hervorragend organisiert, wurden die Gäste nach Bichl, einem Ortsteil von Ramsau, gebracht und legten



Günter Fankhauser, der Bürgermeister der Marktgemeinde Mayrhofen, eröffnet die Ausstellung »175 Jahre Zillertaler Auswanderung«.



Marianne Firl, geborene Kröll, erklärt die Schautafel der Familie Kröll vom Dengger in Laubichl in Mayrhofen und Zillerthal-Erdmannsdorf.



Das Denkmal in Ramsau ist das erste im Zillertal, das an die Auswanderung vor 175 Jahren erinnert. Im Foto hinten Gonzalo Schönherr aus Chile und Georg Huber, vorne (v.l.) Horst Bast, Altbürgermeister Franz Rauch, Gustavo Kausel-Kröll aus Chile, Bürgermeister Fritz Steiner und Bezirkshauptmann Karl Mark.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Holger Bast

30 Schautafeln und diverse zeitgenössische Gegenstände stellten im Foyer des Europahauses in Mayrhofen den Bezug zur Auswanderung der Zillertaler Portestanten von 1837 her.

den kurzen Weg zum „Winklhäusl“ zu Fuß zurück. Die Schützenkompanie, die Bundesmusikkapelle Ramsau und die Singgemeinschaft Ramsau gestalteten die kleine Feier am Geburtshaus von Johann Fleidl, dem Führer der Zillertaler Auswanderer. Rosemarie und Ferdl Heim, die heutigen Besitzer des „Winklhäusl“, enthüllten gemeinsam die Gedenktafel. Bürgermeister Fritz Steiner von Ramsau begrüßte die Gäste und dankte Familie Heim für das Anbringen der Gedenktafel zu Ehren von Johann Fleidl an ihrem Haus. Horst Bast betonte in seiner kurzen

Ansprache die historischen Gegebenheiten des „Winklhäusl“. Johann Fleidl wurde hier 1792 geboren, wuchs heran und erlernte das Schuster- und Weberhandwerk und zog von hier 1837 nach Preußisch-Schlesien. Am 4. Januar 1853 starb er in Mittel-Zillerthal am Fuße des Riesengebirges im Alter von 60 Jahren. „Er war und blieb arm“, so titelte der Bote im Riesengebirge „zum Tode von Johann Fleidl“.

Die Landfrauen von Ramsau bewirteten zur Mittagszeit Gäste und Nachfahren mit Zillertaler Spezialitäten auf dem Gelände

rund um den Musikpavillon.

Am Nachmittag trafen sich Gäste und Nachfahren vor der Kapelle Burgschrofen. Bischof Manfred Scheuer aus Innsbruck und der evangelische Bischof von Österreich, Michael Bünker, sowie die Superintendentin Luise Müller, die Pfarrer Frischmann und von Gierke enthüllten den Gedenkstein der evangelischen Kirche.

Bischof Michael Bünker ging in seiner Ansprache auf den Gedanken der Versöhnung ein und betonte, daß diese immer die Wahrheit brauche. Die Wahrheit wiederum



Foto: Franz Geisler

Enthüllung des Gedenksteines an der Burgschrofenkapelle von links Pfarrer Meinhard von Gierke, Bischof Dr. Michael Bünker, Superintendentin Luise Müller, Bischof Manfred Scheuer, Dekan Ignatz Steinwender, Pfarrer Christoph Frischmann und Bürgermeister Franz Hauser.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Holger Bast

Landesüblicher Empfang auf dem Johann-Riedl-Platz in Mayrhofen für Gäste und Nachfahren. V.r.: Landtagspräsident Dr. Dr. van Staa, Bürgermeister Günter Fankhauser, Superintendentin Luise Müller und Dekan Ignatz Steinwender.

sei eine Brücke zwischen Versöhnung und Gerechtigkeit. „Es kann keine Versöhnung ohne Gerechtigkeit geben“, so der Bischof. Bei den katholischen Geschwistern bedankte sich Bünker für die Teilnahme an den Feierlichkeiten und für die Vergebungsbitten, die römisch-katholische Bischöfe und Erzbischöfe seit den 1960er Jahren immer wieder ausgesprochen hätten. Dies habe „neue Wege der Versöhnung eröffnet“. Den Vertriebenen könne man heute nur gerecht werden, wenn man sich dafür einsetze, daß „niemand

mehr aus religiösen, rassistischen, politischen oder sozialen Gründen vertrieben werden kann“. Bünker rief dazu auf, sich gemeinsam dafür stark zu machen, daß MigrantInnen, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden.

„Der Grund für unser Gedenken ist für die Katholiken keine Sieggeschichte, sondern eine Geschichte der Reinigung des Gedächtnisses“, sagte der Innsbrucker römisch-katholische Bischof Manfred Scheuer. Die

Geschichte brauche diese Reinigung, damit das Reich Gottes nicht mit Füßen getreten werde.

Nach diesem feierlichen Akt lud Bürgermeister Franz Hauser von Schwendau die Gäste und Nachfahren zum Kaffee in das gegenüber liegende Hotel „Schrofenblick“ ein.

Um 17 Uhr fanden sich alle zum ökumenischen Gottesdienst in der Pfarrkirche zu Mayrhofen ein. Die Fahnenabordnungen der Schützenkompanien der Auswanderergemeinden hatten rechts und links neben dem Chorraum Aufstellung genommen. Als Zelebranten waren der Erzbischof von Salzburg, Alois Kothgasser, der Bischof von Innsbruck, Manfred Scheuer, der evangelische Bischof von Österreich, Michael Bünker, die Superintendentin von Tirol und Salzburg, Luise Müller, der Pfarrer Edwin Pech von der evangelischen augsburgischen Kirche in Wang/Polen, der evangelische Pfarrer Meinhard von Gierke aus Jenbach und der Pfarrer von Mayrhofen, Magister Alois Moser, anwesend. In einem sehr gekonnten Dialog zwischen Bischof Scheuer und Bischof Bünker wurden die Gemeinsamkeiten der beiden Religionen anschaulich und einfühlsam dargestellt. Dies war ein gemeinsamer Augenblick, der den beiden Konfessionen anschaulich die Ökumene vor Augen führte und ein Höhepunkt der Feierlichkeiten im Zillertal.

Um 20 Uhr wurde mit einem landesüblichen Empfang auf dem Josef-Riedl-Platz in



Foto: Franz Geisler

Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche zu Mayrhofen. V.l. Pfarrer Edwin Pech von der Kirche Wang in Polen, Superintendentin Luise Müller, Bischof Manfred Scheuer, Erzbischof Alois Kothgasser, Bischof Michael Bünker, Pfarrer Meinhard von Gierke, Dekan Ignatz Steinwender und Pfarrer Alois Moser.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Franz Geisler



Horst Bast stellt das Buch »Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal« vor. Dahinter: Sabine Husmann, die ins Spanische übersetzte.

Mayrhofen die 175-Jahr-Feier fortgesetzt. Schützenkompanie und Bundesmusikkapelle aus Mayrhofen sowie die Fahnenabordnungen der anderen Auswanderergemeinden waren zum Empfang des Präsidenten des Tiroler Landtages, Herwig van Staa, und der Nachfahren der Zillertaler Auswanderer angetreten. Gemeinsam marschierten Gäste, Schützenkompanie und Musikkapelle zum Europahaus.

Nach dem Sektempfang im Europahaus spielte die Bürgermeistermusikkapelle unter Leitung von Bezirkshauptmann Karl Mark auf. Der Männergesangsverein von Mayrhofen und die Schwendberger Geigenmusik bildeten mit der Bürgermeistermusikkapelle jeweils einen abwechslungsreichen Musikblock. Auf den Leinwänden des festlich geschmückten Großen Saales des Europahauses wurden die wichtigsten Motive der Zillertaler Auswanderung via Power-Point präsentiert. Im vollbesetzten Saal konnte man Johann Fleidl aus Bichl als Anführer der Zillertaler Protestanten sehen. Auch die bekannten Motive des Hirschberger Tales wie das Riesengebirge mit Schneekoppe, das Zillertal um die Jahrhundertwende des 19. zum 20. Jahrhundert und auch die aussagekräftigen Fotos der 100-Jahr-Feier von 1937 in Zillerthal-Erdmannsdorf leuchteten von den Leinwänden.

Die gekonnte Moderation von Burgi Huber zog Gäste und Nachfahren in ihren Bann. Der Bürgermeister der Marktgemeinde Mayrhofen, Günter Fankhauser, begrüßte Gäste, Nachfahren der Zillertaler Protestanten und Einheimische ganz herzlich im Europahaus, der „Guten Stube“ von Mayrhofen. Landtagspräsident Herwig van Staa konnte mit

Foto: Franz Geisler



Warten auf ihre Widmung im neuen Buch (v.l.): Sabine Kehren, geborene Geisler mit Ehemann, Martha Horngacher, geborene Oblasser, Armin Opitz, gebürtig aus Chile, und das Autorenehepaar Bast

Foto: Franz Geisler



Der Präsident des Tiroler Landtags, Herwig van Staa, konnte mit seinem Festvortrag zur Thematik »Evangelisch/katholisch in der Gesellschaft – früher und heute« die Anwesenden begeistern.

seinem Festvortrag zur Thematik „Evangelisch/katholisch in der Gesellschaft – früher und heute“ die Anwesenden begeistern. Der Männergesangsverein Mayrhofen und die Schwendberger Geigenmusik rundeten mit ihren Beiträgen die gelungene Veranstaltung ab. Wolfgang Egger resümierte in seiner Rede die wechselhafte Geschichte der Auswanderung der Zillertaler Protestanten von 1837. Bis in den späten Abend saßen Gäste, Nachfahren und Einheimische in gemütlicher Runde zusammen.

Der dritte Tag

Der Pfingstsonntag, der 27. Mai, stand ganz im Zeichen der Familien. Punkt 10 Uhr fuhren am Europahaus in Mayrhofen zwei Busse ins hintere Zillertal nach Brandberg und Finkenberg ab. In Brandberg wurde der erste Bus von Bürgermeister Heinz Eben-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Franz Geisler



Im vollbesetzten Großen Saal des Europahauses spielte die Bürgermeistermusikkapelle unter der Leitung von Bezirkshauptmann Karl Mark in den Musikblöcken mit dem Männergesangsverein Mayrhofen und der Schwendberger Geigenmusik.

bichler und Altbürgermeister Hermann Thanner bereits erwartet. Eine Führung durch den Mitterstall, ein altes Stallgebäude, das heute als Museum die Geschichte Brandbergs beheimatet und darstellt, und ein Spaziergang zu Kirche und Friedhof schlossen sich an.

Der zweite Bus wurde in Finkenberg am Gemeindeamt vom Vizebürgermeister Andreas Kröll und dem Ortschronisten Sepp Gredler freudig erwartet. Gäste und Nachfahren wurden mit einem Schnapsl begrüßt und in einer kleinen Ausstellung über die Geschichte Finkenbergs informiert. Ein kur-

zer Film rundete den Besuch in Finkenberg ab. Die englische Übersetzung des Films wurde von Silke Sauer, der Nichte von Helga Bast, übernommen. Danach fuhren die beiden Busse jeweils in den anderen Ort und die Mittagspause wurde danach in Mayrhofen eingelegt.

Am Nachmittag starteten die beiden Busse Richtung Schwendau und Zell am Ziller. Der Besuch im Regionalmuseum in Zell am Ziller, das mit mehreren Gebäuden die ländliche Struktur der vorigen Jahrhunderte aufzeigt, war der Beginn der Nachmittagsbesichtigungen. In der „Reme“ beim Neuhaus-

wirten zu Schwendau gab es, wie landesüblich in Tirol, ein Begrüßungsschnapsl. Reme ist ein Wort aus dem Zillertaler Dialekt und bedeutet „die Rampe an der Scheune“. Die „Reme“ wird als Kulturscheune für viele Veranstaltungen genutzt und Christian Rauch stellte den Besuchern seine Räumlichkeiten vor. Der Versammlungsplatz bei den drei Linden in Schwendau durfte bei der Rundfahrt natürlich nicht fehlen. Im Museum „Strasser Häusl“ in Laimach läßt Rosi Kraft mit ihrer Sammlung alter Gerätschaften das Leben der Vorfahren bis ins kleinste Detail wieder aufleben. Beeindruckt zeigten sich Gäste und Nachfahren vom Leben ihrer Vorfahren im Zillertal. Rosi Kraft hatte das „Strasser Häusl“ 1999 gekauft, saniert und restauriert und als Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Haus gehörte der Familie Strasser, die als Nationalsänger bei ihren Reisen durch den Nordosten Deutschlands das Lied „Stille Nacht“ verbreitete. Sie traten mit großem Erfolg in Leipzig und auch in Berlin beim preußischen König auf. Mit Zillertaler Gebäck wurde den Gästen der Rundgang durch das „Strasser Häusl“ versüßt.

Am Abend folgte ein weiterer Höhepunkt der 175-Jahr-Feier: Das Ehepaar Helga und Horst Bast stellte im vollbesetzten Großen Saal des Europahauses zu Mayrhofen ihr Buch „Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal“ vor. Die Stualaumusik und der Kirchenchor Hippach umrahmten musikalisch stilvoll und gekonnt das Programm. Horst Bast, der durch den

Foto: Franz Geisler



Am Geburtshaus von Johann Fleidl, dem Führer der Zillertaler Auswanderer, enthielten die jetzigen Besitzer des „Winklhäusls“ Rosemarie und Ferdl Heim die Gedenktafel zur Erinnerung an Johann Fleidl. Im Foto links Vizebürgermeister und Schützenhauptmann Georg Huber und ganz rechts Bürgermeister Fritz Steiner.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Franz Geisler

Das Ehepaar Horst und Helga Bast initiierte und gestaltete die Ende Mai eröffnete Ausstellung »175 Jahre Zillertaler Auswanderung« und stellte während der Feierlichkeiten ihre Forschungen zu dieser Thematik in ihrem Buch vor.

Abend führte, begrüßte den Landtagsabgeordneten des Zillertals, Josef Geisler, den Bürgermeister der Gemeinde Mayrhofen, Günter Fankhauser, und seine Amtskollegen aus den Auswanderungsgemeinden des Zillertals. Der Abgeordnete des Tiroler Landtags und Klubobmann Josef Geisler aus dem Zillertal hielt den Festvortrag zum Thema „Zillertal in Europa“. Er zeigte die europäischen Verbindungen des Zillertals in der Geschichte und auch zur Zeit der Auswanderung der Protestanten auf.

Mit dem Film „Hirschberger Tal – Zillertal“, der auf den drei Leinwänden des Grossen Saales im Europahaus vorgeführt wurde, stimmten Helga und Horst Bast Gäste, Nachfahren und die Zillertaler Bevölkerung auf die Präsentation ihres Buches ein. Stimmungsvoll und feinfühlig zeichneten die beiden Autoren ein filmisches Portrait der neuen und alten Heimat der Zillertaler Auswanderer von 1837. In der Präsentation, mit vielen Fotos, trug Horst Bast die Entstehung ihres Buches über die Geschichte und Genealogie der Auswanderer vor. Als besondere Überraschung für die chilenischen und australischen Nachfahren übersetzten Sabine Husmann und Silke Sauer die Ausführungen ins Spanische und Englische. Humorvoll präsentierte Horst Bast einige Anekdoten, die bei der Spurensuche zu den 427 ausgewanderten Zillertälern entstanden sind und löste damit im breiten Rund Schmunzeln und Lachen aus.

Nach dem Auswandererlied, das der Kirchenchor Hippach extra für die Buchvorstellung eingeübt hatte, wurde im Foyer der Buchverkauf gestartet. Dazu spielte die Stuausmusik ihre hervorragend vorgetra-

gene handgemachte Musik, die beim Publikum bestens ankam. Das Autorenehepaar Helga und Horst Bast signierte fleißig ihre Bücher und keiner mußte ohne persönliche Widmung nach Hause gehen. *Wer kein Buch erstehen konnte, findet alle Informationen am Ende dieses Beitrags.*

Der vierte Tag

Am Morgen des Pfingstmontag, dem 28. Mai, trafen die Gäste, Nachfahren und die Familien von Hermann Stöckl sowie von Siegfried Ausserhofer einander auf dem Waldfriedhof in Mayrhofen zur Kranzniederlegung am Grab des ehemaligen Vizebürgermeisters der Marktgemeinde Mayrhofen, Michael Stöckl. Die Fahnenabordnung der Schützenkompanie Ramsau und eine Bläsergruppe umrahmten die Veranstaltung. Unter dem Ehrensallut legte Wolfgang Egger im Namen der Nachfahren der ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal den Kranz nieder. Er erinnerte in einer kurzen Ansprache an die Verdienste von Michael Stöckl mit dem Kauf und der Restaurierung des Rieserhofes in Zillerthal-Erdmannsdorf in Polen.

Bürgermeister Günter Fankhauser verabschiedete herzlich die Nachfahren der Zillertaler Protestanten und wünschte ihnen eine gute Heimreise.

Vier Tage gingen zu Ende, in denen Gäste und Nachfahren sowie die Bevölkerung des hinteren Zillertals den Ereignissen vor 175 Jahren gedachten. Durch die Gedenksteine in Ramsau und an der Burgschrofenkapelle wurde eine Brücke geschaffen, die das Zillertal in Tirol, die alte Heimat der Zillertaler

Protestanten, mit dem Hirschberger Tal, der damaligen neuen Heimat, verbindet.

Der besondere Dank der Nachfahren gilt den sechs Auswanderergemeinden des hinteren Zillertals, insbesondere den Gemeinden Mayrhofen und Ramsau mit ihren Bürgermeistern Günter Fankhauser und Fritz Steiner für die Organisation und Ausrichtung der Feierlichkeiten. Ohne das große Engagement des Vizebürgermeisters von Ramsau, Georg Huber, und des Amtleiters der Gemeinde Mayrhofen, Wolfgang Stöckl, wäre die 175-Jahr-Feier der Auswanderung der Protestanten aus dem Zillertal nicht zustande gekommen und auch nicht durchgeführt worden. Dafür im Namen aller Gäste und Nachfahren herzlichsten Dank. Diese gelungene Veranstaltung wird noch lange nachklingen und im Bewußtsein der Teilnehmer haften bleiben!

Von seiten der Nachfahren wurde der Wunsch geäußert, daß man sich in kürzeren Abständen und ohne größeres Programm in fünf bis zehn Jahren in Mayrhofen wiedertrifft.

Informationen, Fotos und Berichte unter <http://www.1837-auswanderer.de>

Lesen Sie einen ausführlichen Bericht über die Auswanderung der Zillertaler Protestanten im „Österreich Journal“, Ausgabe 107 vom 3. Mai 2012, Seiten 32 bis 37:

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_107.htm



»Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal« Ihre Vor- und Nachfahren, die Auswanderung, der Weg, die Ansiedelung, ihre Häuser und ihr Leben im Hirschberger Tal, von Helga und Horst Bast Cardamina Verlag, D-56637 Plaidt, ISBN 978-3-86424-044-7

<http://www.cardamina.de/webshop/shop01.html>

»Hallstatt 2« im Reich der Mitte

In Chuang Dong, der leistungsstärksten Provinz Chinas, ist ein Wohnprojekt entstanden, in dem 134 exklusive Villen und Wohnhäuser für Wohlhabende zum Verkauf angeboten wurden. Das besonders aber daran ist, daß die kleine Stadt ein oberösterreichisches Vorbild hat: Hallstatt am Hallstätter See.

Von Alexander Scheutz, Bürgermeister von Hallstatt.



Foto: privat

Gruppenbild am Hauptplatz von »Hallstatt 2« – das Zentrum der immensen Wohnanlage dürfte hervorragend geglückt sein.

Es ist ein Dialog der besonderen Art, der die Welterberegion Hallstatt-Dachstein-Salzammergut seit rund einem Jahr mit China verbindet. In der Provinz Guang Dong entstand eine Kopie der Stadt Hallstatt am Traunsee – man sprach von einer eins-zu-eins-Kopie, während deren Bauarbeiten die Öffentlichkeit ferngehalten wurde. Eine „Geheimhaltung“, die so manche HallstätterInnen vermißten, die vom „Ausspionieren“ ihrer Häuser nicht alle begeistert waren und von unerlaubtem Nachbau sprachen. In der Ausgabe 108 vom 4. Juni 2012 http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_108.htm haben wir bereits berichtet, daß am 2. Juni alle Mutmaßungen ein Ende haben würden. Am 15. April fand die feierliche Eröffnung der „Villa der Hallstatt-Zone“-Phase-I statt. Zu diesem Zeitpunkt vermeldete die Bauträgergesellschaft „Minmetals Land Limited“,

daß bereit 110 der 134 verfügbaren Villen bereits verkauft worden seien. „Architektonischer Stil und Design von Minmetals • Hallstatt wurden von einem Dorf in Österreich mit dem gleichen Namen inspiriert, das Weltkulturerbe ist und als ‚die weltweit schönste Stadt‘ gilt ... Nach dem Abschluß des Projekts wird Minmetals • Hallstatt ein neuer touristischer Ferienort im Huizhou und im Pearl River Delta Region sein – und die erste österreichische Stadt im ‚LOHAS-Stil‘ in China“, hieß es in einer Aussendung. Für einen Besuch sechs (!) Wochen später hatten die Errichter des viel diskutierten Wohnprojektes auch eine kleine Delegation aus Hallstatt eingeladen. Sie wurde von Bürgermeister Alexander Scheutz angeführt, der von seiner Frau und einer fünfköpfigen Abordnung der Salinenmusik Hallstatt begleitet wurde. Hier ist sein Bericht:

Am Montag, dem 28. Mai, flogen wir von München ab und erreichten mit einem Luft-hansa-Direktflug von etwa elf Stunden Dauer Hongkong. Am Hongkong Airport wurden wir am Dienstag, 29. Mai (Ortszeit) um 16 Uhr abgeholt und fuhren mit zwei Taxis nach Shenzhen, wo wir nach China einreisten und nach einem gemeinsamen Abendessen einen abendlichen Stadtrundgang unternahmen.

Am nächsten Morgen (30. Mai) fuhren wir zwei Stunden mit dem Bus nach Guangzhou, der Hauptstadt der Provinz Guangdong. Wir besuchten das Guangdongmuseum, fuhren auf den Canton Tower, das höchste Bauwerk in China und das vierthöchste, freistehende Bauwerk der Welt, und machten eine abendliche Bootsfahrt auf dem Pearl River.

Am Donnerstag (31. Mai) fuhren wir nach Shenzhen weiter und besuchten dort den

Österreich, Europa und die Welt



Foto: privat

Ein weiteres Gruppenfoto zeigt Bürgermeister Alexander Scheutz (5. v.l.), Martin Woller (stv. Österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Guangzhou, 4. v.r.) und Wilhelm Brauner (Chairman von AustroCham, 3. v.r.) mit Vertretern aus Chinas Wirtschaft. Die Zahl »8632« auf dem großen Transparent im Hintergrund steht für die Kilometer, die Guangzhou von Hallstatt entfernt ist.

Themen- bzw. Vergnügungspark „Splendid China Folk Culture Village“.

Am Freitag (1. Juni) nachmittags fuhren wir schließlich in Begleitung von Frau Zheng zu „Hallstatt 2“.

Als wir dort auf dem Marktplatz angekommen waren, dachte ich mir, das schaut ja aus, wie bei uns! Und wenn auch alles spiegel-

verkehrt ist, ist es unverkennbar: das Hotel „Grüner Baum“, die Gemeindehäuser rundherum. Die Dreifaltigkeitssäule ist natürlich nicht mit christlichen Symbolen geschmückt, aber sie steht auch dort und im Brunnen schwimmen Goldfische. Auf das „chinesische Café Derbl“ haben sie „Sound of Music“ draufgemalt, was natürlich überhaupt nicht

zu Hallstatt paßt. Aber dafür steht überall auf Deutsch „Hallstatt am See“, sogar auf den Kanaldeckeln.

Abends gab es dann ein gemeinsames Essen mit Vertretern der „Minemetals Land Limited“ und der „Minemetals Land Huizhou Company“, den Errichtern von „Hallstatt 2“, Martin Woller (stellvertretender



Foto: Alexander Scheutz

Das Modell von »Hallstatt 2« verdeutlicht die Ausmaße des »Projekts«, wie es von der Minelands Land Limited genannt wird.

Österreich, Europa und die Welt

Österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Guangzhou), Wilhelm Brauner (Chairman von AustroCham) und Frau Zheng in einem Restaurant neben dem Hotel Kempinski.

Die Feier einschließlich der Unterzeichnung des Freundschaftsabkommens und der Übergabe der Gastgeschenke fand dann am Samstag (2. Juni) Vormittag in einem Festsaal des Hotels Kempinsky statt. Die Feierlichkeiten wurden von unseren Gastgebern, dem Anlaß entsprechend, sehr feierlich und würdevoll gestaltet. Den ganzen Tag hindurch gab es übrigens einen enormen Ansturm von Vertretern der nationalen und internationalen Presse.

Dank unserer „Diplomatie“ erreichten wir beim gemeinsamen Mittagessen, daß wir am Sonntag (3. Juni) nochmals – und diesmal in Begleitung unserer interessierten Journalisten – „Hallstatt 2“ besuchen konnten, um noch Bilder und Filmaufnahmen zu machen. So kam es dann auch noch zu einem Schlußfoto, bevor wir – auf derselben Route – wieder zurück nach Hongkong fuhren, wo wir noch drei Tage verweilten, um am Dienstag (5. Juni) um 23.30 Uhr mit der Lufthansa nach München flogen, wo wir wohlbehalten am 6. Juni um 05.45 Uhr Ortszeit wieder festen Boden unter den Füßen hatten.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß wir von unseren Gastgebern äußerst freundlich und zuvorkommend behandelt wurden. Man hat sich sehr um unsere Gruppe gekümmert und es wurde uns sehr viel gezeigt.

Unsere Musik (Quintett) war sehr aktiv und hat zu den verschiedensten Anlässen – vorerst nur für uns aufgespielt. Aber es waren sofort sehr viele Menschen rund um uns und knipsten unzählige Fotos – wir erzählten viel über Österreich und verbreiteten „österreichischen Charme“ – zuletzt immer noch am Abend in der Hotelbar – Peter Wesenauer spielte am Klavier und wurde von Peter Rebmann am Tenorhorn begleitet – es wurde viel improvisiert.

Die Vertreter der Immobilienfirma „Mine Metal Land“, der Mutterkonzern gehört zu den 500 größten Firmen weltweit, kündigten an, nächstes Jahr nach Hallstatt zu kommen.

Es war übrigens unheimlich schwierig für mich, Bilder und Berichte weiterzuleiten bzw. nach Hause zu schicken, denn es gab in den Hotels in China (Shenzhen, Guangzhou und Huizhou) keine entsprechende Infrastruktur (Internetanschlüsse) und über mein Mobiltelefon wäre das einfach viel zu teuer gewesen.

Alexander Scheutz

<http://www.hallstatt.at>



Foto: privat

Bürgermeister Alexander Scheutz mit seiner Frau Susanne, seinem Sohn Simon und He Jianbo, dem Managing Director von Minemetals Land Limited



Foto: privat

Auch der Spaß kam nicht zu kurz: ein »musikalisches« Bad im Pazifik



Foto: Johann Scheutz

Zuguterletzt noch ein Blick auf das traumhafte Original: Hallstatt am Traunsee, aufgenommen vom »Hirlatz«, dem Hausberg der Weltkulturerbe-Stadt.

Österreich, Europa und die Welt

5. Red-White Clubbing für junge Israelis

... in der Residenz des österreichischen Botschafters

Rund 300 junge Israelis mit österreichischen Wurzeln oder Nahebeziehungen zu Österreich, viele von ihnen Kinder und Enkel von Holocaust-Überlebenden aus Österreich, aber auch Studierende und Stipendiaten folgten der Einladung des österreichischen Botschafters in Israel, Franz-Joseph Kuglitsch, zur 5. Ausgabe des „Red-White Clubbings“ am Abend des 7. Juni in nahe Tel Aviv gelegenen Stadt Herzliya..

Die vom früheren österreichischen Botschafter Michael Rendi initiierte Clubbing-Nacht zählt mittlerweile zu den populärsten Veranstaltungen der Botschaft und bietet unter dem Motto „to re-connect with Austria“ neben vielfältigen musikalischen und kulinarischen Anknüpfungspunkten zu Österreich auch Gelegenheit Informationen auszutauschen und Netzwerke zu erweitern. Es zählt zu den kulturellen Veranstaltungen mit der größten Nachhaltigkeit in Israel.

Nach Einstellung des überaus populären „Spurensucherprogramms“ des BMWJF 2009 bleibt das Clubbing nunmehr die einzige Veranstaltung und Programmschiene, die auf eine Heranführung junger Israelis mit österreichischen Wurzeln an Österreich abzielt und dadurch ein modernes zeitgemäßes und von Klischees, aber auch Vorurteilen befreites Österreich-Bild vermittelt.

Angesprochen werden, wie bereits eingangs erwähnt, junge Israelis mit österreichischen Wurzeln oder engem Bezug zu Österreich, die an der Botschaft registriert sind, Kontakte von Studierenden, die bereits in Österreich Sprachkurse besucht haben, wurden auch vom Österreich-Zentrum an der Hebräischen Universität in Jerusalem zur Verfügung gestellt. Über Kontakte zu den Clubs der Alt-Österreicher und Holocaust-Überlebenden in Tel Aviv, Haifa und Jerusalem konnte auch die Enkelgeneration erreicht werden.

Die Musik des Abends lieferte DJ Bushbeats, ein israelischer DJ mit Wiener Großmutter. Die österreichische Justizministerin Beatrix Karl, die in dieser Woche Israel besuchte, war Ehrengast des Abends und zog die Gewinner der Tombola, die sich über Flugreisen nach Wien freuen konnten. Galia Ruppin und Guy Steiner, beide aus Jerusalem, haben nun bis Jahresende die Möglichkeit, durch zwei von Austrian Airlines und FlyNikki gesponserte Flugtickets Österreich zu besuchen.



Foto: Ben Shalev GIL

Botschafter Franz-Joseph Kuglitsch und Justizministerin Beatrix Karl (r.) bei der Ziehung der Gewinner der Tombola

Weiters wurde die diesjährige Veranstaltung unterstützt vom Österreichischen Kulturforum Tel Aviv, der Österreich-Werbung,

Red Bull, Julius Meinl Kaffee, Gösser Bier und dem Hotel Sacher in Wien.

<http://www.aussenministerium.at/telaviv>

»Alt-OberösterreicherInnen« zu Besuch



Foto: Land OÖ/Cerpijak

LH Josef Pühringer (Mitte) mit den »Alt-OberösterreichernInnen«

Zehn ehemalige oberösterreichische MitbürgerInnen, die nach dem Anschluß an Hitler-Deutschland 1938 aus Oberösterreich fliehen mußten und heute in Israel leben, sind Mitte Juni offiziell von Landeshauptmann Josef Pühringer begrüßt und willkommen geheißen worden.

Der Landeshauptmann wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Einladung an die ehemaligen oberösterreichischen MitbürgerInnen vor allem den Zweck habe, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich persönlich davon zu überzeugen, daß das Oberösterreich des Jahres 2012 ein grundlegend

anderes ist, als der von den Nationalsozialisten regierte Gau Oberdonau des Jahres 1938, aus dem diese Menschen fliehen mußten.

„Das Oberösterreich des Jahres 2012 versteht sich bewußt als Gegenentwurf zum Ungeist der nationalsozialistischen Diktatur. Es vertreibt nicht, sondern lädt ein und baut damit Brücken“, so Pühringer.

Auf dem Besuchsprogramm standen unter anderem die Gedenkstätten Mauthausen, Steyr und Ebensee sowie die Besichtigung des Stiftes Kremsmünster.

<http://www.oberosterreich.gv.at>

Österreich, Europa und die Welt

Internationalisierung österreichischer Gegenwartskunst

Kulturministerin eröffnet erste Ausstellung des »Garage Exchange Vienna – Los Angeles«

Kulturministerin Claudia Schmied eröffnete am 8. Juni in Los Angeles gemeinsam mit Christoph Thun-Hohenstein, Direktor des Museums für Angewandte Kunst (MAK) die erste Ausstellung „Bend a Bow“ des neuen „Garage Exchange Vienna – Los Angeles“ im MAK Center for Art and Architecture. In dessen Rahmen werden österreichische und in Wien lebende und arbeitende ehemalige Schindler-StipendiatInnen des MAK Artists-and Architects-in-Residence Programm eingeladen, in Zusammenarbeit mit in Los Angeles ansässigen KünstlerInnen und ArchitektInnen den Ausstellungsraum „Garage Top“ im MAK Center for Art and Architecture zu bespielen.

In der ersten Ausstellung „Bend a Bow“ untersuchen die ehemalige Schindler-Stipendiatin Sonia Leimer und die Künstlerin Stephanie Taylor die schichtweise Dynamik des Narrativen und seiner Konstruktion.

Ziel der neuen Ausstellungsreihe ist es, die Vernetzung, Internationalisierung und Sichtbarmachung vielversprechender RepräsentantInnen junger österreichischer Gegenwartskunst im Ausland zu unterstützen.



Foto: MAK Center / Mimi Teller

Eröffnung der Ausstellung »Bend a Bow« im MAK Center for Art and Architecture mit BM Claudia Schmied (3.v.r.) und MAK-Direktor Christoph Thun-Hohenstein

Schmied: „Gerade zu Beginn der Karriere ist es wichtig, Künstlerinnen und Künstler bei ihrem Erfahrungsaustausch und beim Aufbau von globalen Netzwerken zu unterstützen. Mobilitäts- und Kooperationsprogram-

me führen uns den demokratiepolitischen Wert deutlich vor Augen, die Entwicklung von Beziehungen über politische und kulturelle Grenzen hinweg ist dezidiertes Ziel.“

<http://www.makcenter.org>

Salzburger Marionetten begeisterten in der Carnegie Hall

Höchst erfolgreiche Gastspiele in den USA – New »York Times« zeigte sich überzeugt

Großer internationaler Erfolg für das Salzburger Marionettentheater: Im Rahmen einer kurzen US-Tournee überzeugte das traditionsreiche Puppenspielerteam bei Auftritten in der legendären Carnegie Hall in New York sowie am McCarter Theatre in der renommierten Universitätsstadt Princeton. Alle drei Auftritte waren restlos ausverkauft, mehr als 2000 Zuschauer zeigten sich von den Salzburger Künstlern und ihren Holzpuppen begeistert. Bemerkenswert: Auch die New York Times lobte die Performance in einer ausführlichen Kritik.

„Erfolgreiche Auslandsgastspiele gehören schon seit der Gründung des Theaters zum Programm, in seiner knapp hundertjährigen Geschichte war das Marionettentheater bereits rund 250 Mal im Ausland auf Reisen“, erklärt Barbara Heuberger, Chefin des Salzburger Traditionshauses. „Ob in Südamerika, den USA, Japan, China, Rußland oder im arabischen Raum – überall verzauberten unsere Spieler und ihre geschnitzten Holzpuppen die zahlreichen Besucher und präsentie-



Foto: Salzburger Marionettentheater

Freuten sich über das »Sold out«-Plakat: Regisseur Hinrich Horstkotte mit seinem Team Eva Wiener, Ursula Winzer, Philippe Brunner und Vladimir Fediakov (v.l.).

ren sich damit als ausgezeichnete Werbebotschafter für Salzburg.“

2013 feiert das Salzburger Marionettentheater, welches derzeit übrigens ohne jeglichen Subventionen der öffentlichen Hand erhalten wird, sein 100jähriges Bestands-

jubiläum mit einem umfangreichen Sonderprogramm (das „Österreich Journal“ wird berichten). Für den Dezember 2012 plant das zehnköpfige Puppenspielerteam eine mehrwöchige Tournee nach Paris.

<http://www.marionetten.at>

Österreich, Europa und die Welt

Jugenddelegation des AJC in Wien

Erstmaliger Besuch einer Jugenddelegation des American Jewish Committee in Österreich

Der Jewish Welcome Service lud gemeinsam mit dem American Jewish Committee ACCESS vom 10. bis 17. Juni eine Delegation junger Erwachsener im Alter von 22 bis 45 Jahren zu einem Österreich Besuch ein. AJC ist die älteste jüdische Menschenrechtsorganisation in den USA und wurde 1906 gegründet. ACCESS richtet sich an die jüngere Generation. Die Einladung erfolgt im Rahmen des Programms „Global Diplomacy & Bridge Building for a New Generation“.

Der Jewish Welcome Service hat in Kooperation mit AJC ACCESS, der österreichischen Botschaft in Washington und dem Generalkonsulat in New York ein umfangreiches Programm organisiert. Zentrale Programmpunkte waren Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Außenminister Michael Spindelegger sowie mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde Wien.

Das Jewish Welcome Service wurde 1980 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nitel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der je-



Foto: BMeA / Mahmoud Ashraf

Am 14. Juni traf Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (M.) zu einem Gespräch mit der Jugenddelegation des AJC im Außenministerium zusammen.

weilige Bürgermeister der Stadt Wien. Aufgaben des Jewish Welcome Service neben dem Besuchsprogramm für vertriebene jüdische BürgerInnen aus Wien sind auch Einladungen für die jüngere Generation. Dar-

überhinaus unterstützt der Jewish Welcome Service Gedenk- und Erinnerungsinitiativen und bietet Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. ■

<http://www.jewish-welcome.at>

Das österreichische Dirndl erobert New York

Die Österreich Werbung macht mit »Dirndl Botschaftern« auf Österreich aufmerksam

Am 10. Juni lud die Österreich Werbung vor der spektakulären Kulisse Manhattans in den Studios der renommierten Alvin Ailey Dance Company zum Casting-Event. Gesucht wurden 40 charmante „Dirndl-BotschafterInnen“, die einen Sommer lang bei mehreren Veranstaltungen das Urlaubsland Österreich bewerben werden. Unter den zahlreichen Bewerbern fanden sich sowohl gebürtige Österreicher, die in New York und Umgebung leben, als auch passionierte amerikanische Österreich-Fans.

In der Jury neben Michael Gigl, ÖW-Region Manager USA & Australien, prominent vertreten waren der Musiker Hubert von Goisern, Fashion-Model Barbara Dürrer und der österreichische Generalkonsul in New York, Ernst-Peter Brezovszky. Einen Nachmittag lang bewertete die Jury die Präsentationen der in Dirndl (Modelle von Gössl und Rastl) und Lederhosen (Lanz) eingekleideten Kandidaten: Eine schöne Aufgabe, denn die künftigen „Dirndl-BotschafterInnen“ waren mit Begeisterung bei der Sache und



© Austrian Tourist Office, Foto Morgan Paar/Nomadic Frames

Gesucht wurden 40 charmante Dirndl Botschafter, die einen Sommer lang bei mehreren Veranstaltungen das Urlaubsland Österreich bewerben werden.

zeigten neben Gesangs- und Tanz-Talenten auch umfassendes Österreich-Wissen.

Im Mittelpunkt von „Austria. Dirndl Temptation“, so der Titel der Aktion, steht dabei das Dirndl als Beispiel für die verschiedensten österreichischen Traditionen

die man als Österreich-Urlauber selbst erfahren und – in diesem Fall – auch nach Hause mitnehmen kann. ■

Wer die Auftritte nicht live erleben kann, kann diese verfolgen unter

<http://www.facebook.com/austriatravelinfo>

18. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

4. bis 6. September 2012 im NÖ Landhaus

St. Pölten – Generalthema: »jung und alt – ZUSAMMENhalt!«

Dienstag, 4. September

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132

16.15 Uhr Rahmenprogramm
Besichtigung der Firma Egger in 3105 Unterradlberg,
Tiroler Straße 16

anschließend gemütliches Beisammensein bei einem Heurigen

Mittwoch, 5. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Ostarrichisaal,
Haus 1A, 2. Stock
Vorträge und Berichte
Moderation: Tom Bläumauer

10.40 Uhr Kaffeepause

10.50 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops – 1. Teil

- Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik (Ostarrichisaal)
„Demografischer Wandel – Chancen für alle Generationen“
Impulsreferat: Prof. Dir. Mag. Kolarz-Lakenbacher,
Siemens AG Österreich, Niederlassungsleitung
St. Pölten
Moderation: Mag. Herbert Halbwidl
- Kunst, Kultur & Wissenschaft (Industrieviertelsaal)
Thema: „„Schule, Medien, Vereine: Kultur heute und morgen““
Impulsreferat: Mag. Dr. Hans Magenschab
Chefredakteur der NÖ Kulturzeitschrift „morgen“
Moderation: Dr. Ilona Slawinski
- Bildung & Jugend (Mostviertelsaal), Thema:
Die NÖ Jugendstudie 2012 – und ergänzende
Daten aus weiteren Studien zum Thema
Generationen“
Impulsreferat: Dr. Erich Brunmayr,
Institut für strategische Zukunftsentwicklung,
NÖ Landesakademie
Moderation: Landesjugendreferent
Wolfgang Juterschnig

12.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen - 1. Teil
anschl. Mittagsbuffet, NÖ Saal I und II, 2. Stock

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreise/Workshops – 2. Teil

17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen – 2. Teil
anschl. Vernissage „NÖ Kunstschaaffende im Ausland“,
Haus 1A, Ausstellungsbrücke:
Christa Gattringer Schottland
Gisela W. Adler Deutschland

18.45 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus zum Hotel Metropol

19.00 Uhr Abendessen im Hotel Metropol

Donnerstag, 6. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Fortsetzung und gemeinsamer Abschluß aller
Arbeitskreise im NÖ Landhaus, Landtagssitzungssaal,
Haus 1b, 2. Stock
Impulsreferat
Moderation: Tom Bläumauer

10.20 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
Kaffeepause im Foyer des Landtagsschiffes

10.45 Uhr Abschlußveranstaltung mit Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, im Landtagssitzungssaal
Moderation: Tom Bläumauer

Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
Präsentation der Ergebnisse der drei Workshops

- Festansprache von LH Dr. Erwin Pröll
- Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen
ANÖ-Teilnehmer
- Schlußworte: Peter de Martin

anschl. Mittagsempfang gegeben von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, Foyer des Landtagsschiffes

14.00 Uhr Transfer für die TeilnehmerInnen zum Hotel Metropol
bzw. Bahnhof St. Pölten. Evtl. Weiterreise zum
AuslandsösterreicherInnen-Weltbundtreffen nach
Graz (6. bis 9. September)

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2012

6. bis 9. September 2012 in Graz

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden.

Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

Donnerstag, 6. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundgänge**
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
- 14.00 - 16.00 Uhr **Altstadtführung „UNESCO Weltkulturerbe Graz“** – entführt in längst vergangene Jahrhunderte, wo sich Renaissance, Gotik und Barock die Hände reichen. 2003 war Graz die Kulturhauptstadt Europas. Das Kunsthause oder die Insel in der Mur sind spektakuläre Zeugen.
- 14.00 - 16.00 Uhr **Schloßbergführung „Über den Dächern der Stadt“** Der Schloßberg ist ein bewaldeter, wanderbarer Berg in der Altstadt. Eine Burg, die vor über 1000 Jahren auf einem Felsvorsprung des Hügels stand, gab der Stadt ihren Namen. Aus dem slawischen Gradec für „kleine Burg“ wurde später Graz. Und aus der kleinen Burg eine mächtige Festung, die Napoleon 1809 sprengen ließ. Geblieben sind der Glockenturm und der Uhrturm.
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundfahrt mit dem Cabriobus** vorbei an Grazer Hotspots, moderiert von einem kompetenten Guide.
Beschränkte Teilnehmeranzahl
- 19.00 Uhr **Empfang durch Landeshauptmann Mag. Franz Voves**, in der Alten Universität Graz, Hofgasse 14
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!

Freitag, 7. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz
- Rahmenprogramm:** *Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!*
Treffpunkt für alle Veranstaltungen:
Landhaushof, Herrengasse 16
- 09.00 - 11.00 h **„Hof halten - die Innenhöfe der Grazer Altstadt“** Spaziergang durch repräsentative Höfe für den Adel, stimmungsvolle Klosterhöfe, Arkadenhöfe, mit Sgraffito-Malerei oder versteckte Gärten und urige Gaststätten.
- 09.00 - 11.00 h **„Universalmuseum Joanneum“**
Ältestes öffentlich zugängliches Museum Österreichs und größtes Universalmuseum in der Mitte Europas. Seit 2011 ist das Joanneumsviertel Herzstück des zweitgrößten Museums Österreichs und setzt einen wichti-

gen städtebaulichen Akzent in der Grazer Innenstadt.

- 09.00 - 12.00 h **„Schloß Eggenberg“** Bustransfer und Führung
Schloß Eggenberg wurde ab 1625 errichtet. 365 Fenster, 31 Räume pro Stockwerk, 24 Prunkräume mit 52 Türen und insgesamt 60 Fenstern, 4 Ecktürme – alles Anspielungen auf die Zeit, auf Jahreszeiten, Wochen, Tage, Stunden, Minuten. Im Zeichen der Astronomie steht auch das Bildprogramm des ab 1678 vom Maler Hans Adam Weissenkircher ausgestatteten Planetensaals.
- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Ort: Congress Graz, Saal Steiermark, Eingang Sparkassenplatz
- 19.30 - 23.00 Uhr **Empfang des Bürgermeisters der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl**, im Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz

Samstag, 8. September 2011

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2012“**
Ort: Congress Graz, Stefaniensaal, Eingang Sparkassenplatz
- 12.15 Uhr **Festessen auf Einladung von Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Dr. Michael Spindelegger**, Ort: Congress Graz
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Ort: Congress Graz, Saal Steiermark, Eingang Sparkassenplatz
- 20.30 Uhr **Abschlußball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**,
Ort: Congress Graz, Stefaniensaal und angrenzende Säle, Eingang Sparkassenplatz

Sonntag, 8. September 2011

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** in der Heilandskirche am Kaiser-Josef-Platz
- 10.00 Uhr **Katholischer Gottesdienst** im Grazer Dom, Burggasse 3
- 12.00 Uhr **Abschlußmittagessen**
Ort: Brauhaus Puntigam, Triesterstraße 361, Essen € 20,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB.
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
Änderungen vorbehalten!

Positive Bilanz

Umsetzungsbericht präsentiert: Im Jahr 2011 wurden über 1000 zusätzliche Phasing Out-Projekte genehmigt

Die Bilanz des Phasing Out-Programms^{*)} ist auch 2011 positiv. Bis zum Stichtag 31. Dezember 2011 wurden insgesamt 203 Millionen Euro an Förderungen in den Phasing Out-Programmen EFR und ESF bereitgestellt. Diese Summe wurde für 3595 Projekte mit geplanten Projektkosten von über 530 Millionen Euro genehmigt. Im Vorjahr wurden damit über 1000 zusätzliche Phasing Out-Projekte genehmigt – ein Plus von über 40 Prozent gegenüber dem letzten Berichtstichtag! Das geht aus dem aktuellen Phasing Out-Umsetzungsbericht hervor, der am 5. Juni von Landeshauptmann Hans Niessl gemeinsam mit dem Wirtschaftsforscher Christian Helmenstein und Georg Schachinger, Geschäftsführer der Regional Management Burgenland (RMB) präsentiert wurde. „Das Land Burgenland hat in der Vergangenheit keinen Schilling, keinen Euro und keinen Cent in Brüssel liegen gelassen. Wir haben die Förderungen voll ausgenutzt, das ist nicht selbstverständlich. Das zeigt, daß es einerseits innovative burgenländische Unternehmen gibt, die sinnvolle Projekte auf den Tische legen, andererseits zeigt es, daß das Land auf einer gesunden Basis steht, die es uns ermöglicht, die finanziellen Mittel für die Kofinanzierung bereitzustellen“, sagte der Landeshauptmann.

Seit Beginn der laufenden Förderperiode wurde eine Vielzahl an Projekten im Bereich Phasing Out durchgeführt. Ein Großteil der insgesamt 3595 bewilligten Projekte stammt aus dem ESF-Programm. Dabei entfallen alleine 2393 Projekte, knapp 67 Prozent, auf Qualifizierungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen. 656 Projekte betreffen Projekte zur besseren Integration von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt beziehungsweise der sozialen Eingliederung, etwa von Behinderten.

Im EFRE-Programm wurden bis Ende 2011 insgesamt 509 Projekte genehmigt. Schwerpunkte waren dabei die Bereiche „Wettbewerbsfähigkeit und innovative regio-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Landeshauptmann Hans Niessl mit RMB-Geschäftsführer Georg Schachinger und Wirtschaftsforscher Christian Helmenstein bei der Präsentation

nalwirtschaftliche Strukturen“ sowie „Infrastruktur und nachhaltige Standortentwicklung“. 9726 Arbeitsplätze konnten so abgesichert werden, 1803 Jobs wurden neu geschaffen.

Vorbildregion Burgenland

„Die Projekte wurden vom Bundeskanzleramt und der Europäischen Union geprüft, es gab kaum Beanstandungen. Das zeigt, daß die Projekte vom RMB sehr genau abgewickelt und abgerechnet werden“, lobt Niessl. Das Burgenland sei, so der Landeshauptmann bezüglich Effizienz, Abwicklung und Abschluß der Projekte eine Vorbildregion.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung betreffend, sei das Burgenland weiterhin auf einem guten Weg, bestätigt Wirtschaftsforscher Helmenstein: „Das Burgenland kann laut der aktuellen Prognose des Wifo im Jahr 2011 auf eine besonders starke Wirtschaftsentwicklung zurückblicken. Es liegt mit 3,3 Prozent Wachstum über dem Österreich-Schnitt von 3,0 Prozent, obwohl 2010 und 2011 gerade von einem Erstarken der Industrie, die im Burgenland weniger stark ausgeprägt ist als in anderen Bundesländern, gekennzeichnet war.“ Auch 2012 rechnet Helmenstein damit, daß das Wachstum im Burgenland über dem Österreich-

schnitt liegen wird. Von europäischer Ebene erwartet der Experte in den kommenden Jahren kaum wirtschaftliche Impulse. Umso wichtiger sei es, hier im Land gegenzusteuern. Mit Investitionen in die Qualifizierung sowie in innovative Produkte und Forschung, so Helmenstein: „Das Burgenland ist hier auf einem guten Weg. Zum Beispiel in der Erneuerbaren Energie, der Optoelektronik aber auch im Tourismus. Im Tourismus ist es wichtig auf hochwertige Angebote zu setzen, um die Wertschöpfung pro Gast zu erhöhen.“ Ein hohes Potential an Wertschöpfungswachstum sieht Helmenstein in der burgenländischen Industrie.

Niessl: „Wir haben mit unseren Unternehmen Partner, um innovative Projekte umzusetzen. Am wichtigsten ist es, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive haben wir erstmals 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. 70 Projekte wurden in diesem Bereich bereits umgesetzt.“ Auch in der Dorferneuerung seien neue Wege beschritten worden, zum Beispiel mit der Förderung von Energiekonzepten, so Niessl: „Teilweise fördern wir dabei zum Teil auch die Umsetzung, nicht nur die Konzepterstellung. Das ist ein Beitrag zur nachhaltigen Energiewende.“

^{*)} 1995 wurde das Burgenland von der Europäischen Union zum „Ziel 1“-Gebiet erklärt und erhielt in den folgenden Jahren besondere Unterstützung der Gemeinschaft. Nach deren Auslaufen werden über einen bestimmte Übergangsfrist weitere Unterstützungen gewährt. Diese Phase heißt „Phasing out“.

Nachhaltig investieren. Mutig reformieren

Budgetrede von Finanz-Referent Landesrat Helmut Bieler zum Voranschlag 2013

Im Rahmen seiner Budgetrede skizzierte Landesrat Helmut Bieler am 28. Juni im Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag 2013. „Das Budget ist der finanzielle Motor des Burgenlandes, das Maß aller finanziellen Handlungen im Land. Dieser finanzielle Motor des Landes läuft auch in schwierigen Zeiten stabil, verlässlich und kontinuierlich weiter. Im Burgenland wurden die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt, die großen Herausforderungen im Angesicht instabiler Wirtschafts- und Finanzstrukturen gemeinsam gemeistert“, erklärte dazu der Finanz-Referent. Unter dem Motto „Budget to go 2013“ präsentierte er heuer erstmals Zahlen, Daten und Fakten zum Budget 2013 in kurzer und prägnanter Form im Überblick. Der Landesvoranschlag 2013 auf den Punkt gebracht, einfach erläutert zum Mitnehmen und Nachlesen kann via Büro des Finanzlandesrats angefordert werden (siehe *Direktlink am Ende dieses Beitrags*).

Der ordentliche Landesvoranschlag 2013 sieht Einnahmen in Höhe von 1.029.122.400 Euro vor, welchen Ausgaben in Höhe von 1.041.122.400 Euro gegenüber stehen. Der Abgang in Höhe von 12 Millionen Euro soll im Jahr 2014 auf 6 Millionen Euro reduziert, der Landesvoranschlag 2015 bereits wieder ausgeglichen budgetiert werden. Gegenüber dem Landesvoranschlag 2012 wurde der Abgang um 4 Millionen Euro reduziert. Der außerordentliche Landesvoranschlag 2013 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 22.968.000 Euro vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2013 mit 4.079.100 Euro ausgeglichen. Die Ausgaben im Landesvoranschlag 2013 haben sich damit gegenüber dem Landesvoranschlag 2012 um 7,1 Millionen Euro netto erhöht.

Im Bundesvergleich war das Burgenland von den negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise aufgrund der gezielt gesetzten Gegenmaßnahmen des Landes, wie die Kraftpakete, Bildungsmaßnahmen, Risikokapitalfonds oder des Fonds für Arbeit und Wirtschaft (FAWI), am geringsten betroffen. „Trotz schwierigstem internationalen und nationalen Umfeld und konsequentem Konsolidierungskurs haben wir auf gezielte Investitionen gesetzt, um Wirtschaftswach-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Finanzlandesrat Helmut Bieler und Isabell Strobl, Budgetkoordinatorin im Büro des Landesrats, präsentierten das Budget 2013.

tum zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität im Burgenland für jeden einzelnen so hoch wie möglich zu halten. Das Burgenland hat mit einem gemäßigten Konsolidierungspfad gezeigt, daß es möglich ist, zu konsolidieren, ohne die Wirtschaft abzuwürgen und Arbeitsplätze zu gefährden. Diese Maßnahmen bremsen im Jahr 2013 die Ausgabendynamik und ermöglichen es, gegenüber den ursprünglich prognostizierten Finanzplanwerten ausgaben-seitig wesentlich niedriger zu budgetieren. Ohne Wirtschaftswachstum und Beschäftigung führen die sinnvollsten Konsolidierungsschritte in ein sinnloses Kaputtsparen. Wir setzen daher auf nachhaltiges Investieren und mutiges Reformieren“, betonte der Finanzreferent.

Die größte Ausgabensteigerung im Gesundheits- und Sozialbereich in Höhe von 15,1 Millionen Euro konnte überwiegend durch Einsparungen im Verwaltungs- und Personalbereich sowie durch Einsparungen im Finanzbereich kompensiert werden. Im Bereich Straßen- und Wasserbau sind die Ausgaben für den Bau nahezu unverändert geblieben. Die Einsparungen beziehen sich auf den Personalbereich. Synergieeffekte durch die Bewirtschaftung in der Baudirektion schlugen sich positiv im Budget nieder.

Das Ausloten von Sparpotentialen und die Umsetzung von kostenminimierenden Maßnahmen sind zu kontinuierlichen Prozessen geworden, die seit 2010 deutlich die Ausgabendynamik bremsen. Betrug die Ausgabensteigerung von 2011 auf 2012 noch 27,7 Millionen Euro, so sind es von 2012 auf 2013 nur noch 7,1 Millionen Euro. Dies entspricht einer moderaten Steigerung. Die Linie des Finanzplanes wurde beibehalten. Ohne Konsolidierungsmaßnahmen wären die Ausgaben im Budget 2013 um 115,5 Millionen Euro und im Jahr 2015 bereits um 150,2 Millionen Euro höher.

Der Stand der Finanzschulden des Landes wird 2013 voraussichtlich einen Anstieg um 12 Millionen Euro auf 279,5 Millionen Euro erfahren. Gleichzeitig konnte die Neuverschuldung vom LVA 2012 auf den LVA 2013 um 4 Millionen Euro reduziert werden. „Der Anstieg der Landesschulden ist angesichts der zum Teil weiterhin explodierenden Schuldenanstiege in vielen anderen Staaten, Regionen und Kommunen als vergleichsweise moderat anzusehen. Ein großer Teil der Landes-Finanzschulden ist auf lange Sicht gegen eine mit einem möglichen künftigen Inflationsanstieg verbundene Zinserhöhung abgesichert“, so Bieler abschließend.

<http://www.burgenland.at/politik-verwaltung/landesregierung/landesrathelmutbieler>

Die Amerikawanderung der Burgenländer

Bereits seit 55 Jahren bemüht sich die Burgenländische Gemeinschaft die Heimatverbundenheit der Burgenländer in aller Welt zu pflegen und zu fördern.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.; LRin Verena Dunst, HR Prof. Walter Dujmovits Landeshauptmann Hans Niessl, Klaus Gerger und LH-Stv. Franz Steindl

Immerhin sind im vorigen Jahrhundert 66.000 Burgenländer – davon ein Großteil nach Amerika – ausgewandert. Dazu kommen noch weitere 20.000, die vor 1880 ausgewandert sind und statistisch nie erfasst wurden. Das Kapitel dieser Auswanderungsgeschichte wurde nun vom Präsidenten der Burgenländischen Gemeinschaft, HR Prof. Walter Dujmovits, neu geschrieben. Diese aktualisierte 3. Auflage des Buches „Die Amerikawanderung der Burgenländer“ wurde am 21. Juni in Eisenstadt präsentiert. Die Erstauflage des Buches erschien nach 19jähriger Forschungstätigkeit 1975.

Im Rahmen der feierlichen Buchpräsentation wurden Walter Dujmovits und Klaus Gerger, Vorstandsmitglied in der Burgenländischen Gemeinschaft, ausgezeichnet. Dujmovits, der bereits mit der höchsten Auszeichnung des Landes, dem Komturkreuz, ausgezeichnet wurde, sprachen die Regie-

runksmitglieder Landeshauptmann Hans Niessl, LH-Stv. Franz Steindl und Landesrätin Verena Dunst für seinen Einsatz und sein Engagement für das Land Burgenland Dank und Anerkennung aus. Gerger erhielt das Verdienstkreuz des Landes Burgenland verliehen. „Prof. Dujmovits ist die Brücke zu den Burgenländerinnen und Burgenländern in den USA und Canada. Ich weiß, daß bei seiner Tätigkeit viel Herzblut, viel Emotion mit dabei ist. Für seine Verdienste und sein Engagement für das Burgenland möchte ich mich bei ihm herzlich bedanken“, so der Landeshauptmann.

Prof. Dr. Walter Dujmovits

wurde 1932 in Eisenhüttl geboren und entstammt einer Auswandererfamilie. Alle seine Verwandten mütterlicherseits leben in Amerika. Dujmovits, der heute in Stegersbach lebt, unterrichtete nach seinem Studium

an der Universität Wien – Lehramt in Geschichte, Geographie und Kurzschrift – an den Gymnasien in Eisenstadt, Jennersdorf und Güssing.

Die letzte Auswanderungswelle führte ihn 1956 für einige Monate in die USA, wo er in Coplay, einem von Burgenländern bewohnten Dorf in Pennsylvania, seine Familie kennenlernte. In New York fand er seine bereits geraume Zeit vor ihm ausgewanderten Freunde wieder. Durch diese Begegnungen erhielt Dujmovits jenen Impuls, die Burgenländische Amerikawanderung zu erforschen. „Das war ein Schlüsselerlebnis für mich. Ich bin mit einem Auswandererboot in die USA gereist und habe das alte Burgenland in der neuen Heimat gut erhalten vorgefunden. Man darf nicht vergessen, wie viele Burgenländerinnen und Burgenländer ihre Heimat verlassen haben, nicht weil sie wollten, sondern weil sie keine andere Möglich-

keit sahen. Man darf nicht vergessen, wie viel Potential durch diese Auswanderungen verloren gegangen ist“, so Dujmovits.

Während seines Aufenthaltes in Amerika war Dujmovits 1956 in New York Mitbegründer der Burgenländischen Gemeinschaft, einer weltweiten Organisation, die sich der Pflege der Heimatverbundenheit der Burgenländer in aller Welt verschrieben hat. 1958 wurde er erstmals Vizepräsident und seit 1985 ist er Präsident dieser Organisation.

Von 2002 bis 2006 war Dujmovits Vizepräsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes und ist bis heute im Vorstand tätig.

1975 erschien nach 19jähriger Forschungstätigkeit sein Buch „Die Amerikawanderung der Burgenländer“ in der ersten, 1992 in der zweiten Auflage. Im nun vorliegenden aktualisierten Buch ist das Wesentliche seiner mehr als 50jährigen Forschungstätigkeit zusammengefaßt.

Elektronische Schnittstelle Burgenland – USA

Klaus Gerger, geboren am 30. Juni 1960, maturierte 1979 an der HTL Pinkafeld und ist seit 1980 bei Siemens in Wien beschäftigt. Seit 2002 ist Gerger Vorstandsmitglied der Burgenländischen Gemeinschaft. Sein Aufgabenbereich ist der Einsatz moderner Kommunikationsmittel sowie die Aufrechterhaltung und Festigung moderner Kommunikationsmittel mit „Burgenland Bunch“, jener Internetorganisation in Amerika, deren Mitglieder zum überwiegenden Teil Nachfahren burgenländischer Einwanderer sind.

Primäres Ziel von „Burgenland Bunch“ ist die Familiengeschichtsforschung, Daten im Zusammenhang mit den Emigranten zu sammeln und auf Basis eines monatlich erscheinenden Newsletters, vor allem aber eines



Cover: Verlagsgruppe Holzbrinck

E-Mail Netzwerkes, via Internet Kontakte und Verknüpfungen herzustellen.

Erstmals auch in englischer Sprache

Das Buch „Die Amerikawanderung der Burgenländer“, das auf Wunsch der neuen Generation der Auslandsburgenländer nun in englischer Sprache vorliegt, wurde auch im Rahmen der zehntägigen Reise einer burgenländischen Regierungsdelegation nach Kanada und in die USA im März anlässlich einer Festveranstaltung von „Burgenland Bunch“ in Toronto-Allentown vorgestellt. ■

Das „Österreich Journal“ hat darüber in der Ausgabe 106 vom 4. April berichtet.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_106.htm

<http://www.burgenlaender.com>

<http://www.the-burgenland-bunch.org>



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Präsentation der deutschen Fassung der aktualisierten 3. Auflage in Toronto-Allentown im April 2012 (v.l.): Bob Strauch (Burgenland Bunch), LH Hans Niessl, HR Prof. Walter Dujmovits und Klaus Gerger (Burgenland Bunch)

Niessl mit 98,47 % bestätigt

Die SPÖ Burgenland hat am 23. Juni in Pamhagen ihren Landesparteitag abgehalten.



Foto: SPÖ Burgenland

Nach der Wahl des Landesparteivorstandes in Pamhagen (v.l.): Klubobmann Christian Illedits, Medien-Staatssekretär Josef Ostermayer, Landesparteivorsitzender Landeshauptmann Hans Niessl und seine StellvertreterInnen Verteidigungsminister Norbert Darabos, Landesrat Helmut Bieler, Landesrätin Verena Dunst und Landesrat Peter Rezar

Das Besondere an diesem Parteitag war schon im Vorfeld die Einladung der SPÖ an alle BurgenländerInnen, daran teilzunehmen und mitzudiskutieren. „Wir haben alle interessierten Menschen eingeladen, auf unserem Parteitag das Wort zu ergreifen. Viele Burgenländerinnen und Burgenländer sind unserer Einladung gefolgt! Dieser Parteitag zeigt neuerlich, daß die Offenheit das Erfolgsrezept der Sozialdemokratie im Burgenland ist“, zeigte sich Landeshauptmann Hans Niessl sehr zufrieden. Insgesamt rund 800 Menschen – Delegierte und Gäste – haben am Landesparteitag aktiv teilgenommen.

Themen der Referate von Bundeskanzler Werner Faymann und Landeshauptmann Hans Niessl waren neben den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Oktober vor allem der Kampf gegen steigende Arbeitslosigkeit.

„Sich in diesem gemeinsamen Europa für Fairness und Gerechtigkeit einzusetzen, ist die Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung“, sagte der Bundeskanzler in seinem Referat. Er hob die gute Entwicklung und die beispielhafte Politik des Burgenlandes unter seinem Landeshauptmann Hans

Niessl hervor. Wenn es etwa um Bildung und Kinderbetreuung gehe, aber auch um Beschäftigung, sei das Burgenland österreichweit ein Vorbild. Der Kanzler betonte, daß „Haushaltsdisziplin die Grundlage für Freiheit und Handlungsspielraum eines Landes ist.“ Österreich setze hinsichtlich der Vereinbarkeit von Sparsamkeit und Wachstum die richtigen Prioritäten und sei in zentralen Bereichen, wie etwa der Beschäftigung – mit der geringsten Arbeitslosigkeit und der geringsten Jugendarbeitslosigkeit – ein Vorbild in Europa.

Das Motto des SPÖ-Landesparteitags zeigte natürlich auch in Richtung der nahenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen: „Mein Zuhause. Meine Wahl.“ In den Gemeinden, ist Niessl überzeugt, herrsche für die SPÖ „eine gute Stimmung wie schon lange nicht“. „Der Parteitag hat einen weiteren Motivationsschub gebracht“, ist auch Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich mit der Veranstaltung zufrieden. Immerhin gilt es, ein hohes Level zu halten oder sogar auszubauen: Die SPÖ stellt derzeit 88 Bürgermeister, davon 9 Frauen, 105 VizebürgermeisterInnen sowie 1556 Gemeinderäte.

Inhaltlich wurden von den knapp 300 De-

legierten zahlreiche Anträge zu verschiedensten Themen diskutiert und beschlossen. Im Mittelpunkt stand aber einmal mehr der Kampf gegen steigende Arbeitslosigkeit, besonders bei den älteren ArbeitnehmerInnen sowie bei der Jugend. „Wir wollen die Position des Burgenlandes als ‚Sperrgebiet‘ für Jugendarbeitslosigkeit stärken. Wir haben uns geschworen, wir lassen keinen Jugendlichen zurück!“, so der Landespartei-vorsitzende. Schon vor dem Parteitag lud Landeshauptmann Hans Niessl Jugendliche aus dem ganzen Burgenland zu einem Jugendfrühstück.

Hohe Zustimmung für Landesparteivorstand

Am Landesparteitag, der zumindest alle drei Jahre stattfindet, wurden auch das Landesparteipräsidium und der Landespartei-vorstand wiedergewählt. Landeshauptmann Hans Niessl wurde mit herausragenden 98,47 % bestätigt. Seine StellvertreterInnen Bundesminister Norbert Darabos, Landesrat Helmut Bieler, Landesrätin Verena Dunst und Landesrat Peter Rezar wurden jeweils mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. ■

Schulschluß in Mattersburg

Bildungsministerin Claudia Schmied und Landeshauptmann Hans Niessl feierten mit den ersten AbsolventInnen der Neuen Mittelschule den Schulabschluß.



Foto: Bgld. LandesmedienService

Zeugnisverteilung in Mattersburg: BM Claudia Schmied, LH Hans Niessl, Gerhard Resch (bgld. Landesschulratspräsident), Landesschulinspektor Erwin Deutsch, Schulleiterin Johanna Schwarz, Karin Vukman-Artner (FI für Kroatisch an AHS u. BMHS sowie Bezirksschulrätin für den Bezirk Mattersburg) und Labg. Christian Illedits mit AbsolventInnen der HS-NMS Mattersburg

Ich gratuliere den AbsolventInnen der Neuen Mittelschule Mattersburg. Und ich freue mich über Euren Erfolg“, so Bildungsministerin Claudia Schmied am 29. Juni anlässlich des Schulabschlusses der ersten 147 AbsolventInnen. „Er zeigt, daß die NMS die Schule der Zukunft ist. Ihr habt wesentlich dazu beigetragen, daß aus jenen NMS-Schulversuchen, die wir vor vier Jahren gemeinsam begonnen haben, heute anerkannte, moderne Leistungsschulen geworden sind. Ab Herbst wird daraus die Regelschule, die bald für alle SchülerInnen in Österreich mehr Qualität im Unterricht und bessere Bildungschancen bringen wird. Gemeinsam mit dem Ausbau der schulischen Tagesbetreuung sind wir unserem Ziel, der gemeinsamen Ganztagschule, einen gewaltigen Schritt näher gekommen.“

Die NMS Mattersburg gehört zu den 67 „NMS-Pionieren“, die im Schuljahr 2008/09 als „Schulversuch Neue Mittelschule“ starteten. Sie sind der erste Jahrgang, der die NMS absolviert hat. Was vor vier Jahren als Schulversuch begann, wird im Schuljahr 2012/13

mit 698 NMS-Standorten und 4270 Klassen in ganz Österreich zur gesetzlich verankerten Regelschule.

Das innovative pädagogische Konzept der NMS – dazu gehören Differenzierung und individuelle Förderung, Kompetenzentwicklung, Team Teaching und eine fundierte Berufsberatung – verbessert die Bildungs- und Berufschancen der SchülerInnen erheblich: Der Anteil der Berechtigungen für den Aufstieg in AHS und BHS laut Klassenkonferenzen für die Abschlußzeugnisse 2011/12 (1. Generation NMS) liegt in den 67 „Pionierschulen“ bei 52,61 Prozent. Im Vergleich zum letzten Hauptschul-Jahrgang (2010/11) an diesen Standorten ist das ein Plus von 12,45 Prozent.

Landeshauptmann Hans Niessl erklärte: „Die Zukunft des Landes wird in den Klassenzimmern entschieden. Mit der NMS ist uns ein wichtiger Schritt für die besten Bildungschancen für alle SchülerInnen gelungen. Das Burgenland bei der Umstellung auf die NMS ebenso führend wie bei der Betreuungsichte im Kindergarten und bei

der Maturantenquote. Die Neue Mittelschule ist eine der wichtigsten Bildungsreformen der letzten Jahrzehnte. Die Zufriedenheit der Eltern ist der beste Beweis, daß die Neue Mittelschule gelingt.“

Laut der jüngsten IFES-Studie (Juni 2012) sind auch die Eltern gut informiert und hoch zufrieden mit der Neuen Mittelschule. Das betrifft so gut wie alle Bereiche: Das Schul- und Klassenklima, das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, das Gesprächsklima zwischen Eltern und Lehrkräften, die soziale Öffnung der Schulen, den Leistungsanspruch an die Schülerinnen und Schüler - und insbesondere auch die schulische Tagesbetreuung an NMS.

Univ. Prof. Bernd Schilcher, ehemaliger Leiter der NMS-Approbationskommission betonte: „Bei der Gründung der NMS hatten wir von Bildungsministerin Claudia Schmied die Vorgabe, daß es um mehr Chancengerechtigkeit gehen muß. Die Praxis beweist, daß alle SchülerInnen individuell gefördert werden, niemand zurückbleibt und alle gleiche Bildungschancen haben.“ ■

Entdeckertour

Neue Verbindung zwischen Neusiedler See Radweg und Donauradweg



Foto: Burgenland Tourismus

Die Landesrätinnen Petra Bohuslav und Michaela Resetar und Landtagsabgeordneter Werner Friedl mit dem niederösterreichisch-burgenländischen Projektteam der »Entdeckertour« »Donau trifft Neusiedler See«

Radtourismus in Verbindung mit Wein- und Tourismus ist für die beiden Bundesländer Niederösterreich und Burgenland ein wichtiger Gästebringer. Das Kooperations-Radprojekt »Entdeckertour«, das die beiden stark frequentierten Radwege Donauradweg und Neusiedler See Radweg verbindet, wurde in einer eineinhalbjährigen Laufzeit realisiert, dessen Eröffnung ist ein weiterer Schritt, der den Radtourismus in der Region beleben soll.

Das Investitionsvolumen beläuft sich insgesamt auf 155.000 Euro.

Niederösterreichs Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav betont: „Unsere Gäste denken nicht in Landesgrenzen und schätzen darüber hinaus ein attraktives touristisches Angebot. Tourismusentwicklung und Vernetzung über die Bundesländergrenzen hinweg sind mir ein wichtiges Anliegen und tragen dazu bei, das Radangebot für beide Seiten zu beleben.“

Auch auf burgenländischer Seite ist man mit dem Projekt sehr zufrieden. Landesrätin Michaela Resetar, sie ist auch Präsidentin von Burgenland Tourismus: „Dieses grenzüberschreitende Radprojekt erhöht nicht nur insgesamt die Vielfalt des burgenländischen Radangebots, sondern es sollen verstärkt Gäste aus den Nachbarregionen, wie auch aus

der unmittelbaren Nachbarschaft von Bratislava, zum Entdecken und Erholen angesprochen werden. Es ist aber auch ein touristisches Vorzeigeprojekt, welches die gute Partnerschaft zwischen dem Burgenland und Niederösterreich widerspiegelt und durch das beide Regionen ganz bestimmt profitieren werden.“

In der Region Römerland Carnuntum auf niederösterreichischer Seite wurden allein im Vorfeld der Landesausstellung vergangenes Jahr umfangreiche Investitionen zur Verbesserung der Radinfrastruktur getätigt. 380 km Radrouten wurden angelegt und neu beschildert und neue moderne Rastplätze geschaffen. Der Donauradweg zählt zu den bekanntesten und beliebtesten Radwegen in Europa, im Vorjahr waren dort laut aktueller Radzählung rund 600.000 Radfahrer unterwegs.

Auch im Burgenland kommt dem Radtourismus große Bedeutung zu. 29 Radwege mit 970 km gibt es rund um den Neusiedler See, der bekannteste und beliebteste ist der Neusiedler See Radweg B10. Beide Radwege überzeugten den Allgemeinen deutschen Fahrradclub (ADFC) durch Qualität und so wurden sowohl Neusiedler See Radweg als auch der Donauradweg ausgezeichnet und sind damit Teil eines exklusiven Clubs von 22 Radwegen.

Die »Entdeckertour« ist keine reine Verbindungsroute – sie kann auch als Rundroute geradelt werden. „Wind, Wein und Wasser“ ist das Motto der rund 97 km langen »Entdeckertour«, die den Weingärten entlang der Donau zu den schilfumrahmten Ufern des Neusiedler Sees führt. Sie erschließt viele reizvolle und nicht so bekannte Plätze in beiden Regionen. Alle Ausgangs- und Endpunkte der einzelnen Etappen sind jeweils an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

Das Projekt, auch aus Bundesmitteln unterstützt, wurde über ein Leader Kooperationsprogramm zwischen Land Niederösterreich und dem Burgenland finanziert. Die dafür benötigten Eigenmittel wurden von der Donau Niederösterreich Tourismus GmbH und den burgenländischen Partnern Burgenland Tourismus, der Neusiedler Tourismus GmbH und dem Tourismusreferats des Landes zur Verfügung gestellt.

Eine umfangreiche Beschreibung der »Entdeckertour« »Donau trifft Neusiedler See« findet man im Roadbook, das – neben Deutsch – auch in Slowakisch und Englisch aufgelegt wurde und gratis unter <http://www.donau.com> und <http://www.neusiedlersee.com> angefordert werden kann bzw. dort zum Download zur Verfügung steht. ■

Erfolgreiches Auspflanzen der St. Georgener Rebe

Einsetzender Regenschauer führte zu sorgenvoller Miene bei Hans Moser, Obmann-Stv. des Vereins zur Kultivierung der St. Georgener Rebe, der schon alles perfekt vorbereitet hatte. Während der zehnminütigen Wanderung in die Riede Viehtrift begann aber wieder die Sonne zu scheinen und die Arbeit konnte beginnen: Zuerst ging es mit 200 PS und einer modernen Reben-Auspflanzungsmaschine der Rebschule Scheiblhofer zügig ans Werk. Trotz bester Bodenvorbereitung forderte der Leithakalk (entstanden vor ca. 2 Mio. Jahren im Badenium) des Leithagebirges das moderne Gerät bis an seine Grenzen. Danach griff HR Ferdinand Regner vom Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg zum Spaten und setzte die erste Rebe, so wie Jahrhunderte üblich. Unter viel Beifall machten jetzt auch noch Michael Leberl, Vizebürgermeister Sepp Maier, Gerald Scheiblhofer, Franz X. Lehner, Matthias Rauchbauer, Erich Kummer, Heidi Hahnekamp, Dir. Reinhard Hackl, Bernhard Rauchbauer, Weinbauvereinsobmann Stefan Lichtscheidl, Josef Kanizan (Weinliebhaber aus dem Allgäu), Dir. Hermann Höld, Johann Moser sen. und Herbert Zechmeister ihre



Foto: Verein zur Kultivierung der St. Georgener Rebe

Die Rebensetzer nach der erfolgreichen Auspflanzung der St. Georgener Rebe

Pflanzlöcher und setzten fachkundig je eine Veredlung. Geschäftsführer Hannes Neuberger und Oenologe Hans Moser verpflichteten sich, für das Nachsetzen von eventuell nicht anwachsenden Reben zu sorgen.

Bei einer Weinprobe mit neun verschiedenen Sorten Gorgiweinen der Winzer Erich

Hahnenkamp, Stefan Lichtscheidl, Hans Moser, Erbhof Nährer, Hans Nehrer, Franz Pachinger, E. u. W. Rauchbauer, Matthias Rauchbauer und Leopold Tinhof wurde auf den Erfolg dieser historischen Auspflanzung angestoßen.

<http://www.georgirebe.at>

Hattrick bei burgenländischer Weinprämierung

Mittelburgenland DAC Reserve (Blaufränkisch) 2009, Zweigelt Reserve 2009, Merlot Reserve 2009 – so präsentierte sich die strahlende Siegertriade von Anton Hundsdorfer in Neckenmarkt. Das Weingut, das er führt, ist schon seit Generationen im Besitz der Familie.

Am 4. Juni fand im Rahmen der Burgenländischen Weingala im Schloß Esterhazy in Eisenstadt die festliche Bekanntgabe der diesjährigen Landessieger statt. 1220 Weinproben, eingeteilt in elf Rebsorten-Kategorien, wurden zum Wettbewerb eingereicht und 405 davon mit Goldmedaillen ausgezeichnet. Doch es gab nur elf Landessieger, jeweils einen pro Rebsorte. Dabei hieß es sensationelle drei Mal: „The winner is ... Anton Hundsdorfer“. Der Rest ist burgenländische Weingeschichte.

»Mr. Blaufränkisch«

„Ein super Gefühl“, sagt Hundsdorfer zu seinem „Hattrick“ und teilt die Freude mit seiner Frau Elisabeth sowie den beiden Söhnen Anton junior und Lukas. Ein monumentaler Erfolg, für den er konsequent Aufbauarbeit leistete. Bereits die Jahre zuvor wur-



Foto: Martina Lex

Die Familie Hundsdorfer hat jede Menge Grund zum Feiern. Im Bild (v.l.) Lukas, Anton, Elisabeth und Anton jr. im Hof des Weinguts in Neckenmarkt.

den sein Blaufränkisch und Sankt Laurent mit diesem Titel gekürt, zusätzlich kam der Blaufränkisch als Salonsieger zu höchsten Ehren auf Bundesebene. Ein weiteres Highlight war die Auszeichnung „Goldene Traube“ für Hundsdorfers Cabernet Sauvignon, verliehen durch die Casinos Austria. Rück-

blickend gleicht die aktuelle Errungenschaft einem buchstäblichen Gipfelsturm.

Die nächste Gelegenheit alle Weine von Anton Hundsdorfer zu verkosten, bietet sich schon bald – von 16. bis 18. August 2012, bei den Rotweintagen Neckenmarkt.

<http://www.hundsdorfer.at>

Leistbare Vielfalt in nächster Umgebung

Programmpräsentation der Burgenländischen Kulturzentren



Foto: Bgld. LandesmedienService

v.l.: BEWAG Vorstandssprecher Mag. Michael Gerbavits, Kulturlandesrat Helmut Bieler, BEWAG Vorstand Leopold Buchmayer und Dr. Josef Wiedenhofer, Geschäftsführer der Burgenländischen Kulturzentren

Professionalität, Qualität und jahrzehntelange Erfahrung machen die Burgenländischen Kulturzentren mit ca. 2000 Veranstaltungen und 250.000 Besuchern pro Jahr an sechs Standorten zu einer der bedeutendsten Kulturinstitutionen im Burgenland. Auch in der Spielsaison 2012/2013 wird – vom Schauspiel bis zur Komödie, von der Operette bis zur Show – wieder unterhaltsame Theaterkost mit renommierten Ensembles, erfahrenen Regisseuren und prominenten Publikumslieblingen geboten.

„Unter der Prämisse ‚vor Ort, leistbar und künstlerisch vielfältig‘ ist es auch für die kommende Saison gelungen, eine maßgeschneiderte, flächendeckende und ganzjährige Programm-Mischung zustande zu bringen, die dem Publikumsgeschmack Rechnung trägt und den Genuß von qualitätsvoller Kultur in nächster Umgebung möglich macht“, erklärte Kulturlandesrat Helmut Bieler in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Geschäftsführer der Burgenländischen Kulturzentren, Josef Wiedenhofer, sowie den BEWAG Vorstandssprecher Michael Gerbavits und BEWAG Vorstand Leopold

Buchmayer. Der Landesenergieversorger sponsert seit dem Jahr 2000 die diversen Aufführungen und Darbietungen – und unterstützt auch das diesjährige KUZ-Programm.

Jahrzehntelange Erfahrung gepaart mit viel Herz und persönlichem Engagement machen die Burgenländischen Kulturzentren zu einer der beliebtesten und bedeutendsten Kulturinstitutionen im Burgenland und zu einer Plattform der kulturellen Vielfalt, wobei das Theater für Erwachsene, Kinder und Schüler den wichtigsten Bestandteil darstellt.

Mit dem Umbau des Kulturzentrums Eisenstadt schafft das Land Burgenland nun einen völlig neuen kulturellen Rahmen, der ab November 2012 mit seiner modernen Architektur, der brillanten Akustik und seiner technischen Ausstattung den absolut höchsten Ansprüchen eines zeitgemäßen und professionellen Veranstaltungszentrums genügt.

So werden neben dem gewohnten Theaterprogramm und dem Zyklus „Best of Cabaret“ im neuen Kulturzentrum auch zusätzlich drei neue Konzertzyklen angeboten, wo im Rahmen von „Klassik“, „World Music“

und „Chanson“ internationale Stars zu Gast sind.

Auf dem landesweiten Programm der kommenden Theatersaison stehen neben Ferdinand Raimunds „Bauer als Millionär“, Komödien von Ken Ludwig, Ray Cooney und Stefan Vögel ebenso am Programm wie Klassiker der Weltliteratur und Stücke nach Bestseller-Romanen von Oscar Wilde und Ernest Hemingway oder das Schauspiel „Die 39 Stufen“ nach dem berühmten Film von Alfred Hitchcock. Fantastische Show-Einlagen und musikalische Unterhaltung sind mit der Show „Pasión de Buena Vista – The legends of Cuban music“, der „Harry Belafonte-Story“, den „Wiener Comedian Harmonists“ sowie der Operette „Gräfin Mariza“ von Emmerich Kálmán garantiert.

Nähere Details zu den einzelnen Vorstellungen, Kartenreservierungen bzw. Informationen zu Terminen und Abonnements sind telefonisch direkt bei den einzelnen Kulturzentren bzw. via Internet in Erfahrung zu bringen.

<http://www.bgld-kulturzentren.at>

<http://www.lisztzentrum.at>

Donaustrategie

Verkehrsminister einigen sich auf gemeinsames Vorgehen zur Gewährleistung der Schiffbarkeit

Auf Initiative der EU-Kommission kamen die Verkehrsminister der Donau-Anliegerstaaten am 7. Juni erstmals in Luxemburg zusammen und einigten sich auf eine Erklärung, in der sie eine Reihe von Verpflichtungen eingehen; so soll verhindert werden, daß sich ein Zusammenbruch des Schiffsverkehrs auf der Donau wie im letzten Herbst wiederholt. Die Erklärung bekräftigt bereits bestehende Verpflichtungen, die Fahrrinne in gutem Zustand zu erhalten, und sieht Maßnahmen im Falle von Problemen wie Niedrigwasser oder Eisgang vor. Die Minister Österreichs, Bulgariens, Kroatiens, Deutschlands, der Republik Moldau, Rumäniens und der Slowakei unterzeichneten die Erklärung, während Serbien sowie Bosnien und Herzegowina Schreiben übermittelten, in denen sie ihre Unterstützung versicherten. Ungarn hat die Erklärung noch nicht unterzeichnet. Die Minister vereinbarten eine weitere Zusammenkunft und die Koordinierung von Maßnahmen über die Strukturen der Donaustrategie und den im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze für Binnenwasserstraßen zuständigen Koordinator.

Siim Kallas, Vizepräsident und für Verkehr zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, sagte dazu: „Durch die stark eingeschränkte Schiffbarkeit im letzten Jahr sind Verluste in Höhe von mehr als 6 Mio. Euro entstanden. Unterbrechungen des Schiffsverkehrs auf der Donau können durch bessere Unterhaltung, bessere Kommunikation und bessere Überwachung vermieden werden. Die heutige Erklärung ist ein großer Fortschritt. Wir hoffen, daß auch Ungarn sie in angemessener Zeit unterzeichnet.“

Der für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn fügte hinzu: „Die Donau ist die Lebensader der Region, sie kann für Arbeitsplätze sorgen und Wachstum fördern. Verlässliche Rahmenbedingungen für die Schifffahrt sind eine wesentliche Voraussetzung, um Vertrauen in diesen wettbewerbsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrsträger aufzubauen. Die bisher erzielte Einigung macht den zusätzlichen Nutzen der Donaustrategie deutlich. Ich hoffe, im Laufe des Monats mit dem ungarischen Infrastrukturminister zusammenzutreffen, um über die noch nicht ausgeräumten Bedenken Ungarns zu sprechen.“ Die 14 Donauländer würden



Foto: Europäische Gemeinschaft 2012

Der für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn (r.), Siim Kallas, Vizepräsident und für Verkehr zuständiges Mitglied der EU-Kommission (l.) und EU-Forschungskommissar Janez Potočnik

bereits jetzt von der verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen der Strategie für den Donaauraum profitieren. „Seit Beginn der Umsetzung der Strategie wurde praktisch jede Woche ein neues Projekt festgelegt, und in Bereichen wie Unternehmen, Innovation, Sicherheit, um nur einige zu nennen, werden neue Netze aufgebaut. Ich möchte mit eigenen Augen sehen, welche Fortschritte die Teams machen, die diese Pionierinitiative leiten, und sie anspornen, die Maßnahmen rascher umzusetzen, die zu Wachstum und Beschäftigung beitragen können“, sagte Hahn vor einer Reise zur Bestandsaufnahme der Fortschritte, die er Ende Juni unternahm.

Im September und Oktober 2011 kam die Schifffahrt auf der Donau vollständig zum Erliegen, weil die Pegelstände an der unteren Donau über 38 Tage lang zu niedrig waren. Ähnliche Probleme traten im November 2011 auf dem ungarischen, serbischen und bulgarischen Teil der Donau auf. Abgesehen von den Verlusten der Schifffahrtsunternehmen beschädigten diese Ausfälle das Vertrauen in die Donauschifffahrt als verlässlichen und kosteneffizienten Verkehrsträger, so daß die Gefahr einer Verlagerung des Frachtgeschäfts auf weniger umweltfreundliche Verkehrsträger besteht.

Die Unterzeichner des Belgrader Übereinkommens und diejenigen Länder, die das

Europäische Übereinkommen über die Hauptbinnenwasserstraßen von internationaler Bedeutung (AGN) ratifiziert haben, verpflichten sich durch die gemeinsame Erklärung, jederzeit gute Fahrbedingungen aufrechtzuerhalten. Sie werden bis zum kommenden Jahr nationale und grenzübergreifende Verfahren der Zusammenarbeit für die Reaktion auf außergewöhnliche Umstände und die Wiederherstellung optimaler und sicherer Bedingungen für die Befahrbarkeit festlegen. Darüber hinaus werden sie dafür sorgen, daß es eine ständige Kommunikation zur Situation der Fahrrinne gibt, die Umsetzung überwachen und regelmäßige Berichte erstellen; sie werden einmal jährlich oder jeweils dann, wenn es erforderlich ist, zusammentreten, um die Fortschritte zu erörtern.

Hintergrund

Die Binnenschifffahrt ist der energieeffizienteste und umweltfreundlichste Verkehrsträger. Die EU-Strategie für den Donaauraum ist darauf ausgerichtet, das Potential der Donauschifffahrt voll auszuschöpfen, indem Hindernisse für die Schiffbarkeit beseitigt werden, und das Verkehrsvolumen auf der Donau bis 2020 um 20 Prozent zu steigern. Die Donau ist außerdem integraler Bestandteil der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V). ■

Österreichs Wirtschaft 2012/2013

Wifo: Schuldenkrise im Euro-Raum belastet vermehrt die heimische Konjunktur – IHS: Österreichische Wirtschaft trotz Vertrauenskrise robust – Wirtschaftsminister Mitterlehner: Entscheidende Monate für Konjunktur bis in den Herbst hinein

Am 28. Juni veröffentlichten das Institut für Höhere Studien (IHS) und das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) ihre mit Spannung erwarteten Prognosen für die österreichische Wirtschaft für 2012/2013. Auch wenn die Ergebnisse nicht sehr weit voneinander entfernt sind, möchten wir Ihnen die Zusammenfassung beider zur Lektüre bieten.

Die Prognose des IHS

Die Weltkonjunktur hat im ersten Quartal 2012 wieder etwas an Fahrt gewonnen. Die Produktion legte besonders in den Schwellenländern zu, aber auch in den Industrieländern gab es eine Beschleunigung. So stieg im ersten Quartal die Wirtschaftsleistung in Japan um 1 % gegenüber dem Vorquartal. In den USA hat sich das Wachstumstempo zwar etwas verlangsamt, betrug aber immer noch 0,5 %. Im Euroraum stabilisierte sich die Wirtschaft nach einem Rückgang um 0,3 % im Schlussquartal des Vorjahres. Die vorliegenden Stimmungsindikatoren deuten aber darauf hin, daß das Expansionstempo der Weltwirtschaft in den letzten Monaten wieder abgenommen hat. Insbesondere die Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euroraum belastet die Konjunktur. Das IHS geht davon aus, daß sich die Vertrauenskrise langsam zurückbildet. Die weiterhin expansive Geldpolitik und der Rückgang des Ölpreises stimulieren die Konjunktur.

Laut der vorliegenden Quartalsrechnung hat sich das Wirtschaftswachstum in Österreich im ersten Quartal 2012 mit 0,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 2 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres beschleunigt. Aufgrund des schwachen internationalen Umfeldes ist aber zu erwarten, daß die Konjunkturdynamik im zweiten und dritten Quartal nur verhalten ausfällt. Erst gegen Jahresende dürfte die Wirtschaft wieder kräftiger wachsen. Vor diesem Hintergrund hält das IHS seine Wachstumsprognose für die österreichische Wirtschaft von 0,8 % in diesem und 1,7 % im nächsten Jahr aufrecht.

Die Einschätzung der internationalen Konjunkturlage fällt etwas ungünstiger als noch im März aus. Im Euroraum wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 0,3 %

zurückgehen. Innerhalb des Euroraums bestehen weiterhin große konjunkturelle Unterschiede. So wird die deutsche Wirtschaft noch spürbar wachsen (1 %), während in den südeuropäischen Staaten (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland) die Wirtschaftsleistung merklich schrumpft. Aufgrund des hier unterstellten Abklingens der Vertrauenskrise sollte die Wirtschaft im Euroraum 2013 um 1 % zulegen. Für die USA wird ein Wirtschaftswachstum von 2,3 % bzw. 2,1 % erwartet. In den OECD-Ländern wird das Wachstum 1,5 % bzw. 1,9 % betragen.

Die Weltkonjunktur hat im ersten Quartal 2012 wieder etwas an Fahrt gewonnen. Die Produktion legte besonders in den Schwellenländern zu, aber auch in den Industrieländern gab es eine Beschleunigung. So stieg im ersten Quartal die Wirtschaftsleistung in Japan um 1 % gegenüber dem Vorquartal. In den USA hat sich das Wachstumstempo zwar etwas verlangsamt, betrug aber immer noch 0,5 %. Im Euroraum stabilisierte sich die Wirtschaft nach einem Rückgang um 0,3 % im Schlussquartal des Vorjahres. Die vorliegenden Stimmungsindikatoren deuten aber darauf hin, daß das Expansionstempo der Weltwirtschaft in den letzten Monaten wieder abgenommen hat. Insbesondere die Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Euroraum belastet die Konjunktur. Das Institut geht davon aus, daß sich die Vertrauenskrise langsam zurückbildet. Die weiterhin expansive Geldpolitik und der Rückgang des Ölpreises stimulieren die Konjunktur.

Laut der vorliegenden Quartalsrechnung hat sich das Wirtschaftswachstum in Österreich im ersten Quartal 2012 mit 0,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 2 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres beschleunigt. Aufgrund des schwachen internationalen Umfeldes ist aber zu erwarten, daß die Konjunkturdynamik im zweiten und dritten Quartal nur verhalten ausfällt. Erst gegen Jahresende dürfte die Wirtschaft wieder kräftiger wachsen. Vor diesem Hintergrund hält das Institut seine Wachstumsprognose für die österreichische Wirtschaft von 0,8 % in diesem und 1,7 % im nächsten Jahr aufrecht.

Die Einschätzung der internationalen Konjunkturlage fällt etwas ungünstiger als

noch im März aus. Im Euroraum wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 0,3 % zurückgehen. Innerhalb des Euroraums bestehen weiterhin große konjunkturelle Unterschiede. So wird die deutsche Wirtschaft noch spürbar wachsen (1 %), während in den südeuropäischen Staaten (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland) die Wirtschaftsleistung merklich schrumpft. Aufgrund des hier unterstellten Abklingens der Vertrauenskrise sollte die Wirtschaft im Euroraum 2013 um 1 % zulegen. Für die USA wird ein Wirtschaftswachstum von 2,3 % bzw. 2,1 % erwartet. In den OECD-Ländern wird das Wachstum 1,5 % bzw. 1,9 % betragen und auf diesem Niveau verharren. Laut Eurostat-Definition wird sie gemäß der Prognose in beiden Jahren 4,4 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum durch das Konsolidierungspaket der Bundesregierung bestimmt. Das Institut erwartet für die Jahre 2012 und 2013 eine Defizitquote von 2,9 % bzw. 2,1 %. Eine nachhaltige Budgetpolitik ist notwendig, um das Vertrauen auf den Finanzmärkten zu erhalten und niedrige Finanzierungskosten für die Staatsschulden sicherzustellen. Vom Konsolidierungspaket gehen nur geringe belastende Impulse auf die Konjunktur aus. Aus mittelfristiger Sicht sind weitere Anstrengungen unbedingt erforderlich, um die Staatsschuldenquote abzusenken. Lediglich ein strukturell ausgeglichener Haushalt im Verein mit einer geringen Staatsschuld stellt sicher, daß bei Konjunkturerinbrüchen adäquat reagiert werden kann, und ermöglicht die Finanzierung von Maßnahmen zur Sicherung bzw. Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandorts (Infrastruktur, Steuerquote, Bildung, Forschung und Entwicklung).

Die Prognose des Wifo

Die Wirtschaftspolitik steht im Euro-Raum vor großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund erscheint es äußerst schwierig, die internationale und heimische Wirtschaftsentwicklung zu prognostizieren. Die vorliegende Prognose ist an sehr zuversichtliche Bedingungen hinsichtlich der Lösung der anstehenden Probleme gebunden. Die heimische Wirtschaft sollte unter diesen

Wirtschaft

Rahmenbedingungen heuer um 0,6 % und 2013 um 1,3 % wachsen, wobei die Unsicherheit für 2013 besonders hoch ist.

Die jüngste Entwicklung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum und die Reaktionen der Wirtschaftspolitik überlagern derzeit die konjunkturelle Entwicklung. Auch der Wahlausgang und die rasch eingesetzte neue Regierung in Griechenland verringerten die Verunsicherung der Finanzmärkte über die Lage im Euro-Raum bislang nicht.

Die Zinssätze für Staatsanleihen von Spanien und Italien stiegen weiter, sodaß eine zusätzliche Kreditaufnahme dieser Länder deren Staatshaushalt abermals belastet. Dadurch könnte das Vertrauen der Finanzmärkte weiter schwinden. Zugleich verzeichnen einige Länder im Euro-Raum – etwa Deutschland und Österreich – erhebliche Zuflüsse an Finanzmitteln, sodaß die Renditen für ihre Staatsanleihen sinken. Die beträchtlichen Differenzen zwischen den Zinssätzen innerhalb der Währungsgemeinschaft erzeugen neben der ökonomischen Belastung auch politische Spannungen. Die anhaltende Unsicherheit über eine Lösung der Krise beeinträchtigt sowohl die Investitions- als auch die Konsumentscheidungen. Die vorliegende Prognose geht von zur Zeit optimistischen Annahmen aus: Die Währungsunion bleibt in ihrer Zusammensetzung erhalten (andere Szenarien hätten erhebliche Konsequenzen für das Bankensystem, deren Auswirkungen sich nicht prognostizieren lassen); die Unterschiede zwischen den Zinssätzen für die Staatsanleihen der einzelnen Länder werden verringert und die strikten Sparprogramme in den betroffenen Ländern etwas gelockert oder zumindest umgeschichtet, sodaß national und international auch wachstumsorientierte Investitionen unterstützt werden können.

Unter diesen Rahmenbedingungen können sich das wirtschaftspolitische Umfeld so ändern, daß die Verbesserung der internationalen Konjunktur auch in Europa leichte aufwärtsgerichtete Kräfte entfalten sollte. Dies würde gestützt durch die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar.

In diesem Fall würde die heimische Wirtschaft 2012 um 0,6 % expandieren; 2013 würde sich das Wachstum auf 1,3 % erhöhen. Das Nachgeben der Rohstoffpreise ermöglicht – trotz der rückläufigen Tendenz des Euro-Dollar-Wechselkurses – einen Rückgang der Inflation auf 2,3 % im Jahr 2012 und 1,9 % 2013.

Relativ gut entwickelt sich der österreichische Arbeitsmarkt. Aufgrund des Ver-

laufes seit Jahresbeginn ist 2012 insgesamt mit einer Ausweitung der Beschäftigung um 1,3 % zu rechnen. 2013 dürfte sich die Dynamik auf +0,4 % verlangsamen. Die Arbeitslosenquote wird heuer nach nationaler Berechnungsmethode auf 7,1 % steigen. 2013 ist mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen (auf 7,4 %).

Einschätzung des Wirtschaftsministers

„Die Risiken für eine positive Konjunkturentwicklung steigen, aber Österreichs Wirtschaft ist trotz der Belastungen durch die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum vergleichsweise gut aufgestellt. Entscheidend für die Wachstumsrate 2012 wird vor allem der weitere Verlauf der Schuldenkrise bis in den Herbst hinein. Je schneller es hier eine Lösung gibt, die in der Wirtschaft Vertrauen für Investitionen schafft, desto besser“, sagt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zur Konjunkturprognose von Wifo und IHS. Laut Wifo wird Österreichs Wirtschaft, wie bereits erwähnt, heuer um 0,6 % wachsen, laut IHS um 0,8 %. 2013 soll sich das Wachstum sogar auf 1,3 bzw. 1,7 % mehr als verdoppeln.

Unterstützend für die heimische Konjunktur wirkt so wie in Deutschland vor allem der private Konsum, der heuer je nach Institut um 0,8 bzw. 0,9 % steigen soll. „Hier bewährt sich unser ausgewogenes Konsolidierungspaket, das trotz der notwendigen Einsparungen mehrere Offensivmaßnahmen beinhaltet“, so Mitterlehner. Positiv fällt auch der internationale Vergleich der Wachstumsraten aus: „Der Österreich-Bonus hält. Wir zählen in einem sehr schwierigen Umfeld zu den Wachstumszentren des Euro-Raums“, verweist Mitterlehner auf die Wifo-Prognose für die Eurozone, wonach deren Bruttoinlandsprodukt heuer um 0,2 % schrumpfen und 2013 nur um 1,1 % wachsen soll. „Un-

ser Wachstumsvorsprung unterstreicht die Leistungskraft der Unternehmen und die guten Rahmenbedingungen am Standort Österreich, auch wenn wir laufend an besseren Strukturen arbeiten müssen“, so Mitterlehner.

Investitionen forcieren, Kreditklemme verhindern und Export in neue Märkte unterstützen

Aufgrund der gestiegenen Risiken für die Konjunkturentwicklung und der höheren EU-Eigenkapitalvorschriften für Banken gewinnen die Angebote der Förderbank Austria Wirtschaftsservice (aws) zur Investitionsförderung an Bedeutung. „Wir wollen damit eine Kreditklemme auch in Zukunft verhindern und vor allem die Investitionen in neue Produkte und Dienstleistungen forcieren. Bei der aws sind heuer insgesamt rund eine Milliarde Euro für Darlehen, zinsgünstige erp-Kredite, Haftungen und Zuschüsse abrufbar“, so Mitterlehner.

Als wesentlicher Wachstumstreiber wird auch die Exportwirtschaft gezielt unterstützt. „Auf Basis der Wifo-Prognose ist heuer ein neuer Exportrekord möglich. Über die Internationalisierungsoffensive ‚go international‘ forcieren wir den ersten Schritt in den Export und die Erschließung wachstumsstarker und weniger verschuldeter Länder außerhalb der Europäischen Union wie China, Indien und Brasilien“, bekräftigt Mitterlehner. „Dazu verteilen wir durch diese Diversifikations-Strategie das Risiko besser, falls es in einzelnen Regionen zu Konjunkturerbrüchen kommt“, so Mitterlehner. Für „go international“ stellt das Wirtschaftsministerium der Außenwirtschaftsorganisation der Wirtschaftskammer 35 Millionen Euro für den Zeitraum von April 2011 bis März 2013 zur Verfügung. ■

<http://www.ihs.ac.at>

<http://www.wifo.ac.at>

2011: Außenhandel im Aufwind

Wie Statistik Austria anhand endgültiger Ergebnisse errechnete, lag der Gesamtwert der Einfuhren von Waren im Zeitraum Jänner bis Dezember 2011 mit 131,01 Mrd. Euro um 15,3% über dem Vorjahreswert. Die Ausfuhren verzeichneten ebenfalls einen Zuwachs, von 11,3% auf 121,77 Mrd. Euro. Das Passivum der Handelsbilanz lag 2011 bei 9,23 Mrd. Euro, nach 4,28 Mrd. Euro im Vorjahr. Diese Zunahme war zum Großteil auf den Anstieg der Einfuhrwerte von Rohstoffen sowie Brennstoffen und Energie zurückzuführen. Aus den Mitglieds-

staaten der Europäischen Union bezog Österreich im Berichtszeitraum Waren im Wert von 93,55 Mrd. Euro (+13,6%), der Wert der in diese Länder versandten Waren betrug 84,84 Mrd. Euro (+10,0%). Dabei entwickelte sich der Außenhandel mit den seit 2004 neu beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten 2011 dynamischer als jener mit der EU-27 insgesamt (Eingänge: +20,8% auf 17,56 Mrd. Euro, Versendungen: +12,9% auf 19,69 Mrd. Euro). Deutschland stellte auch 2011 in beiden Verkehrsrichtungen den wichtigsten Außenhandelspartner dar. ■

Bundesländer mit viel Schwung durch stürmische Zeiten

2011, das Jahr der zwei Gesichter: Hohes, exportgetriebenes Erholungstempo mit Ermüdungserscheinungen gegen Jahresende; Hoffnung auf Belebung Ende 2012.

Das Tempo der Erholung der heimischen Wirtschaft hat sich mit der Verlangsamung der globalen Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2011 spürbar abgeschwächt und gegen Jahresende seinen Tiefpunkt erreicht. Dennoch konnte die österreichische Wirtschaft dank des starken Jahresbeginns mit 3,0 Prozent im Gesamtjahr 2011 eine beachtliche Wachstumsrate erzielen. Die Ökonomen der Bank Austria haben in ihrer aktuellen Analyse Resümee gezogen, wie sich die österreichischen Bundesländer im durchwachsenen Jahr 2011 entwickelt haben. Die gute Nachricht: Fast alle heimischen Bundesländer konnten das günstigere konjunkturelle Umfeld für eine kräftige Belebung der Wirtschaftsdynamik nutzen.

„Erfreulich ist, daß alle österreichischen Bundesländer 2011 ein hohes Wirtschaftswachstum aufweisen konnten. Allerdings haben die Entwicklungen im zweiten Halbjahr vor allem die Dynamik in den Bundesländern mit hoher Export- und Industrieorientierung abgebremst, wobei der jeweilige Branchenmix entscheidend für die Stärke des negativen Einflusses war“, so Dieter Hengl, Vorstand für Corporate & Investment Banking der Bank Austria. „Die Steiermark ist, wie bereits im Jahr davor, auch 2011 dank der starken Ausrichtung auf den boomenden Fahrzeugbau mit einem Anstieg um 3,9 Prozent Österreichs Wachstumsspitzenreiter, gefolgt von Oberösterreich und Burgenland. Kärnten kann nur ein zweiprozentiges Wachstum vorweisen und belegt damit im Bundesländer-Vergleich den letzten Platz“, faßt Hengl die Ergebnisse der Studie zusammen.

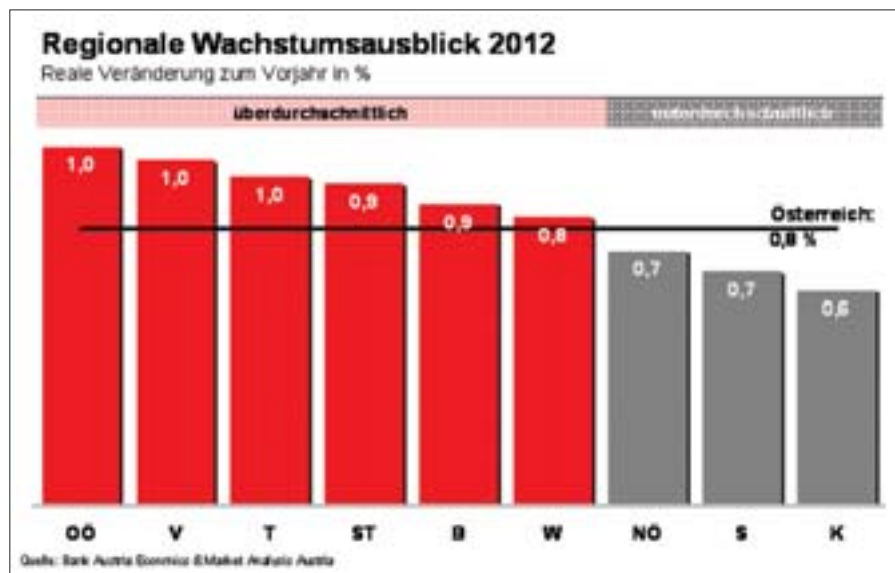
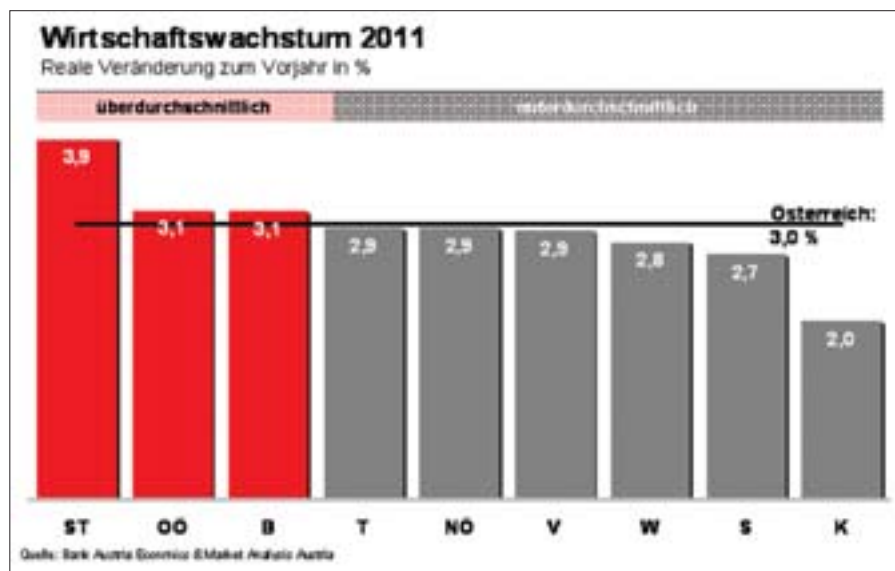
Die Aussichten für 2012 sind aufgrund der Verunsicherung durch die Eurokrise, einer europaweiten Verschärfung der Fiskalpolitik und der voraussichtlich schwächeren Exportunterstützung insgesamt deutlich zurückhaltender als im Vorjahr. So ist zu erwarten, daß sich die heimischen Bundesländer im laufenden Jahr mehr zueinander als auseinander entwickeln werden. Hengl hierzu: „Die einzelnen Wachstumsfaktoren werden 2012 relativ ausgeglichen zum Tragen kommen. In dieser politisch und wirtschaftlich bewegten Periode möglichst breit aufgestellt zu

sein, ist für die Bundesländer im laufenden Jahr sicher von Vorteil.“

Die Wachstumstreiber 2011: Sachgütererzeugung und Dienstleistungssektor

In der ersten Jahreshälfte 2011 waren die exportorientierten Industrieschwergewichte im Westen noch begünstigt, während der Osten aufgrund der stärkeren Dienstleistungsorientierung eher im Nachteil war. In der zweiten Jahreshälfte 2011 haben sich die Rahmenbedingungen aufgrund der globalen Konjunkturverlangsamung und der gedämpf-

ten Expansion der Industrie geändert. „Für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer im zweiten Halbjahr 2011 war maßgeblich, wie stark sich die weltweite Nachfrageverringering im jeweiligen Industriesektor auswirkte. Niederösterreich oder das Burgenland, die stärker auf konsumnahe Branchen konzentriert sind, haben dabei weniger an Industriedynamik verloren, als etwa Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg. Der Wachstumskaiser Steiermark stellt als Industrie-Bundesland einen Sonderfall dar. Hier war der übers gesamte Jahr anhaltende



Wirtschaft

Boom in der Fahrzeugindustrie verantwortlich für das höchste Industriewachstum in Österreich von über 15 Prozent“, analysiert Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Das Industriewachstum in den meisten anderen Bundesländern war dagegen nur maximal halb so hoch. Das Schlußlicht bildete Wien, das mit einem Produktionsanstieg um 1,5 Prozent zumindest erstmals seit der Wirtschaftskrise wieder ein positives Ergebnis vermelden konnte.

Für ein hohes Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 war neben dem „richtigen“ Branchenmix in der Industrie auch ein starker Dienstleistungssektor hilfreich. Dazu Bruckbauer: „Der Dienstleistungssektor hat in allen Bundesländern einen sehr positiven Beitrag zum Wachstum geleistet. Dabei schwanken die Anteile der Dienstleistungen am BIP in Österreich zwischen einem Beitrag von fast 60 Prozent in Oberösterreich und 85 Prozent in Wien. Insbesondere im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen, der stark von der Industrieentwicklung abhängig ist, zeigte sich ein deutlicher Aufwind. Spürbar verbessert hat sich auch die Lage im Fremdenverkehr, der sich in einigen Ländern, vor allem Wien, sehr günstig entwickelte. Insgesamt ein ungünstiges Ergebnis war 2011 im Einzelhandel auszumachen, der in allen Bundesländern aufgrund einer negativen Einkommensentwicklung ein reales Umsatzminus eingefahren hat, und im öffentlichen Bereich wirkte sich der Sparzwang dämpfend aus. In diesem Rahmen sorgte der Dienstleistungssektor in Wien für den stärksten Vortrieb und auch in Salzburg, Burgenland und Tirol war der Servicebereich für mehr als 60 Prozent des Gesamtwachstums verantwortlich. Doch auch in den traditionellen Industrieländern Oberösterreich, Vorarlberg und Niederösterreich war der Sektor der bestimmende Wachstumsträger. Ausschließlich in Kärnten und in der Steiermark war die Entwicklung im Dienstleistungsbereich 2011 relativ zurückhaltend.“

Stabilisierung am Bau

Nach dem starken Produktionsrückgang in den vergangenen beiden Jahren ist in der Bauwirtschaft wieder eine Stabilisierung eingetreten. So ist die Bauproduktion im Österreichschnitt nur mehr um 0,4 Prozent zurückgegangen. 2011 mußte der Bereich vor allem den Rückgang der öffentlichen Aufträge aufgrund der angespannten Budget-Situation sowie der zurückhaltenden Impulse Privater verdauen. „Immerhin erzielte der Sektor 2011 in fünf Bundesländern positive Wachstums-

beiträge. Von einem spürbaren Produktionszuwachs am Bau von mehr als zwei Prozent profitierte die Gesamtwirtschaft in Tirol und Salzburg. Aber auch der Bausektor in der Steiermark, in Vorarlberg und in Niederösterreich konnte mit einem leichten Plus von jeweils über einem Prozent die regionale Konjunktur stützen“, so Bruckbauer über die Entwicklung der Bauwirtschaft. Der ungün-



Dieter Hengl
Vorstand für Corporate & Investment
Banking der Bank Austria
Foto: UniCredit Bank Austria AG

stigste Einfluß auf die Gesamtentwicklung ging von der Kärntner Bauwirtschaft aus. Auch in der Bundeshauptstadt Wien, deren relativ kleiner Sektor den stärksten Rückgang verzeichnen mußte und im Burgenland, das den verhältnismäßig größten Bausektor Österreichs aufweist, drückte die Entwicklung am Bau aufs Gesamtergebnis.

Beschäftigung profitierte von hoher Wachstumsdynamik

Die hohe Wachstumsdynamik hat die Beschäftigungsentwicklung in den österreichischen Bundesländern sehr positiv beeinflusst. Im Durchschnitt stieg 2011 die Beschäftigung um 1,8 Prozent an, in Vorarlberg als Spitzenreiter sogar um 2,3 Prozent. Dieser Aufwärtstrend hält auch im ersten Quartal 2012 unvermindert an. „2011 war das Jahr der Rekordbeschäftigung – in acht von neun Bundesländern wurde dank einem hohen Beschäftigungsplus im Dienstleistungssektor und dem moderaten Anstieg in der Industrie ein neues Rekordniveau erreicht. Im Durchschnitt liegt per Ende des ersten Quartals 2012 der Beschäftigtenstand in Österreich um 1,9 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Besonders deutlich wird im Burgenland, in Vorarlberg, Tirol und Salzburg der Durchschnittswert übertroffen. Ausschließlich in Kärnten konnte das Vorkrisenniveau noch nicht ganz erreicht werden“, erläutert Bruckbauer die regionale Beschäftigungsentwicklung.

Die Arbeitslosigkeit hat sich in den öster-

reichischen Bundesländern bis zur Jahresmitte 2011 sehr positiv entwickelt. In der zweiten Jahreshälfte zeigte sich durch die generelle Eintrübung der Wirtschaftslage wieder ein Aufwärtstrend. „Oberösterreich verzeichnet 2011 den stärksten relativen Anstieg der Arbeitslosenzahlen – gleichzeitig hält Oberösterreich mit 4,2 Prozent die geringste Arbeitslosenquote Österreichs. Wien weist mit 9,2 Prozent nicht nur die höchste Arbeitslosenquote Österreichs auf, sondern hat sich als einziges Bundesland auch im Vergleich zu 2010 nicht verbessert“, so Bruckbauer. Für das Jahr 2012 gehen die Ökonomen der Bank Austria von einer leichten Steigerung der Arbeitslosenquote von durchschnittlich 6,7 auf 6,9 Prozent in Österreich aus.

2012 werden sich breit aufgestellte Industrie-Bundesländer durchsetzen

Dank des hohen Wachstumstempes haben, wie erwartet, beinahe alle österreichischen Bundesländer mit Ende 2011 den krisenbedingten, wirtschaftlichen Einbruch kompensieren können. „Kärnten ist derzeit noch das einzige Bundesland, das aufgrund eines starken Rückgangs im Bausektor und einem Einbruch in der Industrie das Vorkrisenniveau noch nicht ganz erreicht hat. Ein ‚Winner‘ ist dafür das Burgenland: Durch die vergleichsweise geringen Einbußen und der überraschend hohen Dynamik ist das Burgenland von allen Bundesländern am besten durch die Krise gekommen“, so Hengl. Trotz etwas Rückenwind durch die globale Konjunktur wird das Wachstum der stark exportorientierten Industrie 2012 mit rund 2 Prozent spürbar hinter dem Anstieg des vergangenen Jahres zurückbleiben. Der Produktions- und der Dienstleistungssektor sind 2012 noch gleichwertigere Wachstumsträger als in den Vorjahren, die großen Industrie-Bundesländer können daher im laufenden Jahr anders als 2010 und 2011 kaum strukturelle Vorteile ausspielen. „2012 werden dennoch Oberösterreich, die Steiermark und Vorarlberg zu den wachstumsstärkeren Bundesländern zählen. Auch Tirol und das Burgenland sind mit ihrem Branchenmix und vor allem mit ihren starken Dienstleistungskomponenten für eine leicht überdurchschnittliche Performance im Jahr 2012 gerüstet“, so Hengl über die diesjährigen Wachstumsaussichten. Für Wien, Niederösterreich und Salzburg bietet sich dank ihrer breiten Aufstellung die Chance, in Augenhöhe mit dem österreichischen Durchschnittswachstum von 0,8 Prozent zu bleiben. ■

Österreichische Unternehmen mit enormem Cash-Bestand

PwC Liquiditätsreport – Geringe Investitionsbereitschaft der österreichischen Leitbetriebe – Heimische Top-Unternehmen halten ihre Liquidität auf Rekordniveau

Der aktuelle PwC^{*)} Liquiditätsreport analysiert 107 Leitbetriebe aus Österreich und Deutschland. Die ATX- und Prime Markt- bzw. DAX und MDAX-Unternehmen zeigen zum Ende des vierten Quartals 2011 ein divergierendes Bild: Unternehmen beider Länder bauen zwar wieder Liquidität auf, deutsche Unternehmen investieren aber stark, während die österreichische Investitionsbereitschaft maximal auf historischem Durchschnittsniveau liegt. Heimische Unternehmen stocken stattdessen die Eigenkapitalquote weiter auf – die Eigenkapitalausstattung der Österreich AG liegt mit 41,95 % deutlich über jener der deutschen Leitbetriebe.

„Die österreichischen Leitbetriebe setzen lieber auf Bargeldreserven, als auf Investitionen. Die Liquiditätsbestände der Österreich AG befinden sich daher auf Rekordniveau. Nach dem Motto ‚Bitte anschnallen und Ruhe bewahren‘ erwartet man derzeit eher weitere Turbulenzen“, erklärt Jörg Busch, Partner, PwC Österreich. PwC hat vor kurzem erneut die deutschen und österreichischen Leitbetriebe auf ihre Investitions- und Finanzierungstätigkeit, ihre liquiden Mittel, die Cashflow-Entwicklung, sowie ihre Eigenkapitalquote untersucht.

Liquidität: Österreich und Deutschland entwickeln sich ähnlich

Nach einem Rückgang bis zum dritten Quartal 2011 stieg die Liquidität der österreichischen Leitbetriebe im vierten Quartal wieder auf rd. 8,3 Mrd. Euro. Dieser Wert liegt knapp unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre. Insgesamt befindet sich die Höhe der Liquiditätsbestände aber trotzdem auf Rekordniveau. Spitzenreiter unter den österreichischen Unternehmen sind hier Strabag SE (1,7 Mrd. Euro), die Andritz AG (1,2 Mrd. Euro) und die Immofinanz AG (512 Mio. Euro).

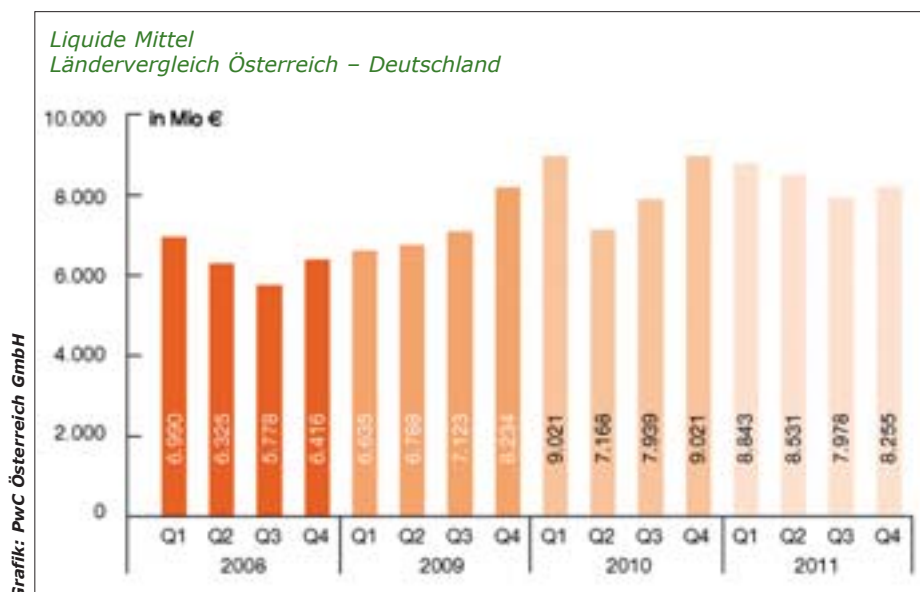
Die deutschen Leitbetriebe verzeichneten zwischen dem dritten und vierten Quartal 2011 einen leichten Rückgang der Liquidität auf rund 109,4 Mrd. Euro. Die im Vorquartal erstmals seit Jahresbeginn zu beobachtende

Liquiditätserhöhung war somit von kurzer Dauer, wobei abermals die Entwicklung der DAX-Unternehmen mit einer Reduktion von rund 3,6 Mrd. Euro den Ausschlag gab. Die im MDAX notierten Unternehmen steigerten ihre Cash-Bestände um etwa 3,4 Mrd. Euro, was einen vergleichbaren Anstieg wie im vierten Quartal 2010 darstellt. Mehr als zwei Drittel (76 %) wurde von im DAX gelisteten Unternehmen gehalten, wobei mehr als die Hälfte der Cash-Bestände auf die Top-4 Unternehmen entfällt, darunter die Volkswagen AG

(18,2 Mrd. Euro), die Daimler AG (9,6 Mrd. Euro) und die Siemens AG (9,0 Mrd. Euro).

Österreichische Leitbetriebe erwirtschaften höchsten Cashflow seit 2008

Bei den ATX- und ATX-Prime-Unternehmen zeigte sich im dritten und vierten Quartal 2011 eine Erholung des operativen Geschäfts in signifikanter Weise. Mit rund 3,3 Mrd. Euro konnten die Unternehmen einen neuen Rekordwert im Beobachtungszeitraum seit 2008 aufstellen. Getragen wur-



*) PricewaterhouseCoopers

Wirtschaft

de diese Entwicklung wesentlich durch den Anstieg des operativen Cashflows der Telekom Austria in Höhe von rund 1,0 Mrd. Euro gegenüber dem Vorquartal. Im Vergleich mit dem Vorjahr wurde eine Steigerung von etwa 453 Mio. Euro erzielt.

Die deutschen Leitbetriebe mußten hingegen nach kontinuierlichen Anstiegen seit Beginn des Jahres 2011, im vierten Quartal einen Rückgang des operativen Cashflows in der Höhe von etwa 10,1 Mrd. Euro hinnehmen. Während sich die MDAX-Unternehmen durch einen Anstieg von knapp 5,0 Mrd. Euro auszeichneten, brach das Geschäft der DAX-Unternehmen um mehr als 15,1 Mrd. Euro ein. Das entspricht in etwa der Hälfte des operativen Cashflows des Vorquartals.

Deutsche Leitbetriebe investieren stark - österreichische maximal durchschnittlich

Bei den Investitionen zeigt sich ein höchst unterschiedliches Bild: Die heimischen Leitbetriebe legten zwar nach den Rückgängen in den ersten Quartalen des Jahres auch bei den Investitionen wieder zu; insgesamt fielen diese Investitionen aber deutlich geringer aus, als bei der operativen Geschäftstätigkeit. Sowohl ATX- als auch ATX-Prime-Unternehmen bewegten sich historisch gesehen hier auf eher durchschnittlichem Niveau. Österreichs Top-Investoren waren die OMV AG (685,3 Mio. Euro), die Telekom Austria AG (283,6 Mio. Euro) und die Verbund AG (180,5 Mio. Euro). Im Vergleich zum vorangegangenen Quartal vergrößerte sich die Basis der mehr als 100 Mio. Euro investierenden Unternehmen von fünf auf sechs Marktteilnehmer (OMV, Telekom Austria, Verbund, Andritz, Strabag, Immofinanz).

Bei den deutschen Leitbetrieben zeigte sich eine starke Zunahme der Investitionen – sowohl bei den DAX als auch MDAX Unternehmen. So konnte ein neuer Spitzenwert seit 2008 von knapp 44,7 Mrd. Euro erreicht werden. 73 % der Investitionen entfielen auf lediglich acht Unternehmen. Die deutschen Top-Investoren waren Volkswagen AG (9,5 Mrd. Euro), Deutsche Telekom AG (9,3 Mrd. Euro) und RWE AG (3,9 Mrd. Euro).

Kapitalrückführung ausgeglichen

Im vierten Quartal 2011 reduzierte sich der vorherrschende Trend der Netto-Kapitalrückführung der österreichischen Leitbetriebe auf nur noch knapp 17 Mio. Euro. Während die ATX-Prime-Unternehmen hierbei knapp 96 Mio. Euro aufnahmen, schütteten die ATX-Unternehmen rund 113 Mio. Euro

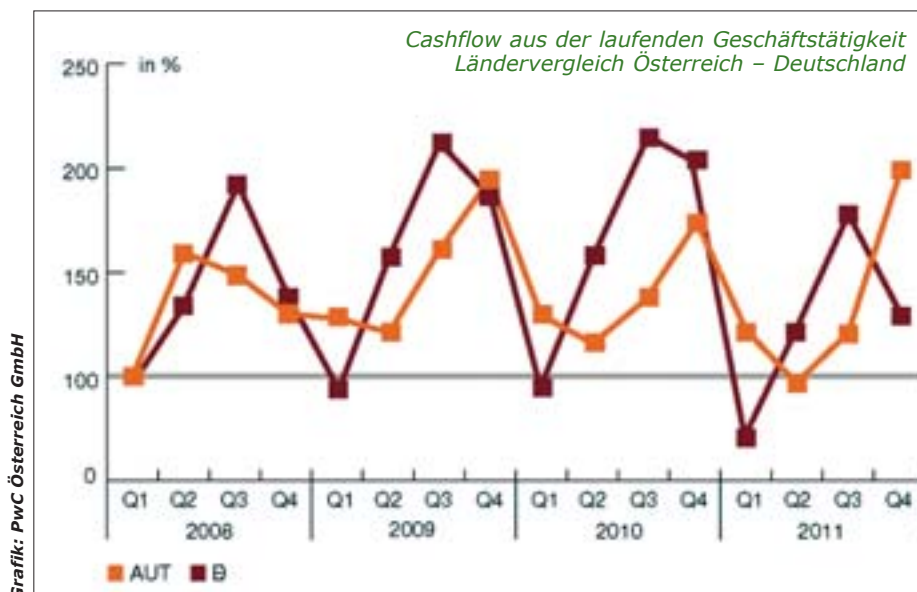
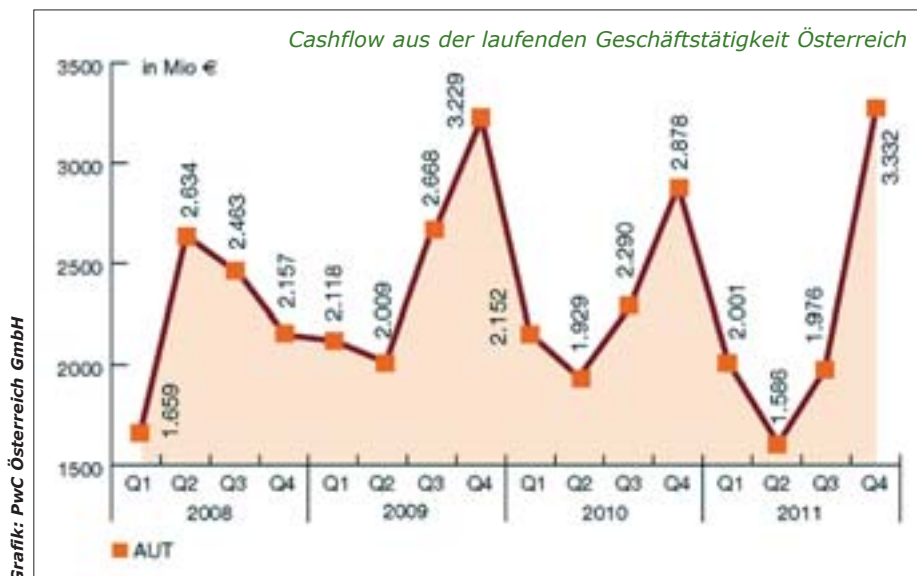
an ihre Kapitalgeber aus. Nur zwei Unternehmen nahmen mehr als 100 Mio. Euro auf (OMV, CA Immo); nur drei österreichische Leitbetriebe zahlten mehr als 100 Mio. Euro aus (voestalpine, Immofinanz, Strabag). Die deutschen Leitbetriebe nahmen auch im vierten Quartal 2011 wieder Kapital in Höhe von rd. 4,5 Mrd. Euro auf, was eine Steigerung von etwa 8,7 Mrd. Euro verglichen mit dem vierten Quartal 2010 bedeutet. Das Gros der Kapitalaufnahmen war auf RWE, Daimler, Volkswagen und BMW mit insgesamt 11,5 Mrd. Euro zurückzuführen, die größten Auszahlungen wurden von der Deutschen Telekom, Metro und Siemens mit 9,8 Mrd. Euro getätigt.

Die MDAX-Unternehmen nahmen Kapital in der Höhe von rd. 996 Mio. Euro auf – im Vorquartal hatten diese noch knapp 1,3 Mrd. Euro ausgezahlt. Die im DAX notierten Unternehmen steigerten ihre Kapitalauf-

nahme um knapp 1,0 Mrd. Euro auf etwa 3,5 Mrd. Euro.

Eigenkapitalquote: Österreich stockt wieder auf

Zum Ende des vierten Quartals 2011 war ein deutlicher Anstieg der Eigenkapitalquote der österreichischen Leitbetriebe zu verzeichnen. Die Eigenkapitalausstattung der „Österreich AG“ lag bei 41,95 %. Im Ländervergleich bleiben die Eigenkapitalquoten der österreichischen Leitbetriebe wie schon in den vergangenen Quartalen deutlich über jenen der deutschen. Die deutschen Leitbetriebe konnten im vierten Quartal 2011 mit 33,80 % den zweithöchsten Wert seit 2008 erzielen. Die österreichischen Leitbetriebe mit der höchsten Eigenkapitalausstattung sind die Century Casinos AG (82,3 %), die Mayr-Melnhof AG (64,2 %) und die Amag AG (62,0 %).



Trends im Agrarland OÖ

Landesrat Max Hiegelsberger präsentierte die Agrarerhebung 2010

Ernährung und Energie werden weltweit immer mehr nachgefragt – sie sind die Megatrends des 21. Jahrhunderts. Die Weltbevölkerung wächst und muß ernährt werden. Aufstrebende Volkswirtschaften, wie etwa China, steigern zudem ihre Ansprüche und den Konsum. Die Landwirtschaft hat hier weltweit positive Vorzeichen.

„Die Produktion von Lebensmitteln und nachhaltiger Energie gewinnt an Bedeutung. Die europäische Agrarpolitik muß jetzt die

Grund und Boden als bäuerliches Eigentum an Bedeutung für die Lebensmittelproduktion. Der Beruf Bauer ist – von dieser Seite her betrachtet – sicher, dennoch gehört zur bäuerlichen Landwirtschaft in Oberösterreich viel Idealismus. Einkommen ist in vielen Produktionsparten nur durch Ausgleichszahlungen erwirtschaftbar“, betont Hiegelsberger. „Aber: Für diese Zuschüsse steht die Landwirtschaft unter öffentlicher Beobachtung und Rechtfertigung.“

Entwicklung der Agrar-Struktur in Oberösterreich: Die wesentlichen Trends der Jahre 1999-2010

- Zahl der Betriebe ist weiter rückläufig – vor allem bei den Nebenerwerbsbetrieben (Haupterwerb - 14,2 %, Nebenerwerb - 29,6 %).
- Trend zu mehr Fläche (durchschnittliche Betriebsgröße von 25,4 auf 31,8 Hektar gestiegen, exklusive Forst 15,9 Hektar).
- Starke Strukturveränderung bei Tierhaltung:
Trend zu größeren Einheiten in der Tierhaltung,
Zahl der Rinderbetriebe: - 32,9 %,
Zahl der Milchkuhbetriebe: - 42,1 %,
Zahl der Schweinebetriebe: - 51 %, neue Absatzmärkte und Anstieg bei Schaf und Ziege,
positive Entwicklung in der Biolandwirtschaft (+ 50 % Biobetriebe)

Betriebszahl weiter rückläufig

Die Agrarstrukturerhebung 2010 gibt ein umfassendes Bild und umfaßt auch jene rund 3000 landwirtschaftlichen Betriebe, welche vom Agrarförderungssystem INVEKOS nicht erfaßt werden (zu klein...). Die Agrarstruktur in Oberösterreich ist seit der Nachkriegszeit, in der weit über 70.000 Betriebe gezählt wurden, einem starken Strukturwandel unterworfen.

Oberösterreich hatte im Jahr 2010 33.341 Betriebe, das ist ein Rückgang von 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1999. Die bewirtschaftete Kulturfläche bleibt in etwa gleich (- 1,4 %).

Innerhalb der bewirtschafteten Kulturfläche kam es zu Verschiebungen, es nahm die Forstfläche um rund 22.500 ha zu, die Ackerfläche blieb konstant. Dauergrünland nahm deutlich (-12,5 %) ab.

Bundesländer im Vergleich

Werden die einzelnen Bundesländer betrachtet, zeigen sich gegenüber dem Jahr 1999 überdurchschnittliche Betriebsreduktionen in Burgenland (-39,1 %), Wien (37,9 %) und Niederösterreich (-23,8 %). Den geringsten Betriebsrückgang kann Salzburg (- 9,0 %) aufweisen.

In allen oberösterreichischen Bezirken gab es zwischen 1999 und 2010 einen Rück-



Foto: Land OÖ / Anzengruber

v.l.: HR Ernst Fürst, Leiter der Abteilung Statistik, Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger und HR Hubert Huber, Leiter der Abteilung Land- und Forstwirtschaft

Voraussetzungen schaffen, damit der Selbstversorgungsgrad mit heimischen Lebensmitteln auch in Zukunft so hoch wie möglich ist“, sieht Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger eine Chance für die Landwirtschaft, die die Europäische Union im Zuge der GAP-Verhandlungen 2014-2020 nutzen muß. „Flächenstilllegungen, wie sie mit der Greening-Maßnahme vorgesehen sind, sind der falsche Weg. Es muß alles daran gesetzt werden, der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, in erster Linie Lebensmittel, aber in zweiter Linie auch Futtermittel und Energie-Rohstoffe zu produzieren – und dabei auch ein gerechtes Einkommen zu erzielen!“

Laut Berechnungen der Welternährungsorganisation FAO steht den derzeit 7 Milliarden Menschen auf dieser Welt eine Ackerfläche von 2.500 m² pro Kopf zur Verfügung. 2050, also in knapp 40 Jahren, werden dies 1.800 m² pro Kopf bei 9,1 Milliarden Menschen weltweit sein. „Damit gewinnen

Das System der agrarischen Ausgleichszahlungen beruht auf Gegenleistung: Qualitätsvolle Lebensmittel und gepflegte Landwirtschaft gibt es nur durch produzierende Bauernhöfe. Die österreichische Landwirtschaft mit ihrer naturräumlichen Kleinheit und den bestehenden Produktionsauflagen besteht nur durch öffentliche Unterstützung am agrarischen Weltmarkt.

Ein Blick auf den Selbstversorgungsgrad in Österreich zeigt Potential

Bei Geflügel (Hühner 91 %, Truthühner 40 % Selbstversorgungsgrad), Eier (74 %), Butter (91 %), Käse (91 %), Getreide (zB. Roggen 87 %) und Erdäpfel (91 %) wird nach wie vor weniger erzeugt, als in Österreich gegessen wird. Die Bauern nutzen diese Produktionsparten. Anpassung und Spezialisierung sind ein Rezept. Jeder unserer rund 36.000 Bauernhöfe in Oberösterreich hat seinen eigenen Stellenwert.

Wirtschaft

gang der landwirtschaftlichen Betriebe. Freistadt besitzt nach wie vor die höchste Zahl an Betrieben im oö. Bezirksvergleich. Nach absoluten Zahlen weisen die Bezirke Vöcklabruck (-913), Braunau (-876) und Grieskirchen (-733) die größten Rückgänge auf. Die größten prozentuellen Verluste verzeichnen die zahlenmäßig unbedeutenden Bezirke Linz Stadt (-35,2 %) und Wels Stadt (-26,3 %) sowie die Innviertler Bezirke Ried (-24,8 %) und Schärding (-24,5 %). Größere relative Verluste über 20 Prozent gibt es auch in den Bezirken Grieskirchen, Wels-Land, Vöcklabruck, Eferding, Steyr Stadt, Braunau und Linz-Land. In Oberösterreich wurde 1999 von einem Betrieb im Durchschnitt eine Gesamtfläche von 25,5 ha bewirtschaftet, im Jahr 2010 waren dies bereits 31,8 ha. Bundesweit erhöhte sich die durchschnittlich bewirtschaftete Gesamtfläche von 34,6 ha im Jahr 1999 auf 42,4 ha im Jahr 2010. Das Wachstum der landwirtschaftlichen Betriebe erfolgt in der Regel durch Zapachtung.

Ein Blick auf die Struktur der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche zeigt innerhalb der Größenklassen deutliche Veränderungen.

Durch die Aufgabe der Bewirtschaftung in kleinen Betrieben kommt es zu Flächenverschiebungen in Richtung größere Betriebsklassen. Betriebe unter 20 ha haben deutlich stärker abgenommen als der Durchschnitt, eine merkliche Zunahme gibt es bei Betrieben über 30 ha. Eine Verdoppelung hat es etwa bei Betrieben über 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gegeben, allerdings machen diese Betriebe nur 4 % aller Betriebe aus. 96 Betriebe bewirtschaften mehr als 100 Hektar.

Die Zahl der Betriebe mit 100 bis 200 Hektar ist seit 1999 von 38 auf 88 Betriebe gestiegen. Die Betriebe mit mehr als 200 Hektar sind mit einem Rückgang von 14 auf 9 Betriebe hingegen rückläufig.

Im Vergleich zu Ländern der EU ist der durchschnittliche Betrieb in Österreich mit 19,5 ha landwirtschaftliche Nutzfläche weiterhin als klein strukturiert zu bezeichnen.

Nach der Zunahme der Haupterwerbsbetriebe in den 90er Jahren zeigt sich nun eine moderate Abnahme von rd. 1,2 % pro Jahr und kann als relativ stabil bezeichnet werden. Die Nebenerwerbsbetriebe sind hingegen stetig rückgängig und seit 1995 um mehr als 40 % zurückgegangen.

Von den 33.341 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Oberösterreich werden 46 % im Haupterwerb und 49 % im Neben-

erwerb geführt. Bei den restlichen 5 % handelt es sich um Personengemeinschaften bzw. Betriebe juristischer Personen.

Verglichen mit dem Jahr 1999 ist die Anzahl der Haupterwerbsbetriebe von 18.003 auf 15.441 (-14,2 %) deutlich weniger gesunken als bei Nebenerwerbsbetrieben, welche einen Rückgang von 29,6 % auf 16.408 Betriebe zu verzeichnen haben.

Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich im Burgenland und in Wien der höchste Rückgang sowohl bei den Haupterwerbs- als auch bei den Nebenerwerbsbetrieben. Die geringsten Veränderungen im Haupterwerb weisen Salzburg (-2,4 %), Tirol (-6,2 %) und Vorarlberg (-7,0 %) auf, im Nebenerwerb das Bundesland Kärnten (-15,1 %).

Von den 33.341 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Oberösterreich werden 46 % im Haupterwerb und 49 % im Nebenerwerb geführt. Bei den restlichen 5 % handelt es sich um Personengemeinschaften bzw. Betriebe juristischer Personen.

Verglichen mit dem Jahr 1999 ist die Anzahl der Haupterwerbsbetriebe von 18.003 auf 15.441 (-14,2 %) deutlich weniger gesunken als bei Nebenerwerbsbetrieben, welche einen Rückgang von 29,6 % auf 16.408 Betriebe zu verzeichnen haben.

Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich im Burgenland und in Wien der höchste Rückgang sowohl bei den Haupterwerbs- als auch bei den Nebenerwerbsbetrieben. Die geringsten Veränderungen im Haupterwerb weisen Salzburg (-2,4 %), Tirol (-6,2 %) und Vorarlberg (-7,0 %) auf, im Nebenerwerb das Bundesland Kärnten (-15,1 %).

Oberösterreich ist und bleibt das Agrar-Bundesland Nummer 1 in Österreich

Oberösterreichs Bauern als stärkste Milchproduzenten Österreichs (32 % der Milchkuhe) und die bedeutende Veredelungswirtschaft (rd. 37 % der Schweinehaltung) sind von den internationalen Märkten stark abhängig. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen, wie in anderen Ländern auch, zu einem Strukturwandel in der Tierhaltung, der sich in teils sehr stark abnehmender Anzahl der Tierhaltungsbetriebe bei gleichzeitig gestiegenen Tierbeständen zeigt. Im internationalen Vergleich ist allerdings Österreichs Tierhaltung im Schnitt weiterhin klein strukturiert.

Eine starke Strukturveränderung ist bei den Tierhaltern zu erkennen. Die Rinderbetriebe verzeichnen gegenüber 1999 einen Rückgang um 32,9 %, die Milchkuhbetriebe haben sich um 42,1 % verringert. Die Anzahl

der Schweinebetriebe hat sich sogar halbiert (-51 %).

Der Trend zu größeren Einheiten ist auch in der Tierhaltung zu beobachten. Während 1999 ein Landwirt in Oberösterreich im Durchschnitt 62 Schweine hielt, so waren dies 2010 durchschnittlich bereits 130 Schweine. Der durchschnittliche Rinderbestand erhöhte sich von 25 im Jahr 1999 auf 33 im Jahr 2010. Auch andere Tierarten weisen Steigerungen in den durchschnittlichen Bestandsgrößen auf. So stiegen Ziegen von 3 auf 11 Tiere, Schafe von 11 auf 24 Tiere und Hühner von 130 auf 228 Tiere. Der durchschnittliche Rinderbauer hält nun rd. 33 Stück Vieh, 1999 waren dies noch 25 Stück. Im Schnitt werden nun mehr als 13 Milchkühe am Betrieb gehalten, das ist um ein Drittel mehr als 1999.

Notwendige Anpassungen an wirtschaftliche Gegebenheiten, gesunkene Erlöse für Milch, teure bauliche Maßnahmen aus Arbeits- und Tierschutzgründen führen zu Spezialisierung und gestiegenen Beständen. Mit dem Auslaufen der Milchquote ist mit einem weiteren spezialisierten Wachstum in der Milchproduktion zu rechnen.

Noch deutlich stärker ist die Abnahme der Betriebe in der Schweinehaltung. Jeder zweite Betrieb hat aufgrund des wirtschaftlichen Umfeldes seit 1999 die Schweineproduktion eingestellt, durch das gleichzeitige Wachstum der Bestände (im Schnitt 129 Schweine) wurde insgesamt der Schweinebestand gehalten.

Neue Absatzmärkte (Milch und Fleisch) haben sich für Schaf- und Ziegenhalter ergeben, hier gibt es viele spezialisierte Betriebe mit steigenden Beständen. Der Bestand an Ziegen hat sich seit 1999 beinahe verdoppelt auf rund 23.500 Ziegen bei gleichzeitigem Rückgang der Betriebe (-38,6 %).

Eine ebenso erfreuliche Entwicklung findet sich bei den Schafen mit steigenden Beständen (61.800 Schafe + 29,6 % bei einem Minus bei den Betrieben von 37,5 %). Der Umstieg auf diese Kleinwiederkäuer erfolgt oftmals auch mit der Aufgabe der Rinderhaltung.

Die positive Entwicklung der Biolandwirtschaft hat sich weiter fortgesetzt, in Oberösterreich gibt es rd. 4000 Betriebe (13 % aller Betriebe), welche ihre Felder und Wiesen (rd. 72.000 ha oder 14 % der Gesamt-Landwirtschaftlichen Nutzfläche) nach biologischen Grundsätzen bewirtschaften. Seit 1999 hat sich damit die Anzahl der Betriebe um etwa 50 % erhöht, die Biofläche hat sich verdoppelt. ■

Exportpreis 2012

Würdigung überdurchschnittlicher Engagements und
Erfolge österreichischer Unternehmen im Ausland

Der „Exportpreis 2012“ der Wirtschaftskammer Österreich WKÖ wurde heuer zum 19. Mal von WKÖ-Präsident Christoph Leitl und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner vergeben. Da 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Ausland erwirtschaftet werden, hat sich das Team rund um Walter Koren, Chef der Außenwirtschaft Austria für die heurige Verleihung einen besonderen Rahmen – das Museumsquartier in Wien – und ein spezielles Programm einfallen lassen, das von Alfons Haider gekonnt moderiert wurde: Nach der Keynote vom indisch-deutschen Managementberater und Performancekünstler Jolly Kunjappu würdigte Leitl die Gewinner mit den Worten: „Die seit 1994 verliehenen Exportpreise sind eine Auszeichnung für die im Export erfolgreichsten österreichischen Unternehmen. Mit den Preisen werden überdurchschnittliche Engagements und Erfolge österreichischer Unternehmen auf Auslandsmärkten gewürdigt. Die Preise sind auch eine Auszeichnung für jene Unternehmen, die durch ihr Engagement auf internationalen Märkten für den wirtschaftlichen Aufschwung in Österreich garantieren.“ Danach wurden die Preise von Mitterlehner und Leitl an die Sieger in sechs Kategorien verliehen:

Die Exportpreis-Sieger 2012

Kategorie Gewerbe und Handwerk

Exportpreissieger 2012

AMO Automatisierung Messtechnik Optik GmbH

Anerkennungspreise

Fasching Salzburg GmbH, FWT
Wickeltechnik GmbH

Kategorie Handel

Exportpreissieger 2012

AME International GmbH

Anerkennungspreise

AMACO Ing. Vonach GmbH
EVA Handels GmbH

Kategorie Industrie

Exportpreissieger 2012

Starlinger & Co GmbH

Anerkennungspreise

Kapsch Group Beteiligungs GmbH
Siemens VAI Metals Technologies GmbH



v.l.: Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl



Fotos: Croce & Wir Fotostudio

WKÖ-Generalsekretärin Anna-Maria Hochhauser, Andritz-Sprecher Oliver Pokorný und Walter Koren, Chef der Außenwirtschaft Austria, mit der Urkunde für den »Global Player 2012« für die Andritz AG

Kategorie Information und Consulting

Exportpreissieger 2012

UC4 Software GmbH

Anerkennungspreise

Koch Media GmbH
LANG consulting - Günter Lang

Transport und Verkehr

Exportpreissieger 2012

Hödlmayr International AG

Anerkennungspreise

Lagermax Lagerhaus und Spedition AG
Schenker & Co. AG

Wirtschaft

Kategorie Tourismus und Freizeitwirtschaft
Exportpreissieger 2012

Medalp Zentrum für ambulante Chirurgie
BetriebsGmbH

Anerkennungspreise

hallamasch Events GmbH

Swarovski Kristallwelten – d. swarovski

tourism services GmbH

Der »Global Player 2012«

ging an die Andritz AG

Anerkennungspreise

Novomatic AG

Porsche Holding GmbH

»Expat-Award 2012«

Dieser heuer zum fünften Mal vergebene Preis wird an Gerald Sakuler (BENE RUS, Rußland), einen Auslandsösterreicher, verliehen, der sich als Leiter einer österreichischen Auslandsniederlassung um den österreichischen Außenhandel besonders verdient gemacht hat.

Als optische Auflockerung der Preisverleihung gab es eine Fashion-Show von österreichischen JungdesignerInnen, die aufzeigte, daß die heimischen Unternehmen sich mit ihren Kreationen durchaus nicht verstecken müssen. Und auch hier wurden die besten drei Jungdesigner prämiert. AWO-Chef Walter Koren überreichte die Preise mit den Worten: „Im Export geht es nicht nur um Innovation sondern auch um Kreativität und



Fotos: Croce & Wir Fotostudio

Der »Expat-Award 2012« ging an einen Auslandsösterreicher: Gerald Sakuler (BENE RUS, Rußland), im Bild mit AWO-Chef Walter Koren.

Fashion. Ich bin daher auf jedes österreichische Kreativ-Unternehmen stolz, das im Ausland erfolgreich ist.“

Im Anschluß heizte der „Hot Pants Road Club“ den 600 ManagerInnen noch mit schwungvollen Songs ein und die Gäste waren vom Event hellauf begeistert. Mitgefeiert haben Richard Schenz, Vizepräsident WKÖ, Brigitte Jank, Präsidentin Wirtschaftskammer Wien, Klaus Schweighofer, Vorstand Styria Media Group, Reinhold Gmeinhauer, CEO „Die Presse“, Karl Handl, Auf-

sichtsratsvorsitzender Handl Tyrol, Franz Semmerneegg, CFO Kapsch, Oliver Pokorny, Treasury Andritz AG, Mathematiker und Keynote-Speaker vom Exporttag Robert Taschner, Peter Malanik, Vorstand Austrian Airlines, Franz Viehböck, Berndorf AG, Michael Schenz, Handelsdelegierter in München, Christian Kesberg, Handelsdelegierter in New York, Alexandra Nussbaumer, Bundesministerium für Finanzen, Annemarie Mölzer, Innungsmeisterin Mode und Bekleidungstechnik, und viele mehr. ■

Waldviertel will Energie-Exporteur werden

Das Waldviertel will bis 2030 zur Plus-Energieregion werden. Das bedeutet, daß in der Region mehr Energie aus Erneuerbarer Energie wie Biomasse, Windkraft, Photovoltaik und Wasserkraft erzeugt wird, als das Waldviertel insgesamt für den Bedarf an Wärme, Strom und Mobilität benötigt. Diese Zielsetzung präsentierten die zehn Waldviertler Klima- und Energiemodellregionen Energie-Landesrat Stephan Pernkopf, der sich von der gemeinsamen Idee aller Beteiligten begeistert zeigte. „Das Waldviertel ist wichtiger Teil der Energiebewegung in Niederösterreich. Bereits jetzt versorgt sich das Waldviertel fast zur Gänze selbst mit Strom aus Erneuerbarer Energie. Bis 2015 wollen wir in Niederösterreich den gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energien produzieren. Mit der entsprechenden Unterstützung der Regionen werden wir dieses Ziel auch erreichen“, so der Landesrat.

Das Gründungsdokument für den Energiepakt unterzeichneten die Modellregionen Al-

lentsteig, Thayaland, Waldviertler Hochland, Lainsitztal und Schweigggers, Krems, Zwettl, Waldviertler Wohlviertel (Thaya, Taffa, Wild), Erlebnisregion Waldviertel Nord und Kampseen gemeinsam mit dem Wirtschaftsforum Waldviertel sowie regionalen Einrichtungen wie die Energieagentur der Regionen und der Sonnenplatz Großschönau. Es ist vorgesehen, daß sich Gemeinden, Betriebe, Schulen und regionale Institutionen dem Pakt anschließen.

Dieses Engagement soll sich auch in den Geldbörsen aller Beteiligten auswirken. Dem Waldviertel kostet derzeit der Zukauf von Energie rund 400 Millionen Euro jährlich. „Bei Erfüllung des Energiepaktes spätestens 2030 werden nicht nur gewaltige Mengen an Treibhausgasen eingespart, sondern diese 400 Millionen Euro werden jährlich im Waldviertel bleiben“, so Pernkopf.

Bis Ende 2012 wird es in Österreich 100 Klima- und Energiemodellregionen geben, die vom Klimafonds unterstützt werden. ■

Weniger Zulassungen

Im Mai 2012 wurden laut Statistik Austria 132.398 Pkw neu zum Verkehr zugelassen. Damit verringerte sich die Anzahl im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres um 5,8%. Die Zahl der dieselbetriebenen Pkw (Anteil: 55,2%) und jene der benzinbetriebenen Pkw (inkl. Flex-Fuel (BZ/E85); Anteil: 44,0%) sank um 3,5% bzw. 8,8%.

Unter den Top 10 waren folgende Marken positiv: Hyundai (+38,6%), BMW (+5,2%) und Seat (+1,2%). Die Marken Renault (-26,0%), Opel (-24,5%), Peugeot (-20,3%), Ford (-18,8%), Skoda (-4,8%), VW (-4,2%) und Audi (-0,5%) bilanzierten negativ.

Bei den Top 10 Typen waren gegenüber Mai 2011 Zuwächse bei folgenden Modellen zu beobachten: VW Tiguan (+295,1%), Hyundai I 30 (+92,2%), Seat Ibiza (+14,3%) und Ford Fiesta (+8,7%). Typen wie VW Polo (-43,9%), Ford Focus (-34,6%), Skoda Fabia (-21,8%), Renault Megane (-9,7%), Skoda Octavia (-8,9%) und VW Golf (-3,8%) mußten Verluste hinnehmen. ■

Skylink erfolgreich in Betrieb

Die alte Ankunftshalle am Flughafen Wien ist ab außer Betrieb, alle Passagiere kommen bereits im neuen Terminal an – Festakt mit den Landeshauptmännern Erwin Pröll und Michael Häupl mit anschließender Segnung.



Foto: Flughafen Wien / Roman Boensch

An der Terminalerweiterung »Skylink« wurde am 5. Juni um 4.38 Uhr das erste Flugzeug, ein Airbus der AUA, abgefertigt.

Seit dem Morgen des 5. Juni ist die Terminalerweiterung Skylink („Check-in 3“) am Flughafen Wien Schwechat in Betrieb. In den frühen Morgenstunden, um 4.38 Uhr, dockte das erste Flugzeug (OS 9542), ein Airbus 319 der Austrian Airlines aus Hurgada, am Pier des neuen Terminals an. Die erste abfliegende Maschine startete um 5.25 Uhr (OS 9123) Richtung Karpathos. Die ersten abfliegenden und ankommenden Passagiere wurden von den Vorständen der Flughafen Wien AG, Julian Jäger (COO) und Günther Ofner (CFO) persönlich begrüßt. Die ersten ankommenden Passagiere, Adele H. und Hanna P., zwei junge Mütter aus Prag mit ihren sechsjährigen Töchtern Julia und Magdalena, bekamen zudem einen Shoppinggutschein. „Heute ist ein großer Tag für den Flughafen Wien. Mit dem neuen Terminal tritt der Flughafen Wien in eine neue Ära. Ich danke dem Vorstand und seinem Team, daß sie dieses schwierige Großprojekt zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht

haben. Die erfolgreiche Inbetriebnahme ist auch ein Ergebnis des zukunftsgerichteten Kurses, den das Unternehmen unter der neuen Führung eingeschlagen hat“, hielt Erwin Hameseder, Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen Wien AG, fest.

„Wenn man eine so komplexe Maschinerie wie einen Airport-Terminal in Betrieb nimmt, bewegt man sich immer auf dünnem Eis“, resümiert Julian Jäger, „umso mehr freuen wir uns, daß sämtliche Systeme weitgehend problemlos funktionieren. Summa summarum dürfen wir sagen: Die Inbetriebnahme ist geglückt“. Auch Finanzvorstand Günther Ofner ist zufrieden: „Die große Anspannung der letzten Wochen ist Freude und Erleichterung gewichen. Der Zeitplan hat gehalten und die Kosten sind im Griff. Dennoch waren etliche Schrecksekunden zu überstehen – etwa als wir beim ersten Belastungstest einen zweistündigen Stromausfall hatten.“ Beide Vorstände hoben besonders den Teamgeist als Erfolgsfaktor

hervor: „Ohne der kompetenten Projektleitung durch Norbert Steiner ab 2009 und den hohen Einsatz aller involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre das nicht möglich gewesen. Dafür möchten wir den Beteiligten ausdrücklich danken“.

Allgemein werden künftig etwa 60 Prozent aller Passagiere im neuen Terminal abgefertigt werden.

Damit sich die ersten Reisenden im Terminal gut zurechtfinden, wurden heute vom Flughafen-Personal handliche Orientierungspläne verteilt. Die ankommenden Passagiere wurden ebenfalls freundlich empfangen: Eine Walzereinlage in der neuen Ankunftshalle sorgte für Rhythmus und Stimmung – und animierte die Reisenden zum Mittanzen.

Nächtliche Übersiedlung ist erfolgreich verlaufen

Der Wechsel vom alten in den neuen Terminal verlief weitgehend problemlos: Nach Abschluß der letzten Check-in-Vorgänge im

Wirtschaft

Altbestand wurden über Nacht die restlichen technischen Einrichtungen von Austrian Airlines sowie die letzten Flughafen-Betriebs-einheiten in die neue Abfertigungshalle übersiedelt. Danach wurden noch finale Funktionstests aller Systeme, wie IT-Infrastruktur, Check-in- und Abfertigungsprogramme sowie der Sicherheitseinrichtungen durchgeführt. Hunderte MitarbeiterInnen von Flughafen Wien und Austrian Airlines waren in den Nachtstunden im Einsatz, um die Übersiedlung und die pünktliche Betriebsaufnahme zu gewährleisten. Dann liefen noch letzte Optimierungen, um den Terminalbetrieb noch besser gewährleisten zu können und an das vor der Urlaubssaison weiter steigende Passagieraufkommen anzupassen.

Neue zentrale Ankunftshalle für alle Reisenden am Flughafen Wien

Mit demselben Tag wurde auch die alte Ankunftshalle außer Betrieb genommen. Alle Passagiere kommen bereits in der Ankunftshalle im neuen Terminal an und erhalten hier an einem der zehn Laufbänder ihr Gepäck. Auch Reisende, die am Pier Ost, am Pier West oder auf einer der offenen Flugzeugpositionen ankommen, werden in die neue zentrale Ankunftshalle geleitet. Hier finden sich auch zahlreiche Shops und Gastronomiebetriebe, wie etwa ein Spar Gourmet, die auch nichtreisenden Gästen zur Verfü-



In einem viermonatigen Probebetrieb wurden über 1700 Ankünfte und Abflüge geprobt und rund 85.000 Gepäckstücke eingchecked.

gung stehen. Von der Ankunftshalle führen direkte Zugänge zum City Airport Train (CAT), zur Schnellbahn, zum Parkhaus 4, zum Kurzparkplatz K3 und zum Busbahnhof.

Intensive Vorbereitung: 2800 Standort-Beschäftigte eingeschult

Insgesamt ging dem Eröffnungstag eine lange Vorbereitungsphase voraus: Über mehrere Jahre wurden die wesentlichen Kompo-

nenten, wie Gepäcksortieranlage und Sicherheitssysteme bereits auf den Betrieb vorbereitet und getestet. In einem viermonatigen Probebetrieb mit 3200 Testpassagieren wurden alle Abläufe im Terminal durchgespielt, über 1700 Ankünfte und Abflüge geprobt und rund 85.000 Gepäckstücke eingchecked. Über 2800 Beschäftigte von Flughafen und Standort-Partnern, wie Fluglinien, Behörden und Einsatzorganisationen wurden auf den neuen Terminal eingeschult.



Fotos: Flughafen Wien / Roman Boensch

Alle Passagiere kommen bereits in der Ankunftshalle im neuen Terminal an und erhalten hier ihr Gepäck.

Neues Shopping- und Gastronomieangebot

Nach dem Check-in-Bereich 3 befindet sich für alle Passagiere, die vom neuen Terminal abfliegen, eine zentrale Sicherheitskontrolle mit insgesamt 15 Sicherheitsstrassen. Hat man diese passiert, führt der Weg durch eine große Shopping- und Gastronomiezone – das Angebot reicht von asiatischer Gourmetküche des österreichischen Starkochs Wini Brugger im „Indochine Light“ über edle Weine in den Weinbars „SkyWine Lounge“ und „DeCanto“ bis zu entspanntem Kaffeegenuß im „Meinl-Foodcourt“ und dem „Caffè Ritazza“. Boutiquen international bekannter Marken wie Lagerfeld, Dolce & Gabbana, Thomas Sabo und viele mehr warten ebenfalls auf die Reisenden. Mit dem neuen Terminal verdoppelt der Flughafen Wien seine Retail- und Gastronomieflächen auf über 19.000 m².

Multimedia-Installationen von Ars Electronica und Family Lounges

An der Rückseite des Shopping- und Gastronomieareals beginnt der Pier mit den neuen Gatebereichen F und G. Dort bietet der Flughafen Wien innovative Services: So wurden eigens für die Wartebereiche neue Sitzmöbel designt – etwa die mit Stromanschluß und Sichtschutz versehenen „Laptop-Chairs“, mit denen der Passagier ungestört mit seinem Notebook im kostenlosen Flughafen Wien-WLAN durch das Internet surfen kann. Spezielle „Family Lounges“ bieten kurzweilige Möglichkeiten für die jüngsten Reisenden, sich die Zeit bis zum Abflug zu vertreiben.

Reisen und die Zeiträume, die Menschen auf Flughäfen verbringen, sind auch Thema der spektakulären Multimedia-Installationen der renommierten Kunstinstitution Ars Electronica: An sechs Stationen erfährt der Besucher neue Betrachtungsweisen des Reisens und wird in verschiedene Zeitdimensionen geführt: Auf überdimensionalen LCD-Bildschirmen fließen Buchstaben-Landschaften, die sich interaktiv verändern, wenn eine Person die Bordkarten-Kontrolle durchschreitet. Die auf mehreren Screens großflächig stilisierten „Nodes“ spiegeln die Starts und Ankünfte in Echtzeit auf dem Flughafen Wien wider, in der Installation „Last Clock“ werden Live-Bildaufnahmen vom Geschehen auf dem Flughafen über 24 Stunden in Ringform visualisiert. Diese und weitere Werke der Ars Electronica erwarten die Reisenden auf der Check-in-Ebene sowie in den Gatebereichen F und G. Die Installation wird vom



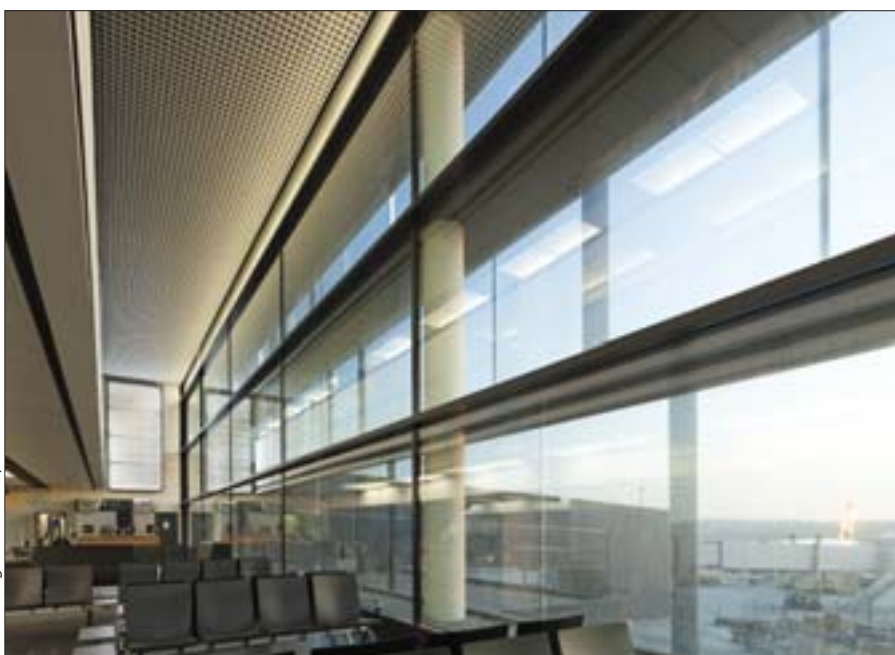
Aufgrund der flächenmäßigen Erweiterung um 150.000 m² wurden die Bezeichnungen im Leitsystem zwecks mehr Übersichtlichkeit umgestellt.

Flughafen Wien zu 50 Prozent der verfügbaren Zeit überdies als Werbemedium genutzt.

Neue Terminalbezeichnungen und zusätzliche Gates F und G

Aufgrund der flächenmäßigen Erweiterung um 150.000 m² wurden die Bezeichnungen im Leitsystem zwecks mehr Übersichtlichkeit umgestellt: Ab sofort hat der

Flughafen Wien vier Check-in-Bereiche: Check-in 1 – Schalter 159-199 (ehemaliger Terminal 1), Check-in 1A – Schalter 111-139 (ehemaliger Terminal 1A), Check-in 2 – Schalter 201-299 (ehemaliger Terminal 2) und Check-in 3 – Schalter 301-399 (neuer Terminal). Hier wird für Reisende der Check-In für alle Fluglinien, die von Austrian Airlines gehandelt werden, erfolgen. Bis auf



In den neuen Gatebereichen F und G bietet der Flughafen Wien innovative Services: So wurden eigens für die Wartebereiche neue Sitzmöbel designt.

Fotos: Flughafen Wien / Roman Boensch

Wirtschaft

wenige Ausnahmen (Turkish Airlines und Brussels) erfolgt die Abfertigung aller Star Alliance Flüge im neuen Terminal.

Neu sind die Gate-Bereiche F und G. Von diesen Gates werden nahezu alle Austrian Airlines Flüge abfliegen. Ausnahmen stellen beispielsweise Langstreckenflüge in die USA dar, die aufgrund der geltenden Vorschriften geschlossene Gates und eine zusätzliche Kontrolle der Reisedokumente erforderlich machen und daher weiter von den D-Gates erfolgen müssen.

Altbestand wird modernisiert

Nach Inbetriebnahme des neuen Terminals begann der Flughafen Wien mit der Sanierung und Modernisierung der derzeitigen Terminaleinrichtung. So wurde bereits Ende Juni damit begonnen, den alten Terminal 1 („Check-in 1“) zu revitalisieren. Die Shopping-Arcade und das Parkhaus 3 werden aber weiterhin für Passagiere zugänglich bleiben. Geplant sind die Bautätigkeiten bis Ende 2012, nach Fertigstellung werden Air Berlin und NIKI in den neugestalteten Terminal übersiedeln. Danach sind Arbeiten am alten Terminal 2 („Check-in 2“) vorgesehen.

Alle Informationen zu den Neuerungen am Airport sind online abrufbar

Detaillierte Informationen zu den Neuerungen, die sich am Flughafen Wien mit der Inbetriebnahme des neuen Terminals ergeben, sind auf der Homepage des Flughafen Wien abrufbar. Genaue Informationen, welche Airline in welchem Check-In-Bereich zu finden ist, beziehungsweise wo die einzelnen Flüge abgefertigt werden sowie umfassende Lagepläne mit Details zu Shops und Restaurants, Lounges sowie zu den am Flughafen verfügbaren Serviceeinrichtungen sind online zu finden.

Die offizielle Eröffnung

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme am 5. Juni fand am 21. Juni die offizielle Einweihung des neuen Terminals Check-in 3 statt. In einem Festakt eröffneten Erwin Pröll, Landeshauptmann des Landes Niederösterreich und Michael Häupl, Bürgermeister der Stadt Wien, gemeinsam mit Erwin Hameseder, Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen Wien AG und den Vorständen der Flughafen Wien AG, Günther Ofner und Julian Jäger, das architektonisch beeindruckende Bauwerk. In einer anschließenden religiösen Zeremonie wurde der neue Terminal durch Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen gesegnet. Bischofsvikar Msgr. Rupert



Nachtaufnahme vom neu eröffneten Terminals Check-in 3



Die Flughafen-Vorstände Julian Jäger und Günther Ofner, NÖ Landeshauptmann Erwin Pröll, Wiens Bürgermeister Michael Häupl und der Aufsichtsratsvorsitzende Erwin Hameseder beim Festakt zur Eröffnung des neuen Terminals

Stadler von der Erzdiözese Wien und Hon.-Prof. Michael Bünker, Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, gaben dem neuen Terminal in einem ökumenischen Akt den kirchlichen Segen. Paul Chaim Eisenberg, Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, und Erich Mohammed Waldmann, Vertreter der Islamischen Glaubensgemeinschaft, sprachen Gebete. Auf einem kurzen Rundgang überzeugten sich die beiden Landeshauptleute gemeinsam mit dem Management des Flughafen Wien vom erfolgreichen Betrieb im Check-in 3. Rund 200 Gäste nahmen an den Feierlichkeiten im neuen Terminal teil.

Landeshauptmann Erwin Pröll hob in seiner Rede die Bedeutung des Flughafen-Standortes als Arbeitgeber hervor: „Über 19.000

Menschen arbeiten am Standort, alleine durch den neuen Terminal sind 300 neue Jobs geschaffen worden. Damit ist der Flughafen der größte Arbeitgeber und ein wichtiger Jobmotor für die gesamte Region.“

Bürgermeister Michael Häupl unterstrich die zentrale Rolle des Flughafens für Tourismus und Wirtschaft: „Der Flughafen Wien ist eine unverzichtbare Verkehrsschnittstelle für Wirtschaft und Tourismus. Jährlich kommen rund fünf Millionen Besucher nach Wien – die meisten mit dem Flugzeug-, und hunderte Unternehmen haben hier ihre Headquarter für die Ostregion. Mit dem neuen Terminal stärkt der Flughafen Wien seine Position als leistungsfähige Verkehrsdrehscheibe.“

<http://www.viennaairport.com>

Verdrängte Jahre

Die ÖBB zeigen am Wiener Praterstern eine Ausstellung über Eisenbahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938 bis 1945.

ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern betonte in seiner Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung am 11. Juni, daß sich die Bahn im Rahmen des Jubiläumsjahres „175 Jahre Eisenbahn für Österreich“ dazu entschlossen habe, die Zeit von 1938 bis 1945 in einer eigenen Ausstellung zu beleuchten: „Das ist der dunkelste Abschnitt unserer Unternehmensgeschichte. Wir sind dazu verpflichtet, zu gedenken, und möchten mit dieser Dokumentation einen weiteren Beitrag zur historischen Aufarbeitung leisten. So unfassbar uns diese Ereignisse heute erscheinen, so klar müssen wir als ÖBB diese Zeit als Teil unserer Geschichte akzeptieren.“

„Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind beispiellos. Vergleiche zwischen der NS-Zeit und aktuellen Ereignissen zu ziehen wäre eine schreckliche Verharmlosung. Aber nur eine aufrichtige, umfassende Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte kann uns davor schützen, daß neues Unrecht wachsen und an Boden gewinnen kann“, erklärte Verkehrsministerin Doris Bures, die an der Ausstellungseröffnung teilnahm. Die Vergangenheit lasse sich nicht ungeschehen machen, „wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Gerade für junge Menschen sei die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte besonders wichtig, unter-



»Die Frau als unentbehrliche Mitarbeiterin der Reichsbahn« – auf der Titelseite der »Wiener Illustrierte« im Juli 1942

strich Bures mit Verweis auf Gedenkstätten-schändungen oder neonazistische Schmieraktionen der jüngeren Vergangenheit. Als besonders positiv hob die Verkehrsministerin darum hervor, „daß die ÖBB-Lehrlinge bei der Erarbeitung dieser Ausstellung eine wichtige Aufgabe übernommen und in berührenden Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ihre Sensibilität, ihr Interesse und ihr Engagement“ bewiesen hätten. Bures: „Für

die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ist es ein Eintauchen in eine schwierige Zeit ihres Lebens, für die jungen Menschen eine große Herausforderung und unvergleichlich wertvoll für ihr künftiges Leben.“

Der Hintergrund

Obwohl die Bahn in der Zeit des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle spielte, blieb sie in der Geschichtsschreibung der



Propaganda-Postkarte zur Leistungssteigerung der Reichsbahnbediensteten

Chronik



Foto: ÖBB / Schenger

Der Ausstellungsgestalter Oliver Rathkolb, die Projektkoordinatorin Traude Kogoj und der ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern (v.l.) bei der Eröffnung

Österreichischen Bundesbahnen bisher so gut wie unerforscht und ausgeblendet. Die Österreichischen Bundesbahnen wurden 1938 sofort in die Deutsche Reichsbahn integriert. Ohne Bahn als Transportmittel wäre die Kriegslogistik der Deutschen Wehrmacht nicht machbar gewesen.

Züge in den Tod

Ohne der logistischen Kapazität der Bahn wäre der systematische Mord an den europäischen JüdInnen, an Sinti und Roma, die Deportation von SlowenInnen, von Homosexuellen, ZeugInnen Jehovas und politisch Andersdenkenden nicht möglich gewesen. Drei Millionen Menschen aus fast ganz Europa wurden im Zweiten Weltkrieg mit Zügen in die Vernichtungs- und Tötungslager des NS-Regimes transportiert.

Die Deutsche Reichsbahn war durch die Deportation zahlloser Menschen unmittelbar am Holocaust beteiligt und mit ihr auch die ehemals österreichischen Bahnbediensteten, die während der Zeit – nach dem „Anschluß“ Österreichs an Hitlerdeutschland und dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 – Bedienstete der Deutschen Reichsbahn waren. Über 200.000 Österreicherinnen und Österreicher, fast die gesamte jüdische Bevölkerung, wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder in Konzentrations- und Vernichtungslager geschickt. Die Transporte erfolgten mit der Bahn.

Eisenbahner im Widerstand

Die nationalsozialistischen Machthaber versuchten, von März 1938 die Eisenbahner

an ihr Regime zu binden. EisenbahnerInnen hatten strengere Regeln als Berufsbeamte zu befolgen, mußten „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten“ und sie wurden flächendeckend einer politischen Untersuchung und Überwachung unterzogen. Dennoch waren EisenbahnerInnen maßgeblich am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt. So berichtet das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 1941 über den Widerstand bei der Bahn, daß im Vergleich zum „Altreich ... die Ostmark seit Ausbruch des Krieges 1939 in sabotage-

polizeilicher Hinsicht eine größere Rolle spielte, da hier die fremdländischen Nachrichtendienste und die inländischen Gegnergruppen es bereits früher verstanden hatten, Sabotageorganisationen aufzubauen ...“

154 Eisenbahner wurden wegen ihres Widerstandes zum Tode verurteilt und hingerichtet, 135 starben in Konzentrationslagern oder Zuchthäusern, 1438 wurden zu KZ- oder Zuchthausstrafen verurteilt.

Die Ausstellung

kann bis zum 30. September im Foyer der ÖBB Infrastruktur am Praterstern 3 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr besichtigt werden. Sie gliedert sich in folgende Abschnitte:

- Der „Anschluß“
- Die Bahnbediensteten
- Emigration und Kindertransporte
- Die Sondertransporte
- Der Widerstand
- Die Zwangsarbeit
- Das „arisierte“ Vermögen
- Die Restitution

Die ÖBB planen, in den kommenden Wochen die Ausstellung in einer Kooperation mit dem Institut für Creative Media/Technologies der FH St. Pölten zu digitalisieren, damit sie im Internet besichtigt werden kann. Weiters soll die 116 Seiten starke Ausstellungsbroschüre in Kooperation mit der Zeitschrift „Datum“ ebenfalls digitalisiert und als App verfügbar gemacht werden. ■

<http://www.oebb.at>



Foto: Fotoarchiv Gedenkstätte Yad Vashem Jerusalem

Ohne der logistischen Kapazität der Bahn wäre der systematische Mord an den europäischen JüdInnen, an Sinti und Roma, die Deportation von SlowenInnen, von Homosexuellen, ZeugInnen Jehovas und politisch Andersdenkenden nicht möglich gewesen.

Gestorben: 3. 7. 1940, Strasshof, Bahnhof

Ein Buch über die 70 Jahre lang verdrängte NS-Geschichte dieses Ortes von Irene Suchy

Ein neues Buch zeigt Systematik und Ausmaß der Untaten in einem Ort in der Nähe von Wien während des 2. Weltkriegs auf. In Strasshof war der größte Zwangsarbeits-Markt der NS-Zeit. 30.000 Menschen aus ganz Europa wurden zwischen 1941 und 1944 hierher und weiter in 250 Zwangsarbeitslager in der Umgebung verbracht.

Schon 2008 schrieb Irene Suchy in der „Presse“ über persönliche Erinnerungen an Wochenenden in Strasshof nach der Prikopil-Katastrophe, die Online-Kommentare dazu wurden zum „Jetzt-erst-recht“-Nachgraben der Autorin. Einige Zitate aus dem damaligen Online-Kommentar-Forum: „Für die verpfuschte Kindheit der Autorin kann Strasshof nix das wäre in jeder Ortschaft in Österreich passiert“ und „Und wenn alles nur bei den anderen passiert, dann ist es doch ganz ok, nicht wahr? solange es die Prikopils sind und wie sie alle heißen, mit ihren Kellerbunkern, dann paßt es ja doch. Sie sind nicht wir. Wir sind Strasshof.“

Kreuzwege der Opfer

„Verbracht“ wurden auch 30.000 Menschen nach Strasshof, von Strasshof weg, viele von ihnen durch mehrere Lager, in unselig vielen Stationen, z.B. Szolnok – Wien-E-Werke – Strasshof – Theresienstadt – Wien-Malzgasse etc. Ein Teil des Buches sind Menschenlisten von 6500 Opfern: genau vermerkt wurden die Orte, die Anzahl, das Geschlecht, das Alter in Jahren

– z.B. „über 50“ oder „unter 7“ in den AKH-Obduktionsprotokollen von damals – die Zimmernummer, die Zugänge und Abgänge, die Geburtsorte, die Arbeitsfähigkeit, der Familienstand. Grauen steigt aus den penibel aufgelisteten Daten auf: Offenbar wird die Verantwortung aller Greuel dem weißen Papier übertragen.

Hat das niemand gewußt?

Nein? Ja? Wart' mal... Doch... der Opa, die Großtante, man hat geredet im Ort, da gab's welche, meine Tante hat einen Apfel aufs Fensterbrett gelegt,... Eine eigens gegründete Strasshofer Arbeitsgruppe ging mit der Autorin ans Schürfen, Graben, Fragen, Nachfragen, Suchen, Verbinden, Aufschreiben, Interviewen, um die Finanzierung mußte man sich laufend selbst kümmern.

Viele Interviews mit Überlebenden sowie mit StrasshoferInnen, Originalaufzeichnungen aus Spitälern, Auszüge aus Gerichtsakten, viel Verschollenes wurde gehoben und dokumentiert. Während der beharrlichen Forschungsarbeit meldeten sich unerwarteterweise Überlebende und Nachkommen von Überlebenden, die neue Namen und neue Listen schickten – von Budapest über Deutsch-Wagram bis in die Archivkeller des Allgemeinen Krankenhauses in Wien. Die Arbeit mit den neuen Unterlagen verpflichtet zu neuen Recherchen.

Dieses Buch sollte in jeder Schule, in jeder Bibliothek stehen, sollte gelesen,



Irene Suchy

Strasshof an der Nordbahn

Die NS-Geschichte eines Ortes und ihre Aufarbeitung

Taschenbuch, 260 Seiten, 20 Euro

© 2011 Metroverlag

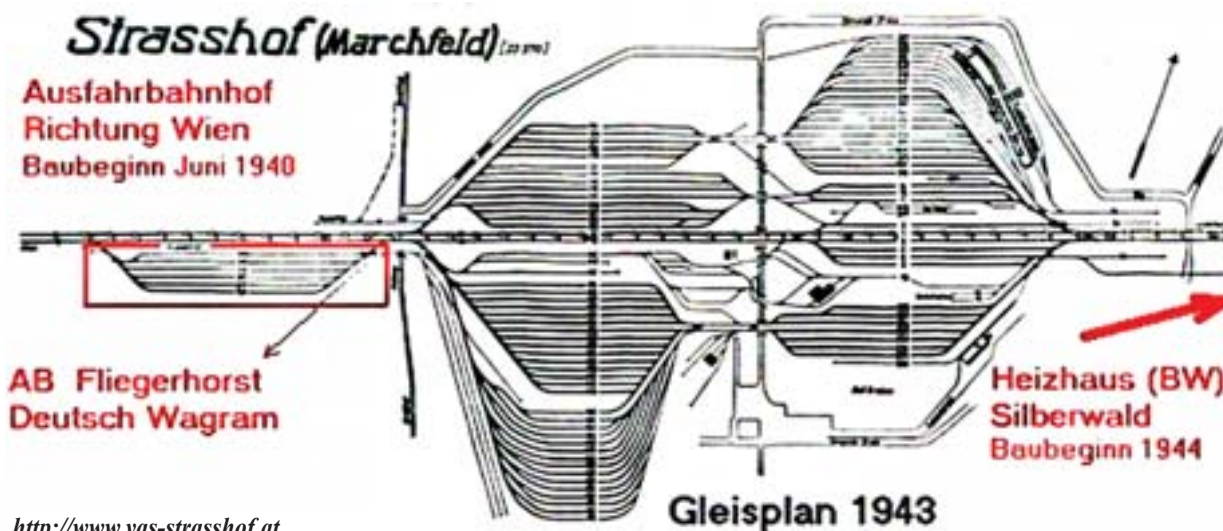
ISBN 3-9930005-4-4

http://www.thalia.at/shop/at_thalia_start/suche/?sq=strasshof+suchy

bedacht und immer wieder hervorgeholt werden.

Am 2. Oktober 2011 wurde in Anwesenheit von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ein Mahnmal eingeweiht.

Melitta Matousek



<http://www.vas-strasshof.at>

E-Mobil durchs Mühlviertel

Das war die Solarrally 2012

Das Klimabündnis OÖ hat bei der von 22. bis 24. Juni im Auftrag des Umweltressorts des Landes organisierten Solarrally mit seiner e-mobilen Karawane wieder für viel Aufsehen gesorgt, denn eine nahezu lautlose Kolonne von 13 Autos ist ein seltenes Ereignis. Neben dem kW-starken Tesla, dem Opel Ampera, E-Motorrädern, dem Renault Twizy und anderen fuhren auch Privatpersonen mit ihren eigenen E-Autos und E-Rollern die kurvenreiche Strecke durch das Mühlviertel mit. Sie konnten den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern bei den Stationen Informationen aus erster Hand zum praktischen Einsatz von E-Mobilität geben.

„Veranstaltungen wie die Solarrally bringen das Thema E-Mobilität in Verbindung mit Erneuerbarer Energie zu den Menschen, was ganz im Sinne vom EU-Programm REZIPE ist, das die Solarrally als Projekt unterstützt. Trotz hochsommerlicher Temperaturen haben viele Interessierte ihren Badeausflug zu Gunsten der Solarrally verschoben. Sie testeten lieber elektrobetriebene Räder sowie Autos und Scooter“, freut sich Andreas Drack, Klimaschutzbeauftragter beim Umweltressort des Landes OÖ. Dies ging so weit, daß am zweiten Tag in Lem-



Foto: Klimabündnis

Zwischenstop: Die E-Autos werden gleich nach der Ankunft wieder aufgeladen.

bach die Akkus der Autos vom fleißigen Probefahren beinahe leer waren.

Die Alternative

„E-Mobilität ist die umweltfreundliche Alternative zur fossilen Mobilität und macht

angesichts der in Österreich hauptsächlich gefahrenen Kurzstrecken absolut Sinn“, ist Norbert Rainer, Regionalstellenleiter vom Klimabündnis OÖ, überzeugt. Er betont die große Chance für die Bevölkerung und das Klima, die „ersten und letzten Kilometer zu den Öffis“ umweltfreundlich mit E-Mobilität zu gestalten. Dabei spare man fossile Energie und Geld. Die beiden Vertreterinnen der Mühlviertler Nahverkehrsinfo, dem Mobitipp Perg, Johanna Stockinger und Bettina Kern, freuten sich über das große Interesse der BesucherInnen, die an ihrem Stand Infos zu ihrem persönlichen Fahrtweg einholten.

„Eine Rally wie diese lebt vom Engagement der Gemeinden und der privaten Unterstützerinnen und Unterstützer. Ich möchte mich für die engagierte Arbeit der Gemeinden entlang der Rallystrecke bedanken, denen der Klimaschutz ein Anliegen ist. E-Mobilität wurde in den letzten Tagen auch klar mit alternativen Energieformen verbunden, zum Beispiel durch die Eröffnung neuer PV-Anlagen. Ein Dank gebührt zudem allen Firmen, die an der Rally teilgenommen oder Autos zur Verfügung gestellt haben“, zieht Norbert Rainer positive Bilanz und freut sich auf eine neue Solarrally, gemeinsam mit Bayern, im nächsten Jahr.

<http://www.klimabuendnis.at>



Foto: Klimabündnis

Mit dabei: der kW-starke Tesla Roadster aus dem kalifornischen Palo Alto

Bartgeier im Fleißtal

Seit über 20 Jahren wird der größte Greifvogel Europas, der Bartgeier, wieder in den Alpen angesiedelt – Glocknerlady und Inge bekamen ein neues Zuhause im Heiligenbluter Fleißtal



Foto: NPHT / Daniel Zupanc

v.l.: Bezirksjägermeister Franz Kohlmayer, ORF Landesdirektorin Karin Bernhard, Bartgeierbetreuer Michael Knollseisen, Bgm. Josef Schachner, Thomas Haritzer (Obmann Grundeigentümer Agrargemeinschaft Fleißner Ochsenalpe), Nationalpark Ranger Markus Lackner, Nationalparkreferent LH-Stv. Uwe Scheuch bei der Präsentation der Jungvögel in Heiligenblut.

Am 23. Juni fand zum fünften Mal im Kärntner Anteil des Nationalparks Hohe Tauern eine Freilassung von zwei jungen Bartgeiern statt. Die Wiederansiedelung des Bartgeiers ist eines der erfolgreichsten Artenschutzprojekte im Nationalpark Hohe Tauern und ein wichtiger Beitrag für die Vielfalt der Tierwelt in den Alpen. „Unsere prächtigen Bartgeier sind schon zum Markenzeichen des Nationalparks Hohe Tauern geworden, ich bin sehr stolz auf den großen Erfolg dieses Projektes!“, erklärt der Nationalparkreferent der Kärntner Landesregierung, LH-Stv. Uwe Scheuch.

Bevor die beiden als Nestlinge aus Andalusien in Spanien in ihren Horst kamen, wurden Flügel- und Schwanzfedern an der Unterseite gebleicht, um sie bis zur ersten Vollmauser nach drei Jahren leicht zu erkennen. Sie befinden sich nun in freier Wildbahn und können in ihrem Horst täglich bis Ende August beobachtet werden. Am Fuß des Freilassungsplatzes wurde ein betreuter Beobachtungsstand eingerichtet.

Jeden Mittwoch (von 4. Juli bis 29. August 2012) wird eine geführte Wanderung vom Schareck ins Fleißtal angeboten. Anmeldungen bis zum Vortag sind unter 04784 / 701 unbedingt notwendig. So kann man das Heranwachsen der beiden Jungvögel, die ersten Flugversuche bis hin zum endgültigen Verlassen des Horstes miterleben.

Das Bartgeierprojekt

Der Bartgeier war einst in fast allen Gebirgen Südeuropas und in den Alpen verbreitet. Wohl kaum ein Greifvogel beeindruckte die Menschen so nachhaltig, wie zahlreiche Fabeln und Legenden zeigen. Der friedliche Bartgeier wurde als blutrünstige Bestie dargestellt, welche sogar vor Kindesraub nicht zurückschreckte. Dem Bartgeier wurde zu Unrecht auch das Töten von Gamsen und der Raub von Lämmern zugeschrieben, was auch zu seinem volkstümlichen Namen „Gamsgeier“ und „Lämmergeier“ führte. Die Be-

zahlung von Fang- und Schußgeldern führte dazu, daß die Tiere auf jede nur mögliche Art und Weise verfolgt wurden. Weitere Gründe für den Rückgang und die teilweise Ausrottung der Bestände waren der Einsatz von Giftködern, der Abschuß im Auftrag von zoologischen Sammlungen und in einigen Gebieten ein Versiegen der Nahrungsquellen.

In den Alpen wurde der Bartgeier im Verlaufe des 19. Jahrhunderts ausgerottet. Am längsten überlebte er noch in den Westalpen, wobei die letzte nachgewiesene Brut aus dem Jahre 1910 belegt ist. In Europa überlebten Bartgeier nur in den Pyrenäen, auf Korsika und in Kreta sowie in wenigen Exemplaren auf dem griechischen Festland. Die Bestände sind dort überall stark gefährdet.

Nach mühevoller und langwieriger Suche von geeignetem Zuchtmaterial ist es dem Alpenzoo Innsbruck unter dem damaligen Direktor Helmut Pechlaner gelungen, die ersten Bartgeier mit Hilfe eines Ammenvogels in einer Voliere aufzuziehen. Dieser Er-



Foto: NPHT / Daniel Zupanc

Bartgeierbetreuer Michael Knollseisen mit Glocknerlady

folg des Alpenzoos Innsbruck war der Grundstein des Bartgeier-Projektes und damit ein wesentlicher Beitrag für eines der bedeutendsten Artenschutzprojekte. Aufgrund regelmäßiger Zuchterfolge konnte dann 1978 mit Unterstützung der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt, des WWF Österreich und Schweiz sowie der IUCN das internationale Projekt zur Wiederansiedlung des Bartgeiers in den Alpen gegründet und die wichtigsten Richtlinien und Ziele des Projektes festgelegt werden. Als oberstes Ziel gilt die Etablierung eines ohne menschliche Hilfe überlebenden Bestandes. Auf Wildfänge wird im

Projekt gänzlich verzichtet, um bestehende Populationen nicht zu gefährden.

Nur Tiere aus zoologischen Gärten und verletzte Tiere aus dem Freiland, deren Freilassung nicht mehr möglich ist, werden in das Zuchtprogramm integriert. Für die Freilassung werden ebenfalls nur in Volieren geborene Jungvögel verwendet. Bis 1986 dauerte der Aufbau eines Zuchtnetzes unter Beteiligung von rund 30 Tiergärten und der zentralen Richard Faust Bartgeier-Zuchtstation Haringsee. Es begann eine enge Kooperation zwischen Naturschutzorganisationen, Behörden, Universitäten, Nationalparks und Zoos.

Vier Freilassungsorte definiert

Eine internationale Expertenkommission wählte im Alpenraum vier gleich weit voneinander entfernte Freilassungsorte aus. Nach dieser Freilandstudie durch Schweizer Wildbiologen wurden erstmals 1986 im Krumltal/Rauris im Salzburger Anteil des Nationalparks Hohe Tauern die vier jungen Bartgeier Hans, Fritz, Ellen und Winnie freigelassen, wobei Winnie wieder eingefangen werden mußte. Dieser Freilassung folgten weitere Freilassungen: seit 1987 in Bargy/Hochsavoyen (F), seit 1991 im Schweizer Nationalpark, seit 1993 im Nationalpark Mercantour (F) und im Naturpark Alpi Maritime (I) sowie seit 2000 im Nationalpark Stilfserjoch (I). Insgesamt wurden bisher 170 Tiere alpenweit ausgewildert, 53 im Nationalpark Hohe Tauern. Die ersten Freilassungen erfolgten im Rauriser Krumltal, ab dem Jahr 2000 auch im Kärntner Seebachtal/Mallnitz, in Osttiroler Innerschloß, im Gasteiner Anlaufthal, im Habachtal, in Kals und im Bereich Glocknerstraße in der Gemeinde Rauris.

Erster Bartgeierbrut in Österreich

2001 erfolgte in Heiligenblut die erste Bartgeierbrut in Österreich, leider ohne Erfolg. Ein weiteres Paar brütete seit 2003 zuerst erfolglos in Gastein, seit 2008 in Rauris. Am 17. Juli 2010 wurde mit „Kruml“ der erste im Freiland geborene Bartgeier in Österreich flügge. Einen weiteren Bruterfolg gab es 2011, ebenfalls in Rauris. Seit 2010 brütet ein zusätzliches Paar in Kärnten. Nach zwei ersten erfolglosen Brutversuchen sitzt heuer ein inzwischen 3 Monate alter Jungvogel in seinem Horst. Der erste Kärntner Junggeier seit 1880 wird Ende Juli zu seinem Jungferflug starten.

Ein äußerst wichtiger Bestandteil des Projektes ist die möglichst genaue Überwachung der freigelassenen Bartgeier auf ihrem weiteren Lebensweg. Das verwendete Markierungsmuster ermöglicht es dabei, die Jungvögel ungefähr drei Jahre lang, bis zur Mauserung eindeutig zu identifizieren. Um den weiteren Lebensweg der freigelassenen Bartgeier verfolgen zu können, wurde ein begleitendes wissenschaftliches Monitoring installiert. Dazu wurde im ganzen Alpenraum ein Netz freiwilliger Beobachter aufgebaut. Nur dank der Mitarbeit der lokalen Bevölkerung, von Nationalpark-Mitarbeitern, Jägern, Ornithologen, Bauern und Touristen können so Bartgeier weiter kontrolliert werden. Vom Nationalpark Hohe Tauern wird dabei das Monitoring für ganz Österreich finanziert und darüber hinaus das internatio-

Chronik

nale Bartgeiermonitoring federführend betreut. Bartgeiermeldungen bitte an: beobachtung@gmx.net oder bartgeier@gmx.at bzw. 0664/8203055 bzw. 0664/1417429.

Seit 2009 werden die jungen Bartgeier zusätzlich mit Satellitensendern überwacht: bis zu zehn Positionen pro Tag ermöglichen eine punktgenaue Verfolgung der Junggeier. Die aktuellen Reisen können unter <http://www.hohetauern.at/de/bartgeier-online.html> mitverfolgt werden.

Größter Greifvogel der Alpen

Der Bartgeier ist wohl die prächtigste Geierart und ist mit einer Flügelspannweite bis zu 2,85 Metern unser größter Greifvogel in den Alpen. Mit dieser großen Flügelspannweite ist er natürlich ein hervorragender Segler. Bartgeier bewohnen die Gebirgsregionen vorwiegend oberhalb der Waldgrenze. Sie leben in riesigen Revieren (100 – 750 km²), die sie gegen Artgenossen verteidigen. Die Horste werden in Felsnischen angelegt. Die Brutzeit fällt in den Hochwinter. Zumeist werden zwei Eier im Abstand von vier bis fünf Tagen in den gut ausgepolsterten Horst gelegt. Nach einer Brutdauer von ca. 54 Tagen schlüpfen die beiden Jungen, aufgezogen wird jedoch immer nur eins. Da das erstgeschlüpfte Junge sich aggressiv gegenüber dem Jüngeren verhält und es vom Futter verdrängt, stirbt dieses nach kurzer Zeit (Kainismus). Somit stellt das 2. Ei nur eine biologische Reserve dar, falls das erste Junge kränklich ist oder nach dem Schlupf stirbt. Sowohl beim Brüten als auch bei der Aufzucht des Jungen wechseln sich beide Elternteile ab. Grund für die ungewöhnliche Brutzeit ist das reichliche Nahrungsangebot in der Zeit der Jungenaufzucht: Im Frühjahr sind zahlreiche im Winter verendete oder durch Lawinen umgekommene Wildtiere im schmelzenden Schnee zu finden. Nach etwa 116 Tagen so zwischen Mitte Juni und Mitte Juli startet das Bartgeierjunge seinen Erstflug. Für einige Wochen wird es von den Eltern noch weiter mit Futter versorgt.

Bartgeier sind Aasfresser

und verwerten vor allem das, was andere Aasfresser übriglassen. Bis zu 80 Prozent der Nahrung bestehen aus Knochen, Sehnen und Bändern. Knochen erscheinen auf den ersten Blick als wenig nahrhaft, enthalten aber genau soviel Energie wie Fleisch. Nur Bartgeier sind durch ihren leistungsstarken Verdauungsapparat und Magensäfte imstande, die enthaltenen Nährstoffe auch zu nutzen. Zum Verschlingen dieser sperrigen Beute ist



Foto: NPHT / M. Knollseisen

Ein Bartgeier im Flug

ihr Schlund besonders dehnbar. Zu große Knochen werden mit den Fängen hoch in die Luft getragen und auf schräge Felsplatten

abgeworfen, auf der sie zersplittern – deshalb auch der Name „Knochenbrecher“. ■ <http://www.hohetauern.at>

Der Lebensraum der Bartgeier

Der Hauptlebensraum des Bartgeiers befindet sich im Gebirgsraum oberhalb der Baumgrenze. Er bevorzugt montane bis alpine Bereiche mit stark strukturierten Schluchtenlandschaften sowie offenen Gebieten zur Nahrungssuche. Der Gebirgsraum bietet dem Bartgeier ein raues Klima. Im Winter entsteht hier durch Lawinenabgänge und schwierige Wetterverhältnisse ein großes Angebot an Fallwild. In Anpassung an seinen Lebensraum beginnt der Bartgeier in Europa seine Brut im Hochwinter, denn zur Zeit des höchsten Nahrungsbedarfes (während der Nestlingsphase) ist durch das Ausapern der Kadaver im Frühjahr auch das höchste Angebot vorhanden.

Juvenile Bartgeier legen in ihren ersten Lebensjahren meist weite Strecken zurück, bis zu 700 km am Tag konnten bereits nachgewiesen werden. Die gute thermi-

schen Bedingungen des Gebirgsraums nutzend, überfliegen sie auf ihren Wanderrouen manchmal den gesamten Alpenbogen. Im Alter von etwa 4 bis 5 Jahren beginnen Bartgeier seßhaft zu werden und gehen Paarbindungen ein.

Der Aktionsraum eines Bartgeierpaares umfaßt zwischen 100 und 750 km², dieses Gebiet sucht es in ausdauernden Gleitflügen nach Nahrung ab. Innerhalb des Aktionsraumes besitzt das Paar ein festes Territorium, das es gegen Eindringlinge verteidigt. Dort errichtet es auch seine Horste.

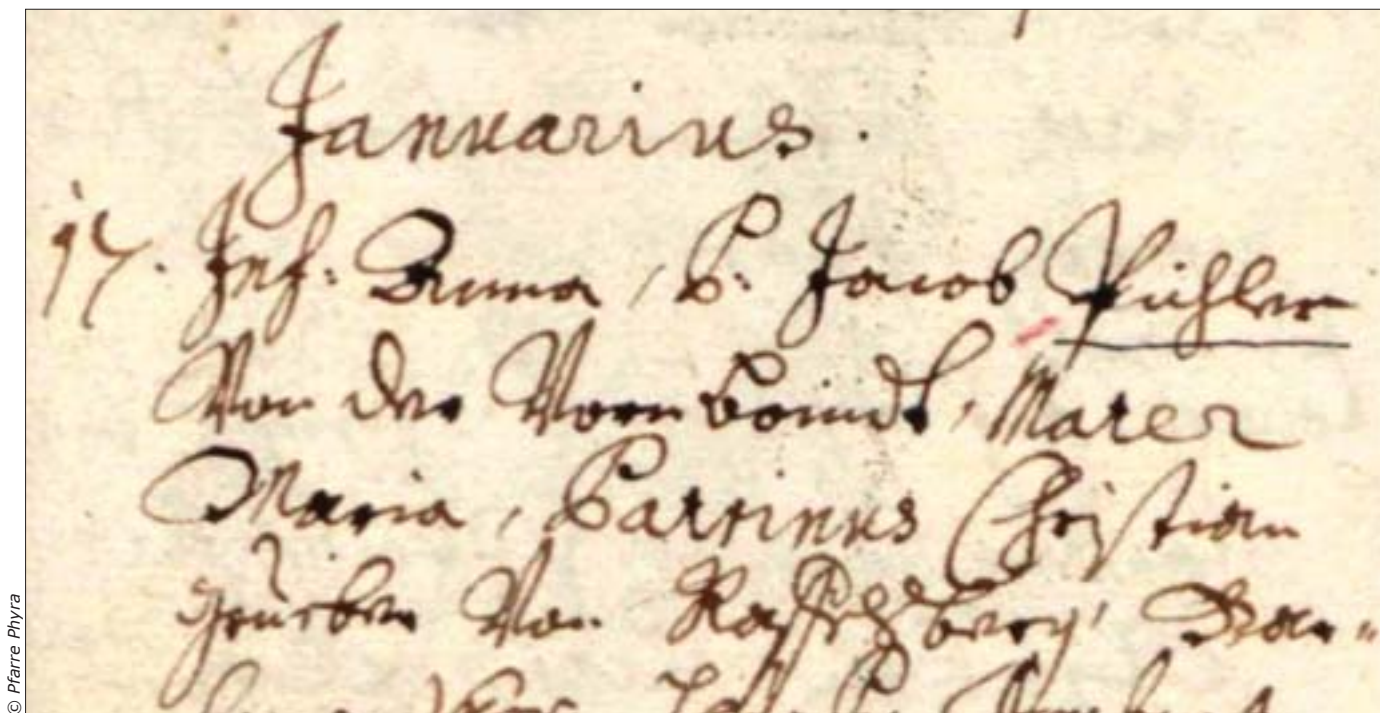
Der Bartgeier ist Überlebenskünstler am Rande von Fels und Eis. Er wiegt zwischen 5 und 7 kg, erreicht eine Flügelspannweite von 270 bis 285 cm. Geschlechtsreif wird er im Alter von 5 bis 8 Jahren und erreicht – im Gehege – ein Höchstalter von 45 Jahren.

Ahnen- und Familienforschung

Der Verein »FAMILIA AUSTRIA« hat sich zum Ziel gesetzt, die Ahnen- und Familienforschung auf dem Gebiet der alten Habsburgermonarchie zu fördern, bestehende Initiativen auf diesem Gebiet zu vernetzen und ganz allgemein historisch-genealogisches Wissen zu erarbeiten und zu publizieren.

Teil 5: Die Kirchenmatriken – wie forscht man in ihnen?

Von Günter Ofner*)



© Pfarre Phyra

Taufe der Anna Pichler im niederösterreichischen Phyra 1757

Zuerst sollte man sich Klarheit über die Religionszugehörigkeit der Vorfahren verschaffen (römisch-katholisch, evangelisch AB bzw. HB, jüdisch, griechisch-katholisch, griechisch-orthodox, altkatholisch, unitarisch, islamisch, armenisch-orth., armenisch-katholisch, Brüdergemeinde, Lipowaner, Anglikaner, usw.)

Versuchen Sie in einem ersten Schritt, über die Hochzeitsbücher möglichst weit zurückzukommen.

Denn bei den Hochzeitseintragungen erhält man in der Regel sehr viel an Zusatzinformation (Elternnamen, Herkunftsorte, Berufe, Hochzeitsalter, ab dem 19. Jht. auch Geburtsdaten und Orte usw.).

Wenn Sie von Ihrem Spitzenahn die Elternnamen nicht wissen, dann schlagen Sie

zuerst dessen Geburt nach. Dort werden Sie die Elternnamen finden. Und dann suchen Sie die Elternhochzeit, dann die beiden Hochzeiten der Großeltern usw.

Diese Methode hat den Vorteil, daß man vorerst nur die Trauungsbücher braucht und relativ schnell vorwärts kommt. So entsteht ein „Gerüst“ der Ahnen, das man dann mittels Taufbüchern, Sterbebüchern, Grundbüchern usw. ergänzen kann.

Findet sich eine Hochzeit nicht, und das kommt oft vor, dann wurde wohl auswärts geheiratet. Dann die Geburtseintragung des Mannes suchen (den Geburtsnamen der Frau kennt man ja in der Regel nicht) und über die Elternnamen weitermachen. So kann man oft die väterliche Linie weiterverfolgen.

Hilft das alles nichts, dann lohnt es sich meist in den umliegenden Pfarren nachzusehen.

Finden sich weder die Hochzeit der Eltern, noch die Geburten der Brautleute, dann

lohnt es sich Taufen von Geschwistern zu suchen. So kann man z.B. feststellen, seit wann die Familie in der Pfarre ansässig war und manchmal steht bei der ersten Taufe einer Familie dabei, woher die Eltern zugezogen sind. Durch das Nachschlagen der Sterbeeintragen kommt man ebenfalls weiter, weil man dort aus der Altersangabe (*Achtung: das ist oft nur eine geschätzte Angabe*) zumindest auf das ungefähre Geburtsjahr schließen kann.

Schreiben Sie Einträge auch immer komplett ab, d.h. auch die Namen und Wohnorte der Trauzeugen, Taufpaten und Hebammen; alle Altersangaben; die Todesursachen; die Hausnummern usw.

Denn bei der späteren Verarbeitung (z.B. EDV) können plötzlich Details, die beim Finden völlig unwichtig erschienen sind, große Bedeutung bekommen. So sind z.B. die, ab 1770 in den habsburgischen Ländern eingeführten, Hausnummern (*Achtung: in*

*) Günter Ofner ist Präsident der FAMILIA AUSTRIA Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte mit Sitz in 1180 Wien.

Chronik

vielen Orten mehrfach geändert) eine wichtige und oft die einzige Methode um bei häufig vorkommenden Namen die richtige Familie zu identifizieren.

Falls das erlaubt ist, sollten Sie die Eintragungen auch fotografieren. Oft braucht man die Fotos dann später, z.B. zur Enträtselung von phantasievollen oder hingeschmierten Eintragungen. Digitalisierte Fotos kann man auch ganz leicht anderen Forschern zur Verfügung stellen oder zwecks Entschlüsselung unlesbarer Worte durch's Netz jagen.

Vermerken Sie immer, wo Sie diese Eintragung gefunden haben: Pfarre, Buch, Seite und natürlich das Datum der Eintragung. Denn, so eine Datensammlung auf Papier wächst schnell.

Und natürlich sollte man gleich zu Anfang nachsehen, ob die Bücher/Filme Namensindices besitzen. Oft gibt es die auch als Extrahefte/Bücher. Denn dann geht alles viel schneller. Wenn in den Büchern kein Index zu finden ist, dann sollten Sie das Archivpersonal danach fragen.

Achtung: Namens-Indices des 17. u. 18. Jht. könnten nach Vornamen geordnet sein, Taufbücher auch nach den Vornamen der Väter. Indices sind oft unvollständig, d.h. den gesuchten Eintrag kann es trotzdem geben.

Überhaupt sollte man sich, bevor man zu suchen beginnt, den Aufbau jedes Buches ansehen. In den habsburgischen Ländern gab es beispielsweise ab 1784 die Vorschrift, Tauf-, Trauungs- und Sterbematriken in getrennten Büchern zu führen und zusätzlich auch noch geordnet nach Ortschaften. Weiß man also die Ortschaft, dann ist das ein grosser Vorteil.

Die Schreibweise der Personen- und Ortsnamen variiert oft stark. Findet man also einen Eintrag nicht, dann sollte man ähnliche Namen durchsehen, z.B. Reichel, Reichelt, Reicheldt, Reichldt usw. Eine gute Methode ist es, sich den Namen in der jeweiligen Mundart vorzustellen, dann überwindet man auch große Schreibvarianten.

Ein Beispiel aus Niederösterreich: Glöckl, Glöckel, Kleckl, Khleckhl usw. – sie alle stehen für *einen* Namen!

In sprachlichen Grenzgebieten wurden Familiennamen oft übersetzt. In Berlau im Böhmerwald z.B. einmal: Schaufelmacher, Schaufler, dann wieder Lopartar, also einmal deutsch dann tschechisch – bei derselben Familie am selben Einschichtof. Es kam eben darauf an, wer diese Eintragungen machte.

Die Buchstaben B/P; C/G/K; D/T; F/V; I/J/Y; V/W wurden oft beliebig ausgewechselt.

Lassen Sie Ihrer Kreativität also freien Lauf. Ahnensuche ist immer auch eine Art von Detektivarbeit und das macht, meiner Meinung nach, auch einen wesentlichen Teil ihres Reizes aus.

Forscht man auswärts, dann sollte man sich abends immer alle Funde in Stammbaumform für den nächsten Tag zusammenschreiben. Denn man kann bei mehrtägigen Forschungen leicht in der Flut der Ahnendaten „ertrinken“ und dann vergessen, Wesentliches nachzuschlagen.

Überprüfen Sie das Gefundene auch auf Plausibilität. Ich fand z.B. ein Geburtsdatum einer Ahnin, das bei der Auswertung ergab, daß sie mit 54 Jahren Mutter geworden sein müßte. Das ist natürlich (fast) unmöglich. Des Rätsels Lösung war dann, daß der Mann dieser Ahnin (mein Ahn) zweimal verheiratet war und beide Frauen hießen Catharina. D.h., ich hatte die erste Hochzeit gefunden, meine Ahnin war aber die zweite Frau. Funde also immer auch logisch überprüfen!

Mitteuropäische Pfarrmatriken, Grundbücher usw. sind in vielen verschiedenen Sprachen verfaßt worden: Deutsch, Latein, Tschechisch, Italienisch, Französisch, Ungarisch, Kroatisch, Polnisch, Niederländisch usw.

Das ergibt beispielsweise bei Vornamen und Ortsnamen große Variationsbreiten. Trotzdem ist beispielsweise Franz, Franciscus, František, Francesco, François, Ferenc usw., immer derselbe Name und kann für dieselbe Person verwendet worden sein.

Aber selbst im Deutschen gibt es eine große Breite an Variationen. Denken Sie an Georg = Jörg, Gregor/Gregorius ist dagegen ein eigenständiger Vorname.

Diese Artikelserie soll keine Einbahnstraße sein. Schreiben Sie mir Ihre Fragen und Probleme und ich will versuchen, diese dann in späteren Folgen zu beantworten.

siehe hier >

Die Serie

hat mit „Genealogie damals und heute“ in der Ausgabe 105 vom 5. März 2012 begonnen.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_105.htm

In der Ausgabe 106 vom 4. April 2012 lesen Sie über „Die ersten Schritte“.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_106.htm

In der Ausgabe 107 vom 3. Mai 2012 lesen Sie über „Die Kirchenmatriken“ (Teil 1).

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_107.htm

In der Ausgabe 108 vom 4. Juni 2012 lesen Sie über „Die Kirchenmatriken“ (Teil 2).

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_108.htm

Familia Austria

Der 2008 gegründete ehrenamtliche wissenschaftliche Verein Familia Austria Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte (ZVR-Zahl: 42788 6617) hat sich zum Ziel gesetzt, die Ahnen- und Familienforschung auf dem Gebiet der alten Habsburgermonarchie zu fördern, bestehende Initiativen auf diesem Gebiet zu vernetzen und ganz allgemein historisch-genealogisches Wissen zu erarbeiten und zu publizieren.

Wir beschäftigen uns mit dem gesamten Spektrum der genealogischen Wissenspalette, von der Familienforschung über die Geschichte bis zur Geographie (Erdkunde), Landeskunde, Heimatkunde usw. Vor allem aber sind wir dabei, mit vereinten Kräften große Datenbanken aufzubauen und für Benützer über das Netz zugänglich zu machen. Damit sollen auch Familienforscher, die nicht im Bereich des alten Österreich wohnen, die Chance haben hier zu forschen.

Familia Austria sieht sich sowohl als Service-, wie als Forschungseinrichtung.

Details zu den Zielen

http://www.familia-austria.at/ziele_fa.php

Derzeit hat der Verein bereits etwa 500 Mitglieder und Mitarbeiter in der ganzen Welt. Er ist ehrenamtlich und gemeinnützig organisiert, nicht auf Gewinn ausgerichtet, von keiner Firma abhängig und Mitglied im Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs (VWGÖ)

<http://www.vwgoe.at>

Hunderte kostenlose Forschungsseiten und die Datenbanken des Vereins finden Sie hier:

<http://familia-austria.net/forschung>

Fragen & Auskünfte

Egal ob Sie Anfänger sind oder schon jahrzehntelang forschen, immer wieder ergeben sich Fragen und Probleme.

Ich lade Sie ein, mir diese Fragen zu schicken und will versuchen, Ihnen im Rahmen dieser Artikelserie Antworten oder zumindest Hilfestellung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Ofner

Präsident von Familia Austria
Österreichische Gesellschaft für
Genealogie und Geschichte

Gentzgasse 59/9

A-1180 Wien

Telefon.: ++43 / (0)1 / 478 01 70

gunter.ofner@chello.at

Tafeln im Weinviertel

Vorgeschmack auf »Brot & Wein«, die
Niederösterreichische Landesausstellung 2013

Zum mittlerweile zweiten Mal lädt der Weinviertel Tourismus zusammen mit einigen der besten KöchInnen und WinzerInnen der Region zum „Tafeln im Weinviertel“. Spitzenprodukte und Spitzenweine aus dem Weinviertel werden hier an insgesamt 14 Terminen aufgetischt. Die weiße Tafel wird von 22. Juni bis 24. August direkt in der unvergleichlichen Landschaft der Region gedeckt. So treffen einander kulinarischer Genuß und Augenweide bei passender Musik. Das „Tafeln im Weinviertel“ startete mit Habenkoch Georg Kruder und Winzer Michael Martin im Barockschloß Prinzendorf. Das „Tafeln im Weinviertel“ wird auch kulinarischer Höhepunkt der Niederösterreichischen Landesausstellung 2013 mit dem Titel „Brot & Wein“ sein.

Ob mit Fleisch vom Weinviertler Strohschwein ...

„Hier geben die Besten ihr Bestes“, erklärt Landesrat Karl Wilfing, der sich von den Vorbereitungen zum „Tafeln im Weinviertel“ persönlich überzeugt hat. „Egal, ob mit Fleisch vom Weinviertler Strohschwein oder vom Weinviertler Biorind mit saftigen Zwiebeln, knackigem Gemüse, aromatischen Kräutern oder mit Köstlichem aus süßen Früchten: Hier kommt man auf den Geschmack des Weinviertels. Und hier holt man sich auch einen sprichwörtlichen Vorgeschmack auf die Gastfreundschaft bei der Niederösterreichischen Landesausstellung 2013“, ist der Weinviertler überzeugt.

Die genußvolle Gelassenheit...

„In der Weinviertler Landschaft zu tafeln ist die schönste Einstimmung auf die Niederösterreichische Landesausstellung 2013“, unterstreicht Landesausstellungs-Geschäftsführer Kurt Farasin. „Die genußvolle Gelassenheit des Weinviertels zergeht einem hier auf der Zunge. Und in der lauschigen Abendsonne des Weinviertels wird so mancher Smalltalk mit unseren Landesausstellungs-Botschaftern möglich sein. Denn der Weinviertel DAC, das Weinviertler Brot und der Weinviertler Hut dürfen auf keiner Weinviertler Tafel fehlen“, sagt Farasin und kündigte für Anfang Juli die Bekanntgabe der ersten Botschafterin im Team an. Für das



Tafeln im Museumsdorf Niedersulz (v.l.): Karl Polak (Zur Linde, Mistelbach), Martin Weiler (Restaurant Weiler, Laa/Thaya), Severin Weber (sieben:schläfer, Falkenstein) und Christoph Wagner (Wagner's Wirtshaus, Hollabrunn)



»Es ist aufgetragen« wird es hier, in Herrnbaumgarten, in Kürze wohl heißen – die Menükarten und das »Körberl« warten bereits.

„Tafeln im Weinviertel“ sind allerdings nur noch Restplätze zu ergattern.

Die Niederösterreichische Landesausstellung 2013 mit dem Titel „Brot & Wein“ wird jahrtausendealte Kulturgeschichte lebendig machen. Während sich das Urgeschichtemu-

seum Niederösterreich Asparn an der Zaya dem Thema „Brot“ widmet, können die BesucherInnen in der Weinhauptstadt Poysdorf alles über die Geschichte des Rebensaftes erfahren.

<http://2013.noelandesausstellung.at>

Die schönsten Schanigärten

Verleihung der beiden Branchenpreise »Goldener Schani« und »Goldene Jetti«

Welcher ist der schönste Gast- bzw. Schanigarten Wiens? Das fragt die Wirtschaftskammer Wien jedes Jahr aufs Neue mit dem Branchenwettbewerb „Goldener Schani“, der wieder im Rahmen des Sommerfestes der Wiener Tourismus- und Freizeitwirtschaft verliehen wurde. Rund 120 Wiener GastronomInnen beteiligten sich daran und reichten ihre Gastgartenkonzepte ein. Eine hochkarätig besetzte Jury aus Wirtschaft, Verwaltung, Presse, Design und Architektur ermittelte die Sieger, die von Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank und Spartenobmann Josef Bitzinger ausgezeichnet wurden.

Als schönster, klassischer Schanigarten wurde das Restaurant Ella's, 1010, Judenplatz 9-10, <http://www.ellas.at> ex aequo mit dem Café Amacord, 1040, Rechte Wienzeile 15, gekürt. In der Kategorie „Im Grünen“ erhielt das Pan e Giardin/Pan e Wien, 1030, Salesianergasse 25, <http://www.panewien.at> den Preis. Und in der Kategorie „Versteckte Juwelle“ machte der Gastgarten vom Kristian's Monastiri, 1070, Neustiftgasse 16, <http://kristians.monastiri.at> das Rennen.

„Die über 2000 Wiener Gastgärten, die das Stadtbild Wiens in den Sommermonaten wesentlich prägen, sind ein ganz besonderer Publikumsmagnet und Oasen der Erholung und Entspannung. Mit der Verleihung des ‚Goldenen Schani‘ wollen wir die kreativsten Gastronomen vor den Vorhang holen“, sagt Präsidentin Jank.

Branchenpreis »Goldene Jetti«

Bereits zum zweiten Mal wurde heuer ein weiterer Branchenpreis namens „Goldene Jetti“ in zwei Kategorien verliehen. Prämiert wurden Unternehmen, die mit ihren innovativen, kreativen, außergewöhnlichen und erfolgreich umgesetzten Konzepten, Produkten, Veranstaltungen oder Einrichtungen das Wiener Freizeitangebot und somit die Lebensqualität in Wien wesentlich und nachhaltig bereichern. Namensgeberin für den Preis ist das Wiener Original „Jetti Tant“. Sie kümmerte sich einst in den Familien um die Freizeitgestaltung der Kinder. Eine andere berühmte Jetti dieser Zeit war Henriette „Jetty“ Strauß, die erste Frau und große Liebe des Walzerkönigs Johann Strauß.

In der Kategorie „Körper & Geist“ wurde die neue Trendsportart „Stand Up Paddling“



v.l.: Heinz Wollinger (Direktor WK Wien), Katharina Gröbl (Restaurant Ella's), Josef Bitzinger (WK Wien, Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft)



Fotos: WKW Tourismus und Freizeitwirtschaft / F. Wieser

Mit dem »Goldenen Schani« ausgezeichnet: das Restaurant Ella's am Judenplatz

1190, Ruthgasse 21, <http://www.flexyfit.at> ausgezeichnet. Auf einem etwas umgewandelten Surfbrett paddelt man stehend gegen Wind und Wetter, was koordinativ beachtliches Talent erfordert.

In der Kategorie „Kultur und Erlebnis“ belegte der Wiener Spaziergang „Kipflkoch & Bratlegeiger“, 1140, Einwanggasse 17/3/10, <http://www.kulturguide-wien.at> den 1. Platz. Der kulinarische Rundgang mit Fremdenführerin Ursula Schwarz läßt die Wiener Küche in verschiedenen Lokalen der Innenstadt Revue passieren. Im Beisl, im Kaffeehaus und im Wirtshaus gibt es dann Kostproben von typischen Wiener Gerichten.

„Wir freuen uns mit den Gewinnern und sehen unsere Branchenwettbewerbe ‚Goldener Schani‘ und ‚Goldene Jetti‘ als generelle Anerkennung für die gesamte Branche. Schanigärten sind in Wien allseits außerordentlich beliebt, auch wenn sie auf der anderen Seite mit Abgaben und Auflagen belastet werden und sich einer immer größeren Konkurrenz durch zahlreiche Veranstaltungen im öffentlichen Raum gegenüber sehen. Da muß man ab und zu ‚Danke‘ an unsere Wiener Unternehmer sagen“, so Josef Bitzinger, Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft Wien.

<http://wko.at/wien>

Ehrung für Christoph Waltz

Der weltberühmte und international vielbeschäftigte Schauspieler Christoph Waltz wurde am 6. Juni vom Bundespräsidenten mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet.

Die Ehrung wurde Waltz an der Österreichischen Botschaft in Berlin von Botschafter Ralph Scheide überreicht.

Scheide betonte in seiner Laudatio, daß Christoph Waltz zu der ersten Riege international erfolgreicher österreichischer Schauspieler nach dem 2. Weltkrieg zähle und die Linie Oskar Werner, Curd Jürgens, Maximilian Schell und Klaus Maria Brandauer weiterführe. Waltz besitze eine ausgeprägte schauspielerische Differenzierungsfähigkeit und Einfühlungssensibilität, die er in den meisten seiner Filme, insbesondere in der Darstellung ambivalenter, abgründiger und rätselhafter Charaktere unter Beweis stelle. Mit seinen künstlerischen Fähigkeiten, seinen Erfolgen im Verein mit seinem Bekenntnis zu Österreich habe Christoph Waltz einen unersetzlichen Beitrag für die Wahrnehmung Österreichs als „Land des Films“ in aller Welt geleistet.

Zu internationaler Berühmtheit gelangte Waltz 2009 in der Rolle des SS-Standartenführers Hans Landa in Quentin Tarantinos Film „Inglorious Basterds“. Er erhielt unzählige internationale Ehrungen, darunter 2009 die Auszeichnung als „Bester Darsteller“ bei den Internationalen Filmfestspielen von Cannes, sowie 2010 den Golden Globe und den Oscar jeweils als „Bester Nebendarsteller“. Nach Maximilian Schell ist Waltz der erste und einzige Künstler aus dem deutschen Sprachraum überhaupt, der den Oscar in einer der Schauspielkategorien erhielt.

Christoph Waltz wurde am 4. Oktober 1956 geboren. Er studierte Schauspiel am Max-Reinhardt-Seminar in Wien und am Lee Strasberg Theatre Institute in New York. 1977 stand er erstmals in seiner Heimatstadt Wien auf der Theaterbühne. Es folgten Theater-Engagements in Zürich und Köln, er spielte außerdem in Frankfurt am Main, Hamburg, Salzburg und Wien. 1982 erhielt er den renommierten O.E.-Hasse-Preis. Seit Ende der 1970er-Jahre wirkte er in zahlreichen Fernseh- und auch Kinofilmen mit. Obwohl er in der Vergangenheit überwiegend fürs Fernsehen arbeitete, stand Waltz immer wieder auch für internationale Produktionen vor der Kamera, drehte fürs französische, australische und britische Fernsehen. 1995 gehörte



Foto: Voglsam, Kf Berlin

Botschafter Ralph Scheide und Christoph Waltz in der Botschaft in Berlin

er zur Darstellerriege der international besetzten Fernsehproduktion „Katharina, die Große“ mit Catherine Zeta-Jones in der Titelrolle. Einem breiteren Publikum bekannt wurde er zunächst als Roy Black in der Verfilmung von dessen Lebensgeschichte und, ebenfalls unter der Regie Peter Keglevics, in der Rolle des gewieften wie skrupellosen Entführers in „Der Tanz mit dem Teufel – Die Entführung des Richard Oetker“.

Zu seinen rezenten internationalen Filmerefolgen zählen seine Rollen in den Streifen „Der Gott des Gemetzels“ in Zusammenarbeit mit Roman Polanski, sowie seine Verkörperung des Zirkusdirektors in „Wasser für die Elefanten“.

Zur „Golden Globe“-Verleihung siehe: „Österreich Journal“, Ausgabe 80 vom 2. Februar 2010, Seite 82

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_080.htm

Oscar für Waltz als »Bester Nebendarsteller«

Christoph Waltz wurde mit dem Oscar, die heißbegehrte goldene Trophäe, für seine Darstellung des furchteinflößenden und sadistischen SS-Oberst Hans Landa als „Bester Nebendarsteller“ im Film „Inglorious Basterds“ ausgezeichnet. Dabei war der 1956 in Wien geborene Waltz vor seiner Rolle in Tarantinos Genre-Werk höchstens Film-Insidern etwa aus der „Roy-Black-Story“ bekannt. Bis heute betont Quentin Tarantino, daß er den Film ohne Waltz nicht gedreht hätte. Der Kultregisseur suchte meh-

rere Monate lang intensiv einen Darsteller, der Schauspiel, sprachliches Talent und Eloquenz vereint und wurde erst mit Christoph Waltz, der vier Sprachen fließend spricht, fündig.

Der Actionfilm vereint alles, was Fans von einem richtigen Tarantino-Movie erwarten: dichte Erzählweise, rasches Tempo und die typische knallharte Inszenierung. Er erzählt die Geschichte der „Basterds“ unter der Leitung von Leutnant Aldo Raine, der von Brad Pitt dargestellt wird. *Quelle: ORF*

»Gold« an Norbert van Handel

Norbert van Handel hat sich mit seinem großartigen Engagement um die Erhaltung und Denkmalpflege in Oberösterreich und im Bereich Kunst und Kultur weit über die Grenzen Oberösterreichs verdient gemacht. Am 16. Juni wurde er von Landeshauptmann Josef Pühringer mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes ausgezeichnet: „Diese Auszeichnung soll Dank und Anerkennung für seine Lebensleistung sein. Norbert van Handel war Vorbild und Beispiel. Er hat es mit Engagement, Motivation, Innovation, Mut und Kraft möglich gemacht Tradition zu erhalten, Barrieren abzubauen und durch soziales Engagement zu ersetzen. Van Handel machte dem Kulturland Oberösterreich und der Heimatpflege im Speziellen mehr als alle Ehre“, so Pühringer in seiner Laudatio.

Norbert van Handel studierte in Innsbruck und München Jus, Wirtschaft und Geschichte und begann seine berufliche Karriere als Leiter des Büros des früheren Bundesministers Vinzenz Kotzina in der Handelskammer Oberösterreich. Lange Zeit nahm van Handel verschiedene Funktionen in der österreichischen Industrie wahr.

Darüber hinaus war er jahrelang Mitglied des Vorstandes des Vereines „Denkmalpflege“ und war in der 1. Funktionsperiode des Landeskulturrates aktiv.

Das Jahr 2007 war in dem an Höhepunkten reichen Leben des Norbert van Handel ein weiteres wichtiges Jahr, so erfolgte die Reformierung des St. Georgs-Ordens in seiner Funktion als Kanzler und nunmehr als Prokurator und direkter Stellvertreter des Großmeisters Erzherzog Karl. Dieser Orden stellt eine wichtige christliche und überkonfessionelle europäische Institution dar, die in vielen Diskussionen vor allem auch im benachbarten Bayern, Kroatien, Italien und Ungarn Fußgefaßt hat.

Der Almegger Kulturverein, der das größte privatwirtschaftliche Kulturzentrum des Landes ist, erweiterte sich 2001 zum Kulturforum Schloß Almegg/Schloß Hagenau und ist mit seinen rund 3000 Mitgliedern und FreundInnen Aushängeschild und Visitenkarte des Landes.

„Und hier setzen die eigentlichen Überlegungen für die heutige Auszeichnung an. Bereits vor 40 Jahren wurde über Initiative von Dr. van Handel der Kulturverein Schloss Almegg gegründet und das damals baufälli-



Foto: Land OÖ/Kraml

v.l.: LH Josef Pühringer, Elisabeth van Handel und Norbert van Handel



Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

v.l.: LH Josef Pühringer, Trachtenlady Gexi Tostmann und Norbert van Handel Mitte Juni bei einer der kulturellen Veranstaltungen auf Schloß Hagenau

ge und renovierungsbedürftige Schloß und Stammsitz der Familie van Handel konsequent restauriert“, so LH Pühringer.

2001 wurde auch mit der Renovierung des Schlosses und der Schloßkirche Hagenau begonnen, und es gelang, hier zugleich ein Kulturzentrum im Innviertel zu etablieren. „Jährlich kommen zu den über 300 Veranstaltungen Tausende Besucherinnen und Besucher, und unter anderem wurde 2006 das ‚Kammermusikfestival im Innviertel‘ ins Leben gerufen und erfreut sich jährlich größter Beliebtheit mit internationalen Künstlerinnen und Künstlern“, so der Kulturreferent

weiter. Sowohl in Schloß Almegg in der Gemeinde Steinerkirchen als auch in Schloß Hagenau in der Gemeinde St. Peter am Hart wird die Bevölkerung so weit wie möglich in das Kulturgesehen integriert.

Weiters gab van Handel auch die Initialzündung für das Agrarium als landwirtschaftlichen Schaupark in Steinerkirchen. Dieses Familienparadies bietet mit seiner faszinierenden Mischung aus Pflanzen-, Tier- und Abenteuerwelt auf 100.000 m² ein europaweit einzigartiges Ausflugs- und Freizeitvergnügen.

<http://www.hagenau.at>

Parkinson-Impfstoff

Weltweit erste klinische Studie in Wien

Die weltweit erste klinische Studie zur Entwicklung einer Parkinson-Impfung wird jetzt von der Wiener AFFiRiS AG durchgeführt. Der als PD01A bezeichnete Wirkstoff richtet sich gegen ein für die Erkrankung als verantwortlich angesehenes Protein namens alpha-Synuklein und wird derzeit in einer Phase I Studie an Parkinson-PatientInnen getestet. Der Impfstoff bietet so Aussicht auf die ursächliche Behandlung von Parkinson und sein Erfolgspotenzial veranlasste die US-amerikanische Michael J. Fox Stiftung, die Entwicklung von PD01A großzügig finanziell zu unterstützen. Die in Wien angesiedelte Studie ist darauf ausgelegt, die Sicherheit und Verträglichkeit von PD01A zu bestätigen. Dazu werden bis zu 32 PatientInnen in die Studie eingeschlossen.

Die AFFiRiS AG gab am 5. Juni den Start der Phase I Studie ihres Parkinson-Impfstoffkandidaten PD01A bekannt. Der Impfstoff stellt den weltweit ersten Wirkstoff dar, der auf eine ursächliche Behandlung von Parkinson abzielt und nicht nur auf symptomatische Effekte ausgelegt ist. PD01A soll seine Wirkung spezifisch gegen das als alpha-Synuklein (alpha-syn) bezeichnete Protein entfalten, das in der Entstehung und Progression der Parkinson Krankheit eine Schlüsselrolle spielt. Durch die Impfung soll das Immunsystem angeregt werden, Antikörper zu bilden, die sich gegen alpha-syn richten. Die Studie wird in Wien in der Confraternität Privatklinik Josefstadt durchgeführt und bis zu 32 PatientInnen einschließen.

Walter Schmidt, CEO der AFFiRiS AG, meint zu dem Fortschritt des Parkinson-Projekts: „Unsere Studie führt weltweit erstmals einen immuntherapeutischen Wirkstoff in die Parkinsontherapie ein. Es handelt sich damit um eine sogenannte ‚First-in-Man‘ und ‚First-in-Kind‘-Studie, weil PD01A die erste Substanz überhaupt ist, die über eine Beeinflussung des alpha-syn Stoffwechselweges auf klinische Wirksamkeit abzielt. Bereits im Vorfeld gab es für dieses völlig neue Behandlungskonzept bedeutenden Zuspruch, da die angesehene amerikanische Michael J. Fox Foundation finanzielle Zusagen über insgesamt 1,5 Mio. US-Dollar gemacht hat. Damit ist dies eines von wenigen Projekten außerhalb der USA, das von der Stiftung als unterstützungswürdig betrachtet wurde.“



Foto: AFFiRiS

Auf der Basis firmeneigener Patentpositionen entwickelt AFFiRiS maßgeschneiderte Peptid-Impfstoffe gegen Alzheimer, Atherosklerose, Parkinson, Diabetes u.a.

Dieser Zuspruch ist durchaus nachvollziehbar, besitzt der Impfstoffkandidat der AFFiRiS AG doch Potenzial, Parkinson erstmals ursächlich zu behandeln. Seit der Einführung von L-DOPA vor etwas mehr als 50 Jahren folgten alle weiteren Therapeutika dem gleichen Konzept: der Substitution des Neurotransmitters Dopamin. Entsprechend verfügen alle bisherigen Parkinsonmedikamente lediglich über eine symptomatische Wirkung, keines kann ursächlich in den Krankheitsverlauf eingreifen.

Ablagerungen pathologischer Formen des alpha-syn Proteins im Gehirn

Als ursächlich für Parkinson gelten nach heutigem Wissen Ablagerungen pathologischer Formen des alpha-syn Proteins im Gehirn. Eine Reduktion der alpha-syn Aggregate im Gehirn sollte sich daher positiv auf den Verlauf der Parkinson Krankheit auswirken. Genau hier setzt PD01A an. Denn der Impfstoff soll die Bildung von Antikörpern anregen, die sich gegen das alpha-syn richten, um so dessen schädliche Wirkung einzudämmen. Dazu Frank Mattner, CSO der AFFiRiS AG: „Hinter der Entwicklung von PD01A steht unsere AFFITOM®-Technologie, die auch die Entwicklung unserer bisher am weitesten entwickelten Alzheimer-Impfstoffkandidaten ermöglichte. Diese Technologie erlaubt uns die rasche Identifizierung nicht nur eines einzelnen Produktkandida-

ten, sondern eines ganzen Pools von Impfstoffen mit exzellentem Sicherheitsprofil und genau feinadjustierter Spezifität. Anschließend kommt unsere Strategie der „klinischen Reifung“ zur Anwendung, die vorsieht, mehrere Impfstoffe gegen eine bestimmte Krankheit in die klinische Erprobung zu bringen. Dadurch wollen wir sicherstellen, daß wirklich der für den Menschen beste Impfstoff entwickelt werden kann.“

Über AFFiRiS AG (Stand: Juni 2012)

Auf der Basis firmeneigener Patentpositionen entwickelt AFFiRiS maßgeschneiderte Peptid-Impfstoffe gegen Alzheimer, Atherosklerose, Parkinson, Diabetes, Bluthochdruck und weitere Krankheiten mit dringendem medizinischem Bedarf und attraktiven Marktvolumina. Alzheimer ist die aktuelle Leitindikation. Für die Alzheimer-Impfung konnte GlaxoSmithKline Biologicals im Oktober 2008 als Lizenzpartner gewonnen werden, mit einer Sofortzahlung von über 22,5 Mio. Euro. Der Vertrag sieht (meilensteinabhängige) Zahlungen von bis zu 430 Mio. Euro vor. Eine erste Zahlung von 10 Mio. Euro wurde im Oktober 2009 ausgelöst. Eine weitere Zahlung von 3,5 Mio. Euro wurde im Februar 2011 bekannt gegeben. AFFiRiS beschäftigt am Campusgelände St. Marx in Wien, Österreich, aktuell 85 hoch qualifizierte Mitarbeiter.

<http://www.affiris.com>

Der Männerkrankheit Nummer 1 auf der Spur

Weitere Anerkennung für österreichisches Forscherteam in den USA

Prostatakrebs – diese Diagnose stellen Österreichs Ärzte im Jahr rund 5000 Patienten. Mit weltweit über einer halben Million Neuerkrankungen jährlich ist das Prostatakarzinom der häufigste, bösartige Tumor beim Mann. „Mehr Wissen darüber, wie diese Männerkrankheit Nummer 1 genau entsteht, ist das lebensrettende Gebot der Stunde.“ Das sagte der Innsbrucker Molekularpathologe Prof. Zoran Culig am Abend des 26. Juni in seinem eingeladenen Vortrag bei der Jahrestagung der „Endocrine Society (ENDO)“, dem weltweit größten Kongress der Endokrinologie, in Houston (Texas/USA).

Der Krebs der Vorsteherdrüse (Prostata) ist bisher nur im Frühstadium gut behandelbar. Seine Ursachen sind bisher nicht vollständig geklärt. Auch jene komplexen Signalwege, die bei der Entwicklung und dem Voranschreiten dieses Karzinoms fehlgesteuert ablaufen, werden angesichts der großen Zahl der betroffenen Krebskranken weltweit intensiv erforscht. In diesem Feld gilt die mit einem Durchschnittsalter von 30 Jahren junge Gruppe Culigs als eine der international renommiertesten. Das sechsköpfige Team wird vom österreichischen Forschungsfonds FWF gefördert. Die Gruppe liefert seit 15 Jahren vielbeachtete Forschungsimpulse. Aus diesem Grund wurde der Innsbrucker Molekularpathologe nach Angaben der ENDO bei der Jahrestagung der Gesellschaft als einziger Österreicher zu einem Vortrag eingeladen. Der Nachwuchsforscher Frédéric R. Santer (34) vom Team Culigs wurde beim Kongreß für seinen „Outstanding Abstract“ ausgezeichnet.

Hot topic Entzündung und Krebs

In seinem Vortrag mit dem Titel „Interleukin signaling in androgen action“ eröffnete der Molekularpathologe neueste Einblicke in ein junges „Hot topic“ der internationalen Krebsforschung, in die komplexen Zusammenhänge zwischen entzündlichen Prozessen im Körper und der Entstehung sowie Entwicklung des Prostatakarzinoms. „Bei Darmkrebs ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen chronischen Entzündungen und Krebs schon länger bekannt. In der Ent-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

5000 Prostatakrebs-Diagnosen werden in Österreich jährlich gestellt

stehung und Entwicklung des Prostatakarzinoms ist die mögliche Schlüsselrolle chronischer Entzündungen ein junges Thema. Die bisherigen Ergebnisse unserer jahrelangen Grundlagenforschungen in eigens entwickelten Zellkulturmodellen zeigen allerdings, daß inflammatorische, also entzündungsfördernde Netzwerke, autonom oder in Zusammenarbeit mit dem männlichen Sexualhormon Androgen die Entstehung und Entwicklung des Prostatakarzinoms beeinflussen“, sagte der Wissenschaftler.

Targettherapie für Prostatakrebs als langfristiges Ziel

Im Visier hat das Team unter anderem die Gruppe der so genannten „proinflammatorischen Zytokine“, darunter insbesondere den Botenstoff Interleukin-6 (IL-6). Bei chronischen Entzündungen in der Vorsteherdrüse

werde dieser Botenstoff vermehrt ausgeschüttet und könne die Entwicklung von Prostatakrebs über komplexe zelluläre Signale grundsätzlich fördern. Dies bietet laut Culig möglicherweise auch einen künftigen Ansatzpunkt für die Prävention von Prostatakrebs. „Unsere Ergebnisse zeigen auch, daß Interleukine in vielen Zellen die Effekte der Androgene unterstützen können. Das heißt, exakt jenes Hormon, das Prostatakrebszellen für ihr ungebremstes Wachstum benötigen, wird beim Voranschreiten der bösartigen Tumorerkrankung unterstützt, dies umso intensiver, je kanzerogener das Gewebe bereits ist“, sagte der Wissenschaftler. Dies sei ein wichtiger Grund dafür, warum die bisher vorwiegend gegen das Prostatakarzinom eingesetzte Antiandrogen-Therapie nach einer bestimmten Zeit nicht mehr wirken könne.

„Eine Behandlung des Prostatakarzinoms, die Interleukine und Androgene hemmt, könnte daher in Zukunft sinnvoll sein“, betonte Culig. Auf lange Sicht feilt das Team an einer innovativen Targettherapie für Prostatakrebs. „Sehr vereinfachend gesagt wissen wir heute, daß Krebs nicht gleich Krebs ist. Gezielt und jeweils individuell abgestimmt auf jene Moleküle in den Zellen einwirken zu können, die eine zentrale Rolle bei der Entstehung von Prostatakrebs und beim Tumorwachstum spielen, das ist unsere große Hoffnung. Dazu sind aber noch viele Jahre Grundlagenforschung nötig“, betonte Culig.

Das Innsbrucker Team erhielt bisher mehrere internationale Forschungspreise. Mit der Einladung nach Houston erfuhr die Arbeit der Gruppe eine weitere Anerkennung aus den USA. Die 1916 gegründete ENDO hat über 15.000 Mitglieder in hundert Ländern. Sie ist die weltweit älteste und größte Gesellschaft in der Endokrinologie. Die Förderung exzellenter Forschung ist ihr deklariertes Ziel. Die Jahrestagung der Gesellschaft ist mit 10.000 Teilnehmern die global größte Konferenz ihres Fachgebietes. Der neueste Stand bei der Erforschung von Hormonen sowie die verbesserte Diagnose und Therapie jener Vielzahl an Erkrankungen, die von diesen biochemischen Botenstoffen unseres Körpers ausgehen, ist traditionell Thema. ■

Elektrosignale gegen den Schmerz

In der Schmerz- und Wundtherapie werden elektrische Impulse eingesetzt, die am Ohr freie Nervenendigungen stimulieren. Elektrotechnische Entwicklungen der TU Wien treiben diese neuartige Therapie voran.



Prof. Eugenijus Kaniusas (l.) und Jozsef Constantin Széle an der TU Wien

Elektronik, die in unser Nervensystem eingreift und Erstaunliches bewirkt – das klingt fast nach Science-Fiction. An der TU Wien wird allerdings an elektronischen Geräten gearbeitet, die bereits jetzt spürbare Verbesserungen bei Schmerzen oder Durchblutungsstörungen bringen, ganz ohne pharmakologischen Nebenwirkungen. Winzige Nadeln im Ohr leiten spezielle elektrische Impulse in den Körper – die Auswirkungen davon können mit sensibler Messelektronik nun erstmals sofort sichtbar gemacht werden.

Gegen Schmerz, für bessere Durchblutung

Professor Eugenijus Kaniusas leitet die Gruppe für Biosensorik (Institute of Electrodynamics, Microwave and Circuit Engineering) an der TU Wien. Dort werden elektronische Methoden entwickelt, Meßdaten über den menschlichen Körper aufzuzeichnen und zu verarbeiten. Durch die nun entwickelten Geräte soll aber nicht nur gemessen, sondern auch direkt in die physiologischen Mechanismen des Körpers eingegriffen werden.

Kaniusas arbeitet dabei mit Jozsef Constantin Széles von der Medizinischen Universität Wien zusammen. Széles erfand und entwickelte eine Methode, mit elektrischer Stimulation über mehrere Tage hindurch Schmerzen zu lindern und die Durchblutung zu för-

dern. Die Grundidee dieses Verfahrens wurde bereits erfolgreich in klinischen Studien getestet, soll zukünftig durch verbesserte Elektronik und objektive Messtechniken aber noch deutlich wirkungsvoller werden.

Elektronisches Gerät am Ohr

Das Gerät, das an der TU Wien im Rahmen der Kooperation mit Széles entwickelt wird, trägt man direkt am Körper, nahe am Ohr. Dort verlaufen nämlich auch Fasern des Nervus Vagus, der größte Nerv des Parasympathikus. Der Parasympathikus ist ein Teil des autonomen Nervensystems, das für die Steuerung der inneren Organe und des Blutkreislaufs verantwortlich ist. Er wird (als Gegenspieler des aktivierenden Sympathikus) mit Ruhe und Regeneration in Verbindung gebracht. Das Gerät gibt über kleine Titannadeln elektrische Impulse an die Verzweigungen des Nervus Vagus ab und kann ganz einfach von außen drahtlos gesteuert werden – etwa über ein Smartphone.

Wissenschaftliche Daten sammeln

Mit gewöhnlicher Akupunktur oder mit alternativen Heilmethoden hat die neue Methode nichts zu tun, denn stimuliert wer-



Fotos: TU Wien

Sensoren am Körper ermöglichen objektive Messungen über Schmerz.

Wissenschaft & Technik

den parasympathische und sympathische freie Nervenendigungen am Ohr. Die Wirkung der Elektrostimulation der Nerven läßt sich direkt überprüfen: „Unsere elektrischen Impulse beeinflussen den Körper auf eine nachvollziehbare Weise, deren Auswirkungen man sofort messen kann“, betont Eugenijus Kaniusas. Zunächst muß die richtige Einstichregion am Ohr gefunden werden. An der TU Wien wurden in Kooperation mit der MedUni Wien Geräte entwickelt, die zur genauen Auffindung des Nervus Vagus dienen.

Maßgeschneiderte Elektrosignale

Den Nerv einfach nur elektrisch zu stimulieren genügt nicht – es kommt darauf an, wie man es macht: „In unseren Experimenten fanden wir heraus, daß die genaue Form der elektrischen Impulsabfolgen entscheidend für den optimalen Erfolg ist“, sagt Eugenijus Kaniusas. An einer Patientengruppe wurden unterschiedliche elektrische Signalformen getestet, um die wirksamsten Impulse zu ermitteln. Die erforderlichen Nerven-Signale hängen auch von der Art des Schmerzes ab: Chronische Schmerzen sprechen auf andere Elektro-Signale an als akuter Schmerz.

Weitere Forschung nötig

Bei der Überprüfung des Erfolgs kann man auf elektronische Meßmethoden zu-



Foto: TU Wien

Um die richtigen Einstichstellen zu finden, wird das Ohr durchleuchtet.

rückgreifen: „Mit speziellen Geräten können wir die Herzratenvariabilität messen“, sagt Kaniusas. Daraus lassen sich dann viele Informationen berechnen – auch über das Schmerzempfinden. Damit steht eine objektive Messgröße zur Verfügung, die man lau-

fend überwachen kann. Bei Bedarf kann die Form der elektrischen Stimulation angepasst werden.

Stimulation statt Amputation

Große Erfolge zeigen sich auch bei Patientengruppen mit schlechter peripherer Durchblutung („Peripheral Vascular Disease“). „Wer unter dieser Krankheit leidet, ist oft in der Beweglichkeit stark eingeschränkt, auch mit der Wundheilung gibt es bei schlechter Durchblutung oft schwere Probleme“, sagt Eugenijus Kaniusas. Im schlimmsten Fall müssen sogar Extremitäten amputiert werden. Elektrostimulation kann hier aber sehr hilfreich sein: „Wir können die Steigerung der Durchblutung im Fuß durch die elektrischen Impulse wiederholt ein- und ausschalten – der Effekt ist sehr deutlich zu sehen“, berichtet Kaniusas.

Langfristig sollen Geräte entwickelt werden, die noch flexibler sind und sich auch kurzfristig an Herzschlag und Atmung anpassen, um so die therapeutische Wirkung weiterhin zu steigern. Auch wenn es bereits klinische Studien gibt, in denen die Wirksamkeit der Elektrostimulation bestätigt wurde, sollen noch weitere Studien durchgeführt werden. „Je mehr Daten wir sammeln können, umso bessere Ergebnisse werden wir erzielen“, meint Eugenijus Kaniusas. ■

Medizintechnik-Innovation: Mikroreaktor aus OÖ erleichtert gezielte Behandlung von Erkrankungen wie Krebs

In einem Kooperationsprojekt des Gesundheits-Clusters haben drei Unternehmen und eine universitäre Forschungseinrichtung einen Kapillarreaktor entwickelt, der die Herstellung von Nanopartikeln zum gezielten Transport von Wirkstoffen im Körper ermöglicht. Dies ist mit so genannten Nanocarriersystemen möglich. Sie binden einen medikamentösen Wirkstoff an sich und bringen diesen direkt zum gewünschten Wirkungsort. Anwendungsgebiete können beispielsweise Krebsbehandlung, Lungenhochdruck oder Impfstofftransport sein.

Der Kapillarreaktor

Derzeit müssen die flüssigen Bestandteile der in diesem Projekt untersuchten Nanopartikel manuell mittels Pipette vermischt werden und die Herstellung ist nur in kleinsten Mengen von 1-2 ml möglich. Mit dem Kapillarreaktor ist es gelungen, bis zu 1 Liter Nanosuspension pro Stunde herzustellen und gleichzeitig die Reproduzierbarkeit

deutlich zu verbessern – mehr Produkt, höhere Qualität.

Aufgaben der Projektpartner

Der Projektkoordinator ONE-A Engineering (OÖ) war für die technische Umsetzung des Kapillarreaktors verantwortlich. Die Karl-Franzens-Universität Graz implementierte den Reaktor in ihr Labor und führte die praktischen Testreihen und Stoffbestimmungen durch. Ergänzend wurde am RCPE (Stmk.) der Entstehungsprozeß der Nanopartikel erforscht, um den besten Weg für die Vergrößerung des Prozesses (Scale-up) zu finden.

Die Firma Prager Elektronik (NÖ) installierte ein softwaregestütztes Messsystem zur Beurteilung der Qualität der produzierten Nanopartikel und künftigen Online-Detektion der Partikelgrößen. Der Mehrwert für Oberösterreich: Mit dieser innovativen Technologie des Kapillarreaktors konnte die ONE-A Engineering aus OÖ bereits zum

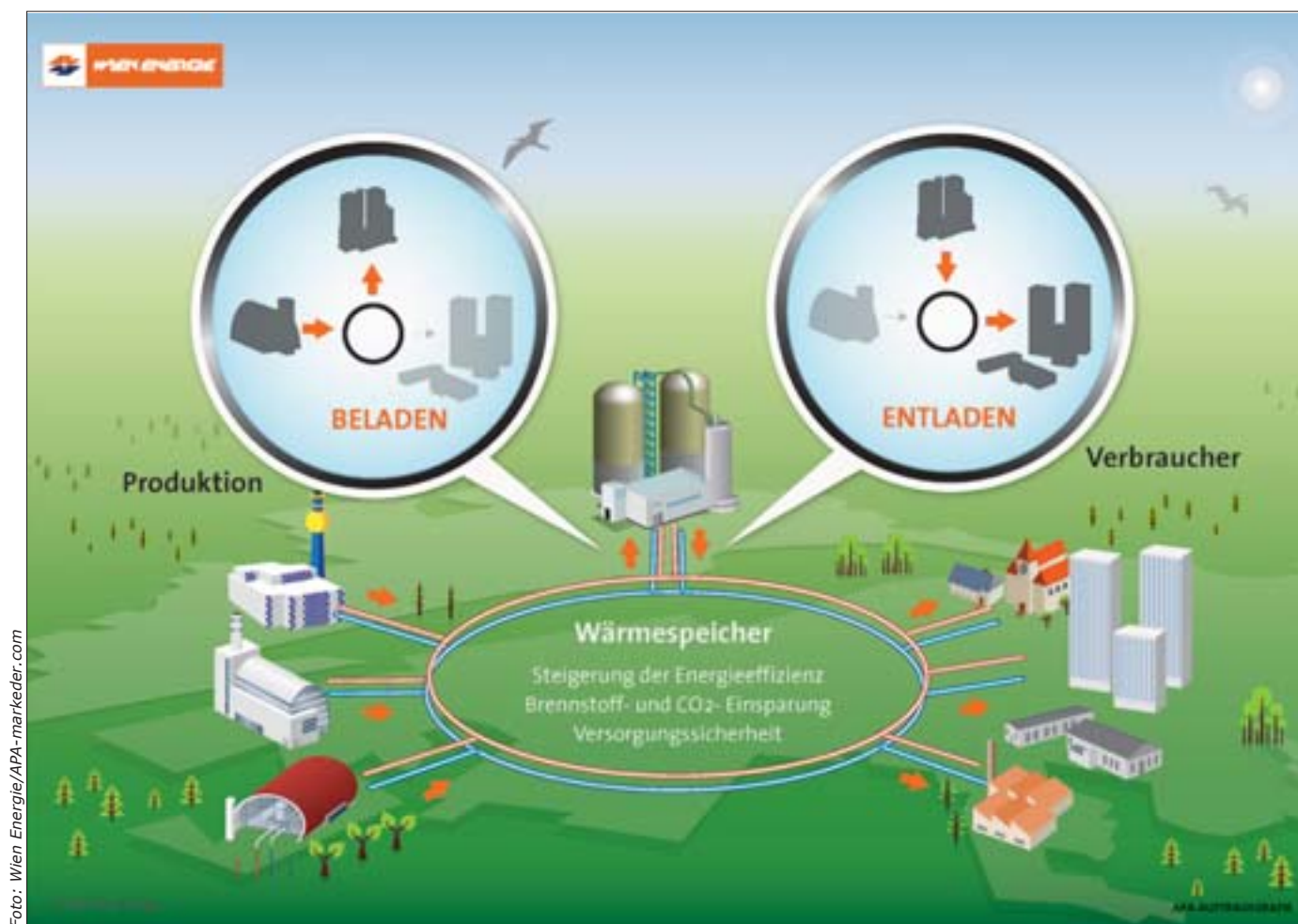
zweiten Mal ihr Potential auf dem Gebiet der Nanotechnologie aufzeigen. „Gerade kleine und mittelständische Unternehmen punkten immer wieder mit besonderen Innovationen oder Nischenprodukten und zeigen so, was in unseren heimischen Betrieben steckt. Mit diesem Cluster-Kooperationsprojekt stärken wir nicht nur die Wirtschaftlichkeit unseres Standorts, sondern verbessern vor allem nachhaltig die Patientenversorgung“, so Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl.

Unterstützung durch den Gesundheits-Cluster: Der Gesundheits-Cluster (GC) ist eine Initiative des Landes Oberösterreich, eingebettet in die Clusterland Oberösterreich GmbH, und vernetzt derzeit rund 220 Partnerunternehmen. Im vorliegenden Projekt unterstützte der GC die Projektpartner bei der Erstellung des Förderantrags, der Abwicklung der Einreichung, der Begleitung während der Projektrealisierung sowie der Erstellung des Endberichtes. ■

<http://www.gesundheits-cluster.at>

Wien Energie baut 1. Hochdruck-Wärmespeicher weltweit

Der neue Wärmespeicher in Wien Simmering ermöglicht, daß Wärme dann verbraucht werden kann, wenn sie benötigt wird. Zeitlich unabhängig von der Erzeugung.



Eine Grafik der neuen Hochdruck-Wärmespeicher-Technik zur Steigerung der Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sowie zur Brennstoff- und CO₂-Einsparung, wie sie derzeit in Wien Simmering gebaut wird.

In Wien Simmering wird derzeit Geschichte geschrieben: Die Experten von Wien Energie bauen gemeinsam mit Partnerfirmen erstmals eine Wärmespeicheranlage für ein so großes und komplexes Hochdruck- und Hochtemperatur-Fernwärmenetz. Wärmeproduzenten wie die Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke in Simmering, Donaustadt, Leopoldau und die thermischen Abfallbehandlungsanlagen werden integriert. Der Speicher nutzt und stärkt auch die erneuerbare Wärmeerzeugung aus dem Wald-Biomassekraftwerk Simmering und zukünftig die Geothermianlage Aspern. Ende Mai wurde mit dem Bau der Fundamente begon-

nen. Mit der Montage der Anlagenkomponenten wird in diesem Herbst gestartet. Der Anlagenbetrieb ist mit Ende 2013 geplant. Investitionskosten: 20 Mio. Euro.

Wien Energie-Geschäftsführerin Susanna Zapreva: „Der Hochdruck-Wärmespeicher paßt optimal in unsere Energiestrategie. Wir wollen bis 2030 50 Prozent der von uns erzeugten Energie aus erneuerbaren Quellen – insbesondere Wind- und Solarkraft sowie Geothermie – gewinnen. Erneuerbare Energien sind aber ohne Speichermöglichkeiten und starke Netze nicht denkbar. Daher investieren wir in dieses Projekt, denn wir wollen ein nachhaltig funktionierendes System mit

erneuerbaren Energien für unsere Kundinnen und Kunden schaffen. Neben dem Windpark Glinzendorf in Niederösterreich und unserer Photovoltaikinitiative, dem Wärmespeicherkraftwerks-Projekt Pfaffenboden in Oberösterreich und der Geothermianlage Aspern ist nun dieser erste Hochdruck-Wärmespeicher in Wien Simmering ein weiteres Leuchtturmprojekt in diesem Jahr.“

Die Vorteile des Wärmespeichers

Durch den Wärmespeicher kommt es zu einer zeitlichen Entkopplung zwischen Wärmeerzeugung und Wärmeverbrauch. Dadurch wird der Einsatz von Spitzenkesseln



Wien Energie startet Bau des 1. Hochdruck-Wärmespeichers weltweit in Wien Simmering (v.l.): Franz Ekkamp (Gemeinderat), Robert Grüneis (Wien Energie-Geschäftsführer), Susanna Zapreva (Wien Energie-Geschäftsführerin), Renate Angerer (Bezirksvorsteherin Simmering)

bei sehr hohem Strom- und Wärmebedarf minimiert. Die Anlage optimiert den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke, der thermischen Abfallbehandlungsanlagen und der dezentralen Stromeinspeiser durch erneuerbare Energie. CO₂-Emissionen werden reduziert und die Fernkälte-Tagesspitzen in den Sommermonaten ausgeglichen.

Der Höhenunterschied im 1153 Kilometer langen Wiener Fernwärmenetz beträgt bis zu 150 Meter. Aus diesem Grund wird in Wien das heiße Wasser für Heizung und Warmwasser mit hohem Druck und Temperaturen zwischen 95 und 150 Grad Celsius transportiert. Projektleiter Wolfgang Daschütz erklärt dazu die Alleinstellung des Speichers in Simmering: „Wir bauen erstmals einen Wärmespeicher als Druckspeicher mit bis zu 150 Grad Celsius Wassertemperatur. Diese Anforderung ergibt sich aus der Topografie, denn unser Fernwärmenetz steht unter einem Druck von rund 15 bar. Damit sind wir in der Lage, auch höher gelegene Stadtteile mit Fernwärme optimal versorgen zu können.“

Der Speicher wird pro Jahr rund 2200 Stunden be- und auch rund 2200 Stunden entladen werden. Die jährlich gespeicherte und somit auch entnommene Wärmemenge beträgt rund 145.000 Megawattstunden. Das

entspricht dem durchschnittlichen jährlichen Wärmebedarf von 20.000 Haushalten. Wien Energie-Geschäftsführerin Susanna Zapreva: „Das Projekt ist nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Errichtung besonders umweltfreundlich und nachhaltig. Mit dieser Investition von rund 20 Millionen Euro steigert Wien Energie die Wertschöpfung vor Ort und schafft Arbeitsplätze.“

Wien Energie betreibt an drei Standorten

thermische Kraftwerke, durch die etwa 90 Prozent der gesamten Stromerzeugung abgedeckt wurden. Als Primärenergie kommt vorwiegend Erdgas zum Einsatz. Am Standort Simmering sind drei Kraft-Wärme-Kraftwerke und das Wald-Biomassekraftwerk in Betrieb. Mit der Wärme aus den Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und der thermischen Abfallverwertung werden rund 320.000 Wohnungskunden und 6200 Großkunden in Wien mit Wärme und Warmwasser versorgt.

Fakten Wärmespeicher Simmering

- Speichermenge Wasser: 11.000 m³
- Höhe der beiden Druckspeicher: 45 m
- Druck: 10 bar am Speicherboden, 6 bar an der Speicherdecke
- Speichervermögen: 850 MWh
- Verbaute Betonmenge für Fundamente: 2000 m³
- Bauzeit: von Mai 2012 bis Ende 2013
- Wärme für 20.000 Haushalte pro Jahr
- CO₂-Einsparung/Jahr: ca. 11.000 Tonnen
- Investition: 20 Millionen Euro
- ca. 80 bis 100 Beschäftigte (gesamt, im Baufeld und auf den Vormontageplätzen)

Über Wien Energie

Wien Energie ist der größte regionale Energieanbieter Österreichs. Das Unternehmen versorgt mehr als zwei Millionen Menschen, rund 230.000 Gewerbeanlagen, industrielle Anlagen und öffentliche Gebäude sowie rund 4500 landwirtschaftliche Betriebe in Wien, Niederösterreich und Burgenland nachhaltig mit Strom, Erdgas und Wärme. Die Strom- und Wärmeproduktion stammt zunehmend aus erneuerbarer Energie. ■

<http://www.wienenergie.at>



Luftaufnahme des Areals, wo der 1. Hochdruck-Wärmespeicher gebaut wird

Diesel aus Holz

Innovationsministerin Doris Bures und OMV CEO Gerhard Roiss eröffneten die BioCRACK Pilotanlage in der OMV Raffinerie Schwechat - Neue Technologie entwickelt: Anlage wandelt Hackschnitzel direkt in Dieseldieselkraftstoff um.

Am 2. Juli eröffneten Doris Bures, Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, und Gerhard Roiss, OMV Generaldirektor, die BioCRACK Pilotanlage in der Raffinerie Schwechat. Die Anlage ist die weltweit erste ihrer Art und wandelt feste Biomasse – beispielsweise Hackschnitzel und Stroh – direkt in Dieseldieselkraftstoff um. Die Pilotanlage erfüllt zwei grundlegende Aufgaben: Dieseldieselproduktion, als Antwort auf die steigende Nachfrage, bei zeitgleicher Erhöhung des biogenen Anteils. Mit diesem innovativen Verfahren können daher zukunftsweisende Weichen gestellt werden.

OMV und BDI - BioEnergy International AG verfolgen seit 2009 gemeinsam, mit Unterstützung von BMVIT und Klima- und Energiefonds, das innovative Projekt BioCRACK Pilotanlage. „Der europäische Kraftstoffmarkt steht vor großen Herausforderungen: Die steigende Nachfrage an Diesel und die Erhöhung des erneuerbaren Anteils im Kraftstoffbereich auf mindestens 10 Prozent bis 2020. Herkömmliche Biokraftstoffe erster Generation sind keine langfristige Lösung, weil der Anbau dazu notwendiger Rohstoffe grundsätzlich in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht. Unsere Raffinerien sind gut aufgestellt und die in Partnerschaft mit der BDI entwickelte BioCRACK Technologie ist eine weitere Antwort der OMV auf die sich ändernden Rahmenbedingungen“, beschreibt Gerhard Roiss, OMV Generaldirektor, die Hintergründe.

Große Erwartungen

„Weltweit setzt man große Erwartungen in den Biosprit der zweiten Generation. Diese neue Technologie und die Pilotanlage sind daher eine echte Pionierleistung heimischer Unternehmen und ForscherInnen. Und, das sage ich dazu: Auch ein Erfolg heimischer Technologiepolitik, weil wir in der Forschungsförderung konsequent auf Umwelt- und Energietechnologie setzen. Das heißt, auf den sorgfältigen Umgang mit Ressourcen, auf Energieeffizienz und auf Klimaschutz“, unterstreicht Doris Bures, Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, die Innovationskraft des Projektes, das weltweit große Beachtung findet.

Kraftstoffe der zweiten Generation

werden aus Biomasse gewonnen, basieren auf Abfallprodukten der Land- und Forstwirtschaft (z.B. Hackschnitzel und Stroh) und kommen ohne Verwendung von Nahrungsmitteln aus. Das heißt, sie stehen grundsätzlich nicht in Konkurrenz mit Flächen, die für die Lebensmittelproduktion gebraucht werden. Ein weiterer Vorteil der „zweiten Generation“ ist die hervorragende Umwelt-

bilanz (weniger CO₂-Ausstoß bei der Erzeugung).

BioCRACK Pilotanlage in der OMV Raffinerie Schwechat

„Ziel war von Beginn an einen technisch einfachen, kostengünstigen und auch im kleinen Maßstab wirtschaftlich betreibbaren Prozeß zu entwickeln, der zwei grundlegenden Aufgaben erfüllt – Dieseldieselproduktion und



Foto: OMV

Die BioCRACK Pilotanlage in der Raffinerie Schwechat ist die weltweit erste ihrer Art.



v.l.: OMV Generaldirektor Roiss, Bundesministerin Doris Bures und der Bürgermeister der Gemeinde Schwechat, Hannes Fazekas, bei der Eröffnung

Erhöhung des biogenen Anteils“, so Edgar Ahn, Vorstandsmitglied der BDI. Die BioCRACK Pilotanlage basiert auf diesem neuartigen, patentierten Verfahren zur Gewinnung von biogenem Diesel: Die Biomasse wird mit schwerem Mineralöl auf über 400 °C erhitzt, wodurch Diesel mit einem biogenen Anteil von bis zu 20 Prozent erzeugt wird. Als Biomasse kommen dabei vor allem nachwachsende Rohstoffe wie Holz oder Stroh zum Einsatz. Die BioCRACK Pilotanlage ist direkt mit anderen Anlagen der Raffinerie verbunden. Dadurch kann das dort erzeugte Produkt mit bestehenden Anlagen zu Dieselmotoren nach geltender Norm EN590 veredelt werden.

Ein weiterer Vorteil der Anlage: Bisher wurden schwere Mineralöle hauptsächlich zur Benzinherstellung eingesetzt – jetzt kann es für die Erzeugung von stark nachgefragtem Diesel verwendet werden. Die anfallenden Nebenprodukte wie Biogas, Bio-Kohle etc. können energetisch verwertet oder durch eine Weiterverarbeitung in höherwertige Produkte umgewandelt werden.

„Das eröffnet weltweit völlig neue Perspektiven für eine effektivere Nutzung der Raffinerien und einen sparsameren Umgang mit der wertvollen Ressource Erdöl“, ergänzt Roiss. Bis Mitte 2014 wird das neuartige Verfahren am Raffineriestandort Schwechat getestet und zur Marktreife weiterentwickelt. Für die Entwicklung der BioCRACK Technologie wurde im Rahmen des Forschungs- und Technologieprogramms „Neue Energien 2020“ eine Förderung des österreichischen

chischen „Klima und Energiefonds“ in der Höhe von 2 Millionen Euro gewährt.

Die OMV Aktiengesellschaft

Mit einem Konzernumsatz von 34,05 Mrd. Euro und einem Mitarbeiterstand von 29.800 im Jahr 2011 ist die OMV Aktiengesellschaft eines der größten börsennotierten Industrieunternehmen Österreichs. Im Bereich Exploration und Produktion ist OMV in den zwei Kernländern Rumänien und Österreich aktiv und hält ein ausgewogenes internationales Portfolio. Die sicheren Erdöl- und Erdgasreserven von OMV betragen per Jahresende 2011 rund 1,13 Mrd boe, die Tagesproduktion belief sich auf rund 288.000 boe in 2011. Im Bereich Raffinerien und Marketing verfügt OMV über eine jährliche Raffineriekapazität von 22,3 Mio t und mit Ende 2011 über rund 4500 Tankstellen in

13 Ländern inklusive Türkei. Im Bereich Gas und Power hat OMV in 2011 in etwa 272 TWh Gas verkauft. OMV betreibt in Österreich ein 2000 km langes Gaspipeline-netz mit einer vermarkteten Kapazität von rund 101 Mrd m³ im Jahr 2011. Der Central European Gas Hub zählt mit ca. 40 Mrd m³ jährlichem Handelsvolumen zu den wichtigsten Gashubs Kontinentaleuropas. Mit einem Anteil von 97 Prozent an Petrol Ofisi, dem führenden Unternehmen der Türkei im Tankstellen- und Kundengeschäft, hat OMV ihre Position weiter gestärkt.

BDI - BioEnergy International AG

BDI - BioEnergy International AG ist Markt- und Technologieführer für den Bau von maßgeschneiderten BioDiesel-Anlagen nach dem selbst entwickelten und patentierten Multi-Feedstock-Verfahren, das BioDiesel aus verschiedenen Rohstoffen – wie pflanzliche Öle, Altspeiseöle und tierische Fette – mit sehr hoher Effizienz produzieren kann.

BDI ist seit seiner Gründung im Jahr 1996 spezialisiert auf die Entwicklung von Technologien zur industriellen Aufwertung von Neben- und Abfallprodukten bei gleichzeitig optimaler Ressourcenschonung und verfügt über ein, aus der eigenen Forschung und Entwicklung resultierendes, umfangreiches Patentportfolio. Als führender Spezialanlagenbauer bietet BDI auch effiziente Anlagenkonzepte im Bereich Waste to Energy zur Gewinnung von hochwertigem BioGas aus industriellem und kommunalem Abfall sowie wertvollen Omega-3-Fettsäuren an. Das Leistungsspektrum umfasst Behörden-, Basic- und Detail-Engineering, die Errichtung sowie Inbetriebnahme und den anschließenden After-Sales Service.

BDI - BioEnergy International AG beschäftigt mit ihren konsolidierten Unternehmen derzeit 140 Mitarbeiter. ■



»input – output«: Hackschnitzel oder Stroh werden zu Diesel für alle Motoren.

Schwungradspeicher für Serien-E-Fahrzeuge

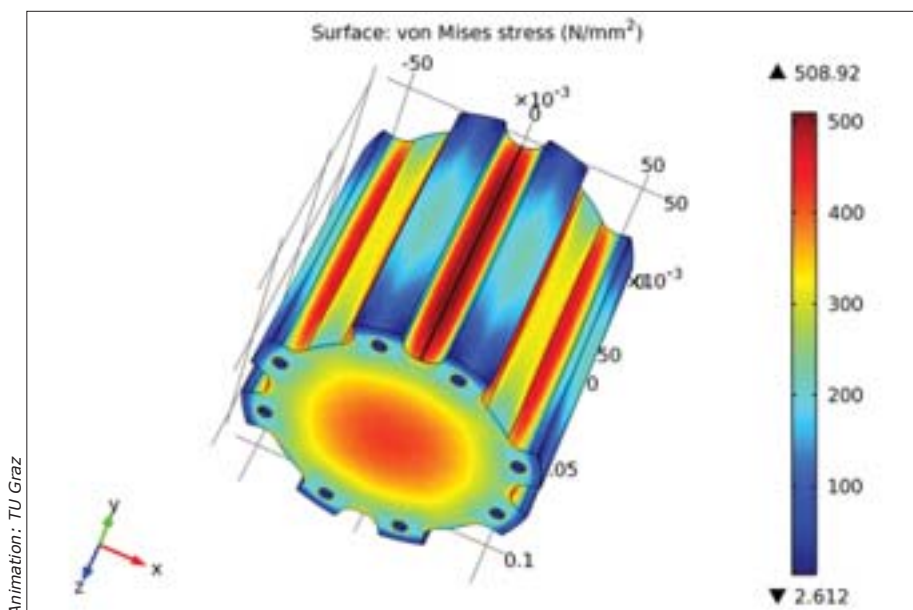
Mit dem Schwungradspeicher des e-tron quattro hat Audi als Dreifach-Sieger von Le Mans eine Technologie ins Rennen gebracht, die bald auch in Serienfahrzeugen mit Elektroantrieb Anwendung finden könnte.

An der Grazer Universität entwickeln Techniker seit einigen Monaten ein „Flywheel“. Das Besondere an dieser Technologie ist, daß das Flywheel die Energie, die beim Bremsen freigesetzt wird, kurzzeitig speichern kann und beim Beschleunigen aus dem Stand oder aus der Kurve Spitzenenergien zur Verfügung stehen. Die Innovation am Flywheel ist die Realisierung eines Energiespeichers, der klein und kompakt ist und aus günstig verfügbaren Materialien gefertigt ist und trotz der hohen mechanischen und elektrischen Beanspruchungen in mobilen Anwendungen eine hohe Lebensdauer erreicht. Derzeit wird der Prototyp produziert, im Sommer gibt es erste Praxistests.

Zwischenspeicher bringt Energie zurück

Bei jedem Bremsvorgang geht Energie in Form von Wärme verloren – nicht so mit einem Schwungradspeicher. Dieser nimmt die Energie kurzzeitig auf und gibt sie beim Beschleunigen des Elektrofahrzeuges wieder an das Antriebssystem ab. Das Flywheel ist von der Leistungsdichte her optimal für den Einsatz in Individualfahrzeugen als hocheffizienter Kurzzeit-Energiespeicher sowie zur Abdeckung auftretender Leistungsspitzen geeignet (Boost-Funktion). Der Einsatz des Flywheels verlängert die Lebensdauer einer E-Fahrzeug-Batterie deutlich und erhöht die Reichweite besonders im Stop-And-Go-Verkehr.

Die Forschungsschwerpunkte konzentrieren sich dabei auf die mechanische Belastbarkeit des Rotors und der Lager und auf die Reduktion von Verlusten. Der Motor/Generator muß außerdem mit einer geeigneten Leistungselektronik versehen werden. Für diese Steuerung wird an der TU Graz das grundlegende Konzept erstellt. Alle Designs werden dabei in Relation zu den elektrischen bzw. mechanischen Anforderungsprofilen betrachtet, die im realen Betrieb eines E-Fahrzeugs auftreten. Im oberösterreichischen Testträgerfahrzeug, das für das CMO-Projekt als fahrendes Labor dient, wird die



Animation: TU Graz

Eine Animation des Flywheels zeigt die Spannungsverhältnisse im Speicher



Foto: TU Graz

Der Prototyp des österreichischen Flywheels wird von Rosseta hergestellt.

Flywheel Technologie auf Herz und Nieren geprüft. Die gewonnenen Daten aus den Testfahrten liefern wichtige Erkenntnisse über die Alltagstauglichkeit der Entwicklung.

Der Automobil-Cluster der Clusterland

Oberösterreich GmbH ist Initiator und Koordinator des Leuchtturmprojektes für Elektromobilität „Clean Motion Offensive“. Das Projekt wird vom Klima- und Energiefonds gefördert.

<http://www.automobil-cluster.at>

Friedrich Schächter

Der bedeutende österreichische Erfinder ist vor zehn Jahren verstorben. Seine populärste Erfindung ist der »Weltraum-Kugelschreiber« (»Fisher-space-pen«).

Von Gerhard Gutruf*)

Friedrich Schächter wurde am 26. April 1924 in Wien geboren. Er besucht Volksschule und 4 Klassen Realgymnasium in Wien und wird dann Schüler des Grafikers Viktor Theodor Slama. Im April 1939 gelingt seine Emigration nach Schweden. In Stockholm wird er Schüler des deutschen Grafikers Hugo Steiner-Prag und des schwedischen Malers Isaac Grünewald.

Ab 1943 lebt Schächter in Göteborg, wo er beim schwedischen Maler Ragnar Sandberg weiterstudiert. 1940-47 ist er als Volontär für Gebrauchsgrafik bei verschiedenen Druckereien und Werbeagenturen in Stockholm und Göteborg tätig. Ab 1943 arbeitet er gleichzeitig als freischaffender Künstler.

Seit 1947 schafft er die technischen Voraussetzungen für die Produktion von Kugelschreibern im Auftrag des Auslandsösterreichers Eugen J. Spitzer. Daraus entsteht 1948 die Firma Ballograf-Verken in Göteborg, deren Leiter der Entwicklung Schächter bis 1951 bleibt.

Ende 1948, während eines viermonatigen Aufenthalts in Wien, berät er Herrn Spitzer bei der Gründung der Firma J.E.S. Kugelschreiberfabrik, Wien in technischen Angelegenheiten.

1951-52 entwickelt er eine Füllfeder für die Firma Ortho-Pen Co., Göteborg, 1952-53 ist er wieder als Leiter der Entwicklung der Ballograf-Verken tätig.

1953-55 arbeitet er als Leiter der mechanischen Versuchsabteilung bei der amerikanischen Kugelschreiberfabrik Paper-Mate, Culver City, Kalifornien. 1955-56 ist Schächter wieder Leiter der Versuchsabteilung der Ballograf-Verken.

1956-57 ist er selbständiger Konstrukteur von Spezialmaschinen für Kugelschreiber im Auftrag der Ballograf-Verken und des amerikanischen Kugelschreiberfabrikanten Paul C. Fisher in Berlin.

1957-59 entwickelt er Spezialmaschinen für Kugelschreiber bei der gemeinsam mit



Foto: Archiv Gerhard Gutruf

Treffen anlässlich der Weltraumkonferenz 1968 in (v.l.): Friedrich Schächter, Paul C. Fisher, Kosmonaut Alexej Leonov und US-Kongreßabgeordneter Andesen

Paul C. Fisher gegründeten Firma „Schächter Research“, Van Nuys, Kalifornien.

1959-60 ist er als technischer Berater der J.E.S. Kugelschreiberfabrik, Wien, tätig.

Nachdem sich Schächter entschlossen hatte, endgültig nach Österreich zurückzukehren, gründet er 1962 die Firma Minitek, Feinmechanische Produkte G.m.b.H. in Wien. Betätigungsfeld der Firma ist die Entwicklung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kugelschreiberminen.

Es gelingt ihm, ein kleines, aber besonders qualifiziertes Team aufzubauen und in kurzer Zeit mit der Erzeugung von Kugelschreiberminen zu beginnen. Diese Erzeugung erfolgte auf selbstgebauten Maschinen, deren Entwicklung schon bei der Firma Toroid S.A. in Lugano – wo Schächter vor seiner Übersiedlung nach Wien als Geschäftsführer und Konstrukteur von 1960-62 tätig war – begonnen hatte. Bereits dort arbeitete der Wiener Mechanikermeister Erwin Rath bei der Entwicklungstätigkeit Schächters mit.

Um im In- und Ausland potentielle Kunden für die erzeugten Kugelschreiberspitzen und -minen zu gewinnen, werden neuartige Meß- und Prüfgeräte entwickelt.

1963 werden die ersten Minitek-Maschinen für die Prüfung der Qualität von Schreibgeräten verkauft. Unter den ersten Kunden befinden sich weltweit bekannte Hersteller wie Montblanc, Parker etc.

Mehrere seiner patentierten, insbesondere sein USA-Patent 3,135,231 „Spinner Head“ sowie seine Zusammenarbeit in Berlin und Van Nuys, Kalifornien, waren Grundlage für die Beteiligung des amerikanischen Kugelschreiberfabrikanten Paul C. Fisher an der Firma Minitek ab 1965. Diese Zusammenarbeit gipfelt in der Entwicklung des Weltraum-Kugelschreibers, der 1968 anlässlich der Weltraumkonferenz in Wien vorgestellt wird. Dieses vielfältig verwendbare Schreibgerät erregt weltweit größtes Interesse. Es wird bis heute von amerikanischen Astronauten und russischen Kosmonauten verwendet.

Die schon erwähnten Prüfgeräte wurden an viele bedeutende Schreibgerätehersteller und auch an staatliche Prüfanstalten verschiedener Länder geliefert. Zur Zeit wird die Qualität von ca. 60 Prozent der Weltproduktion von Kugelschreibern und ein großer Teil anderer Schreibgeräte auf Minitek-Maschinen geprüft. Diese Prüfmethode wurde auch

*) Prof. Gerhard Gutruf ist österreichischer Künstler, dessen Werke in zahllosen Galerien ausgestellt waren/werden – er widmet sich in zahlreichen Veröffentlichungen aber auch wissenschaftlichen Themen. <http://www.gutruf.at>

Wissenschaft & Technik – In Memoriam

Grundlage für offizielle Normen, wie etwa der DIN-Norm und dem British Standard.

1971 wird der französische Baron Marcel Bich, der Gründer des BIC-Konzerns, auf Friedrich Schächter und sein Team aufmerksam. Er erwirbt die Anteile Fishers an der Firma Minitex, um dort neue Produkte entwickeln zu lassen. Besonders hervorzuheben wären Schächters österreichische Patente 387 744 „Rasiergerät“ und 373 989 „Gasfeuerzeug“. Sein Erfindergeist, seine unermüdlichen und konsequenten wissenschaftlichen Untersuchungen werden durch über 100 internationale Patente dokumentiert und haben seine Mitarbeiter motiviert, neue Spezialmaschinen und Technologien zu entwickeln, die wesentlich dazu beitrugen, daß BIC-Produkte weltweit erfolgreich sind.

1999 wird die Minitex geschlossen.

Spät, aber in dichter Folge, wird sein Lebenswerk auch öffentlich ausgezeichnet: 1994 wird ihm das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich verliehen, 1995 die Kaplan-Medaille. Im gleichen Jahr wird er Ehrenbürger der Technischen Universität Wien. 1997 folgt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, im November 2000 wird er durch die Verleihung des Berufstitels Professor geehrt. Vom Juni bis September 2001 wird u.a. sein Kugelschreiber-Prüfgerät im Rahmen der Sonderausstellung „Patente . Erfinder . Österreich“ im Technischen Museum präsentiert.

Im Jahr 2000 erfolgt die Gründung der Firma Schächter Ges.m.b.H., Wien. Er arbei-

Foto: Cpg100 / GNU Free Documentation License



Dieser »Fisher Space Pen model AG-7 Original Astronauts« von Friedrich Schächter war bei der Apollo 11-Mission im Juli 1969 im Einsatz.

tet am Konzept einer neuen Kugelschreiberspitzen-Produktionsmaschine, die seine bisherigen Erfahrungen in genialer Weise zusammenfaßt. Eine Realisation seines „Vermächnisses“ – wie er diese Generation eines neuen Maschinentyps nannte – bleibt ihm letztlich krankheitsbedingt verwehrt.

Bis zuletzt arbeitet er unermüdlich, an den Wochenenden immer allein, in seiner laborartigen Werkstatt in der Inzersdorfer Draschestraße. Am 20. Mai 2002 verschlechtert sich sein Gesundheitszustand dramatisch, er

wird von seinem Appartement im Palais Schwarzenberg in die Privatklinik Döbling geführt; am 23. Mai um 15:18 stirbt Friedrich Schächter.

„Zero defect manufacturing“ mittels höchstmöglicher Präzision war seine Vision und sein oft auch praktisch erreichtes Ziel. Heute werden täglich Millionen von Kugelschreibern, Gasfeuerzeugen und Naßrasierern erzeugt; ein erheblicher Teil davon nach den Grundsätzen, die Friedrich Schächter in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. ■

Linzer Studierende Spitzenreiter bei Unternehmensgründungen

Nach einem Studium hat man viele Optionen. Eine davon: Ein Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen. Der Global University Entrepreneurial Spirit Students' Survey (GUESSS) ist weltweit die erste Studie, die Gründungsabsichten und -aktivitäten von Studierenden an Hochschulen untersucht. An der Erhebungswelle 2011 beteiligten sich insgesamt über 93.000 Studierende aus 26 Ländern. Eines der Ergebnisse: Die Gründungsfreudigkeit der Studierenden an der Johannes Kepler Universität Linz liegt deutlich über dem internationalen Schnitt.

Die Länderstudie Österreich wurde vom Institut für Unternehmensgründung und Unternehmensentwicklung der JKU durchgeführt. An der anonymen Online-Erhebung beteiligten sich 4548 Studierende von 23 österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten. Direkt nach Studienabschluß fassen drei Viertel der Studieren-

den eine unselbstständige Tätigkeit ins Auge: 34 % in einem KMU, 22 % in einem Großunternehmen, 13 % im Bereich Forschung und 7 % im öffentlichen Dienst. Sofort nach dem Studium wollen rund 10 % selbstständig tätig werden.

Fünf und mehr Jahre nach Studienabschluß, d.h. mit Praxiserfahrung, verschiebt sich der Berufswunsch deutlich zugunsten der Option Selbstständigkeit: Ein Drittel der antwortenden Studierenden möchte nach einigen Jahren Berufspraxis selbstständig tätig sein. Nur etwa ein Fünftel aller antwortenden Studierenden hat sich bisher überhaupt noch nicht mit der Frage der Gründung eines eigenen Unternehmens befaßt. Insgesamt können fast 40 % der Befragten als potentielle GründerInnen eingestuft werden.

Aber es gibt auch unter den Studierenden bereits Unternehmer: 3,3 % der Studierenden sind bereits selbstständig tätig. Diese

Ergebnisse streuen jedoch über die teilnehmenden Hochschulen hinweg beträchtlich. Spitzenreiter ist die JKU mit 5,3 %. International liegt der Wert bei lediglich 2,5 %. Dabei planen deutlich mehr männliche als weibliche Studierende eine Unternehmensgründung bzw. haben diese vollzogen.

Die Gründungsidee stammt bei 60 % der Befragten aus dem Studium. Ein Drittel der Befragten gibt den Bereich Hobby/Freizeit als Quelle der Gründungsidee an. Von den gründungsinteressierten Studierenden verfügt fast die Hälfte noch über keine einschlägige Berufserfahrung. Soweit die Studierenden allerdings Berufs- und Praxiserfahrungen aufweisen, beträgt diese durchschnittlich 4,6 Jahre. Als stärkste Gründungsbarrieren werden der Zugang zu Kapital (Eigen- und Fremdkapital) sowie das Tragen des finanziellen Risikos wahrgenommen. ■

<http://www.jku.at>

Künstler zwischen Jugendstil und Expressionismus

Die Sommerausstellung des Leopold Museum »Fantastisch! Rudolf Kalvach. Wien und Triest um 1900« zeigt die erste umfassende Präsentation des Werkes von Rudolf Kalvach (1883-1932). Gleichzeitig ist es die Wiederentdeckung eines Künstlers an der Schnittstelle der Kunstrichtungen um 1900.

Als „Ikarus zwischen Jugendstil und Expressionismus“ bezeichnet Leopold Museum Direktor Tobias G. Natter den Künstler Rudolf Kalvach. Natter führt aus: „Während andere Künstler wie Kokoschka und Schiele, die heute in einem Atemzug mit den größten Künstlern des 20. Jahrhunderts genannt werden, sich im Olymp der österreichischen Kunstgeschichte sonnen, waren Kalvach die Umstände nicht eben hold. Und doch zeugt sein Werk von außerordentlicher Kreativität. Die nun vorliegende und ihm längst gebührende Einzelausstellung legt auch Rechenschaft darüber ab, daß Rudolf Kalvach im Rahmen seiner allzu kurz bemessenen Schaffenszeit zu den experimentierfreudigsten Künstlern zählte. Seine Stimme gehörte zu den ungewöhnlichsten im großen Konzert der Wiener Kunst an der Schnittstelle von Jugendstil und Expressionismus.“

Die Retrospektive rekonstruiert den Werdegang eines Hochtalentierten, dessen Biografie eng mit der Epoche „Wien 1900“ und den frühen Arbeiten der Expressionisten Oskar Kokoschka (1886-1980) und Egon Schiele (1890-1918) und der Neukunstgruppe verbunden ist. Die Ausstellung präsentiert ca. 250 Objekte von Kalvach. Sie sind eingebettet in drei weitere Themenkreise: 1. Oskar Kokoschka, 2. Die Neukunstgruppe und Egon Schiele und 3. das wichtige Kapitel des Farbholzschnittes in Wien um 1900.

Rudolf Kalvach. Eine Wiederentdeckung

Das Leopold Museum präsentiert mit der Schau über den zu Unrecht vergessenen Rudolf Kalvach die Wiederentdeckung eines Künstlers voller Kraft und Fantasie. Kalvachs Werke erweisen sich als ausdrucksstark, sind vielfach von überschäumender Kreativität gekennzeichnet und bergen eine Fülle skurriler Ideen. Der Großteil von Kalvachs Werk entstand in einer kurzen Schaffensphase zwischen 1906 und 1912, ehe ihn eine chronische Nervenerkrankung zu lang-



Rudolf Kalvach, Deck. »Triester Hafenleben« 4, 1907/08

fristigen Sanatoriumsaufenthalten zwang. Kalvachs Schaffen zählt zum Ungewöhnlichsten der Kunstproduktion in Wien in der Zeit des Übergangs vom Jugendstil zum Expressionismus. Rudolf Kalvachs kurze künstlerische Laufbahn ist eng verbunden mit dem frühen Schaffen seines jüngeren Studienkollegen Oskar Kokoschka, zugleich war Kalvach ab 1909 auch Mitglied von Egon Schieles Neukunstgruppe. Aufsehen erregte Kalvach mit den höchst originellen, zuweilen skurrilen Postkarten und Bilderbögen, die er für die Wiener Werkstätte schuf. Außergewöhnlich sind Kalvachs Emailbilder mit exotischen märchenhaften Szenen. Die Emailarbeiten entstehen im Zuge des Besuchs des Sonderkurses für Emailarbeiten

von Adele von Stark an der Kunstgewerbeschule. In der Wiener Werkstätte verwenden Josef Hoffmann und Eduard Wimmer-Wisgrill Kalvachs Emailarbeiten als Dekor für Dosen, Kassetten und Schmuckstücke.

Kalvach: Schüler von Czeszka und Löffler

Rudolf Kalvach, 1883 in Wien geboren, absolvierte ab 1900 eine Ausbildung an der Wiener Kunstgewerbeschule, Vorläufer der Universität für angewandte Kunst. Kurator Roberto Festi: „Zur akademischen Ausbildung, die auf die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit der Studenten abzielt“, kamen auch „konkrete Kontakte zu Auftraggebern und praxisbezogene Arbei-

Kultur

ten“. Zu Kalvachs Lehrern zählten unter anderem Carl Otto Czeschka (1878-1960) und Bertold Löffler (1874-1960), der sich Jahre später an Kalvach erinnert: „In meiner Abteilung war um das Jahr 1907 ein außerordentlich begabter Mensch namens ‚Rudolf Kalvach‘, der prachtvolle Holzschnitte, Darstellungen mit dem Hafenleben Triests machte. Außerdem Malereien auf Holz, schwarzer Grund meist mit Gold, seltsame Fische und Meeresflora ... Eine Seenixe besonders schön. Dann eine Serie von Ansichtskarten, Figuren mit Tieren, ähnlich dem uns damals noch unbekannten ›Nolde‹ in Deutschland.“

u.: Rudolf Kalvach, *Die Jagd*, 1911/12

Kalvach und Kokoschka

„Wer heute den Spuren von Rudolf Kalvach nachgeht, begegnet rasch dem Namen Oskar Kokoschka“, weiß Leopold Museum Direktor Tobias G. Natter. Kalvach war schon mehrere Jahre Schüler an der Wiener Kunstgewerbeschule, als Kokoschka im Studienjahr 1906/07 in seine Klasse dazu stieß. Ihr gemeinsamer Lehrer der Fachschule für Malerei und Zeichnen, Carl Otto Czeschka, berichtete über Kokoschkas Ankunft: „Im Oktober wies ich Koko einen grossen Tisch an – am Fenster. Sein Nachbar war Kalvach, der Kroat – der Sohn eines sympatischen, braven Lokomotivführers. Kalvach hatte

r.: *Porträt Rudolf Kalvach*, 1909/11



© Privatbesitz



© Privatbesitz

starke künstlerische Eigenart, recht begabt, auch arm.“ Was laut Natter aus heutiger Sicht aber am meisten erstaunt, ist die Mitteilung: „Bald machte Koko solche Sachen wie Kalvach!“ „Mit dieser überraschenden Beobachtung hat sich die spätere Kunstgeschichtsschreibung nicht lange aufgehalten“, so Natter, denn „mit dem Vergleich der beiden Plakate für die legendäre Wiener Kunstschau 1908, in denen Kokoschka und Kalvach auf unübersehbare Art unerhört ähnlich waren, endete gemeinhin auch schon die Beschäftigung mit Rudolf Kalvach.“ Gegen Ende seiner Studienzeit entstanden die ersten Entwürfe für Postkarten der Wiener Werkstätte sowie exotisch-mystische Figurerdarstellungen, die deutlich auf die berühmten „Träumenden Knaben“ von Oskar Kokoschka Bezug nehmen. Bei allen möglichen Parallelen zwischen Rudolf Kalvach und Oskar Kokoschka gibt Markus Neuwirth, der sich diesem Thema in einem eigenen Katalogbeitrag annimmt, doch zu bedenken, daß man „die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Künstler nicht einfach als bipolares Netzwerk sehen (sollte), sondern vielmehr in eine lose, junge Gruppe eingebettet, die sich um die Professoren von Kenner, Czeszka, Löffler und Roller scharten, beziehungsweise von ihnen an die Wiener Werkstätte oder an das Kabarett Fledermaus weiter vermittelt wurden.“

Künstlerischer Durchbruch

Im Dezember 1906 nimmt Kalvach an der Gruppenausstellung „Die Jungen“ in der von Secessionsmitbegründer Carl Moll geleiteten Galerie Miethke teil. Die Galerie war ein Zentrum der österreichischen Moderne und zeigte auch internationale Kunst von Monet und Van Gogh bis zu Picasso. Mit Kalvach stellten u.a. Nora Exner, Magda Mautner von Markhof und Eduard Josef Wimmer-Wisgrill aus, aber auch die Lehrer Bertold Löffler und Michael Powolny sind als Gäste mit Werken vertreten. Nach Kalvachs Entwürfen werden 21 Postkarten und drei Bilderbögen der Wiener Werkstätte gedruckt.

Kunstschau 1908 – »Neukünstler« und Werkbund

Kalvach war in der legendären, von der Klimt-Gruppe in Wien organisierten Kunstschau 1908 vertreten und lieferte dafür einen Plakatentwurf. Auch bei der Kunstschau im Folgejahr stellt Kalvach aus. 1909 wurde Rudolf Kalvach Mitglied in der von Egon Schiele im selben Jahr gegründeten „Neu-



Rudolf Kalvach, *Indisches Märchen*, 1910/12

kunstgruppe“, der unter anderem auch Anton Faistauer, Hans Böhler und Franz Wiegele angehörten. Diese Gruppe liefert, wie es Franz Smola formuliert „wichtige Impulse zur Überwindung der Stilkunst um 1900 und Herausbildung eines eigenständigen österreichischen Expressionismus“.

Rudolf Kalvach kommt innerhalb der Neukunstgruppe „eine zentrale Rolle“ zu: „Er hat das künstlerische Profil dieser Gruppe wesentlich mitgeprägt“, so Smola. Mit 28 weiteren Neukünstlern stellt Kalvach bei der ersten Ausstellung in Wien im Salon Pisko aus, ein Jahr später ist er in der Neukunstausstellung im Klub deutscher Künstlerinnen in Prag vertreten. 1912 trat er dem von Josef Hoffmann gegründeten Österreichischen Werkbund bei.

Die Gemälde

Kalvachs Weg in die Malerei wird von seinem Lehrer Alfred Roller maßgeblich beeinflusst. So geht etwa das Gemälde „Indisches Märchen“ auf ein Thema zurück, das Roller in seiner Klasse an der Kunstgewerbeschule den Schülern vorgab. Auch das „Orientalische Märchen“ entspringt Aufträgen seiner Lehrer. „Kalvach füllt die Malfläche mit bizarren Figuren und Symbolen

und gestaltet einen Fantasiegarten mit höchst originellen Motiven. Interessante, etwas ruhigere Kompositionen sind die Arbeiten ‚Anbetung‘ und ‚Anbetung der heiligen drei Könige‘. Ungehemmt zeigt sich Kalvach in dem großformatigen Leinwandgemälde ‚Die Jagd‘. Das Werk, das schon alleine aufgrund seines großen Formats eine außergewöhnliche Stellung im Œuvre des Künstlers einnimmt, erweist sich in seinem bewußt archaisierenden, ‚primitivistischen‘ Stil als eindrucksvolles Zeugnis der Kunst des frühen Expressionismus.“

Für Ausstellungskuratorin Alessandra Tiddia ist Rudolf Kalvach „eine der interessantesten Persönlichkeiten der Wiener Kunstszene des beginnenden 20. Jahrhunderts“: „Seine Originalität und Fantasie, sein Balancieren zwischen dem präziösen Stil der Wiener Secession und seinem schon ganz und gar expressionistischen Kunstempfinden machen ihn zu einem Seiltänzer, der nach dem Kometen greifen möchte, aber in prekärem Gleichgewicht zwischen verschiedenen Welten und Lebensweisen hin- und herpendelt“, so Tiddia. Es erscheint als besondere Tragik, daß Kalvach nur ausnahmsweise zu solch großen Bildformaten vorstieß und die allzu kurze Spanne seiner



Rudolf Kalvach, *Meerjungfrau*, 1909/12

künstlerischen Laufbahn eine größere Anzahl an Gemälden nicht erlaubte.

Rudolf Kalvach und Triest: Triester Hafenszenen

1901 übersiedelte Kalvachs Familie nach Triest, der bedeutendsten Hafenstadt der Donaumonarchie. Er selbst blieb in Wien und setzte sein Studium fort. Kalvach entwirft für den Österreichischen Lloyd in Triest – die größte Schiffahrtsgesellschaft Österreich-Ungarns und des Mittelmeerraumes – Tarockkarten, die 1908 in Druck gehen. Große Bekanntheit erlangte Kalvach mit seiner ab 1907 entstandenen insgesamt 16teiligen Holzschnittserie zum Thema Triester Hafen. Die Stadt am Meer wurde Kalvach in diesen Jahren zur zweiten Heimat. Die handkolorierten Holzschnitte mit Szenen aus dem Triester Hafenleben stehen dem Farbholzschnitt nahe, einer Technik, der in der Ausstellung ein eigener Schwerpunkt gewidmet ist. In der zweiten Ausstellung der Neukunstgruppe, die Anfang 1910 im Klub deutscher Künstlerinnen in Prag stattfindet, ist Kalvach mit vier Zeichnungen und einem Holzschnitt vertreten. Alle tragen den Titel „Hafenbilder“. 1910 veröffentlicht die seit 1893 erscheinende renommierte englische Kunstzeitschrift „The Studio“ einen Artikel über Kalvach. Als Abbildungen dienen zwei Holzschnitte mit Hafenszenen. Als interessanter Vergleich dienen hier die Triester Hafenbilder von Egon Schiele, die dieser etwa zur selben Zeit anlässlich seiner wiederholten Besuche in Triest gemalt hat.

Kalvach und der Farbholzschnitt um 1900

Die Ausstellung im Leopold Museum beschäftigt sich ausführlich mit Rudolf Kalvachs berühmten Holzschnitten der Serie „Triester Hafenleben“. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielte die Technik des Holzschnittes eine wichtige Rolle. Gerd Pichler, der sich im Katalog zur Ausstellung speziell



Rudolf Kalvach, »Nr. VIII Vorwaerts/Silesia/Galizia/Koerber«. Entwurf zu einer Tarockspielkarte. Zweite Serie für den Österreichischen Lloyd, 1909

mit Kalvachs Holzschnitten zum Hafen von Triest befaßt, erinnert daran, daß Kalvachs Professoren an der Kunstgewerbeschule, Carl Otto Czeschka und Bertold Löffler „zeitlebens den Holzschnitt als druckgraphische Technik schätzten“. Pichler: „Schiffe verkörpern für Rudolf Kalvach Freiheit und Grenzenlosigkeit ... Kalvachs Neugierde und unerfüllte Sehnsucht nach dem Fremden und Exotischen, nach dem Zauber ferner Länder und ihrer Bewohner mag ein Grund für seine intensive Beschäftigung mit dem Hafenleben in Triest gewesen sein. Eine Besonderheit dieser Serie ist es, daß Rudolf Kalvach zahlreiche Abzüge mit Hand kolorierte. In der Wirkung kommt diese Praxis dem Farbholzschnitt gleich, in dem jedoch das Ergebnis durch mehrere zusammengefügte Druckstöcke erzielt wird, während sich Kalvach auf das Schwarzdrucken mit einer Druckplatte beschränkt. Passend dazu widmet die Schau dem Farbholzschnitt um 1900 einen eigenen Schwerpunkt. Herausragende Künstlerinnen und Künstler, die sowohl der Secession als auch der Kunstgewerbeschule nahestehen, haben hier höchst Originelles geleistet, wie etwa Broncia Koller, Franz Karl Delavilla, Hugo Henneberg, Ludwig Heinrich Jungnickel, Rudolf Junk, Erwin Lang, Emil Orlik oder Carl Anton Reichel. In der von Egon Schiele organisierten 49. Secessionsausstellung werden im März 1918 dreizehn Holzschnitte Kalvachs gezeigt, Hafenszenen und das Weihnachtssujet „Anbetung“. Egon Schiele selbst erwirbt zwei kolorierte Holzschnitte, die „Anbetung“ und „An Bord“.

Wien und Triest um 1900

Direktor Peter Weinhäupl widmet im Katalog der Faszination, den die Hafenstadt Triest auf Österreichs Künstler um 1900 ausübte, einen eigenen Beitrag. Auch in der Ausstellung selbst wird die Atmosphäre des bedeutenden Hafens geschildert. Der Farbenreichtum des Mittelmeers, das Wellenspiel und das bunte Treiben der Hafenstadt faszinierte Künstler und Touristen seit jeher. Die einzigartige Stimmung der Hafenstadt war jedoch um 1900 getrübt durch soziale Konflikte und nationale Spannungen, die Weinhäupl ebenfalls erörtert. Vielsagend ist in diesem Zusammenhang das Zitat von Hermann Bahr, der bereits 1909, einige Jahre vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges mahnt, den Italienern Vertrauen entgegen zu bringen und nicht den Irredentismus, also den Freiheitskampf, den Kampf Italiens für die Erlösung vom österreichischen Joch zu schüren, indem man Italiener wie Fremde behandelt: „Irredentisten züchtet ihr, ihr, weil jeder österreichische Italiener ein Irredentist sein wird, so lange er sich in Österreich fremd fühlt, und weil jeder in Österreich fremd sein muß solange man ihm mißtraut [...] Ihr treibt jeden Italiener aus Österreich hinaus, dem ihr die Wahl stellt ein Italiener oder Österreicher zu sein! Es muß ihm möglich werden, als Italiener ein Österreicher zu sein.“

Bisher unveröffentlichte Filmdokumente über Triest, erstmals zu sehen

In der Ausstellung werden bisher unveröffentlichte Filmausschnitte über das „österreichische Triest“ erstmals gezeigt. Sie wurden vom Filmarchiv Austria in ungarischen Archiven entdeckt:

- Stapellauf der Viribus Unitis (20. Juni 1911),
- Überführung des Leichnams Erzherzog Ferdinands (Anfang Juli 1914) und
- Flugaufnahme über Triest mit Hafen (1. Weltkrieg)

Quelle: Filmarchiv Archiv

Rudolf Kalvachs Leidensweg

Kalvach schien prädestiniert für eine große Karriere, war geschätzt von Lehrern und Kollegen. Seine grenzenlose Fantasie paarte sich jedoch früh mit den ersten Anzeichen geistiger Verwirrung. Im Mai 1912 wurde Rudolf Kalvach aufgrund einer diagnostizierten Schizophrenie in die Wiener Nervenheilanstalt Steinhof (heute: Sozialmedizinisches Zentrum Baumgartner Höhe Otto-Wagner-Spital und Pflegezentrum) eingeliefert. Kalvachs Lehrer Alfred Roller schreibt in diesem Jahr besorgt an den Di-



Ansicht der via del Corso in Triest, um 1900

rektor der Nervenheilanstalt Steinhof, daß sich „in der von Ihnen geleiteten Anstalt ... ein Patient, Rudolf Kalvach (befindet), der mir nahe steht als langjähriger Schüler (und später Absolvent) der Kunstgewerbeschule, wie als außergewöhnlich begabter, geradezu genialer Künstler, der er – man muß wohl leider sagen – war“. Erst im September 1915 konnte er aus der psychiatrischen Anstalt wieder entlassen werden. In den folgenden Jahren nahm Kalvach seine künstlerische Tätigkeit wieder auf. Im April 1921 mußte er jedoch erneut nach Steinhof eingewiesen werden. 1926 wurde Kalvach aufgrund seiner tschechischen Staatsangehörigkeit in die psychiatrische Klinik in Kosmonosy (Kosmanos) nördöstlich von Prag verlegt.

Hatte die psychische Erkrankung seine Schaffenskraft zunächst nur teilweise eingeschränkt, brachten die lang andauernden Aufenthalte in den Sanatorien sein künstlerisches Schaffen schließlich völlig zum Stillstand. Als Rudolf Kalvach 1932 im Alter von nur 49 Jahren in Kosmonosy an Tuberkulose starb, war er von der Kunstwelt längst vergessen.

Die Kuratoren der Ausstellung

Kuratoren der Ausstellung sind der Trientiner Architekt und Ausstellungsgestalter Roberto Festi, Leopold Museum Sammlungskurator Franz Smola und Alessandra Tiddia, Kuratorin des MART in Rovereto, von der auch die Idee zur Ausstellung stammt. Bereits 2009 hatte Roberto Festi für das Leopold Museum die Schau über den Secessionisten Josef Maria Auchentaller (1865-1949) kuratiert, der ebenfalls einen Teil seines Lebens in Italien verbrachte, und zwar in

dem um 1900 aufstrebenden Badeort Grado, unweit von Triest.

Giorgio Ubonis Suche nach dem Leben seines Großvaters

Ein weiterer wichtiger Initiator der Ausstellung ist Giorgio Uboni, Enkel von Rudolf Kalvach. Er und seine Familie stellten erstmals den Großteil des Kalvach-Nachlasses für die wissenschaftliche Aufarbeitung und Präsentation zur Verfügung. Giorgio Uboni hat auch einen wichtigen biographischen Katalogbeitrag verfaßt, der auf der Grundlage jahrelanger Nachforschungen zum Leben seines Großvaters basiert. „In unserer Familie wurde schon lange von einem uns allen unbekannten Großvater erzählt“, erinnert sich Uboni. „Er sei ein Genie gewesen, hieß es.“ Uboni wurde neugierig, und machte sich ab den frühen 1970er Jahren gemeinsam mit seiner Frau Ardea auf die Suche nach Spuren von Rudolf Kalvach: „Viele Jahre lang verbrachten wir jeden Urlaub in Wien, nutzten jede Gelegenheit zu einem Abstecher in die österreichische Hauptstadt, durchstöberten Antikläden und suchten Museen auf, trafen uns mit Kunsthistorikern und Experten“, schildert Uboni. Mit der ernüchternden Erkenntnis: „Fast überall die gleiche Antwort: Kalvach? Unbekannt!“ ■

Der Katalog

Fanstastisch! Rudolf Kalvach

Wien und Triest um 1900

Herausgegeben von Tobias G. Natter, Roberto Festi und Franz Smola für die Leopold Museum-Privatstiftung
ISBN 9-788-83662-39-14

<http://www.leopoldmuseum.org>

Orient und Okzident

Österreichische Künstler auf Reisen –
Unteres Belvedere – 29. Juni bis 14. Oktober 2012



© Belvedere, Wien

Bernhard Fiedler, Jerusalem, Öl auf Karton, 23,5 x 34,5 cm

Das Untere Belvedere widmet sich ab 29. Juni österreichischen Malern in „Orient und Okzident“. Mit 116 Werken von 37 Künstlern aus dem 19. Jahrhundert führt die Schau von der Ungarischen Tiefebene bis in die Tiefen des Indischen Ozeans.

Auf der Suche nach neuen künstlerischen Herausforderungen und originellen Motiven brachen zahlreiche österreichische Künstler des 19. Jahrhunderts in ferne Länder auf, um Landschaften in der glühenden Sonne oder in vielfältigen Zwischenstimmungen der Witterung, sowie farbenprächtige Märkte festzuhalten. „Von besonderem Reiz für die Künstler, die sich in die Ferne wagten, waren die exotischen Sujets, die sie auf ihre Leinwände bannten – stand doch die so entstandene Kunst in starkem Kontrast zu den Werken, die in den heimischen Ateliers geschaffen wurden“, erklärt Agnes Husslein-Arco, Direktorin des Belvedere. Die Ausstellung

„Orient & Okzident“ im Unteren Belvedere folgt den Spuren dieser künstlerischen Entdecker: Ausgehend von Ungarn wird der Besucher auf eine visuelle Reise über den Balkan, die dalmatinische Küste, Griechenland, Konstantinopel, das Heilige Land und Ägypten bis nach Indien und Sri Lanka geleitet, „wobei besonders viele Werke aus dem eigenen Sammlungsbestand des Belvedere stammen“, so Husslein-Arco.

Ungarn, Ägypten, Indien, Sri Lanka – die Künstler entdecken die weite Welt

37 Künstler werden im Rahmen der Ausstellung präsentiert. Eine der zentralen Figuren unter den österreichischen Malern im Orient war Leopold Carl Müller: Neun Winter verbrachte der Wiener in Ägypten, in dieser Zeit entstanden zahlreiche Marktansichten, Landschaftsstudien und Figurendarstellungen. Auch Alois Schönn, Alfons Mielich,

Karl Ludwig Libay, Bernhard Fiedler und einige weitere österreichische Künstler reisten in orientalische Länder. Andere Maler, wie Hermann von Königsbrun oder Julius von Blaas d. Ä., gelangten sogar bis ins heutige Sri Lanka und nach Indien. Während Eugen Jettel, Rudolf von Alt oder Emil Jakob Schindler Studienreisen an die dalmatinische Küste unternahmen, suchten August von Pettenkofen, Otto von Thoren und Johann Gualbert Raffalt neue Impulse im benachbarten Ungarn. Die dortige Landschaft mit dem tief liegenden Horizont und der reichen Palette an atmosphärischen Naturstimmungen zog später viele weitere Künstler, unter ihnen Tina Blau, an.

Stimmung und Atmosphäre statt nüchterner Dokumentation

Die Ausstellung verdeutlicht eine stilistische Veränderung in der österreichischen

Kultur

Malerei: Während in den Werken der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein klarer Hang zum nüchternen, dokumentarischen Realismus herrscht, so sind es im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmend optische Reize, die hervorstechen. „Ob ziehende Schafherden und wild davonstiebende Pferde, unendlich weite, karge Landschaften oder exotisch-lebhafte Marktszenen – die Maler versuchten, die gegenwärtige Stimmung und Atmosphäre festzuhalten“, erklärt Kuratorin Sabine Grabner. Beispielsweise beschäftigten sich Julius von Blaas d. Ä. in seiner Ansicht indischer Sümpfe wie auch Theodor von Hörmann in seiner Impression des ungarischen Plattensees mit der Spiegelung des Himmels im Wasser, wobei der Boden nahezu entmaterialisiert wirkt.

© ollettmuseum, Baden (Foto: Lea Tietz/ Markus Guschelbauer)



Julius von Blaas d. Ä., Sumpf mit Büffeln, 1873, Öl auf Karton, 18 x 26,3 cm

Farbfeingefühl auf neuen Bildformaten

Zu zentralen Bestandteilen der Bildsprache werden dabei etwa die malerische Umsetzung des sich wandelnden Sonnenlichts und die Veranschaulichung brennender Hitze. „Die Landstriche waren zwar oft reich an Farbnuancen, zeigten jedoch keine klaren Farben. So wurde es zur künstlerischen Herausforderung, sich mit Hell und Dunkel sowie einer reduzierten Farbpalette zu spielen“, so Grabner. Eine neue Herangehensweise an die Malerei spiegelt auch der Einsatz neuer Bildformate wider, etwa in den „cinemascopeartigen“ Landschaftsansichten von Otto von Thoren und Josef Selleny oder den postkartengroßen Genreschilderungen von August von Pettenkofen.

Präsentierte Künstler

Carl Agricola, Rudolf von Alt, , Joseph von Berres-Perez, Julius von Blaas d. Ä., Tina Blau, Thomas Ender, Bernhard Fiedler, Hans Ludwig Fischer, Otto Friedrich, Theodor von Hörmann, Josef Hoffmann, Carl Rudolf Huber, Eugen Jettel, Isidor Kaufmann, Hermann von Königsbrun, Johann Victor Krämer, Karl Ludwig Libay, Alfons Leopold Mielich, Leopold Carl Müller, Rudolf Otto von Ottenfeld, Franz Xaver von Pausinger, August von Pettenkofen, Johann Gualbert Raffalt, Eugen von Ransonnet-Ville, Gustav Ranzoni, Hubert Sattler, Emil Jakob Schindler, Teutwart Schmitson, Josef Selleny, Franz Xaver Simm, Emanuel Stöckler, August Schöffl, Alois Schönn, Otto Stotz, Otto von Thoren, Jakob Waltmann, Charles Wilda. ■

Unteres Belvedere

29. Juni - 14. Oktober 2012

<http://www.belvedere.at>

© Belvedere, Wien



Emil Jakob Schindler, Küstenlandschaft in Dalmatien, 1890, Öl a. Holz, 71 x 106 cm

Foto: Salzburg Museum, Salzburg



Hubert Sattler, »Die 60 Fuß hohen Colosse des Memnon zur Zeit der Ueberschwemmung in Ober-Egypten«, 1846, Öl auf Leinwand, 104,5 x 132,5 cm

Zeit Kunst Niederösterreich

Landesgalerie für zeitgenössische Kunst in Krems eröffnet – LH Pröll: Lebendige, abwechslungsreiche und bunte Kulturszenerie – Eröffnungsausstellung präsentiert die erste Einzelschau von Manfred Wakolbinger. Zu sehen bis 14. Oktober 2012



Foto: ZKV / Rita Newman

Manfred Wakolbinger. Seine »Placements« existieren sowohl als reale Ausführungen in verschiedenen, eher modellhaften Größen und in der virtuellen Realität des Computers als riesige Monumente in weiten Landschaften.

Am Abend des 2. Juni eröffnete Landeshauptmann Erwin Pröll „Zeit Kunst Niederösterreich“, die neue Landesgalerie für zeitgenössische Kunst am Standort Dominikanerkirche in Krems. Den Beginn macht eine Ausstellung von Manfred Wakolbinger, deren Titel „Up From the Skies“ lautet. Die Schau ist bis 14. Oktober zu sehen und zeigt einen repräsentativen Querschnitt des bildhauerischen und fotografischen Schaffens des Künstlers.

„Künstler prägen Menschen und Natur“, sagte der Landeshauptmann, Initiator von „Zeit Kunst Niederösterreich“, im Gespräch mit Katharina Huemer, der Moderatorin der Veranstaltung. In Niederösterreich sei es in den letzten Jahrzehnten gelungen, eine ansehnliche Infrastruktur für Künstler zu schaffen und ein künstlerfreundliches Klima zu erzeugen. „Das hat dazu geführt, daß viele Künstler, die schon mit Weltruhm behaftet sind, wie Manfred Wakolbinger, nach Nie-

derösterreich gezogen sind“, so Pröll. Mittlerweile sei es ein wesentlicher Bestandteil des niederösterreichischen Selbstbewußtseins geworden, eine lebendige, abwechslungsreiche und bunte Kulturszenerie vorzufinden.

Viele heimische Künstler hätten einen hohen internationalen Stellenwert, führte der Landeshauptmann weiter aus. Überdies sei die gesamte Kulturarbeit der zeitgenössischen Künstler ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor, erinnerte der Landeshauptmann an den Kulturtourismus, der in der heutigen Zeit eine wichtige Rolle spiele. „Allein durch die Kulturarbeit in unserem Bundesland sind wir in der Lage, 12.000 Arbeitsplätze zu schaffen“, erinnerte der Landeshauptmann.

„Wir wollen in der heutigen Zeit großen Wert darauf legen, einen Brückenschlag zu schaffen zwischen Moderne auf der einen Seite und Tradition auf der anderen“, meinte Pröll über die Landesgalerie für zeitgenössi-

sche Kunst an den Standorten Shedhalle St. Pölten und Dominikanerkirche Krems. Auf diese Art und Weise sei es auch auf breiter Ebene gelungen, die zeitgenössischen KünstlerInnen in den Mittelpunkt zu stellen. „Die Künstlerinnen und Künstler der Jetztzeit spüren, sie sind in Niederösterreich gewollt“, so Pröll. „Das Schöne ist, daß auf breitester Ebene auch die Bevölkerung diese Kulturarbeit schätzt“, verwies er auf eine aktuelle Studie. „Rund 90 Prozent der Landsleute sehen Niederösterreich als Kulturland, und 90 Prozent sagen, ein Kürzen des Kulturbudgets wäre ein falscher Schritt. Dort, wo die Zeitgenossen eine Chance haben, dort haben auch Geschichte, Vergangenheit und Zukunft eine Chance.“

Walter Smerling, Direktor des MKM Museum Küppersmühle für moderne Kunst, Duisburg, sagte: „Kreativität und Sensibilität sind Dinge, die kann man nicht kaufen, die kann man nicht erlernen. Manfred Wakol-

binger gehört zu diesen Menschen, denen diese Eigenschaften und Fähigkeiten in die Wiege gelegt wurden.“

Wakolbinger »Up From the Skies«

Mit dieser umfassenden Werkpräsentation startet „Zeit Kunst Niederösterreich“ als neue Landesgalerie für zeitgenössische Kunst. Die Ausstellungsreihe verbindet monografische Werkschauen mit ambitionierten Publikationen zum Schaffen von Künstlern und Künstlerinnen, die in Niederösterreich leben oder mit diesem Bundesland eng verbunden sind und deren Œuvre internationale Wertschätzung genießt. Zu sehen sind die herausragenden künstlerischen Positionen österreichischer Gegenwartskunst in Zukunft an zwei Standorten: in Krems und in St. Pölten.

Die erste Einzelschau Manfred Wakolbingers zeigt einen repräsentativen Querschnitt seines bildhauerischen und fotografischen Schaffens von 1980 bis heute. Präsentiert werden Skulpturen aus seiner frühen Serie „Sputnik“ (1986-1990), seine Glas-Kupfer-Arbeiten (1990-1995), sowie seine „Placements“ (2001-2008), „Ufos“ (2009-2012), „Forces“ (2010-2011) und „Travelers“ (2009-2010).

Einen weiteren bedeutenden Teil in Wakolbingers künstlerischem Werk stellen die Fotografie und die Fotocollage dar. Seit einigen Jahren läßt der österreichische Künstler seine Skulpturen virtuell in Form von Fotocollagen in verschiedenen urbanen und landschaftlichen Räumen interagieren. Teilweise wirken sie „deplatziert“, teilweise korrespondieren sie auf fast unerwartete Weise formal mit ihrem „exotischen“ Umfeld. Gemeinsam mit den Skulpturen werden diese Fotocollagen und der Film „Galaxies 1-3“ (2011-2012) nun im Ambiente der mittelalterlichen Sakralarchitektur der Dominikanerkirche in Krems zu sehen sein.

Schon sehr früh interessiert sich Manfred Wakolbinger für die Kraft elementarer Formen und das Bearbeiten von verschiedenen Materialien wie Kupfer, Glas oder Spiegel. Bevor er den Entschluß faßt, sich ausschließlich der Kunst zu widmen, arbeitet der gelernte Werkzeugbauer gemeinsam mit seiner Ehefrau Anna Heindl im Bereich Schmuckdesign. Ab 1980 konzentriert sich Manfred Wakolbinger auf die Skulptur und die Fotografie und die künstlerische Auseinandersetzung mit den beiden Medien wird zum Arbeits- und Lebensmittelpunkt.

Zur Eröffnung erschien eine Publikation zur Ausstellung.

<http://www.zeitkunstnoe.at>



Manfred Wakolbinger mit der Kuratorin Alexandra Schantl



Ausstellungsansicht: großformatiges Foto und ein »Traveller«



Ausstellungsansicht: »Traveller« und Videoinstallation

Fotos: ZKN / Rita Newman

Porsche – Design, Mythos, Innovation

Eine Ausstellung des Landes Oberösterreich von 22. Juni bis 18. November 2012 wird in den Hallen der ehemaligen Tabakfabrik Linz



Foto: Archiv Porsche Museum

Ferry Porsches Traum vom eigenen Sportwagen ging 1948 mit dem Porsche 356 in Erfüllung.

Im Jahr 1870 testete der Österreicher Siegfried Marcus das erste mit Benzin betriebene Automobil. Er konnte damals nicht ahnen, daß das Kraftfahrzeug eine derjenigen Innovationen darstellt, die für die Alltagsbewältigung des Menschen einmal von ganz besonderer Bedeutung sein sollten.

Ein Leben ohne Kraftfahrzeuge, ohne Automobil, ist für den Menschen heute nicht mehr vorstellbar. Es ist die Grundvoraussetzung für unsere Mobilität, wenn auch ökologische Herausforderungen der Zukunft geänderte Antriebsformen bedingen werden.

Oberösterreich und seine Tradition beim Bau von Kraftfahrzeugen

Das Land Oberösterreich war für die Entwicklung von Fahrzeugen, und von Kraftfahrzeugen im besonderen, immer ein fruchtbarer Boden.

Zum Beispiel die Stadt Mattighofen, wo das Land heuer einen Standort der grenzüberschreitenden Landesausstellung unter

dem Titel „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert. Bayern und Österreich“ eingerichtet hat.

Mattighofen ist die Wiege der Zweiradfertigung schlechthin, der Markenbegriff „KTM“ ist heute in höchstem Maße mit positivem Image verbunden und sowohl die Fahrrad- als auch die Motorradproduktion stellen ein Flaggschiff der heimischen Wirtschaft dar.

Weiters auch die Stadt Steyr: Was mit dem legendären „Steyrer Waffenrad“, das – eigentlich als Ausweichprodukt in Zeiten von Auftragsrückgängen der Waffenfabriks AG. gedacht war – als Innovation begann, fand schließlich seinen Höhepunkt in der Produktion von Personenkraftwagen und in verschiedensten Nutzfahrzeugen.

Als Standort für die Nutzfahrzeugproduktion und die Autozulieferindustrie genießt Steyr heute immer noch weltweit einen ausgezeichneten Ruf, während hingegen die Herstellung von Personenkraftwagen in Steyr

eine Episode der Geschichte bleibt.

Porsche und Oberösterreich – Bezüge für eine Ausstellung

Doch gerade aus dieser Episode ergibt sich ein wichtiger Bezug zur Sinnhaftigkeit einer Ausstellung des Kulturlandes Oberösterreich über Porsche.

Denn rein aus historischen Überlegungen heraus käme dafür auch das Land Niederösterreich in Frage, wo Ferdinand Porsche bereits seit 1923 bei Austro-Daimler in Wiener Neustadt tätig war.

1929 jedoch kam Ferdinand Porsche als Chefkonstrukteur zur Steyr Werke A.G., wo er den so genannten Typ „Austria“ konstruierte; ein für die damalige Zeit unheimlich repräsentatives Fahrzeug der Oberklasse mit 8 Zylindern und bereits 100 PS, das noch im Oktober 1929 als Spitzenmodell auf dem Pariser Autosalon gepriesen wurde.

Doch wie es die Geschichte oft mit sich bringt, wurde das technische Genie Ferdi-

nand Porsche in dieser Zeit ein Opfer wirtschaftlicher bzw. daraus resultierender unternehmensstrategischer Entwicklungen:

Da die Steyr-Werke nämlich aus finanziellen Erwägungen eine Kooperation mit der Austro-Daimler-Puchwerke A.G. eingingen, die 1934 zur Fusion beider Unternehmen in der sogenannten Steyr-Daimler-Puch AG führte, wollte die Steyr-Hausbank, die Österreichische Credit-Anstalt, als Austro-Daimler-Hauptaktionär kein Konkurrenzmodell zum Austro-Daimler „ADR 8“ und verlangte die Einstellung der Produktion von Porsches Typ 3.

So entstanden nur drei Prototypen von Porsches „Austria“ und Ferdinand Porsche, der immer auch eine Affinität zum Rennsport hatte, verzichtete daraufhin auf eine weitere Tätigkeit bei Steyr. Er verließ das Unternehmen bereits Ende 1929 wieder.

Als weithin sichtbares Zeichen dieses kurzen, aber intensiven Engagements von Porsche in Oberösterreich ist bis heute noch die sogenannte „Porsche-Villa“ in Steyr geblieben, die am südlichen Rand der Stadt, oberhalb der ehemaligen Steyr Werke gelegen, ein immer noch weithin sichtbares Zeichen der Villenbaukunst der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts darstellt.

Natürlich hat Ferdinand Porsche in seiner Steyrer Zeit auch eine Reihe von Persönlichkeiten kennen gelernt, von denen ihm zumindest einer fortan auf seinem Weg als Impulsgeber von Innovationen ein Stück begleiten sollte.

Dieser war der gebürtige Weyrer Erwin Kommenda, der von 1931 bis 1966 bei Porsche die Karosserie-Konstruktionsabteilung leitete und unter Porsches Federführung an so bedeutenden und innovativen Konstruktionen wie dem VW Käfer, dem Schwimm- und Kübelwagen, dem Cisitalia-Rennwagen, dem Porsche 356 und dem Porsche 550 „Spyder“ beteiligt war.

Das zeitlose und langlebige Design dieser bedeutenden Fahrzeuge wurde somit auch vom Know-How eines unserer Landsleute mitgeprägt.

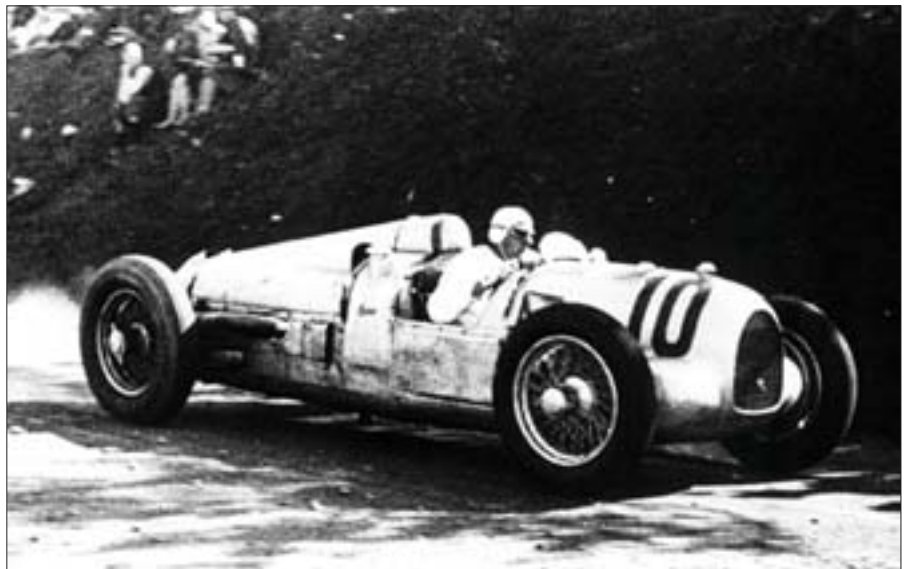
Design und Innovation als Thema

Die Stahlstadt Linz und das Industrieland Oberösterreich mit dem Schwerpunkt Automobilzulieferindustrie haben immer auf dem Gebiet des Designs, insbesondere des Industriedesigns, positiv von sich reden gemacht.

Ob es das „Forum Metall“ in jüngerer Vergangenheit war oder die Architektur der ehemaligen Austria Tabakwerke: Gerade letztere ist ein Beispiel für Industriebauten



Porsche Typ 642, Baujahr 1939



Großer Preis von Brünn am Masaryk-Ring



Typ 356 Coupe, das erste Serienmodell von Porsche. produziert ab 1948

Alle Fotos: Archiv Porsche Museum

Kultur

im Lande, bei denen der Faktor „Design“ bereits zur Zeit ihrer Erbauung, also schon in den Jahren von 1929-1935, ganz bewußt berücksichtigt wurde.

Von diesem Industriedesign geht eine konkrete Botschaft aus: nämlich, daß Wirtschaft und Kunst letztlich einander bedingen, daß Zweck und Formalität auch bei industriellen Errungenschaften miteinander in Einklang zu bringen sind.

Dies gilt natürlich im besonderen für die Fahrzeuge aus dem Hause Porsche und daher wäre wohl aus Sicht des Landes als Ausstellungsorganisator wohl kein anderes Industrieprodukt, kein anderes Auto besser geeignet um es in einer innovativen, im Einklang mit der Industrie lebenden Stadt wie Linz zu präsentieren und damit den Anspruch von Linz, Designhauptstadt Österreichs zu sein, zu untermauern.

Bedeutung und Stil der Ausstellung

»Porsche – Design, Mythos, Innovation«

Das Land Oberösterreich hat insgesamt 1,6 Mio. Euro investiert und hier eine Ausstellung realisiert, die bereits im Vorfeld auf gigantisches Interesse stößt.

Diese Ausstellung ist nicht nur eine Präsentation von Fahrzeugen, von Objekten aus der Kulturgeschichte des Automobils, im klassischen Sinn. Sie ist zu allererst auch ein Bekenntnis zur Vielfalt der Kultur in unserem Land, die sich immer in unseren zahlreichen Ausstellungen widerspiegelt.

Gerade heuer gibt es viele hochkarätige Ausstellungen im Kulturland: So wie eingangs erwähnt, die gemeinsame Landesausstellung mit Bayern, die Ausstellung über die Kulturhauptstadt des Kaisers im Schloßmuseum, jene über die Klöster und Orden in Oberösterreich und eine gemeinsame Ausstellung mit Niederösterreich über die Vierkanthöfe, eine bei uns im Traunviertel und im benachbarten Mostviertel traditionelle Gehöftform.

Die Porsche-Ausstellung in den ehemaligen Tabakwerken ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Dokumentation der Technikgeschichte im Lande.

Wenn auch das Wirken von Ferdinand Porsche im Lande nur kurz war, so ist es, wie in dieser Ausstellung dokumentiert wurde, doch ein Beispiel dafür, daß Oberösterreich durch die Geschichte hindurch nicht nur ein fruchtbares, agrarisch geprägtes Land sondern immer auch ein Zentrum für Innovationen und für technische Errungenschaften war. Nicht umsonst ist bei uns auch heute österreichweit die Arbeitslosigkeit am nie-



Der Porsche 550/4 RS 1500 Spyder beim 24-Stunden-Rennen von Le Mans 1954



Alle Fotos: Archiv Porsche Museum

Ein Blick unter die Motorhaube eines Porsche Typ 917 Coupe 1971

drigsten, sind wir seit vielen Jahren ein Top-Player im Ranking unter Europas führenden Wirtschaftsregionen.

Die Ausstellung ist aber auch eine wichtige Hilfestellung des Landes, wenn es etwa darum geht, daß die Stadt Linz die Austria Tabakwerke künftig erfolgreich als Event-Location positionieren.

Von unseren Landesausstellungen wissen wir, daß diese Art der kulturellen Großausstellung für den jeweiligen Standort nachhaltige Imagevorteile mit sich bringt. Umso erfreulicher ist es in diesem Zusammenhang, daß die Ausstellung bereits im Vorfeld auf so großes Interesse gestoßen war.

Die Umsetzung der Ausstellung „Porsche – Design, Mythos, Innovation“ war wegen der Vielzahl und dem Wert der Fahrzeuge auch mit einem großen organisatorischen Aufwand verbunden, für dessen Bewältigung allen beteiligten Personen zu danken ist.

Kurator ist Univ.Prof. Michael Shamiyeh von der Kunstuniversität, wissenschaftlich mitgearbeitet haben Univ. Prof. Roman Sandgruber von der Universität Linz, Norbert Loidol aus Alkoven und Paul Lehner aus Hörsching.

<http://www.porsche-ausstellung.com>
siehe auch <http://www.porsche.com>

OÖ Musiksommer 2012

Gemeinsame Projekte von Anton Bruckner Privatuniversität, Landesmusikschulwerk, Landestheater und Oö. Kulturdirektion

Die Kultureinrichtungen des Landes machen keine Sommerpause, ganz im Gegenteil: Viele von ihnen nutzen die Zeit und die Möglichkeiten, sich mit eigenen Kulturprojekten zu präsentieren oder spezielle, konzentrierte Aus- und Fortbildungsprogramme anzubieten, vor allem im Bereich der musischen Bildung. Eine wesentliche Drehscheibe dabei sind die Oö. Landesmusikschulen, die mit unterschiedlichen Partnern vielfältig vernetzt aktiv sind.

„Der oberösterreichische Sommer wird zum Musiksommer. Die Kulturhäuser des Landes rücken noch näher zusammen – es kommt auf die gemeinsame Orchesterleistung an. Wir haben ein hochqualitatives Unterhaltungsprogramm für alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher sowie unsere Gäste. Das Besondere ist dabei die Einbeziehung unserer Jugend – alleine durch das Landesmusikschulwerk verbringen 600 junge Leute ihre Ferien mit Musik“, so Landeshauptmann Josef Pühringer.

Kiss me, Kate

2011 war ein besonderes Jahr in der Oö. Musiktheaterlandschaft. Erstmals haben sich wesentliche Partner – das Landestheater Linz, die Anton Bruckner Privatuniversität, die „MTA – Musical Theatre Academy“ der Landesmusikschulen und die Landesmusikdirektion – zusammengetan, um ein gemeinsames Projekt umzusetzen: das Musical „Jekyll & Hyde“, das im Sommer aufgeführt wurde.

Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wird 2012 fortgesetzt. Im Rahmen der Reihe „Sommermusical“ am Landestheater Linz wird von 16. August bis 2. September 2012 Cole Porters „Kiss me, Kate“ auf die Bühne gebracht. Das aus dem Jahr 1948 stammende Musical ist erstmals seit 1972 wieder am Landestheater zu sehen, und zwar in einer neuen Übersetzung der österreichischen Dramatikerin Susanne Felicitas Wolf. An der Spitze des Produktionsteams stehen Thomas Kerbl (Produktionsleitung), Magdalena Fuchsberger (Regie) und Walter Rescheneder (musikalische Leitung). Susanne Kerbl wird die Rolle der Lilli Vanessi/Kate singen. Im Oö. Symphonieorchester spielen MusikerInnen aller Kooperationspartner.



Foto: and Oö/Stingmay

Karl Pramendorfer, Direktor OberösterreichTourismus (l.) und Landeshauptmann Josef Pühringer bei der Präsentation des Programms des Oö Musiksommers 2012

Mit dieser Produktion rückt auch zum zweiten Mal ein oberösterreichweit einzigartiges Ausbildungsangebot der Landesmusikschulen in den Mittelpunkt: die „Musical Theatre Academy“ der Landesmusikschule Puchenu. Kinder und Jugendliche zwischen sieben und 18 Jahren erhalten hier eine fundierte Basisausbildung in Tanz, Gesang und Schauspiel.



Foto: Stadtgemeinde Bad Hall

»Annie« im Stadttheater Bad Hall

Annie

Neben „Kiss me, Kate“ steht die „Musical Theatre Academy“ heuer noch mit einer zweiten Produktion im Mittelpunkt: von 13. Oktober bis 1. Dezember 2012 wird das Familienmusical „Annie“ aufgeführt, der Geschichte des Waisenmädchens, das sein Glück bei einem Milliardär findet. 20 SchülerInnen der „Musical Theatre Academy“ im Alter zwischen sieben und 15 Jahren sind im Ensemble dabei. Die Gesamtleitung liegt bei Thomas Kerbl, die musikalische Leitung bei Walter Rescheneder. Es spielt das Orchester des Stadttheaters Bad Hall, Regie führt Heidelinde Leutgöb.

Die Produktion wird zur Wiedereröffnung des Stadttheaters Bad Hall gezeigt, und ist auch – im Rahmen der grenzüberschreitenden Landesausstellung „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert“ im Dezember im Theater an der Rott in Bayern zu sehen.

Mit den Musikschulen durch die Sommerferien

Die Oö. Landesmusikschulen gehen nicht auf Urlaub. Sie bieten in den Sommermonaten ihren SchülerInnen auf allen Leistungsniveaus und für alle Altersgruppen viele Möglichkeiten, sich weiterzubilden und ihre Freizeit sinnvoll zu nutzen. Im Mittelpunkt

Kultur

stehen dabei vor allem Orchesterprojekte, die das gemeinsame Musizieren fördern.

Die Projekte im Detail

Auftaktorchester ATO
Leitung August Kothbauer

Für die jüngsten StreicherInnen Oberösterreichs (ab acht Jahren), von 16. bis zum 20. Juli 2012 in Schloß Weinberg (Abschlußkonzert 20. Juli 2012, 13 Uhr).

Secondato
Organisation Dir. Martina Franke

Diese drei Projekte bieten jungen Menschen ab zehn, elf bzw. zwölf Jahren die Möglichkeit, ihr Können aufbauend zu erweitern und bereits erworbene Orchestererfahrung einzubringen. In allen der insgesamt drei Orchester nehmen sich qualifizierte ReferentInnen den einzelnen Stimmgruppen an, technische und musikalische Details werden in Einzelstimmproben erarbeitet.

Neben der musikalischen Probenarbeit wird auch eine jugendgemäße Freizeitgestaltung geboten, wobei auch auf den sportlichen Ausgleich geachtet wird. Die drei Secondato-Projekte starten am 10. Juli 2012 und enden am 21. Juli 2012 (Abschlußkonzerte: 14. Juli 2012/11 Uhr, 21. Juli 2012 /11 Uhr und 15 Uhr, jeweils Stadttheater Wels).

Terzato
Leitung Dir. Martina Franke

Dieses Projekt sieht sich als Aufbauorchester für fortgeschrittene InstrumentalistInnen mit Orchestererfahrung. Auftakt ist am 20. August 2012, das Abschlußkonzert findet am 24. August 2012, 16 Uhr, im Stadttheater Wels statt.



Susanne Kerbl gibt die »Kate« in Cole Porters Musical am Landestheater Linz.

Upper Austrian Sinfonietta
Leitung Peter Aigner

ist eines der Oö. Jugendorchester der Landesmusikdirektion. Die ca. 13- bis 18jährigen Mitglieder werden in zwei Probenphasen von einem erfahrenen Referententeam betreut. Das Resultat der intensiven Probenarbeit wird im Rahmen von Konzerten landesweit präsentiert.

Oö. Jugendsinfonieorchester
Management Dir. Regine Tittgen-Fuchs

Zwei Mal jährlich finden sich die rund 80 Mitglieder aus allen Landesteilen zu einer intensiven Probenphase zusammen, um anspruchsvolle Orchesterliteratur einzustudie-

ren. In den nächsten Monaten ist das Jugendsinfonieorchester unter anderem bei der Eröffnung des Attergauer Kultursommers (in Kooperation mit dem Streichorchester der Bruckneruniversität) am 17. Juli 2012 und am 20. September 2012 im Melodium Peuerbach zu hören.

Oö. Landstreicherwoche der Oö. Streichervereinigung
Gesamtleitung Leonhard Harringer

Fünf verschiedene Ensembles bieten die Möglichkeit für junge Musikerinnen und Musiker ab sieben Jahren, die Sommerferien von 3. bis 7. September 2012 musikalisch ausklingen zu lassen. Neben der Musik gibt es auch ein abwechslungsreiches Sport- und Freizeitprogramm. Das Abschlußkonzert findet am 7. September 2012/17 Uhr im Veranstaltungszentrum Lachstatthof statt.

Oboe-Fagott-Festival Kremsmünster
Leitung Johannes Wregg

Studierende, Musikschrler und Hobby-musiker bietet dieses Festival von 22. bis 27. Juli 2012 im Stift Kremsmünster die Möglichkeit, unter professioneller Anleitung gemeinsam zu musizieren. Beim Abschlußkonzert am 27. Juli 2012/17 Uhr im Kaisersaal des Stiftes Kremsmünster spielen 60 OboistInnen und FagottistInnen u.a. „Vier Filmszenen und ein Happy End“, ein Werk, das von Leonard Eröd speziell für das Festival komponiert wurde.

<http://www.musiksommer.at>

<http://www.landesmusikschulen.at>

Foto: Oö. Theater und Orchester GmbH / Erwin Rachbauer



Foto: Landesmusikdirektion / Oö. Landesmusikschulwerk

Das Oberösterreichische Jugendsinfonieorchester bei der Probenarbeit

»Gustav Klimt – das Musical«

Pünktlich zu Klimts Jubiläumsjahr kommt das Musical nach Wien. Premiere ist am 1. September 2012, gespielt wird bis 7. Oktober 2012 – in englischer Sprache.

Eine österreichische Musicalproduktion auf den Spuren des Genius Klimt. Leidenschaftlich, geheimnisvoll, bewegend, widersprüchlich: So faszinieren nicht nur die Werke Gustav Klimts, sondern auch das Leben des berühmtesten österreichischen Malers. In einfachsten Verhältnissen geboren, in ein Wien voller Gegensätze von bitterer Armut und überbordendem Reichtum, verkörpert Klimt das vibrierende Lebensgefühl einer ganzen Epoche. Er prägte den Wiener Jugendstil, war Wegbereiter der Moderne und lebte die Extreme: Von Schicksalsschlägen und tiefster Verzweiflung bis zu höchstem Triumph.

Leben und Lieben, Kunst und Genius, Freundschaft und Besessenheit

„Gustav Klimt – das Musical“ folgt der Biographie Gustav Klimts von seinen Jugendtagen bis zum Tod. Nach den erfolgreichen Jahren als Auftragsmaler im Stile des Historismus, beginnt Klimts „Genius“ immer mehr von ihm Besitz zu ergreifen und nach dem tragischen Tod seines geliebten Bruders Ernst beschreitet Klimt völlig neue künstlerische Wege. Dies führt nicht nur zum Bruch mit seinem bisherigen Kompagnon und besten Freund Franz Matsch, sondern stößt auch auf enormen Widerstand in konservativen Künstler- und Staatskreisen: Klimts Tabubrüche führen bald zu den heftigsten Kunst-Skandalen, die das Land bis dato gesehen hatte. Und Klimt fühlt sich hin- und hergerissen zwischen seinem Streben nach Anerkennung und dem Kampf um künstlerische Freiheit.

Doch auch privat bleibt er ein Suchender zwischen zahllosen erotischen Amouren und der tiefen Lebensliebe zu seiner Muse Emilie Flöge, die ihn als Seelenverwandte durchs Leben begleitet und den Typus „der modernen Frau“ in einer Zeit lebt, in der dieser Begriff noch nicht einmal geboren ist. Klimt ist ein Familienmensch, der doch jede Bindung scheut. Er wird zugleich verteuft und vergöttert. Und ist bis zuletzt getrieben von seinem übermäßigen Wunsch nach persönlicher und künstlerischer Freiheit.

Bewährtes Team und Top-Besetzung

Für die Musik zeichnet Gerald Gratzner verantwortlich, Buch und Lyrics stammen



Foto: Newplay Entertainment

»Der Kuß« von Klimt, dargestellt von André Bauer und Sabine Neibersch

aus der Feder von Sissi Gruber, Birgit Nawrata und Niki Neuspiel. Für die Inszenierung konnte abermals der international erfolgreiche Regisseur Dean Welterlen gewonnen werden, für die Choreographie der nicht minder renommierte Cedric Lee Bradley. Bühnenbild und Kostüme liegen bei Eduard Neversal, Norbert Wuchte und Uschi Heinzl ebenfalls wieder in bewährte hochprofessionellen, kreativen Händen.

Gustav Klimt wird von André Bauer verkörpert, der einem breiten österreichischen Publikum u. a. durch Hauptrollen in „Elisabeth“, „Mozart“, „Rebecca“ und „Ich war noch niemals in New York“ bekannt ist und schon bei der Uraufführung mit seiner sensiblen, vielschichtigen und leidenschaftlichen

Darstellung Klimts beeindruckte. Mit Sabine Neibersch als Emilie Flöge konnte eine österreichische Künstlerin gewonnen werden, die mit Hauptrollen in „Die Schöne und das Biest“, „Robin Hood“ und „Jesus Christ Superstar“ schon zahlreiche Erfolge auf internationalen Bühnen feierte und ebenfalls bereits bei der Uraufführung äußerst erfolgreich in dieser Hauptrolle auf der Bühne stand.

Die weiteren Rollen sind mit Linda Geider, Lucius Wolter, Harald Tauber, Anna Carina Buchegger, Georg Prohazka, Regina Mallinger, Dennis Kozeluh, Bettina Soriat, Daniela Lehner, Nicolas Boris Christahl u. a. ebenfalls prominent besetzt.

<http://www.gustavklimt-musical.at>

Das neue Musiktheater

Viele Jahre hindurch wurde in Oberösterreich vorerst darüber debattiert, ob Linz ein neues Musiktheater brauche. Als breite politische Zustimmung erreicht war, beschäftigte die Standortfrage für einige Zeit die Öffentlichkeit. Mittlerweile ist das alles vergessen, denn der Neubau ist wesentlich fortgeschritten. Am 11. April 2013 wird das Haus am Linzer Volksgarten feierlich eröffnet werden. Ein Zwischenbericht.



So wird der Vorplatz des neuen Musiktheaters Linz aussehen – die Visualisierung stammt von Terry Pawson Architects

Am Anfang stand Landeshauptmann Josef Ratzenböck (1977 bis 1995), bei dem Linzer Kulturschaffende vorsprachen und klagten, daß das Linzer Landestheater schlechte akustische und sichtmäßige Verhältnisse aufweise („ein Drittel der Plätze kann man nur an Taube oder Blinde verkaufen“), daß es ungesetzliche Arbeitsbedingungen biete („jeden Tag könnte es vom Arbeitsinspektorat zugesperrt werden“), daß es unökonomisch betrieben werden müsse („keine Neben Bühnen und daher viele Überstundenzahlungen, zu wenig gute Sitzplätze“) – und urgieren den Neubau eines Musiktheaters. Der Landesvater kanalisierte daraufhin die Wünsche und Beschwerden in die Gründung eines Vereines und seit Oktober 1984 gibt es die „Freunde des Linzer Musiktheaters“. Diese bereiteten unter den Präsidenschaften von Prof. Leopold Mayer (1984 bis 1989), Prof. Alfred Stögmüller (1989 bis 2000), Franz Welser-Möst (2000 bis 2002) und Gerhard Ritschel (seit 2002), wie Ratzenböck es gefordert hatte, den Boden für die Akzeptanz eines Musik-

theater-Neubaus in der Bevölkerung vor: durch Veranstaltungen (Marcel Prawy leistete ebenso Schützenhilfe wie Staatsoperndirektor Claus Helmut Drese und viele andere), Informationsfahrten in oö. Bezirksstädte, Kontaktaufnahmen mit Funktionären, Wirtschaftsleuten und Künstlern, Unterschriftenlisten (12.000 Unterschriften wurden gesammelt), einer eigenen Konzertreihe (an der Hunderte Künstler unentgeltlich mitwirkten) und viele andere Aktivitäten. Das Echo war nicht schlecht, in Einzelfällen sogar bemerkenswert gut, aber insgesamt und vor allem medial doch viel zu gering, um die Politiker zum Handeln zu bewegen.

Einziges Ziel der „Freunde des Linzer Musiktheaters“, wie es auch in den Vereinsstatuten definiert ist, den Bau des Musiktheaters durchzusetzen. Auch ein logischer Standort war ausgemacht worden, nämlich gegenüber dem Neuen Rathaus – dessen Architekt, Rupert Falkner, auch das erste Modell für ein Opernhaus schuf. In den Anfangsjahren des Vereins schien eine Lösung des Theaterproblems also leicht möglich zu

sein. Dem war aber nicht so, der Bau wurde aber von politischen Gruppierungen abgelehnt und fand auch unter der Architektenschaft keine Gegenliebe. Der Standort in unmittelbarer Nähe zur Nibelungenbrücke wurde schließlich anderweitig verwendet.

Und so gingen viele Jahre ins Land, in denen unzählige Debatten über die Notwendigkeit eines Neubaus an sich, über mögliche Standorte, über die Kosten, die die Öffentlichkeit bewegten.

Neuer Schwung unter neuem Landesrat

In der nach den Wahlen 1991 gebildeten Regierung gab es einen neuen Landesrat für Kultur: Josef Pühringer, der dem Verein sofort nach der Gründung als damals „kleiner“ Funktionär seiner Heimatstadt Traun als Mitglied beigetreten war („Das Musiktheater war mir seit jeher ein Herzensanliegen“, so Pühringer damals.) Er versprach, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, „damit wir unser Ziel erreichen“.

Ein von Pühringer vorgelegter Zeitplan für Grundsatzbeschluß, Standortprüfung,

Kultur

Standortentscheidung, Ausschreibung und Entscheidung des Architektenwettbewerbes und Fertigstellung im Jahre 2003 (dieses Jahr war realistisch machbar) wurde von den drei im Landtag vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ einstimmig beschlossen und im wesentlichen eingehalten. Eine gewisse Verzögerung ergab sich dadurch, daß beim Expertenvergleich der Standorte Bahnhof, Braunsberger Gründe, Landesfrauenklinik, Donau Süd und Donau Nord, letzterer Standort als der beste eingestuft wurde, die Stadt Linz aber diesen Standort ablehnte. Da war es die Firma Suter & Suter, die mit der Idee des „Theaters im Berg“ aufkrebte und damit das (politische) Ei des Musiktheaters gefunden zu haben schien, denn dieser Standort erntete von seiten der Stadt allerhöchstes Gefallen und rangierte auch nach eingeholten Expertengutachten der an erster Stelle. Und mit dem Siegerprojekt des veranstalteten Wettbewerbs, Architekt Otto Häuselmayer überzeugte mit seinen Plänen, waren die Erfolgsaussichten so gut, wie noch nie.

Das vorläufige Aus

Doch dann endete am 26. November 2000 eine Volksbefragung mit einem für die Befürworter ernüchternden Ergebnis: Diese Volksbefragung war von der FPÖ unter dem

Motto „Kleiner Mann zahlt große Oper“ gegen das Musiktheater angestrengt worden. Die „ÖÖ. Krone“ unterstützte die FPÖ massiv durch tägliche negative Berichte und Kommentare. Das niederschmetternde Resultat: Knapp 60 Prozent der Befragten (die Beteiligung lag bei 50 Prozent) beantworteten die Frage „Soll in Linz ein neues Musiktheater gebaut werden?“ mit „nein“. Darauf schien das Projekt gestorben zu sein, die Planungsarbeiten für Musiktheater, Tiefgarage und Straßenverbindung wurden gestoppt, bisherige Leistungen wurden abgerechnet. Am 11. Dezember 2000 schließlich kam das Aus per Beschluß der Landesregierung.

Doch die rund 40 Prozent jener, die sich in der Bevölkerung für das Musiktheater ausgesprochen hatten, vor allem die „Freunde des Linzer Musiktheaters“, ließen nicht locker. Das hatte zur Folge, dass bereits am 18. Dezember 2000 ein Runder Tisch mit Landeshauptmann Josef Pühringer und dem Linzer Bürgermeister, Franz Dobusch, an der Spitze einberufen wurde, anläßlich dessen die weitere Vorgangsweise erörtert wurde. Aufatmen für die „Freunde des Linzer Musiktheaters“ war also angesagt, es sollte nun doch weitergehen.

Vier Monate später erschien bereits ein von der Landeskulturabteilung und dem

Landestheater herausgegebenes Buch mit dem Titel „Theater hat Zukunft“. Ziele und Rahmenbedingungen für das neue Landestheater. Es folgte eine Linzer Bürgerinitiative durch den Verein und Baudirektor F-X Goldner. 8399 beglaubigte Unterschriften für ein Musiktheater an der Donau in Urfahr werden der Stadt Linz übergeben, der Gemeinderat lehnt einen entsprechenden Initiative-Antrag jedoch am 20. September 2001 ab.

Eine Darstellung der vielen folgenden Debatten und Auseinandersetzungen würde zu weit führen, weshalb wir hier einen Sprung bis zum 19. Mai 2003 machen: an diesem Tag gab es wieder einen Runden Tisch, jedoch wurde unter dem Eindruck der Eröffnung des Lentos Kunstmuseums Linz beschlossen:

- bei der Landtagssitzung am 3. Juli soll ein Grundsatzbeschluß für einen Musiktheater-Bau gefaßt werden,
- eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft soll umgehend eingerichtet werden,
- das Musiktheater wird nach den Wahlen im Oktober in die Regierungsverhandlungen aufgenommen,
- Standortfindung bis März 2004 und
- Errichtung des Musiktheaters bis 2009.



Foto: Hildebrand Harand / »Freunde des Musiktheaters Linz«

Ein Flug über die Baustelle am 20. Juni 2012 zeigt das beeindruckende Linzer Musiktheater wenige Monate vor der Eröffnung.

Zustimmung zum Standort

Die Frage des Standorts begleitete Politik, Wirtschaft, Bevölkerung und Medien über mehr als ein Jahr. Vier Standorte wurden diskutiert und überprüft, Für und Wider abgewogen, bis sich die Politiker-Kommission, bestehend aus LH Josef Pühringer, LH-Stv. Erich Haider, Bürgermeister Franz Dobusch, Kulturstadtrat Erich Watzl, LR Rudi Anschober und GR Horst Laussegger, am 29. Juni 2004 für das Gelände des ehemaligen Unfallkrankenhauses Blumau entscheidet. Zwei Wochen später gibt es einen Landtagsbeschuß über den „Neubau des Musiktheaters am Blumau/UKH-Gelände“ von ÖVP, SPÖ und Grünen, die FPÖ stimmt nicht mit.

Von 12. bis 14. Juli 2005 fand die erste Stufe der Jurierung des Architektenwettbewerbes statt: Von 197 eingereichten Projekten stiegen 18 in die 2. Runde auf, von 12, bis 14. Dezember wurden in der zweiten Stufe daraus drei für eine weitere Bearbeitung ausgewählt. Nachdem die in die engste Wahl gekommenen ihre Projekte überarbeitet und neuerlich präsentiert hatten, fiel am 6. April 2006 die Entscheidung: Linz erhält ein neues Musiktheater! Mit 10 zu 1 Stimmen haben sich die hochkarätigen Experten für das „Theater am Volksgarten“ entschieden. Das etwa 143 Millionen Euro teure Projekt des Londoner Architekten Terry Pawson bestach vor allem durch seine städtebaulichen Aspekte und die Machbarkeit. Beeindruckend: Das Theater rückt an den Volksgarten, der künftige Eingang liegt bei der inzwischen abgetragenen Milchküche, die Straße wird hinter dem Theater geführt. Landes- und Stadtpolitik zeigten sich froh, daß „die Entscheidung gefallen ist“ und Linz als Kulturstadt aufgewertet wird.

Pawson konnte sich mit einem schachtelförmigen Bau gegen ein Projekt in Herzform des Duos Duda und Testor und gegen den Turm von Wolfgang Tschapeller durchsetzen. Landeshauptmann Josef Pühringer zeigte sich erfreut, daß im Siegerprojekt Theater und Volksgarten eine Einheit bilden.

Nach dem Grundsatzbeschuß für den Bau des neuen Musiktheaters im Jahr 2003 und dem Beschuß für den Standort hat die oö. Landesregierung in ihrer Sitzung am 8. Mai 2006 auch den Beschuß für das Siegerprojekt gefaßt und als Regierungsvorlage dem Oö. Landtag vorgelegt, der in seiner Sitzung am 1. Juni 2006 seine Zustimmung gab. „Damit kann nun die konkrete Realisierung zügig vorangetrieben werden“, so Pühringer.

Auch die Stimmung in der Bevölkerung zeigte Zustimmung. Waren in der Befragung



Die Ausgestaltung der Brüstungen der Zuschauerränge des Großen Saals in gold-optischer Echtmetallbeschichtung ist sehr weit fortgeschritten.



Blick auf die Bühne: Das hinterste der drei Hubpodien ist aus der Bühnenebene hochgefahren. Gut erkennbar die Doppelstockeinrichtung dieser Bühne.



1. Rang hinten, Blick nach Süd. Die Unterkonstruktion für die Deckenuntersicht ist fertiggestellt. Hinten im 2. Rang die Resonatoren der Südseite.

Fotos: Hildebrand Harand / »Freunde des Musiktheaters Linz«



Foto: Land Oö / Stingmayr

365 Tage vor der großen Eröffnung (v.l.): Thomas Königstorfer (Kaufmännischer Geschäftsführer der Musiktheater Linz GmbH.), Otto Mierl (Technischer Direktor in die Musiktheater-Errichtungsgesellschaft), Landeshauptmann Josef Pühringer, Intendant Rainer Mennicken (Intendant des Landestheaters Linz) und Dennis Russell Davies (Opernchef und Chefdirigent des Bruckner Orchesters Linz)

noch im November 2000 knapp 30 Prozent dagegen gewesen, waren es nun schon 53 Prozent der OberösterreicherInnen, die die Entscheidung für das neue Linzer Musiktheater „sehr gut“ bzw. „eher gut“ fanden, wie eine Kulturstudie des Landes ergeben hatte. „Diese Zahlen sind sehr erfreulich, zeigen sie doch eine große Zustimmung der Oberösterreicher zu einem einst umstrittenen Projekt“, erklärt Pühringer. 14 Prozent der Befragten halten die Entscheidung für das Musiktheater übrigens für „weniger gut“, nur sieben Prozent für „gar nicht gut“. Befragt wurden vom Linzer market Institut im Juli und August 998 Personen. Das Ergebnis der Umfrage ist repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 15 Jahren.

Besonders hoch war die Zustimmung zum Musiktheater in Linz: 60 Prozent der LinzerInnen fanden die Entscheidung „sehr gut“ bzw. „eher gut“ und im Mühlviertel, wo 58 Prozent dieser Meinung sind.

Mit der Planung für die Ausführungsphase wurde das Grazer Büro ArchitekturConsult mit Architekt Hermann Eisenköck an der Spitze beauftragt, unterstützt durch das Linzer Büro Dworschak – Mühlbachler und durch den bisherigen Generalplaner, Terry Pawson Architects aus London.

Der Spatenstich

Der 15. April 2009 ist für das neue Musiktheater ein Meilenstein: mit dem Spatenstich erfolgt der offizielle Startschuß für die eigentlichen Bauarbeiten für das Zukunftsprojekt des Landestheaters Linz.

Das Musiktheater wird eine neue „Landmark“ für die Linzer Innenstadt. Es bildet einerseits mit dem Volksgarten einen neuen, südlichen Abschluß der Landstrasse, andererseits rundet es das neue Stadtviertel zwischen Wissensturm, Landesdienstleistungszentrum, Hauptbahnhof, Landesbibliothek und Power Tower ab. Damit entsteht in diesem Bereich von Linz innerhalb von rund 10 Jahren ein völlig neues Stadtviertel, zu dem auch das Musiktheater einen wesentlichen Impuls liefert.

Im Mittelpunkt steht der Besucher: große Beinfreiheit und gute Sichtlinien sorgen dafür, daß das Publikum im Zuschauerraum Opern-, Operetten-, Musical- und Ballettauführungen bestmöglich genießen wird können, das zum Park hin orientierte Foyer und der Opernplatz am Eingang vom Volksgarten sorgen ebenso für einen adäquaten Rahmen wie das Restaurant im Dachgeschoß mit herrlichem Ausblick und das Café.

Kernstück der Bühnentechnik ist der Bühnenraum mit dem mehr als 30 Meter hohen Bühnenturm, einer Transportdreh-scheibe mit 32 Metern Durchmesser sowie geräumigen Seiten- und Hinterbühnen: Regisseure und Bühnenbildner haben hier künftig die Möglichkeit, sowohl mit den Drehbewegungen einer Doppelstock-Drehbühne als auch mit den Vertikalbewegungen dreier Doppelstock-Hubpodien beeindruckende Verwandlungseffekte zu inszenieren. Zudem will das Landestheater das Opernhaus durch den Einsatz interaktiver Technologien als Theater des 21. Jahrhunderts positionieren.

Die MitarbeiterInnen des Theaters finden im Nordteil des Neubaus einen modernen Proben- und Garderobentrakt vor, während im Südteil die neuen Werkstätten für alle Spielstätten des Landestheaters entstehen. Die Räume sind so angeordnet, daß die einander zuarbeitenden Abteilungen einander möglichst nahe sind, Vertikaltransporte werden im Arbeitsfluß vor allem für Deko- und Kulissenelemente weitgehend vermieden.

Die Dachgleiche

Am 26. November 2010 konnte die Dachgleiche gefeiert werden. „Mit dem Erreichen der Dachgleiche wird ein weiterer Meilenstein dieses Projektes gesetzt, das Projekt verläuft im Zeit- und Kostenplan“, freute sich der Landeshauptmann. Und erstmals waren KünstlerInnen des Landestheaters und des Bruckner Orchesters im Rohbau-Auditorium des neuen Hauses aufgetreten!

Das Schlagwerk-Ensemble des Bruckner Orchesters eröffnete die Gleichenseier im wahrsten Sinn des Wortes mit einem Paukenschlag, das Ballett des Landestheaters tanzte einen Ausschnitt aus „Anna Karenina“, Solisten und Chor des Landestheaters sangen schließlich Ausschnitte aus „Die Meistersinger von Nürnberg“ und „Hello, Dolly!“. Dem Anlaß entsprechend theatralisch fiel auch der Gleichenspruch der 130 Bauarbeiter aus, die sichtlich stolz waren, ihre Arbeit gut und im Zeitplan absolviert zu haben.

Neun Monate vor der Eröffnung

Alle Zeichen stehen auf Endspurt: Innenausbau und Einrichtung der Bühnentechnik schreiten voran, der Vorplatz wird aufgeräumt und die Gestaltungsarbeiten beginnen. Die Übersiedelung der Werkstätten erfolgt Ende August, die Inbetriebnahme ist für September vorgesehen und noch im Oktober wird der Probebetrieb aufgenommen.

Die künstlerischen Grundlagen des Spielplans für das neue Haus sind definiert, die ersten Inszenierungen in Vorbereitung. Jetzt legt die Theaterleitung ihre Pläne für die Eröffnungswochen vor. Neben einer spektakulären Serie von Premieren steht ab dem 11. April 2013 auch ein attraktives Startprogramm ins Haus. Nachfolgend finden Sie detaillierte Informationen zum Baustatus des neuen Musiktheaters und zum Eröffnungsprogramm.

<http://www.musiktheater.at>

Quellen: Gerhard Ritschel, Verein „Freunde des Linzer Musiktheaters“, Oö Landeskörrespondenz

Wolf Suschitzky

Der Emigrant aus Wien wird am 29. August 100 Jahre alt. Zur Eröffnung einer Ausstellung kam der bedeutende Fotograf und Kameramann nach Graz.



Foto: Galerie remixx / Günter Eisenhut

Wolf Suschitzky, Fotograf und Kameramann, ist als Mensch wie als Künstler ein Augenzeuge des 20. Jahrhunderts.

Anlässlich des 100. Geburtstages des 1934 aus Wien nach London emigrierten Fotografen und Kameramannes Wolf Suschitzky präsentiert die Galerie remixx in Graz in einer Verkaufsausstellung eine Auswahl seiner bekanntesten Fotografien.

Es ist ein seltener Glücksfall, daß der bekannte jüdische Emigrant anlässlich dieser Ausstellung nach Graz kommen konnte. Er war bei der Eröffnung am 22. Juni persönlich anwesend, ebenso bei einem Gespräch für besonders Interessierte im Rahmen der „prenninger gespräche“ am folgenden Tag.

Wolfgang Suschitzky hat gute Erinnerungen an Graz, war ihm doch im Kulturhauptstadtjahr 2003 eine Personale seines filmischen Werkes im Rahmen des Filmfestivals „Diagonale“ gewidmet. Die Ausstellung in der Galerie remixx zeigt nun das fotografische Werk des vor allem für seine Mitarbeit an Klassikern des britischen Kinos berühmten Kameramanns. Seine Photos, die zu unvergesslichen Ikonen der Schwarz-Weiß-Fotografie reifen, basieren auf sozialer Sen-



Foto: Wolf Suschitzky

Wolf Suschitzky war einer der ersten, der Porträts von Tieren realisierte, in denen deren individuelle Persönlichkeit sichtbar wird.

sibilität und Empathie und faszinieren durch ihre ästhetische Attraktion.

Wolf Suschitzky, 1912 geboren, wuchs in einer der führenden sozialdemokratischen Familien Wiens auf. Er absolvierte die Ausbildung zum Fotografen an der Höheren Graphischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt. Der Vater, Besitzer des „Anzengruber-Verlages“, gründete bereits 1901 eine sozialistische Buchhandlung in Wien Favoriten. Im Februar 1934 ging er in den Freitod, da er – auch angesichts des Antisemitismus in Deutschland – keine Zukunft mehr sah. Wolf Suschitzky emigrierte 1934 unter dem Eindruck des Austrofaschismus nach London.

Dort lebte bereits seine Schwester Edith Tudor Hart, die seit 1933 mit einem englischen Arzt verheiratet war. Sie hatte ab 1929 am Bauhaus Dessau studiert und eine Fachausbildung für Fotografie abgeschlossen. In Wien gestaltete sie zwischen 1928 und 1933 eine bemerkenswerte Folge von sozialkritischen Fotografien. Einige dieser Dokumente aus dem krisenhaften Wien sind in der Aus-

Foto: Galerie remixx / Günter Eisenhut



Der Galerist Günter Eisenhut mit Wolf Suschitzky auf der Dachterrasse der Grazer Galerie remixx beim Sichten von Arbeiten des 100jährigen.

stellung zu sehen. In London machte sich Edith bald einen Namen als Portrait- und Dokumentarfotografin.

Wolfgang Suschitzky bekam in England anfangs keine Arbeitserlaubnis, deshalb eröffnete er zunächst ein Studio in Amsterdam. 1935 ging er zurück nach London und machte sich dort rasch einen Namen als Foto-reporter, unter anderem mit Aufnahmen von Bergarbeitern in Wales. Seine 1937/38 entstandene Fotoserie über Londons Charing Cross Road in Soho, damals Zentrum des städtischen Buchhandels, gilt als Klassiker der modernen Schwarz-Weiß-Photographie in England.

Dieser legendären Serie verdankte er 1937 ein Engagement als Kameraassistent bei Paul Rotha, einem der Gründerväter des sozialen Dokumentarfilms in England.

Durch seine Arbeit als Kameramann lernte er den Zoologen Julian Huxley kennen. Unter dessen wissenschaftlicher Leitung entstand eine Reihe von Dokumentarfilmen über Zoos. Die Tierfotografien, die er während der Aufnahmen machte, brachten ihm Aufträge für große illustrierte Magazine. Suschitzky war einer der ersten, der Porträts von Tieren realisierte, in denen deren individuelle Persönlichkeit sichtbar wird.

Nach Kriegsbeginn bekam er als „feindlicher Ausländer“ ein kurzzeitiges Arbeitsverbot im Filmbereich. Suschitzky publizierte eine Reihe von Fotohandbüchern für Tier- und Kinderfotografie, die heute rare Sammlerstücke sind. Ab 1940 veröffentlichte er eine Reihe von Fotoratgebern, die einfache

Techniken der Kinder- und Tierfotografie vermittelten und zum Nachkriegsboom der Amateurfotografie in diesen Bereichen beitrugen.

1942 trat er als „Director of Photography“ wieder bei Rotha ein und drehte Kurzfilme für privatwirtschaftliche, öffentliche und Regierungsstellen. Das machte ihn zu einem der führenden Dokumentarfilmer Großbritanniens.

Neben der Filmarbeit in aller Welt war er weiterhin als Fotograf tätig.

Heute blickt Wolf Suschitzky als Kameramann und Spezialist für improvisierte Drehs „on location“ auf ein Werk von rund 200 Kino-, Dokumentar- und Fernsehfilmen u. a. für den Sender NBC zurück, die ihn in die ganze Welt führten. Zu seinen bekanntesten Filmen zählen der Gangster-Klassiker „Get Carter“ (1971) mit Michael Caine, der Oscar-prämierte Kurzfilm „The Bespoke Overcoat“ (1956) und die für einen Oscar nominierte Kurzdoku „Snow“ (1963) sowie die Joyce-Verfilmung „Ulysses“ (1967), die ihm den Britischen Academy Award eingebracht hat.

Parallel dazu ist sein über 10.000 Bilder umfassendes photographisches Œuvre entstanden, das weltweit in renommierten Galerien und Museen vertreten ist. Sein vielseitiges Schaffen umfasst Aufnahmen prominenter Künstler oder Politiker. Kinderbilder oder Einblicke in die Arbeitswelt und fremde Kulturen. Sie weisen ihn als ebenso humorvollen wie engagierten Chronisten des 20. Jahrhunderts aus.

Die Galerie hoch über den Dächern von Graz

In der Galerie remixx finden Sie in etwa vier thematischen Ausstellungen pro Jahr Bilder, Skulpturen der klassischen Moderne ebenso wie Werke der transnationalen Avantgarde. Zu dem gibt es internationale klassische und moderne Fotokunst, Plakate, wertvolle Bücher, moderne Literatur in besonderen Ausgaben, seltene Ausstellungskataloge, Avantgarde-Kunstschriften und Fotobände.

Es sind auch immer junge, meist steirische KünstlerInnen vertreten, deren Kunst fasziniert. ■

Günter Eisenhut
Herrengasse 7
8010 Graz
office@galerie-remixx.at
<http://www.galerie-remixx.at>



wolf suschitzky films
documents the long and rich career of Wolf Suschitzky, cinematographer with 180 pictures, printed in high quality b/w duotone
Deutsch | English
HerausgeberInnen | Editors: Michael Omasta, Brigitte Mayr, Ursula Seeber
224 Seiten | pages
ISBN: 978-3-901644-33-7
SYNEMA-Publikationen Wien 30,- Euro
<http://www.oebv.net/list/9783901644337>

Mit dem Einleitungss essay „Der Mann, den sie Su nannten“ zu Leben und Werk von Michael Omasta und Brigitte Mayr, einer kommentierten Filmografie sowie Tributes von Robert D. Graff, Michael Gough, Mike Hodges, Virginia McKenna, Joseph Strick und Peter Suschitzky.

Österreichischer Film findet international Anerkennung

Empfang für die Regisseure Michael Haneke und Ulrich Seidl im Bundeskanzleramt

Beim Empfang der beiden österreichischen Filmregisseure Michael Haneke und Ulrich Seidl am Abend des 2. Juli im Bundeskanzleramt sagte Bundeskanzler Werner Faymann: „Ich bin stolz auf den österreichischen Film und die internationale Anerkennung, die ihm immer wieder zuteil wird. Michael Haneke und Ulrich Seidl zählen dabei schon lange Zeit als besondere Ausnahmekünstler. Auch wenn nicht immer so viele Fördermittel zur Verfügung stehen, wie sie der österreichische Film verdienen würde, so leisten unsere Kunstschaffenden dennoch Herausragendes.“

„Kunst und Kultur können in Österreich nicht alleine aus der Vergangenheit definiert werden, sondern die Moderne muß uns in allen Bereichen besonders am Herzen liegen“, sagte Faymann. Mit den Erfolgen von Michael Haneke und Ulrich Seidl würde auch bei jungen Menschen Interesse und Begeisterung geweckt.

„In Europa erleben wir derzeit viele Gegensätze, gesellschaftspolitische Spannungen und soziale Ungerechtigkeiten. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen in vielen Ländern der EU zu. All das sind Themen, die der europäische und gerade auch der österreichische Film aufgreifen. Die heimischen Filmemacher scheuen nicht davor zurück, solche Gegensätze und unterschiedliche Wertehaltungen ungeschminkt aufzuzeigen“, sagte der Bundeskanzler. Der Film übernehme dadurch auch eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe.

„Ich hoffe, daß Filmschaffende wie Michael Haneke und Ulrich Seidl auch in Zukunft ihre Kreativität so eindrucksvoll und unverwechselbar umsetzen werden, wie es ihnen bisher schon gelungen ist“, so Faymann abschließend.

Der Bundeskanzler hatte gemeinsam mit Bundesministerin Claudia Schmied, Staatssekretär Josef Ostermayer und Wiens Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny zu diesem Empfang anlässlich der Auszeichnung mit der „Goldenen Palme“ für das Drama „Amour“ von Regisseur Michael Haneke und der Nominierung von „Paradies: Liebe“, dem ersten Teil einer Trilogie von Regisseur Ulrich Seidl,



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

v.l.: Bundeskanzler Werner Faymann mit Regisseur Michael Haneke und Gattin, Regisseur Ulrich Seidl mit Gattin und Bundesministerin Claudia Schmied.

bei den Internationalen Filmfestspielen in Cannes, geladen.

Michael Haneke, seit 2002 auch Professor für Regie an der Wiener Filmakademie, hat bei den Internationalen Filmfestspielen in Cannes bereits in früheren Jahren reüssiert, mit Preisen für „Die Klavierspielerin“ (2001), „Caché“ (2005) und „Das weiße Band“ (2009). Unter seinen bisherigen Auszeichnungen sind auch die „Goldene Romy“ und der Deutsche Filmpreis.

Ulrich Seidls Filmschaffen wurde ebenfalls bereits mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit den „Großen Preis der Jury in Venedig“ (2001) für „Hundstage“. Bekannt wurde Seidl besonders durch seine Dokumentarfilme sowie seinen dokumentarischen Zugang zum Spielfilm.

Lesen Sie ein Interview mit Michael Haneke über seinen Film „Amour“ in der „Österreich Journal“-Ausgabe 108 vom 4. Juni 2012.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_108.htm

Bewegtes Leben

Film macht Tiroler und Südtiroler Zeitgeschichte lebendig

Der Privatfilm ist eine wichtige Geschichtsquelle und das visuelle Gedächtnis unserer Gesellschaft. Nach diesem Motto hat der Filmemacher Siegfried Steinlechner einen Film aus tausenden Privatfilmen mit Aufnahmen ab 1920 in Tirol und Südtirol geschaffen. Die privaten Aufnahmen wurden im Rahmen des Interreg-IV-Projekts „Bewegtes Leben“ gesammelt und zu einer Mediathek zusammengeführt.

Der Wert und die Einzigartigkeit des Amateur- und speziell des Familienfilms liegen aus kultur- und zeithistorischer Sicht in folgenden Aspekten:

- Dokumentation von sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen (Lebens- und Erwerbsformen, Freizeitverhalten, Feste und Riten bei Lebensübergängen, ...)
- Dokumentation von landschaftlichen, baulichen und technischen Entwicklungen (Landschaftsbild, Urbanistik, Handwerk und Industrie, Verkehrsstrukturen, ...)

Zudem zeigt die Praxis, daß ein Großteil des Filmmaterials bereits akuten Gefährdungen durch den natürlichen Alterungsprozeß, inadäquaten Lagerbedingungen und oft nicht mehr vorhandenen oder funktionstüchtigen Abspielgeräten ausgesetzt ist. Daraus und aus der Tatsache, daß im Moment noch Filmer oder dargestellte Personen, die Auskunft über den Entstehungszusammenhang und Inhalte geben könnten, zur Verfügung stehen, ergibt sich dringender Handlungsbedarf, aber auch die Chance einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Nutzung des audiovisuellen Kulturerbes zu leisten.

Lebendige Bilder vom Krieg, von der harten Arbeit ohne Maschinen in den Tälern, vom ersten Urlaub, von der Feuerwehrrübung oder vom Bau der Europabrücke veranschaulichen, was die Urgroßeltern, Großeltern und Eltern der Tiroler Bevölkerung bewegt hat. Bereits vorab konnten 200 BesucherInnen den Film bei der Premiere im Kulturhaus des ORF-Landesstudios Tirol sehen.

Das Medienzentrum des Landes Tirol macht die Produktion nun für alle Interessierten sowie für den Bildungsbereich zugänglich. Die zeitgeschichtlichen Dokumente eignen sich nicht nur hervorragend für den Geschichteunterricht, im Schulunterricht können mit Hilfe der des Films auch Themen der jüngsten Vergangenheit erarbeitet



Fotos: privat / raumfilm

Der Privatfilm ist eine wichtige Geschichtsquelle und das visuelle Gedächtnis unserer Gesellschaft.

werden. Auch alle interessierten Privatpersonen können damit ein Stück Tiroler Geschichte mitverfolgen. Die 90minütige DVD „Bewegtes Leben“ ist zum Einsatz für nicht kommerzielle Zwecke für Schulen und ande-

re Interessenten beim Tiroler Bildungsinstitut – Medienzentrum, Rennweg 1, 6021 Innsbruck, medienzentrum@tirol.gv.at zum Preis von 12 Euro erhältlich.

<http://www.bewegtes-leben.eu>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **55. Folge** portraitiert er

George Froeschel

Autor



Foto: Filmarchiv Austria

George Froeschel

Georg (in den USA George) Froeschel, am 9. März 1891¹⁾ in Wien geboren, aus einer jüdischen Bankiersfamilie stammend, durchlief eine überaus erfolgreiche Autorenlaufbahn. Er hatte seit seinen frühesten Tagen ein immenses Interesse an Literatur. Zu den von ihm bewunderten Autoren gehörten Egon Friedell und Otto Soyka, von dem er nach eigenen Worten die Fertigkeit des Suspensestils lernte. Nach dem Erwerb des Doktorats in Rechtswissenschaften offenbarte sich bald sein literarisches Talent, als Verfasser amtlicher k. u. k. Kriegsberichte im Ersten Weltkrieg, als Romanschriftsteller, Spitzenredakteur und Filmautor in Berlin und Hollywood zeigte sich Froeschel stets als Meister seines Metiers.

Sein Werdegang begann während seiner Gymnasialzeit 1908 mit der Vorlage der originellen, effektvollen Novelle „Ein Protest“. Neben dem ansprechenden Erstlingswerk sind ihm im Rahmen gehobener Unterhaltungsliteratur eine Reihe verdienstvoller Romanschöpfungen zu danken, darunter „Der wunderliche Hochstapler“ (1918), eine wichtige, später in mehreren seiner Werke vorkommende Reper-toirefigur, „Der Schlüssel zur Macht“ (1919) und „Der Korallen-thron“ (1921).

Als Froeschel 1921 nach Berlin ging, hatte er bereits einige Bühnenstücke verfaßt, wobei er hoffte, daß eines davon vielleicht am Burgtheater aufgeführt würde. Eine Hoffnung, die unerfüllt blieb. Er war 1922 bis 1924 Chefdramaturg der Ufa und danach Chefredakteur beim Ullstein-Verlag, bei dem er 1924/25 für die „B.Z. am Mittag“ und ab 1927 für die „Berliner Illustrierte Zeitung“ schrieb. 1929 entstand das Schauspiel „Gerechtigkeit für Holubek“, 1937 der Roman „Abschied von den Sternen“. In der Stummfilmzeit wurden einige seiner Werke verfilmt, in Wien „Der Schlüssel zur Macht“ (1921), in Deutschland „Die Geliebte Roswolskys“ (1921, Regie: Felix Basch) mit Asta Nielsen, „Anwalt des Herzens“ (1927, Regie: Wilhelm Thiele), „Weib in Flammen“ (1928) mit Olga Tschechowa und „Skandal in Baden-Baden“ (1929). 1923 adaptierte Froeschel zusammen mit Berthold Viertel Henrik Ibsens Stück „Nora“ für den gleichnamigen Joe-May-Film, 1931 kaufte Paramount Pictures das Buch „Eine ganz andere Frau“, die mit Marlene Dietrich geplante Verfilmung kam jedoch nicht zustande.

Die radikale politische Umwälzung in Deutschland veranlaßte den Autor, der ab 1933 unter verschiedenen Pseudonymen schreiben mußte, im Oktober 1936 zur Emigration in die Vereinigten Staaten. Es lag nahe, daß er als Publizist beim Zeitungswesen ein Unterkommen suchte. Er landete durch Vermittlung Bekannter bei der Zeitschrift „Esquire“, die ihn in Chicago in der Redaktion ihres Digestartigen Tochtermagazins „Coronet“ beschäftigte. Vom November 1936 bis März 1937 oblag ihm die Betreuung der Bildredaktion, als er aufgrund des überaus bescheidenen Wochensalärs um eine Gehaltsaufbesserung ansuchte, wurde sein Arbeitsverhältnis gekündigt.

Anfang 1937 wandte sich Froeschel nach Hollywood. Wegen des damaligen Andrangs talentierter Kräfte war es jedoch als Newcomer (und no-„native“) überaus schwierig, auf schnelle Weise den Einstieg im fremden Umfeld zu bewerkstelligen. Es folgten Enttäuschungen und harte Entbehrungen, Froeschel entwarf allein und in Zusammenarbeit mit Kollegen Exposés und Filmdrehbücher, die trotz der Hilfe des bestens etablierten Agenten Paul Kohner unverkäuflich waren. Die 25 Monate dauernde, entmutigende und verzweiflungsvolle Übergangszeit endete im April 1939 mit einer Anstellung durch den Produzenten Sidney Franklin bei Metro-Goldwyn-Mayer.

Amerika sah sich damals gerade mit der Reaktion auf die Nazi-Ideologie und der Vorausahnung eines nahenden Krieges konfrontiert. Die Filmindustrie nahm das Geschehen in Europa ebenfalls wahr, Studios wie Warner Brothers reflektierten bereits die durch Nazideutschland entstandenen Konflikte. Nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 verdichteten sich Anti-Nazi-Filme zu einer riesigen Welle, die in den 17.000 Kinos des Landes mit überhöhtem Patriotismus die Wehrdienstfreudigkeit der Amerikaner stärken sollten. Zwischen 1939 und dem Ende des Krieges produzierte Hollywood an die 180 Filme dieser Art als ein neues Genre (und Teil von 1700 so genannten „war movies“), allerdings nicht nur im patriotischen, sondern manchmal auch im grotesk unrealistischen Stil. Für

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Bei der 15. Verleihung der Academy Awards am 4. Mai 1943 im Coconut Grove des Ambassador Hotels in Los Angeles überreichte die damalige Präsidentin der Writers Guild of America, Mary C. McCall Jr., die Auszeichnung für das beste Drehbuch an das Autorenquartett des MGM-Dramas »Mrs. Miniver«. Im Bild: Arthur Wimperis und George Froeschel (r.).

die als „refugees“ ins Land gekommenen europäischen Filmschaffenden bot das Faktum indes ein Wirkungsfeld in fast allen Sparten der Branche.

Produzenten und Regisseure griffen dabei auf die direkte Sachkenntnis der Hitler-Flüchtlinge zurück. Da Froeschel als qualifizierter Kenner des Dritten Reichs galt, setzte ihn MGM gleichfalls in diesem Genre ein. Er arbeitete mit verschiedenen Co-Autoren an insgesamt sechs Filmen mit propagandistischen, antifaschistischen Impulsen. Nach der Mitarbeit an Robert E. Sherwoods „Waterloo Bridge“ („Abschied auf Waterloo Bridge“, UA 17. Mai 1940), ein im Zweiten Weltkrieg in London spielendes Melodram, gelang dem Neuling unter der Aegide Sidney Franklins mit dem Script zu dem nur einen Monat später angelaufenen Drama „The Mortal Storm“ („Tödlicher Sturm“) auf Anhieb ein großer Wurf und ein Werk höchster Signifikanz für seine weitere Karriere. Mit der dramatischen Warnung gegen Kriegshetze und Antisemitismus eröffnete MGM die Polemik und den persönlichen Krieg (die USA selbst waren noch ein neutrales Land) gegen das Dritte Reich Adolf Hitlers, der, nachdem er den

Film gesehen hatte, alle MGM-Produktionen in Nazideutschland verbot.

Basierend auf einer Anzahl in der „Times“ gesondert erschienener Skizzen (später



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Henry Travers und Greer Garson als Mrs. Miniver im gleichnamigen, von William Wyler inszenierten MGM-Kriegsdrama von 1942.

Serie »Österreicher in Hollywood«

unverbunden in Buchform zusammengestellt) der englischen Schriftstellerin Jan Struther, die keine rechte Erzählvorlage darstellten, geriet das nach dem weitgehend von Froeschel vorgegebenen Ablauf in monatelanger Arbeit erstellte Drehbuch zu „Mrs. Miniver“ zum herausragendsten Erfolg des Wiener in Hollywood. Der nach der Uraufführung am 4. Juni 1942 in der New Yorker Radio City Music Hall begeistert aufgenommene Streifen (560.000 Besucher innerhalb 25 Tagen), ein Meilenstein des bürgerlichen Propagandafilms über das erste Kriegsjahr aus der Perspektive einer Londoner Hausfrau, mit Greer Garson in der Titelrolle, wurde von der Academy neben der Auszeichnung als „Best Picture“ mit fünf weiteren Oscars bedacht (bei 12 Nominierungen), unter den Ausgezeichneten das Autorenquartett Froeschel, Claudine West, Arthur Wimperis und James Hilton. „Random Harvest“ („Gefundene Jahre“), ein Melodram nach Hiltons Roman, durch effektsichere Regie und die überzeugende Performance des Hauptdarsteller-Duos Ronald Colman/Greer Garson gleichfalls ein Kassenschlager in der New Yorker Radio City Music Hall, einer der „25 moneymaking films of the year“, brachte Froeschel 1943 eine zusätzliche Oscar-Nominierung ein. Der Erfolg von „Mrs. Miniver“ veranlaßte MGM 1950 zu einer Fortsetzung, „The Miniver Story“ („Ihr Geheimnis“), für die Froeschel mit dem Engländer Ronald Millar erneut die Vorlage schrieb, wie 1954 auch für das Musical-Remake „Rose Marie“, nach der bekannten Harbach/Hammerstein-Operette. Franz-Werfels zeitbezogene Komödie „Me and the Colonel“, im deutschsprachigen Bereich als „Jacobowsky und der Oberst“ bekannt, 1958 von Columbia mit den Stars Danny Kaye und Curt (Curd) Jürgens in den Titelparts in Szene gesetzt, zählt zu den erfolgreichsten Literaturverfilmungen. Das mit S.N. Behrman geschaffene Drehbuch war Froeschels erste Arbeit außerhalb des langjährig gesicherten Wirkungsbereiches beim Headstudio MGM und der grandiosen Kooperation an 16 Prestigefilmen. Nach der von ihm widerwillig erstellten, von Jay Dratler für den biografischen Film „I Aim at the Stars“ („Wernher von Braun“, 1960) adaptierten Story über Hitlers Raketenkonstrukteur, ein weiteres Columbiaprojekt, beendete Froeschel seine filmschriftstellerische Tätigkeit.

Hollywoods Organisationsform bevorzugte die Arbeitsteilung. Froeschels besondere Stärke beim Schreiben im Team war die narrative Führung sowie die Entwicklung

von schlüssigen Handlungen, wobei die damaligen Bedürfnisse der Branche, die den erzählenden sowie nichtformalistischen Film pflegte und seine Begabung im Einklang standen. Sein Beitrag zum amerikanischen Film war beachtlich. Froeschel, im Gastland gezwungenermaßen auf eine neue schriftstellerische Domäne gedrängt, errang zahlreiche weitere Auszeichnungen, darunter 1949 eine Nominierung zum Writers Guild Award für das gelungene Drehbuch des auf



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Werbeposter zu »Mrs. Miniver«. Der Film beeindruckte US-Präsident Roosevelt und besonders Englands Premier Winston Churchill bei einer Vorführung in Washington. Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels befand, daß diese »exemplarische Art eines Propagandafilms« von der deutschen Filmindustrie kopiert werden sollte.

dem Bühnendrama von William Wister Haines basierenden Kriegsfilm „Command Decision“ und 1959 der nur einmal im Jahr vergebene Writers Guild Award („in sharing“ mit Partner Behrman) für die „Best Written American Comedy“ „Me and the Colonel“. Zwischen 1940 und 1949 nahm allein die New York Times drei Filme, für deren Drehbücher er mitverantwortlich war, in die jährlich aufgestellte Liste der „Ten Best“ auf.

Im privaten Bereich traf Froeschel bei MGM auf Vicki Baum, eine langjährige Kollegin aus den Berliner Tagen bei Ullstein. Zum engeren Freundeskreis zählten weitere prominente Exilanten, Frederick (Fritz) Kohner, Billy Wilder, Gina Kaus, Ernst Deutsch und Leopold Jessner. Mit Alfred

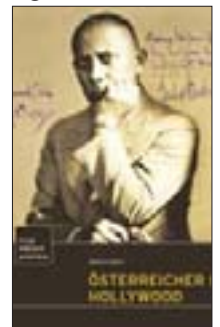
Polgar und Alfred Döblin bestanden Kontakte durch die Zusammenarbeit bei MGM, nach 1940 pflegte er Umgang mit den Werfels und Feuchtwangers, als beste Freundin des Hauses galt Fritzi Massary. George Froeschel, der mit seiner aus Berlin stammenden Ehefrau Else in einem hübschen Canyon von Beverly Hills lebte und die Jahre in Hollywood als glückliche Zeit empfand, wobei er neben der Filmarbeit zwei (wenig angenommene) Bühnenstücke und einen (unveröffentlichten) Roman verfaßte, starb am 22. November 1979 im Cedars-Sinai Medical Center in Los Angeles. Die Bestattung erfolgte im Hollywood Memorial Park (heute Hollywood Forever Cemetery). Sein Nachlaß, fast sämtliche Romane, ungedruckte Werke, Vorstudien oder letzte Fassungen von Drehbüchern sowie Briefe, wird in der Brandeis University in Waltham im Bundesstaat Massachusetts verwahrt. ■

¹⁾ In einigen der nicht gerade üppigen biografischen Unterlagen zu George Froeschel wird der 8. März 1891 als Geburtsdatum angegeben.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen

und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich

„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Erlebnis-Urlaub am Fluß

Fröhliche Wellen für den Sommergenuß: Donau und Inn – das ist die ganze Vielfalt einer im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlosen Ferien-Urlaubswelt.

Foto: OÖ. Tourismus/Hellinger



Ob zu Fuß oder mit dem Rad: Highlight auf der Tour zwischen der Dreiflüssestadt Passau in Niederbayern und der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz: die spektakuläre Schlägener Donauschlinge.

Spannende Städte in Niederbayern und Oberösterreich, entspannende Naturschutzgebiete mit ihrer schier unüberschaubaren Artenvielfalt, Möglichkeiten zur spannend-prickelnden Erkundung von Burgen und Ruinen, Genießerurlaub fürs Auge, umgeben von der wohlthuenden Schönheit der Schlösser und Klöster und zahlreiche kulinarische Höhepunkte lassen unvergleichliche Sommerglücksmomente Wirklichkeit werden.

Künstler und Dichter, Denker und Philosophen singen seit Jahrhunderten ein Loblied auf die Schönheit der Donau. Die Donau von heute hat noch dazu gewonnen. Vor allem als Urlaubsziel bietet der Fluß mit seinen Attraktionen auf den rund 250 Kilometern zwischen Kelheim und Linz mehr als jeder Freizeit-Erlebnispark großen und kleinen Urlaubern bieten könnte.

Besucher erleben einmalige Flußhöhenpunkte beinahe im Kilometertakt: vom beeindruckenden Donau-Durchbruch bei Kelheim über die 2000jährige Welterbe-Stadt Regensburg bis hin zur Gäubodenstadt Straubing mit Bayerns zweigrößtem Volksfest, das im August seinen 200. Geburtstag feiert.

Weiter flußabwärts begeistern die „kleine Drei-Flüsse-Stadt“ Vilshofen, das „bayerische Venedig“ Passau und das oberösterreich-

chische Obere Donautal mit der beeindruckenden Schlägener Schlinge. Danach durchfließt Europas zweitlängster Fluß die pulsierende Donau-Metropole Linz, Europas Kulturhauptstadt 2009 mit ihrer innovativen Architektur am Fluß und einem einzigartigen Angebot aus Kunst, Kultur, Genuß und Kulinarik.

Wald und Fluß – eine Kombination, die maximalen Urlaubsspaß verspricht

In Niederbayern kommen der Bayerische Wald, eines der beliebtesten Ferienggebiete auf dem Kontinent, und die Donau sich auf Sichtweite nah. Der Nationalpark Bayerischer Wald mit seinen Luchsen, Bären und Wölfen ist von der Donau in einer Stunde Autofahrt erreichbar. Möglichkeiten zum Bergwandern liegen direkt vor der Haustüre: in den endlosen Wäldern des Bayerischen Walds vielleicht in Verbindung mit unvergeßlichen Stunden bei einer Minikreuzfahrt auf einem der komfortablen Donauschiffe?

Oder wollen Sie lieber an der Donau wandern? Ihnen stehen viele bestens markierte Wege offen. Erkunden Sie das Hinterland, die herrlichen Uferlandschaften an den Zuflüssen von Naab, Regen, Vils, Isar und Inn. Wagen Sie sich in die Mündungszonen der Donauzuflüsse. Jede hat einen eigenen,

ganz besonderen Charakter, ist eine Erlebnisreise für sich, einzig und nicht vergleichbar. Seit zwei Jahren erschließt zusätzlich der Donausteig als grenzüberschreitendes Wandererlebnis die Schönheit der bayerisch-oberösterreichischen Donaulandschaften, ihren Sagen und Geschichten – und Panorama-Ausblicken als auch mit sagenhaften Einblicken ins Donautal.

Europas schönste Fahrradrouten

Mehrere 1000 Kilometer Radwege und etwa 1500 Kilometer Fernradwege durchziehen Niederbayern, den Bayerischen Wald und reichen hinüber bis in den Böhmerwald und ins österreichische Mühl- und Innviertel. Seit Jahren gelten die Flußlandschaften entlang von Donau und Inn und die fahrradfreundliche Region zwischen Bayerischem Wald, Böhmerwald und Voralpenland als Europas Fahrrad-Urlaubsziel Nummer 1.

Der internationale Donauradweg zählt dabei unangefochten zu den populärsten und am besten frequentierten Radfernwegen auf dem Kontinent. Er ist für Familien mit Kindern sehr gut geeignet. Immer beliebter wird auch der Innradweg von der Quelle des Inns bis zur Mündung in die Donau in Passau. Auf dem Teilstück im Grenzgebiet zwischen Niederbayern und Oberösterreich im Euro-

ÖJ-Reisetip

Foto: OÖ. Tourismus / Erber



Die Barockstadt Scharding ist eines der Highlights auf dem oberösterreichischen Abschnitt des Innradweges.

pareservat „Unterer Inn“ erleben die Radfahrer einzigartige Naturjuwelen, aber auch historische Städte und Stätten wie das prächtige Barockjuwel Scharding mit seinen einzigartigen bunten Fassaden entlang der „Silberzeile“ oder das Stift Reichersberg, das seit mehr als 900 Jahren als führendes geistiges und kulturelles Zentrum über dem Inn thront.

Unter Bierliebhabern ist das Innviertel längst kein Geheimtipp mehr: Elf Privatbrauereien stellen dort mehr als 60 verschiedene Spezialitäten des goldgelben Gerstensaftes her. Während anderswo große Konzerne den Ton angeben, sind die Innviertler Brauereien fest in Privatbesitz.

Was die Tour besonders interessant macht: Der Innradweg ist über weite Strecken entlang beider Ufer gut ausgebaut. Das macht die Strecke zu einem wahrhaftig grenzenlosen Vergnügen. Denn mehrfach sind Wechsel über die Grenze ganz unkompliziert möglich.

Geschichtstouren per Rad in die Vergangenheit machen die Region jetzt vor allem auch für Familienurlaub nochmals attraktiver und besonders für Kinder zum unvergeßlichen Erlebnis. Roter Faden auf dieser geschichtsträchtigen Fahrradtour 2000 Jahre zurück in der Zeit: der Römerradweg, der die

niederbayerische Drei-Flüsse-Stadt Passau mit der einstigen römischen Provinzhauptstadt Wels verbindet und weiter bis nach Enns in Oberösterreich führt. Römerhelme am Wegesrand als Markierung weisen den Weg. ■

Weitere Informationen:

Oberösterreich Tourismus Information

<http://www.oberoesterreich.at>

Tourismusverband Ostbayern

<http://www.ostbayern-tourismus.de>

<http://www.bayerischer-wald.de>



Foto: Donau OÖ

Rad Total im Donautal am oberösterreichischen Donauradweg

Hinein ins Land!

Wandern in Niederösterreich

Foto: Niederösterreich-Werbung/Robert Herbst



382 Almen liegen auf den Hochflächen des Landes, dessen höchster Gipfel – der Schneeberg – die über 2000 Meter hoch ist.

Für Pilger und Weitwanderer. Für Kletterer und Klettersteigartisten. Für Forscher in tiefen Schluchten und dichten Auen. Für Landschaftsgenießer und Gipfelsammler. Für Almgeher und Weingartenspazierer. Für Sonnenuntergangsjäger und Blumerlexperten. Für Seelenbaumler und Höhenmeter-sammler. Für alle ist etwas da!

Die Möglichkeiten, diesem spannenden Land näher zu kommen, scheinen beinahe unendlich. Denn Niederösterreich bietet all das auf kleinem Raum, was Österreich so besonders macht. Nirgends in Mitteleuropa ist die Vielfalt der Landschaft so konzentriert. Das ist gut für den Fußgänger.

382 Almen liegen auf den Hochflächen des Landes, dessen höchster Gipfel – der Schneeberg – die 2000 Meter-Marke locker übertrifft. Üppige Au-Landschaften, wie in den beiden Nationalparks Donau-Auen und Thayatal, locken mit überschießender Vegetation. Im Gegensatz dazu zeigen oft karge Landschaften wie in den wilden Erlauf-

schluchten des Naturparkes Ötscher-Tormäuer ihre herbe Schönheit. Schroffe Felsen am Rauhen Kamm des Ötschers bilden den Kontrapunkt zu den sanften Hügeln des vorgelagerten Mostviertels oder den wanderfreundlichen Mugeln des Waldviertels. Zartgrüne Buchenwälder locken den Pilger in den Wienerwald. Dunkler, kühler Tann mit mancher Steinpilz-Kolonie ruft den Wanderer ins Waldviertel. Eine Sandsteppe im Marchfeld läßt den Freund der pannonischen Flora staunen. Schroffe Felsformationen am Peilstein oder an der Hohen Wand locken die Kletterer in die Senkrechte. Gemütliche Refugien auf der Rax laden zum „Hüpfen“ von Hütte zu Hütte ein.

Hinein ins Land!

Eine aussichtsreiche Felswanderung am Vogelbergsteig erlebt der Besucher in der Wachau, den langen Abgang macht er bei einem der zahlreichen Heurigen. Die Langsamkeit beim Weitwandern oder Pilgern

durch einsame Wälder läßt sich spüren. Am Ende der Etappe trifft der Pilger vielleicht auf eine gesellige, sangesfreudige Runde. Die Geheimnisse eines Proviantweges im Mostviertel bleiben nicht im Verborgenen: Seine historische Bedeutung kann man auch heute nutzen. Zahlreiche, oft schon seltene Blumen am Wegrand nimmt der Naturfreund als digitales Bild zur Erinnerung mit nach Hause. So läßt sich eine traditionsreiche Kulturlandschaft direkt neben einer modernen Welt entdecken.

Bis zu 15.000 Kilometer markierte Wanderwege im Land helfen dem Wanderer seine bevorzugte Landschaft zu erobern. In zwei Nationalparks und 22 Naturparks erfährt der interessierte Zeitgenosse alles über die Vielfalt der niederösterreichischen Landschaften. Wer schließlich alle 99 Aussichtswarten des Landes bestiegen hat, der hat auch den Überblick. ■

Niederösterreich-Information
<http://www.niederoesterreich.at>